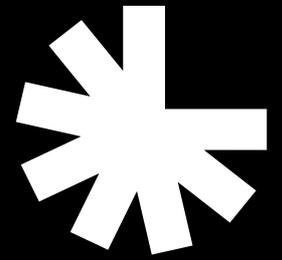


12



RECHTS.GESCHEHEN



**Von der Kolonialzeit zur Restitution:
Namibia und Benin**



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus

Die interaktive Kartenansicht: www.rechts-geschehen.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial	Seite 5
Stenzel	Seite 6
Themenschwerpunkt: Namibia und Benin	
Ein wichtiger Schritt zur Förderung einer gemeinsamen Erinnerungskultur <i>Sarah Negumbo</i>	Seite 7
Am Anfang stand ein Luftschloss <i>Linda Roth</i>	Seite 9
Gegen eine Restitution der Benin-Bronzen: Raubgut aus Westafrika und die extreme Rechte <i>Anton Maegerle / Wolfgang Zimmermann</i>	Seite 13
Deutschland und Südwafrika. Die extreme Rechte und Namibia <i>Anton Maegerle</i>	Seite 17
RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch	
mit Petra Olschowski zur Restitution der Benin-Bronzen und Aufarbeitung des kolonialen Erbes	Seite 27
mit Ruprecht Polenz über die Grundlage für eine dauerhafte Aussöhnung zwischen Namibia und der Bundesrepublik Deutschland	Seite 31
Aus dem Ländle	
Großdemonstration der Karlsruher Zivilgesellschaft gegen neonazistische Provokation <i>Anton Maegerle</i>	Seite 36
Spuren der Vergangenheit: Umstrittenes Denkmal der 35. Infanterie-Division der Wehrmacht in Karlsruhe <i>Paul Mai</i>	Seite 37
Inland	
Warum ist Antonio Gramsci auch ein Klassiker für die Neue Rechte? Gründe für das alte und neue Interesse <i>Armin Pfahl-Traughber</i>	Seite 40
Fast Food oder faschistisches Symbol? Diese Codes und Emojis nutzen Rechtsextreme auf Social Media <i>Julia Weller</i>	Seite 42
Antisemitismus	
Antisemitismus modern definieren? IHRA, JDA und bedauerliche wissenschaftliche Grabenkämpfe <i>Olaf Glöckner</i>	Seite 46
Rezension	
Karsten Schubert: Lob der Identitätspolitik <i>Gebhard Schultz</i>	Seite 49
Chronik	
Juli bis Dezember 2024	Seite 50
Index	Seite 91

Kolmannskuppe

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Cover dieser Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN zeigt das Innere einer Ruine in Kolmanskop im südwestlichen Afrika. Eine Geisterstadt in der Wüste Namibias. An einem der größten Häuser steht in geschwungener Schrift »Krankenhaus«. Durch die zerstörten Fenster weht seit Jahrzehnten Sand ins Innere. Mit jedem Sandsturm versinken die Überreste des kolonialen Erbes Deutschlands mehr und mehr. Die Wüste holt sich zurück, was ihr gehört. Die Geschichte des Landes war lange geprägt von Ausbeutung und Unterdrückung. Von 1884 bis 1915 herrschte die Kolonialmacht Deutschland über das sogenannte »Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika«. Einen Höhepunkt der Gewalt stellte der Vernichtungskrieg gegen die Volksgruppen der Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 dar. 1921 übertrug der Völkerbund das Mandat über Namibia an den Apartheidstaat Südafrika. Es brauchte einen jahrzehntelangen Befreiungskampf, damit aus Südwestafrika 1990 die unabhängige und freie Republik Namibia werden konnte. Spät, viel zu spät, erst im Jahr 2021, erkannte die Bundesrepublik Deutschland die Verbrechen deutscher Soldaten in »Deutsch-Südwestafrika« als Völkermord an und vereinbarte Zahlungen an Namibia. Dieser Genozid gilt als der erste des 20. Jahrhunderts.

Seit 2018/20 beteiligt sich das Landesarchiv Baden-Württemberg mit mehreren Vorhaben an der Namibia-Initiative des Landes. Ziel der Kooperation mit dem namibischen Nationalarchiv in Windhoek ist der Erhalt und die Zugänglichmachung archivischer Quellen aus der deutschen Kolonialzeit. Die Intention weiterer Vorhaben ist einerseits die Nachhaltigkeit der Maßnahmen im Bereich der Bestandserhaltung und andererseits die Unterstützung der namibischen Kolleginnen und Kollegen bei der Überarbeitung, Übersetzung und Veröffentlichung der bislang lediglich auf Deutsch vorliegenden Findmittel zu den Beständen der deutschen Kolonialverwaltung. Viele Erinnerungsstücke aus der Geschichte Namibias wurden widerrechtlich aus dem Land gebracht und finden sich außerhalb des Landes. Namibia braucht diese Erinnerungsstücke bei sich vor Ort, um ein vollständiges Bild seiner Vergangenheit in seinen Museen und Erinnerungsorten für alle Namibier jetzt und in Zukunft zugänglich zu machen.

Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen der Restitution 2019 in Namibia die von deutschen Kolonialtruppen erbeutete Familienbibel und Peitsche des Nama-Anführers Hendrik Witbooi zurückgegeben. Dies ist ein bedeutendes Signal und zugleich ein wichtiger Schritt im Prozess der Versöhnung. Beide Objekte sind im Jahr 1902 als Schenkung in das heute von Land und Stadt Stuttgart getragene Linden-Museum gekommen. Mit der Rückgabe von Bibel und Peitsche begann die Umsetzung der Gesamtstrategie des Landes zum Umgang mit seinem kolonialen Erbe. Petra Olschowski (Die Grünen), damals als Staatssekretärin bei der Rückgabe in Namibia mit dabei, heute baden-württembergische Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, erinnert sich in einem Interview in dieser Ausgabe an die emotionalen Reaktionen der Menschen in Namibia. Sie berichtet von ihren Eindrücken, ihrem Blick auf die Kolonialherrschaft Deutschlands und den Völkermord an den Herero und Nama.

Das Jahr 2025 beginnt für die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus mit wichtigen personellen Veränderungen. Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann, Leiter des Generallandesarchivs und kommissarischer Leiter der DokRex, geht in den Ruhestand. Die Namibia-Initiative des Landes war ihm ein wichtiges Anliegen; den Beitrag des Landesarchivs Baden-Württemberg dazu hat er federführend gestaltet.

Seine letzte offizielle Amtshandlung wird die Abmoderation der ganztägigen DokRex-Konferenz zu Antisemitismus am 28. März sein. Unser Kollege Wolfgang Zimmermann verlässt dann das behördliche Berufsleben und wagt einen Neustart in den »Ruhestand«. Wir verabschieden den philanthropischen Humanisten mit dieser RECHTS.GESCHEHEN-Themenausgabe zu Namibia und zu den postkolonialen Debatten in Deutschland. Zimmermann wird den Weg der »Versöhnung« zwischen Deutschland und Namibia auch weiterhin aktiv verfolgen und mitgestalten. Das Eintreten wider Antisemitismus und Rechtsextremismus, die Sorge um eine gerechtere und sozialere Welt wird ihm ebenso weiterhin Herzensanliegen sein. Neuer Leiter des GLA und der DokRex wird Dr. Martin Stingl. Wir wünschen ihm einen guten Start und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

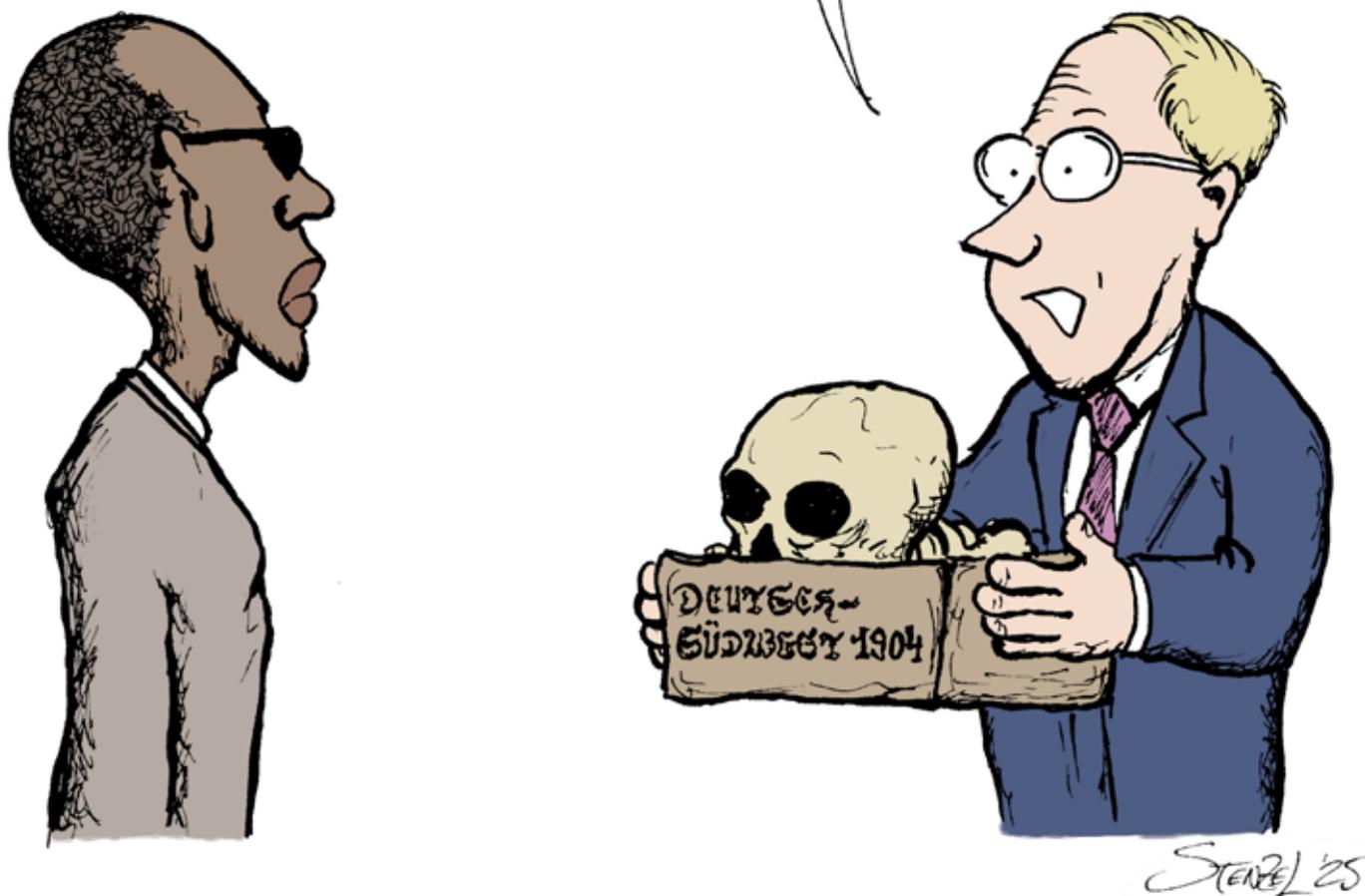
Wir müssen uns ebenfalls von unserer Kollegin Linda Roth verabschieden. Sie hat sich mit viel Kreativität in die konzeptionelle Weiterentwicklung von RECHTS.GESCHEHEN und in die Gestaltung pädagogischer Arbeitstage eingebracht. Wir wünschen ihr viel Freude bei ihrer neuen Tätigkeit.

Karlsruhe, im März 2025

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Stenzel

DIE GEBEINE IHRES URURGROSSVATERS...
...NUN, WIR BITTEN GANZ AUFRICHTIG UM
ENTSCULDIGUNG... UND ERSUCHEN SIE,
VON REPARATIONSFORDERUNGEN ABSTAND
ZU NEHMEN...



Themen- schwerpunkt

Ein wichtiger Schritt zur Förderung einer gemeinsamen Erinnerungskultur

Ein Gespräch mit Sarah Negumbo über die Bedeutung der Archive
in der Aufarbeitung des Genozids an Herero und Nama (1904–1908)

Das Interview führte unser Redaktionsmitglied Wolfgang Zimmermann.
Das Gespräch wurde auf Englisch geführt und anschließend übersetzt.



Quelle: Privat

Sarah Negumbo ist Direktorin des Namibia Library and Archives Service im Ministerium für Bildung, Kunst und Kultur von Namibia.

Im Rahmen der Namibia-Initiative des Landes Baden-Württemberg koordiniert sie seit 2020 die Zusammenarbeit des Nationalarchivs von Namibia mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg.

Das Nationalarchiv in Windhoek ist das historische Gedächtnis Namibias. Können Sie uns die Institution in einigen Worten vorstellen?

Die Einrichtung des Nationalarchivs von Namibia geht auf das Jahr 1912 zurück, als das Deutsche Reich während seiner Kolonialherrschaft ein zentrales Amt für die Sicherung und die Ordnung der Verwaltungsunterlagen etablierte. Die Pläne für ein voll ausgebautes Archiv wurden jedoch durch den Ersten Weltkrieg zunichte gemacht. Unter der südafrikanischen Verwaltung wurde ein neues Ordnungssystem eingerichtet, in das auch die Unterlagen aus der deutschen Kolonialzeit einfließen.

Im Jahr 1939 wurde das South West Africa Archives Depot gegründet, in dem deutsche Verwaltungsunterlagen und wichtige einheimische Dokumente aufbewahrt wurden, darunter die Vaterlike Wette von Rehoboth, die Maharero-Papiere und die Aufzeichnungen von Kaptein Hendrik Witbooi. Dessen Tagebücher wurden 2005 durch die UNESCO in das Weltdokumentenerbe aufgenommen.

Nach der Unabhängigkeit Namibias wurde das Nationalarchiv formell durch das Gesetz Nr. 12 von 1992 mit dem Auftrag gegründet, das historische und dokumentarische Erbe des Landes zu sammeln, zu bewahren und zugänglich zu machen. Es verwahrt Unterlagen aus der vorkolonialen Zeit, der deutschen und südafrikanischen Herrschaft und der Regierung Namibias seit der Unabhängigkeit.

Gegenwärtig beherbergt das Archiv etwa 9.000 laufende Meter Archivgut, erschlossen durch eine Datenbank, die über 525.000 Objekte katalogisiert, darunter elektronische Aufzeichnungen, Fotos, Karten, audiovisuelles Material und unveröffentlichte Manuskripte.

Die Bestände sind eine wichtige Quelle für die wissenschaftliche Forschung, für die Klärung von Rechtsangelegenheiten und für die Bewahrung der Geschichte.

Was sind die Herausforderungen, vor denen Sie mit dem kulturellen Erbe in Namibia stehen?

Die Verwaltung des kulturellen Erbes in Namibia hat an Fahrt gewonnen, da das Land begonnen hat, in alle Bereiche des kulturellen und archivischen Erbes zu investieren. Dies geschieht durch den Bau von Kultur- und Archiveinrichtungen, die Ausbildung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betreuung dieser Einrichtungen und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für einige der erforderlichen Anschaffungen. Der Bereich der Archive und des kulturellen Erbes steht jedoch auch vor einigen Herausforderungen, zu denen zum Beispiel die folgenden gehören:

- **Bewahrung und Konservierung:** Es ist zu betonen, dass die historischen Dokumente, Karten und die Aufzeichnungen aus indigenen Kontexten aufgrund unzureichender Lagerung, rauer klimatischer Bedingungen und begrenzter Restaurierungsressourcen gefährdet sind.
- **Entkolonialisierung der Archive:** Obwohl das Land Institutionen zur Erforschung der eigenen Geschichte eingerichtet hat, befinden sich viele der namibischen historischen Dokumente nach wie vor in europäischen Archiven, und obwohl der Rückführungsprozess begonnen hat, erfordert er weitere Anstrengungen und fortlaufende Verhandlungen.
- **Finanzierungsengpässe:** Die Haushaltsbeschränkungen wirken sich auf die Personalausstattung, die Infrastruktur und die Digitalisierung aus, wobei die Abhängigkeit von externer Finanzierung die langfristige Nachhaltigkeit gefährdet.

Das Nationalarchiv von Namibia und das Landesarchiv Baden-Württemberg kooperieren seit 2020. Was wurde bisher erreicht und was sind die nächsten Schritte?

Das Nationalarchiv von Namibia und das Landesarchiv Baden-Württemberg haben am 7. Februar 2020 in Windhoek, Namibia, ein Memorandum of Understanding (MoU) über den Austausch von Personal und den Transfer von Fachwissen unterzeichnet. Ziel der Partnerschaft ist es, die dauerhafte Bewahrung historischer Quellen zu gewährleisten und den Zugang zu nationalem Archivgut zu verbessern.

Im Rahmen dieser Vereinbarung wurden bereits bedeutende Fortschritte erzielt. Namibische Archivare und Archivarinnen wurden in Techniken der Restaurierung und der Bestandserhaltung geschult. Sie haben ihre Fachkenntnisse im Bereich der Digitalisierung vertieft. Darüber hinaus half das Team des Landesarchivs bei der Einrichtung eines hochmodernen Zentrums für die Restaurierung von Archivalien im Nationalarchiv von Namibia, das mit Geräten und Material für die Bestandserhaltung ausgestattet wurde. Die Zusammenarbeit umfasste auch die Lieferung säurefreier Archivboxen zur Unterstützung der fachgerechten Lagerung der Archivalien.

Die Partnerschaft hat außerdem zu gemeinsamen Workshops geführt, an denen namibische Archivarinnen und Archivare sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Institutionen teilnahmen. Das Projekt wird fortgesetzt, wobei sich die derzeitigen Bemühungen auf die Übersetzung der Findmittel zur Kolonialgeschichte aus dem Deutschen ins Englische konzentrieren. Gemeinsam wollen wir den Zugang und die Nutzbarkeit der Archivbestände verbessern.

Im Nationalarchiv von Namibia wird ein großer Bestand von Akten aus der Zeit der deutschen Kolonialverwaltung aufbewahrt. In den Dokumenten nimmt der Völkermord an den Herero und Nama einen breiten Raum ein. Können Sie uns dazu einige Informationen geben?

Das Nationalarchiv von Namibia verfügt über umfangreiche Unterlagen der deutschen Kolonialverwaltung, darunter die Korrespondenz der Behörden, Militärberichte und Verwaltungsdokumente. Ein bedeutender Teil davon bezieht sich auf den Völkermord an den Herero und Nama (1904–1908), einen der frühesten dokumentierten Völkermorde des 20. Jahrhunderts. Diese Unterlagen geben Aufschluss über die Strategien und das Vorgehen der deutschen Behörden.

Neben den staatlichen Unterlagen bewahrt das Nationalarchiv auch mündliche Überlieferungen, Fotografien und persönliche Zeugnisse auf, die die Erfahrungen der Überlebenden des Völkermords und ihrer Nachkommen dokumentieren. Diese Materialien tragen zum historischen Diskurs bei und sind eine wichtige Quelle für Forscher, Historiker und namibische Gemeinschaften, die ihre Erbe aufarbeiten und dokumentieren wollen. Die dauerhafte Bewahrung und Zugänglichmachung dieser Aufzeichnungen trägt dazu bei, dass dieses dunkle Kapitel der namibischen Vergangenheit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene in Erinnerung bleibt und gewürdigt wird.

Archivarinnen und Archivare aus Namibia und Deutschland bearbeiten zusammen Quellen zur Unrechtsgeschichte der deutschen Kolonialzeit. Welche Bedeutung hat dieses Projekt aus Ihrer Sicht für die Erinnerungskultur in Deutschland und Namibia? Kann es ein Schritt auf dem Weg hin zu einer gemeinsamen Kultur des Erinnerns sein?

Die Kooperation zwischen namibischen und deutschen Archivarinnen und Archivaren bei der Sicherung und Auswertung historischer Unterlagen aus der deutschen Kolonialzeit ist ein wichtiger Schritt zur Förderung einer gemeinsamen Erinnerungskultur. Durch die Zusammenarbeit beider Nationen wird sichergestellt, dass historische Aufzeichnungen erhalten, untersucht und für zukünftige Generationen zugänglich gemacht werden. Dieses Projekt fördert das historische Bewusstsein, verbessert die Forschung in den Archiven und stärkt die kulturellen Beziehungen zwischen Namibia und Deutschland.

Eine gemeinsame Erinnerungskultur ist möglich, wenn sich beide Nationen auf offene Diskussionen einlassen und die Geschichte, die sie miteinander teilen, in die nationalen Narrative integrieren. Durch die Bewahrung und Bereitstellung dieser Unterlagen fördert das Projekt das gegenseitige Verständnis und unterstützt die historische Forschung. Es ist ein wichtiger Meilenstein in der Sicherung einer genau dokumentierten Vergangenheit und dient als Quelle für Bildung und kulturellen Austausch.

Am Anfang stand ein Luftschloss

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

Das Humboldt Forum im Berliner Schloss. Ein Neubau, der teilweise im Stil der früheren brandenburgisch-preußischen Residenz wiederaufgebaut wurde. Barock, mit Kuppel und goldenem Kreuz auf der Spitze demonstriert es Macht. »Gerade an diesem Ort stellt sich die Frage nach der Bedeutung des deutschen Kolonialismus ganz besonders. Das liegt einerseits natürlich an den internationalen Kulturgütern des Ethnologischen Museums, die heute hier im Haus präsentiert werden. An ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Herkunft und auch ihrer Zukunft. Und es liegt auch an diesem Ort selbst, an der Hülle des rekonstruierten Schlosses. Hier haben Fürsten, Könige und Kaiser residiert, die Kolonialpolitik in Deutschland gemacht haben«, sagt Alfred Hagemann, Leiter des Bereichs Geschichte des Ortes der Stiftung Humboldt Forum in einer Gesprächsreihe, die 2023 veranstaltet wurde. Mit der Reihe griff das Humboldt Forum die häufig scharf geführte öffentliche Diskussion darüber auf, warum man denn des Kaisers »Reich« mitten in Berlin wiederaufgebaut hat und im »Wohnzimmer« dieses expansionswütigen Machthabers die Sammlung des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst ausstellen muss.

Das Gebäude ist riesig. Die Weitläufigkeit des Eingangsbereichs erinnert an einen Flughafen. Durchquert man die Halle, kann man mit der Rolltreppe nach »Afrika« fahren. Im Ausstellungsraum geht es links nach Benin und rechts nach Namibia. Eine Führung, die dort angeboten wird, heißt »Koloniale Sammelwut und die Erfindung Afrikas«. Vor einem Schaukasten mit Figuren steht eine ältere Dame mit zwei Kindern. »Ist das alles geklaut, Oma?«, fragt der kleine Junge. »Ja«, antwortet die Oma, »aber früher hat man das Mitbringsel genannt.«

Mit Improvisation gemeinsam Großes schaffen

Kim Mira Meyer hebt ihren linken Arm und sucht ihn ab. »Hier muss irgendwo noch eine Narbe sein«, sagt sie und fährt mit dem Zeigefinger der anderen Hand über ihren Unterarm. »Von den Dornen aus dem Flussbett«, erklärt die 31-jährige Regisseurin der ersten namibischen Oper und tastet weiter. Für das Bühnenbild von »Chief Hijangua« ist das Team in ein trockenes Flussbett gestiegen, hat dort Naturmaterialien gesammelt und daraus die Landschaft auf der Bühne gestaltet. »In Deutschland hätte man das so wegen Brandschutz gar nicht machen dürfen«, erzählt Meyer. Während der Aufführungen sind sie dann hinter der Bühne hin und her gekrabbelt, um das Bühnenbild zu arrangieren. Das Publikum hat davon nichts mitbekommen: »Von vorne sah es toll aus«, sagt Meyer. Für sie, die sonst für große Namen wie Jetske Mijnsen arbeitet, die Opern in ganz Europa inszeniert, sind solche Anekdoten Erinnerungen an einen unkonventionellen Entstehungsprozess oder eben ein »riesen Abenteuer«, wie sie es zusammenfasst.

Im Restaurant des Humboldt Forums, im Gebäude gegenüber »Afrika«, sitzt Meyer und sagt über die Oper »Chief Hijangua«: »Das Stück ist Eslons Stück.« Eslon Hindundu, ein junger namibischer Dirigent, der sich in den Kopf gesetzt hatte, die erste Oper für sein Land zu schreiben. 2019 haben er und Meyer sich kennengelernt. Auf einem Festival hat Hindundu die deutsche Regisseurin für sein Projekt begeistert. »Ich bin immer für verrückte Ideen zu haben«, sagt sie. Gemeinsam entschieden sie, eine völlig neue Form von Oper zu wagen – im Kollektiv. Opern würden normalerweise in hierarchischen Strukturen entstehen, erklärt Meyer.

Sie ist immer auf der Suche nach »Authentizität«, echt müsse es sein, sagt die Regisseurin. Deshalb habe sie sich nach dem Musik-Abitur, das sie mit einem Klavierstipendium in München machte, bewusst für Theater und gegen Film entschieden, die Erlebnisse auf der Bühne vor dem Publikum seien einfach viel unmittelbarer, sagt Meyer.

Gemeinsam Geschichte schreiben – das erste Kapitel

Eine deutsch-namibische Kooperation, länderübergreifendes Arbeiten, keine Hierarchien und am Ende sollte eine Oper stehen. »Ein Luftschloss«, dachte Meyer damals, so verrückt, dass es klappen könnte. Als Teil des kreativen Teams konnten sie den bekannten Autor und Schauspieler Nikolaus Frei gewinnen, der das Libretto schrieb.

»Chief Hijangua«. »Niemand kann mich beugen« heißt »Hijangua« auf Otjherero, die Sprache der Herero. Hindundu verarbeitet in diesem Stück den Mord an seinem Volk, den Herero. Die Geschichte basiert auf einer Erzählung, die seit Generationen weitergegeben wird. Ein namibischer Prinz, der unerwidert in die Frau seines Bruders verliebt ist und deshalb aus seinem Dorf flieht.

>>>



Foto: Stephan Hoedemath



Foto: Stephan Hoederath

Er trifft auf deutsche Missionare, lässt sich taufen und kehrt ins Dorf zurück, dort kommt es zum Zerwürfnis zwischen ihm, dem Vater und dem Bruder.

Die Oper wird auf Otjiherero und Deutsch gesungen. Bei den Rollenbesetzungen des Stücks wurde ganz bewusst darauf geachtet, dass die Herkunft eben keine Rolle spielt. Deutschen Künstlerinnen und Künstlern wurde Otjiherero von den namibischen Künstlerinnen und Künstlern beigebracht und diese wiederum bekamen Unterstützung beim Lernen der deutschen Texte. »Im Publikum saßen Herero-Frauen, die stolz waren, weil eine Weiße in ihrer Sprache gesungen hat«, erzählt die Regisseurin von den Eindrücken am Premierenabend in der namibischen Hauptstadt Windhoek.

Die Kunstschaaffenden sind im Laufe der Produktion zusammengewachsen, haben über »typisch deutsch« die Augen gerollt oder die »namibische Zeit« bemängelt, wenn sich die Sachen mal wieder zogen. Als Regisseurin war für Meyer die Umsetzung im Kollektiv eine Herausforderung. Statt Anweisungen zu geben, musste sie versuchen, all die Leidenschaften unter einen Hut zu bekommen und »manchmal auch zehn Mal mehr diskutieren« als in anderen Produktionen. »Der Weg war viel wichtiger als das fertige Werk,« sagt sie.

Das »Opern Magazin« schreibt am Ende seiner Kritik über die gemeinsame Inszenierung von »Chief Hijangua« mit dem Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin im Haus des Rundfunks: »'Chief Hijangua' ist eine Introspektive – in die namibische wie die deutsche Geschichte, in Gesellschaftsformen, das menschliche Miteinander. Man kann der Oper nur wünschen, dass sie bald auch in anderen deutschen und namibischen Orten zu sehen sein wird. Dass sie schafft, was man der Musik so gerne zuschreibt: Zusammenführt und aufklärt, Einsicht schafft und neue Türen zum Dialog öffnet. Es ist an der Zeit auch in Deutschland über dieses dunkle Kapitel der Vergangenheit zu sprechen.« Nachdem der Vorhang gefallen war, gingen die Kunstschaaffenden noch gemeinsam in Berlin essen. »Dort in der Dönerbude sang dann der namibische und der deutsche Chor zusammen«, erinnert sich Meyer an die ausgelassene Stimmung an diesem Abend. Damit wird auch deutlich, was sie damit meint, als sie sagte: »Das, was zwischenmenschlich passiert, ist wichtiger als die eigentliche Kunst auf der Bühne.«

Es gibt eine Fortsetzung

Ende dieses Jahres wird ein neues Stück Premiere feiern: im Oktober in Windhoek im Nationaltheater von Namibia und im November dann in Bremen und Berlin. Unterstützt wird es vom Humboldt Forum, »ein Ort, wo man einen Diskurs anregen kann«, sagt Meyer und irgendwie hat sie recht. Ohne das »Geschmäckle«, das der Bau hinterlassen hat und das Ringen um Anstand, den richtigen Ton, die

richtige Aufarbeitung, wenn es um das Ausstellen von Stücken aus der Kolonialzeit geht, hätte das Thema nicht so viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen.

Was sie von dem neuen Werk schon verraten darf, überlegt die Regisseurin und legt den Kopf schief. Das Stück, erzählt sie dann, behandelt vier namibische Kulturen, die Kolonialzeit wird wieder eine zentrale Rolle spielen. Im Mittelpunkt steht aber diesmal nicht, wie in der namibischen Oper, ein männlicher Hauptdarsteller, sondern eine weibliche Hauptdarstellerin, und das ganz bewusst. Namibia sei vielfältig, wie kaum ein anderes Land, sagt Meyer. Reich an Sprachen, an Rhythmen, Klängen und Märchen, schwärmt die Regisseurin. Doch sowohl in der deutschen als auch in der namibischen Gesellschaft ist die Gleichwertigkeit der Geschlechter noch nicht selbstverständlich und ein rückwärtsgewandtes Frauenbild hier und dort weit verbreitet. Deshalb werden in dieser namibisch-deutschen Kooperation Frauen im Mittelpunkt stehen. Männer erschaffen, Frauen präsentieren, dieses Bild sei weit verbreitet, sagt Meyer. Aber: »Auch eine Frau kann etwas künstlerisch erschaffen.« Eine Kampfansage für junge Mädchen in Namibia und Deutschland.

An der Komposition beteiligt waren diesmal einige Frauen. Darunter Natascha Kitavi, eine junge Sängerin, eine Herero-Frau. Bei der ersten namibischen Oper stand Kitavi als Maria auf der Bühne. Meyer reiste gemeinsam mit ihr und den anderen aus dem deutsch-namibischen Ensemble 3.000 Kilometer durch Namibia. Sie besuchten die Dörfer der unterschiedlichen Kulturen, hörten Sprachen, in denen Klicklaute statt der sonst gewohnten Vokale und Konsonanten gesprochen werden, und sammelten Eindrücke, die sie nun gemeinsam auf die Bühne bringen.



Für Meyer war es auch eine ganz persönliche Reise. »Ich wäre heute nicht die Person, die ich bin«, sagt sie und erinnert sich auch an die harten Zeiten, die sie in der ersten namibisch-deutschen Produktion »Chief Hijangua« hatten. So haben Meyer und ihre Co-Produzentin Anja Panitz, Nikolaus Frei, der das Libretto schrieb, und der Komponist Eslon Hindundu nach einem Kassensturz ehrenamtlich an der Oper gearbeitet, »eigentlich sogar draufgelegt«, sagt die Regisseurin. Von der Kulturstiftung des Bundes haben sie damals keine Unterstützung bekommen. Dafür vom »Siemens Arts Programm«, der »Lotto Stiftung« und dem Auswärtigen Amt, doch es reichte hinten und vorne nicht, um das Stück auf die Bühne zu bringen. Deshalb haben sie oft improvisieren und die Ärmel hochkrepeln müssen. So zum Beispiel, als sie »in einer Nacht- und Nebelaktion« vor der Premiere im Nationaltheater von Namibia den Ozean für das Bühnenbild noch schnell selbst blau färbten. »Meine Unterarme waren am Premierenabend noch immer blau«, erzählt Meyer lachend. Am Ende war das aber total egal, der Erfolg war riesig und den haben sie als Kollektiv, mit ganz knappen Mitteln, ein bisschen Verrücktheit und viel Idealismus gemeinsam erreicht.

Nach der Aufführung in Windhoek kam ein Kind zu dem Komponisten und Dirigenten Hindundu und bat um ein Autogramm. Hindundu gab es ihm und das Kind sagte: »Die nächste Oper schreibe ich!«



Gegen eine Restitution der Benin-Bronzen: Raubgut aus Westafrika und die extreme Rechte

Von unseren Redaktionsmitgliedern Anton Maegerle und Wolfgang Zimmermann

Am 1. Juli 2022 haben sich in Berlin die Bundesrepublik Deutschland und das seit 1960 unabhängige westafrikanische Nigeria in einer Gemeinsamen Erklärung zur Rückgabe von in der Kolonialzeit geraubten Benin-Bronzen und bilateraler Museumskooperation geeinigt. In deren Rahmen sollen etwa zwei Drittel der Raubkunst an den nigerianischen Staat zurückgehen. Ein Drittel soll als befristete Dauerleihgabe in den deutschen Museen bleiben. Die Benin-Bronzen, Meisterwerke afrikanischer Schmiedekunst, gelten als einer der bedeutendsten Kunstschatze und kulturell wichtigsten Artefakte Afrikas. Bis heute spielt die Plünderung eine große Rolle im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung Nigerias.¹

Ein erheblicher Teil dieser Bronzen wurde im Zeitalter der Kolonisation Afrikas durch das Vereinigte Königreich Ende des 19. Jahrhunderts als Beutekunst nach Europa und in die USA verkauft. Die Benin-Bronzen sind ein Sammelbegriff für Kunstwerke, die am 18. Februar 1897 aus dem Palast des Königreichs Benin, dem Bundesstaat Edo im heutigen Nigeria, durch britische Truppen erbeutet wurden. Heute sind sie auf die ganze Welt verteilt, vor allem in Europa und in den USA. Rund 1.100 dieser Objekte befinden sich in den Sammlungen ethnologischer Museen in Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, Dresden und Stuttgart. Bei den Kulturgütern handelt es sich zum großen Teil um aus Messing (nicht Bronze) gefertigte Reliefs und Skulpturen, die zwischen dem 13. und dem 18. Jahrhundert im Königreich Benin entstanden sind. Ab dem 15. Jahrhundert wurden für ihre Herstellung hauptsächlich teilweise mehrere Kilogramm schwere Armreife, sogenannte Manillen, eingeschmolzen, die von portugiesischen Händlern als Zahlungsmittel für Sklaven sowie für Elfenbein und andere Güter eingesetzt wurden. Das Kupfer, aus dem die Manillas sind, kam auch aus dem Harz. Manche der mehreren Tausend bekannten Objekte wurden auch aus oder mit Holz, Textilien, Leder und anderen Metallen gefertigt. Das Königreich Benin hatte, nachdem andere Staaten den Verkauf von Sklaven verboten hatten, weiterhin diese Form des Menschenhandels betrieben. Benin war lange Zeit einer der mächtigsten Staaten in Westafrika. Seine Herrscher führten sich auf das Königreich von Ile-Ife zurück. Im 16. und 17. Jahrhundert wurden sie durch die Eroberung benachbarter Städte und Staaten reich und mächtig. Benin wurde so selbst zu einem bedeutenden Partner in den neuen globalen Handelsnetzen, die Asien, Afrika, Europa und Amerika miteinander verbanden.

Gemeinsam mit Außenministerin Annalena Baerbock und der baden-württembergischen Kunstinministerin Petra Olschowski reiste Kulturstaatsministerin Claudia Roth 2022 mit der Regierungsmaschine in die nigerianische Hauptstadt Abuja, um das erste Konvolut der Benin-Bronzen an Nigeria zurückzugeben. »Wir geben heute Nigeria und den Menschen in diesem Land ihr kulturelles Erbe zurück«, erklärte Roth anlässlich der feierlichen Übergabe von Benin-Bronzen am 20. Dezember. Dabei handelt es sich um insgesamt 20 Objekte aus fünf deutschen Museen. Darunter sind etwa Plastiken, die das Antlitz verstorbener Herrscher zeigen, ein Altarhocker sowie ein kostbares Zeremonialschwert. Aus dem Stuttgarter Linden-Museum wurde eine wertvolle Elfenbeinmaske zurückgegeben. Ministerin Petra Olschowski betonte, es gehe »vor allem um das kulturelle Gedächtnis der Menschen vor Ort, die ihre eigene Geschichte mit den Objekten, Bronzen und Skulpturen, die nun den Weg zurück nach Nigeria finden, zurückbekommen«. Die Übergabe war der symbolische Höhepunkt eines langwierigen Restitutionsprozesses. Verschiedene afrikanische Länder forderten spätestens seit den 1960er-Jahren die Rückgabe der Kulturgüter, die ihrer Bevölkerung in der Kolonialzeit gestohlen worden waren. Nicht die Regierung, aber das Königreich Benin bat seit Jahrzehnten bei internationalen Anlässen um Rückgabe der Kulturgüter.

In der AfD-nahen Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF), einem Sprachrohr der Neuen Rechten, wurde die Rückgabe der Raubgüter hämisch mit den Worten kommentiert: »Außenministerin Annalena Baerbock und Kulturstaatsministerin Claudia Roth schienen vor Stolz aus dem Leim zu gehen, als sie kurz vor Weihnachten 2022 dem Außen- und dem Kulturminister von Nigeria eine erste Lieferung der Benin-Bronzen übergaben. Mimik, Körper- und Verbalsprache signalisierten, daß es ihnen um mehr ging als um die Aushändigung eines Fundstücks, das vom ehrlichen Finder an den Besitzer wechselt. Das grüne Damenduo zelebrierte einen ‚historischen Moment‘, einen ‚Wendepunkt in der internationalen Kulturpolitik‘«. In einem Interview mit der Deutschen Welle führte Roth aus: »Diese Rückgabe steht für die Anerkennung von Unrecht von einer kolonialen

¹ Auf diesen Sachverhalt soll hingewiesen werden, thematisch spielt er im vorliegenden Beitrag keine Rolle: Die New Yorker Organisation Restitution Study Group kritisiert pauschale Rückgaben der Benin-Bronzen (»Blut-Metall«) an Nigeria und verweist auf die Rolle Benins im Sklavenhandel. Die Gruppe spricht im Namen der Nachfahren der Sklaverei und beansprucht die Bronzen daher als Teil des eigenen kulturellen Erbes.

Vergangenheit, die sich Raubgut zu eigen gemacht hat.« Baerbock äußerte sich ähnlich: »Gemeinsam mit den Bundesländern, Städten und Museen zeigen wir, dass Deutschland es ernst meint mit der Aufarbeitung seiner dunklen Kolonialgeschichte.« Diese zwei Sätze, so die JF, genügen, »um die zwei Pole des grünen Politikverständnisses zu benennen: Rückwärtig die sogenannte Vergangenheitsbewältigung, die sich immer tiefer in die Geschichte gräbt. Nach vorn der hypermoralische, ins Weltweite ausgreifende Größenwahn«. Für die JF (Februar 2023) ist die Rückgabe des afrikanischen Kulturgutes schlicht eine »Wiedergutmachungsorgie ohne Sinn und Verstand«.

Auch die extrem rechte und ebenfalls AfD-nahe Monatszeitschrift »Zuerst!« (März 2023) kommentierte die Rückgabe der Benin-Bronzen und stellte süffisant die rhetorische Frage: »Wie weit wollen wir in die Geschichte zurückgehen, um angebliches historisches ‚Unrecht‘ zu revidieren? Könnte der italienische Staat auch Funde römischer Münzen oder Vasen zurückfordern, die auf deutschen Äckern von Schatzsuchern entdeckt werden?« Der Text schließt mit den Worten: »Was bleibt also, außer einem weiteren Signal an außereuropäische Staaten, dass in Europa etwas zu holen ist?« An anderer Stelle bezeichnete Zuerst! (Juli 2023) die Übergabe als »ein Fiasko grüner Außenpolitik«. Demnach bestimme »Moralhuberei« auch Baerbocks Afrikapolitik, die um die nationalneurotischen Komponenten Schuld und Sühne ergänzt wird. Weil sich die Dauer-Vergangenheitsbewältigung des Dritten Reiches abgenutzt hat, suchten antideutsche Selbstankläger nach neuen Themenfeldern. Dabei stießen sie auf eine ‚Kolonialschuld‘.

Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen beton(t)en die offiziellen Stellen auf bundesdeutscher wie auf nigerianischer Seite, dass mit der Rückgabe der Benin-Bronzen keine Bedingungen verbunden seien. Es wurde jedoch ins Auge gefasst, einen Museumskomplex zu errichten, das Edo Museum of West African Art (EMOWAA), damit die zum Weltkulturerbe zählenden Objekte für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Die Rückgabe solle die Geschichte des Raubes und des Kolonialismus nicht vergessen machen, betonte die Staatsministerin. Sie sei vielmehr wichtig, um uns mit unserer kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Zugleich sei sie ein Wendepunkt in der internationalen Kulturpolitik. Die Rückgabe kolonialer Gegenstände ist somit kein Schlusspunkt, sondern Ausgangspunkt für Dialog und Partnerschaften mit den Herkunftsgesellschaften; somit eine Dekolonisierung des Denkens.

In einer seiner letzten Amtshandlungen erließ der scheidende Staatspräsident Nigerias, Muhammadu Buhari, ein Dekret, nach dem die wertvollen Kunststücke in das Eigentum des Oba als Oberhaupt des Königreichs Benin und damit einer Privatperson, übergehen sollen. Die Entscheidung des Staatspräsidenten Buhari hat im Bundestag ein unterschiedliches Echo ausgelöst. Die AfD-Bundestagsfraktion sprach am 12. Mai 2023 in einer von ihr verlangten Aktuellen Stunde zum Thema »Scheitern der Bundesregierung bei der Restitution der Benin-Bronzen – Außen- und Kulturpolitik von Ideologie befreien«, von einer Demütigung der Bundesregierung. Die Koalitionsfraktionen verteidigten indes die Entscheidung der Regierung, die Kunstschätze bedingungslos an das Herkunftsland zurückzugeben. Deutschland habe sich vor der Welt blamiert, schimpfte der AfD-Kulturpolitiker Marc Jongen. Er sah darin zugleich ein Symptom für das Regierungshandeln auf anderen Politikfeldern: Die Regierung vertreibe die Wirtschaft und schröpfe die Menschen. Sein Fraktionskollege Matthias Moosdorf sagte, die Regierung habe vier Millionen Euro für den Museumsbau vergeudet, Kulturstaatsministerin Claudia Roth müsse zurücktreten. Er verlangte, die weitere Ausfuhr von Kunstschätzen zu stoppen.

Bereits im Juni 2021 hatte die AfD im Bundestag (Drucksache 19/30595) eine Anfrage mit dem Titel »Rückgabe von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext aus dem historischen Königreich Benin an Nigeria« eingebracht. Aus Sicht der Fragesteller erschloss sich nicht, warum die Rückgabe der Benin-Bronzen ein »entscheidender Baustein für den Umgang Deutschlands mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« sein soll. So seien diese Artefakte im Rahmen einer »Strafexpedition« der Briten beschlagnahmt worden. Das historische Königreich Benin sei »selbst so etwas wie ein Kolonialstaat« gewesen. Damit steht nach Ansicht der AfD »die Frage im Raum, auf Basis welcher Erwägungen und gesetzlicher Grundlagen diese geplante Rückgabe von Sammlungsgut aus deutschen Museen erfolgt, um das sich Museumskuratoren seit über 100 Jahren verdient gemacht haben«.

Im Februar 2022 sprach sich die AfD-Bundestagsfraktion gegen eine Restitution der Benin-Bronzen aus den Museumsbeständen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus. In einem Antrag forderte sie die Bundesregierung auf, in den Verhandlungen mit Nigeria eine Rückgabe der Bronzen auszuschließen. Stattdessen sollte das geplante Abkommen mit Nigeria so ausgestaltet werden, dass die Bronzen im Rahmen zeitlich befristeter Ausstellungen als Leihobjekte in Nigeria gezeigt werden können, sobald dort Museen errichtet wurden, die internationalen Standards entsprechen. Nach dem Willen der AfD solle auch in allen anderen Verhandlungen mit Staaten über die Rückgabe von Artefakten aus deutschen Museumsbeständen deutlich gemacht werden, dass deren Restitution von sehr gut begründeten Ausnahmefällen abgesehen keine verhandelbare Option sei. Den Herkunftsgesellschaften

staaten von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext müsse verdeutlicht werden, dass »kein rechtlicher Anspruch auf Rückgabe besteht«.

Die Benin-Bronzen wurden von der AfD auch in Bundesländern, deren Museen von der Rückgabe betroffen wären, thematisiert. Der kunstpolitische Fraktionssprecher der baden-württembergischen AfD-Landtagsfraktion Rainer Balzer gab in einer Presseerklärung (Mai 2023) bekannt: »Das bedeutendste Objekt der Benin-Sammlung des Linden-Museums verschwindet nun also im Privatbesitz von Oba Ewuare II. – einem Häuptling, der Begriff König wäre ja eine kulturelle Anmaßung eines europäischen Begriffes.« Balzer weiter: »Die Landesregierung darf in Zukunft nicht mehr zulassen, dass Objekte dieses kulturellen Wertes jemals wieder verschenkt werden. Sie zerstört damit das kulturelle Erbe Afrikas und tut wirklich niemandem einen Gefallen. Die Aussage von Frau Olschowski [Anmerkung RG: Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg], dass uns die Gegenstände nicht gehörten und wir sie deshalb zurückgeben müssten, ist einfach ideologisch und falsch. Kultur gehört der Menschheit im Gesamten und nicht in Privatbesitz.«

Im September 2022 forderte die AfD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft in einem Antrag »Wertvolle Kunstwerke erhalten – Benin-Bronzen in Hamburg belassen« (Drucksache 22/9313). Dazu erklärte der Fraktionsvizechef und kulturpolitische Sprecher Alexander Wolf: »Die wertvollen Kunstobjekte sind keine deutsche Raubkunst, insofern gibt es überhaupt kein Unrecht, was wiedergutmacht werden muss. Zudem hat Nigeria überhaupt gar keine Kapazitäten, die Bronzen angemessen auszustellen. Außerdem befindet sich der Vielvölkerstaat in ständigen Konflikten und es besteht die Gefahr, dass die Kunstschatze in die Hände von Räubern und Aufständischen gelangt. Deshalb belassen wir die Bronzen dort, wo sie seit über 100 Jahren gut und sicher stehen.«

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/benin-bronzen-sklavenhandel-kritik-restitution-study-group-100.html> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/benin-bronzen-raubkunst-nigeria-restitution-100.html> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.smb.museum/museen-einrichtungen/ethnologisches-museum/sammeln-forschen/benin-sammlung> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw19-de-aktuelle-stunde-benin-bronzen-947704> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/rueckgabe-von-benin-objekten-an-nigeria?highlight=Benin> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.zeit.de/2023/41/benin-bronzen-nigeria-raubkunst-rueckgabe> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/benin-bronzen-material-rheinland-101.html> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.rem-mannheim.de/sammlungen/kolonialzeit/benin-bronzen> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.kulturstaatsministerin.de/SharedDocs/Standardartikel/DE/2022/12/2022-12-20-benin-nigeria.html> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.kulturstaatsministerin.de/SharedDocs/Downloads/DE/2021/2021-04-29-gemeinsame-erklaerung.html?nn=8ffd07a8-0069-4524-8c90-9cf4a2724a46> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.welt.de/politik/ausland/article245193040/Bericht-Zurueckgegebene-Benin-Bronzen-in-Privatbesitz-gegeben-statt-ausgestellt.html> / eingesehen am 4. Februar 2025

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-881468> / eingesehen am 4. Februar 2025

afd-fraktion-hamburg.de/2022/09/13/afd-fraktion-fordert-das-belassen-der-benin-bronzen-in-hamburg-wolf-wertvolle-kunstwerke-in-hamburg-behalten/ / eingesehen am 4. Februar 2025

Pressemitteilung Rainer Balzer MdL: Schicksal der Benin-Bronzen war abzusehen, Stuttgart, den 08.05.2023

Claus-M. Wolfschlag: Auf nach Benin, in: Zuerst!, März 2023, S. 40

Hartmut Lieger: Kniefall vor Sklavenhändlern. Die Übergabe der Benin-Bronzen an Nigeria ist ein Fiasko grüner Außenpolitik, in: Zuerst!, Juli 2023, S. 34 f

Thorsten Hinz: Schlichtes Denken. Regentschaft der Minderbemittelten: Nachtrag zur Rückgabe der ersten Benin-Bronzen, in: Junge Freiheit, Ausgabe 8-23, 15.02.23, S. 14



ИЗДАНИЕ 3
ИЗДАНИЕ 3
ИЗДАНИЕ 3

4

Eisfabrik

Deutschland und Südwestafrika. Die extreme Rechte und Namibia

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Das deutsche Kaiserreich, ein preußisch dominierter Obrigkeitsstaat, hatte von 1884 bis 1919 Kolonien. Die Ausdehnung des deutschen Kolonialreiches erstreckte sich über eine Fläche von 2,9 Mio. Quadratkilometer. Deutschland war um 1900 flächenmäßig die drittgrößte Kolonialmacht. Ca. 12,3 Millionen Menschen wohnten auf einem Gebiet, das vom heutigen Namibia (Deutsch-Südwestafrika) bis nach Ozeanien (Deutsch-Samoa) reichte. Nur Großbritannien und Frankreich hatten größere Gebiete. Alle deutschen Kolonien zusammen waren am Ende sechsmal so groß wie Deutschland.¹

In der öffentlichen Gedenk- und Erinnerungspolitik spielt die Aufarbeitung der Kolonialzeit, jedoch erst spät beginnend in den 1980er-Jahren, eine immer wichtigere Rolle. Über Jahrzehnte hinweg war die kurze Kolonialära vergessen und von Weltkriegen und dem Holocaust überlagert. Die von der AfD angeführte extreme Rechte will stattdessen die existierende Gedächtnispolitik wieder umschreiben und an überkommene historische Narrative anknüpfen.

»Kongokonferenz«

Grundlagen für die Aufteilung Afrikas wurden einst im Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße 92 in Berlin gelegt. Dort fand vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 die sogenannte »Kongokonferenz« statt. Auf Einladung des Reichskanzlers Otto von Bismarck kamen Vertreter der europäischen Kolonialmächte, der USA und des Osmanischen Reiches zusammen, um aus der kolonialen Logik dieser Zeit heraus eine Aufteilung und Beherrschung des afrikanischen Kontinents zu vereinbaren. Afrikanische Repräsentanten waren nicht vertreten. Deutsche Kolonien in Afrika entstanden in Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Burundi und Ruanda), Kamerun und Togo.

Anlässlich des 140. Jahrestages der »Kongokonferenz« betonte Kulturstaatsministerin Claudia Roth: »Die Kongo-Konferenz steht für das Unrechtssystem Kolonialismus, für die gewaltsame und systematische Ausbeutung des afrikanischen Kontinents durch die Kolonialmächte. Dieses Unrecht hat tiefe Wunden hinterlassen – Wunden, die bis heute sichtbar sind. Der Jahrestag der Kongo-Konferenz muss für uns Mahnung und Auftrag zugleich sein.« Aus der deutschen Kolonialgeschichte resultiere »eine besondere historische Verantwortung« führte Roth aus. Demnach war und sei es »ein wichtiges kulturpolitisches Anliegen dieser Bundesregierung«, »sich kritisch mit der deutschen Kolonialvergangenheit auseinanderzusetzen, im partnerschaftlichen Dialog mit den Herkunftsländern und -gesellschaften die internationale Zusammenarbeit zu stärken und Objekte aus kolonialen Kontexten zurückzugeben.«² Durch Handel und koloniale Ausbeutung sind Objekte aus aller Welt zu uns gelangt: »Geschätzt als ‚exotische‘ Sammlerobjekte und eingegliedert in die Wissenssysteme der dortigen Sammlungen und Kunstkammern wurden sie zu Symbolen der Macht über ihre fremden Herkunftswelten«, so die Ausstellung »Die Erfindung des Fremden in der Kunst«, die bis Januar 2025 im Kurpfälzischen Museum Heidelberg zu sehen war.³

Bislang erinnert lediglich eine dreisprachige Stele an die »Kongokonferenz«. Zwischenzeitlich werden Forderungen, die Wilhelmstraße 92 zu einem Gedenkort zu machen, lauter. Bisher gibt es in Berlin keinen angemessenen Gedenkort für die Verbrechen des deutschen Kolonialismus.

Vernichtungsfeldzug und Völkermord

1884 wurde das »Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika«, anderthalbmal so groß wie das Deutsche Reich, gegründet. 20 Jahre lang wurde die einheimische Bevölkerung von den deutschen Kolonialherren unterdrückt, entrechtet und ausgebeutet. Der 12. Januar 1904 markiert mit der Erhebung der Volksgruppe der Herero eine Zäsur. Die Nama schlossen sich dem Aufstand an. Die deutschen Truppen reagierten mit brutaler Härte. Zehntausende Menschen fielen dem Vernichtungsfeldzug zwischen 1904 und 1908 unter dem Kommando von Generalleutnant Lothar von Trotha zum Opfer. Sie starben durch militärische Gewalt oder durch Verdursten und Verhungern auf der Flucht.

>>>

1 https://www.bundestag.de/resource/blob/675966/002defe9211e3ec0ce3fb6bc2e74ca54/beilage_kolonialismus_06_01_20-data.pdf. Alle Internetquellen wurden zuletzt eingesehen am 6. Februar 2025.

2 BPA Pressemitteilung 140 Jahre nach der Kongo-Konferenz – Kulturstaatsministerin Roth: »Gedenken auch Auftrag, an einer gerechteren Gegenwart zu arbeiten.«

3 <https://www.museum-heidelberg.de/Museum-Heidelberg/startseite/ausstellungen/die+erfindung+des+fremden+in+der+kunst.html>

Von rund 80.000 Herero haben 15.000 überlebt. 10.000 Nama, die Hälfte des Volkes, verloren ihr Leben. Überlebende Einheimische wurden zur Zwangsarbeit in »Konzentrationslager« gesteckt. Diese Bezeichnung hatten die Deutschen von den Engländern übernommen, die während des Burenkrieges von 1899 bis 1902 in Südafrika erstmals »concentration camps« errichtet hatten. Trotha war seit Mai 1904 Befehlshaber der deutschen Schutztruppe. Der Kriegsverbrecher war somit verantwortlich für den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts. Er wolle »die aufständischen Stämme mit Strömen von Blut vernichten«, schrieb der kaiserliche Kommandeur und gab den Befehl zum Völkermord an den Herero und Nama. Im Schießbefehl (»Proklamation an das Volk der Herero«) von Trotha vom 2. Oktober 1904 heißt es: »Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schießen.«⁴

Die unmenschliche Vorgehensweise der Kolonialtruppen⁵ kritisierte der damalige SPD-Vorsitzende August Bebel im Reichstag in einer Rede vom 30. Januar 1905: »Eine solche Kriegsführung kann jeder Metzgerknecht treiben, dazu braucht man nicht General oder höherer Offizier zu sein«, so Bebel.⁶

1915 entwaffneten Buren und Briten die deutsche Kolonialtruppe. Das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete das Aus des deutschen Kolonialreiches. Alle Kolonien gingen gemäß des Versailler Vertrags als Mandatsgebiete an den 1920 gegründeten Völkerbund. Dieser übertrug im Folgejahr das Mandat über Südwestafrika an das 1910 von der Kolonialmacht Großbritannien unabhängig gewordene Südafrika. Die Bürgerrechte aller Nicht-Weißen wurden unter dem südafrikanischen Apartheid-Regime stark eingeschränkt. Am 21. März 1990 wurde Namibia unabhängig. Seitdem ist das Land eine parlamentarische Präsidialdemokratie.⁷

Rechtsextremisten leugnen den Genozid an Herero und Nama



picture alliance/dpa | Kristin Palitzka

Der Genozid an Herero und Nama ist eines der größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Die Bundesrepublik hat eine historische Verantwortung, die jahrzehntelang ignoriert oder abgestritten wurde. »Das Erinnern an das koloniale Unrecht« sei »zugleich eine Verpflichtung, an einer gerechteren Gegenwart und einer neuen, gemeinsamen Zukunft zu arbeiten«, betonte Kulturstaatsministerin Claudia Roth anlässlich des 140. Jahrestages der »Kongokonferenz«. Dafür brauche es eine »echte Partnerschaft auf Augenhöhe« und die »Stärkung der kulturellen Zusammenarbeit«.

An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die Grundlagen für den hiesigen ökonomischen Wohlstand auch durch die Ausbeutung der Kolonien zustande kamen. So reichen die Wurzeln großer deutscher Firmen wie Edeka (einst: Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler, kurz: E.D.K.) in die Zeit des Kolonialismus zurück. Viele rassistische Denkmuster, die sich bis heute in den Köpfen, oft unbewusst, halten, entstammen der Kolonialzeit. So drückt Körperfarbe noch immer gesellschaftliche Hierarchien aus. Die vermeintliche Normalität weißer Haut und des weißen Blickes verdeckt eine Abwertung schwarzer Menschen als das exotische »Andere«.

Seit 2021 ist der Völkermord von der Bundesregierung offiziell anerkannt.⁸ In den letzten Jahren haben die namibische und die bundesdeutsche Regierung eine

Ein Gedenkstein auf der Halbinsel Shark Island am Stadtrand von Lüderitz im Süden Namibias erinnert an die Opfer des ersten deutschen Konzentrationslagers. Während des Völkermords unter deutscher Kolonialherrschaft wurden Tausende Menschen der Volksgruppen Nama und Ovaherero getötet.

⁴ <https://www.bundestag.de/resource/blob/855620/da4256f6d584139c527efb161b66d606/WD-1-018-21-pdf-data.pdf>

⁵ Vergessen, verdrängt, verschwiegen werden noch immer jene Verbrechen, die das Deutsche Kaiserreich in der Kolonie Ostafrika, dem heutigen Tansania, beging. Im dreijährigen Maji-Maji-Krieg schlug die Kolonialmacht zwischen 1905 und 1907 im heutigen Tansania den Widerstand nieder und löschte etwa ein Drittel der Bevölkerung aus. Tansanische Historiker gehen von bis zu 300.000 Toten aus. Es war der erste große Kolonial-Vernichtungsfeldzug auf afrikanischem Boden, angeführt von Deutschen. Die Verbrechen als Völkermord zu brandmarken, ist in der Bundesrepublik Deutschland noch immer umstritten.

⁶ <https://vorwaerts.de/geschichte/wie-august-bebel-auf-den-volker-mord-sudwestafrika-reagierte>

⁷ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/203118/namibia-feiert-seine-unabhaengigkeit/eingesehen-am-1-februar-2025>

⁸ Prüfer, Tilmann: Ich bin einer von den guten Weissen. Oder? In: Zeit Magazin, Nr. 45 v. 24. Oktober 2024, S. 56-64. – Kiel, Viola: Ein Stinkstiefel, ein Würstchen. Im heutigen Namibia verübte die deutsche Schutztruppe den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts, unter dem Kommando von Lothar von Trotha. In: Der Spiegel, 2/2024, S. 96-98. – Bölsche, Jochen: Kolonien. Die Peitsche des Bändigers. In: Der Spiegel, 3/2004, S. 102-109. – <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/herero-namibia-aufstand-jahrestag-100.html>. – »Aufräumen, aufhängen, niederknallen ...« Die Deutschen in ihrer Kolonie Südwestafrika: Rassenhochmut und Völkermord. In: Der Spiegel, Nr. 13/1985, S. 138-141. <https://www.tagesschau.de/ausland/voelker-mord-herero-101.html> / eingesehen am 4. Dezember 2024.

»Gemeinsame Erklärung« ausgehandelt, die den Genozid anerkennt und Entwicklungshilfe als eine Form der Wiedergutmachung vorsieht. Allerdings wird die Erklärung vor allem von Nachkommen der Opfer des Genozids kritisiert, die argumentieren, dass sie nicht weit genug gehe, um die Gräueltaten anzuerkennen und direkte Entschädigungen zu leisten.

In rechtsextremen Kreisen wird der Völkermord geleugnet. Einen »deutschen ‚Völkermord‘« in »Deutsch-Südwestafrika« habe es nicht gegeben, behauptet der in Südafrika ansässige deutsch-österreichische Rechtsextremist Claus Nordbruch in seinem in rechtsextremen Kreisen zum Standardwerk avancierten Buch »Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika. Widerlegung einer Lüge«. Das Machwerk ist im Jahr 2004 beim geschichtsrevisionistischen Grabert-Verlag (Tübingen) erschienen. Der Völkermord, so Nordbruch, sei eine »historisch konstruierte Lüge«. ⁹ Der partei- und konfessionslose Nordbruch, der in Hessen und Niederösterreich aufwuchs, wanderte 1986 nach Südafrika aus. Dort studierte und promovierte er an der Universität Pretoria. In einem Interview mit dem gleichnamigen Organ der international aktiven Neonazi-Skin-Truppe »Blood & Honour« (»Blut & Ehre«) äußerte der Germanist Nordbruch in deren deutscher Ausgabe seine Beweggründe der Auswanderung: »Ich empfand Mitte der 80er Jahre das Leben in der BRD unter geistigen Gesichtspunkten gesehen als unerträglich und sah weder politisch eine Zukunft noch persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. So trieben mich – wie seit Jahrhunderten Millionen anderer deutscher Auswanderer auch – eine gewisse Hassliebe dem Vaterland gegenüber, Fernweh, Abenteuerlust und der Drang nach freier Existenzgründung in die Ferne.« ¹⁰ Die deutsche Division von »Blood & Honour« wurde mit Wirkung vom 14. September 2000 durch einen Erlass des Bundesministers des Inneren verboten. Vorbild von »Blood & Honour« war die verbrecherische Waffen-SS.

Ins gleiche Horn wie Nordbruch bläst der einstige langjährige NPD-Funktions- und Mandatsträger Jürgen Gansel in der rechtsextremen Monatszeitung »Deutsche Stimme«. Der Völkermord an der indigenen Bevölkerung sei ein »Kampfbegriff antideutscher Schuldankläger« und eine »Umfälschung der eigenen Geschichte in ein Verbrecheralbum«, so Gansel, von 2004 bis 2014 NPD-Abgeordneter im Sächsischen Landtag. ¹¹

Im Jahr 2010 bekundete der belgische Rechtsextremist Filip Dewinter, Parteivorsitzender des völkisch-nationalistischen Vlaams Belang, in der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«: »Namibia ist der beste Beleg der Tatsache, daß unsere europäische Kultur auch außerhalb Europas Zivilisation und Wohlfahrt gebracht hat.« ¹²

Im März 2019 äußerte sich der fraktionslose AfD-Politiker Wolfgang Gedeon ähnlich in seiner Rede im baden-württembergischen Landtag. Bei einer Debatte zur Rückgabe einer Bibel und einer Peitsche an Namibia sagte Gedeon: »Der Kolonialismus ist Zeichen dafür, dass die europäische weiße Rasse anderen Völkern und Ethnien zivilisatorisch weit überlegen war.« Man könne sagen, »dass man den Völkern dort eine Menge an Blut, eine Menge an Schweiß erspart hat durch die Kolonialisierung«. ¹³

Bibel und Reiterpeitsche gehörten einst Hendrik Witbooi, einem Kaptein der Nama, der am 29. Oktober 1905 von der kaiserlichen »Schutztruppe« erschossen wurde. Aus seinem Hauptsitz brachten die deutschen Besatzer die beiden Objekte nach Stuttgart. Dort gehörten Bibel und Peitsche seit 1911 zum Bestand des Linden-Museums – als zwei von insgesamt etwa 2.200 Objekten aus Namibia. Nach der Unabhängigkeit des afrikanischen Landes 1990 avancierte Witbooi zum Nationalhelden. 2013 äußerte der namibische Staat den Wunsch, Bibel und Peitsche zurückzuerhalten. Auf Initiative der baden-württembergischen Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer (Grüne), beschloss die grün-schwarze Landesregierung im November 2018 schließlich die Restitution. ¹⁴

Im Mai 2021 beklagte Armin-Paulus Hampel, Außenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, die »deutsche Entschuldigungskultur« gegenüber Namibia und verkündete: »Die Kolonialzeit ist ein integraler Teil der Geschichte vieler europäischer Staaten. Ihre negativen und positiven Aspekte müssen differenziert betrachtet werden. Man stelle sich vor, Großbritannien, Belgien, Frankreich, die Niederlande oder die USA würden mit ihrer eigenen Kolonialgeschichte so umgehen, wie wir es tun.« ¹⁵ Nach Ansicht der AfD wird die Kolonialzeit kulturpolitisch einseitig und undifferenziert aufgearbeitet. Im Rahmen des Krieges deutscher Kolonialtruppen gegen die

9 Nordbruch, Claus: Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika. Widerlegung einer Lüge. Grabert-Verlag. Tübingen 2004. <https://www.namibiana.de/de/voelkermord-an-den-herero-in-deutsch-suedwestafrika.html>

10 »Blood & Honour«, Heft 9/2000.

11 Gansel, Jürgen: Völkermord in Afrika? Die Bundesregierung als Chef-Ankläger gegen das eigene Land. In: Deutsche Stimme, November 2016, S. 15.

12 Fragebogen: Filip Dewinter. Parteichef des Vlaams Belang. In: Junge Freiheit, Nr. 17/10 • 23. April 2010, S. 19.

13 <https://www.sueddeutsche.de/politik/stuttgart-afd-politiker-gedeon-sorgt-mit-aeusserung-fuer-eklat-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190320-99-466224>

14 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/namibia-geraubte-kolonialgueter-sollen-zurueckgegeben-werden-a-1255050.html>

15 <https://afdbundestag.de/hampel-milliarde-fuer-namibia-ist-neuer-hohepunkt-der-deutschen-entschuldigungskultur/>

Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika habe es zwar »unverhältnismäßige Härten und Grausamkeiten« gegeben, von einem »systematisch oder vorsätzlich herbeigeführten Völkermord« könne keine Rede sein.¹⁶ Ebenso spricht sich die AfD gegen die Restitution von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten aus, die »auf einer undifferenzierten Klassifizierung der gesamten Kolonialzeit als ‚verbrecherisch‘« beruhten.

Über »Die Legende vom Völkermord« war im Jahr 2022 in der geschichtsrevisionistischen Reihe »Deutsche Geschichte« des Verlagskomplexes Druffel & Vowinkel von Gert Sudholt zu lesen. Beklagt wird, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten eine Geschichtsbetrachtung »durchgesetzt« habe, »die die Kolonialpolitik zu Beginn des letzten Jahrhunderts anders einschätzt und verurteilt als bislang. Heute gelten die Kolonialmächte der damaligen Zeit beinahe als ‚verbrecherische Organisation‘. Jene, die einst Aufstände angezettelt habe(n), werden nicht mehr als Terroristen sondern als hoch ehrenwerte Freiheitskämpfer behandelt. In diese Kategorie fallen auch die Aufstände der Herero und Nama zwischen 1904 und 1907«. Weiter schreibt Verlagsinhaber Sudholt: »Insbesondere die afrikanische Befreiungshistorie, der sich gelegentlich die antifaschistische europäische Geschichtswissenschaft angeschlossen hat, sieht die damaligen Ereignisse zwangsläufig aus anderer Sicht.« Abschließend bedauert Sudholt, dass »Denkmäler und architektonische Zeugnisse der deutschen Kolonialzeit [...] nicht mehr in dem erforderlichen Umfang bezuschusst oder gepflegt« werden, »sodass sie allmählich aus dem Blickfeld des Betrachters verschwinden«.¹⁷ Sudholt genoss eine journalistische Ausbildung in Südwest- und Südafrika. Er ist Ziehsohn von Helmut Sündermann, einst stellvertretender Pressechef der NS-Reichsregierung und Hauptschriftleiter der »Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz«.

Das »schlechte Bild über unsere Kolonialgeschichte« treibt auch die Macher des antisemitisch ausgerichteten Monatsmagazins »Compact«, dem selbsternannten »Magazin für Souveränität«, um. »Denn tatsächlich war der deutsche Kolonialismus viel besser als sein heutiger Ruf«, so der elektronische Rundbrief der »Compact«-Redaktion vom 7. Februar 2023. Als Kronzeuge einer positiven Kolonialismus-Erinnerungskultur dient dem AfD-nahen Magazin »Compact« ihr Autor Helmut Roewer, vormals von 1994 bis 2000 Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TlfV). Roewer, zwischenzeitlich nicht mehr aus dienstlichen Gründen in extrem rechten Zusammenhängen aktiv, hat im Winter 2022 eine längere Reise durch Namibia unternommen. Darüber berichtet der ehemalige Geheimdienstler in »Compact« (März 2023). Erfreut zeigt sich der verbeamtete Pensionär angesichts der Tatsache, »dass man in Namibia auch heute noch auf jenen eigenwilligen Typus von Landsleuten trifft, die nicht im Traum daran denken, ihr Deutschtum zu verleugnen«. Er selbst, bekennt Roewer, habe vor Ort auch »keine Anzeichen politisch korrekter Erschütterung« gezeigt. Da »Compact« die Auffassung vertritt, dass wir »uns für unser koloniales Erbe nicht zu schämen brauchen, sondern mit Stolz darauf blicken können«, haben die Blattmacher im Rahmen der Reihe »Compact-Geschichte« (Nr. 18) ein Heft mit dem Titel »Deutsche Kolonien – Viel besser als ihr Ruf« herausgegeben. Der »opulent illustrierte Prachtband« will den »antideutschen Lügen die historische Wahrheit« entgegensetzen, so die Blattmacher.¹⁸

Deutschlands einzige Siedlerkolonie

Das heutige Namibia war Deutschlands einzige Siedlerkolonie. 12.000 Deutsche lebten hier bis zum Ersten Weltkrieg. Aktuell haben 14.000 der 2,5 Millionen Namibier Deutsch als Muttersprache – eine schwindende, aber wohlhabende Minderheit, die weiterhin in Wirtschaft, Kultur und zum kleinen Teil in der Politik einflussreich ist. Im Jahr 2024 wurde in der nach dem Vorbild der »Jungen Freiheit« gegründeten rechtsextremen österreichischen Wochenzeitung »Zur Zeit« (ZZ) postuliert, dass »das deutsche Erbe Namibias [...] bis heute lebendig geblieben« und der »Einfluss der Deutschen [...] trotz ihrer geringen Zahl und der lange zurückliegenden Kolonialgeschichte, noch überall bemerkbar« sei. Vorsitzender des ZZ-Herausgeber-Kollegiums ist der einstige FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer.¹⁹

Eine der größten Herausforderungen für Namibia stellt nach wie vor die Umverteilung des seit der Kolonialzeit in wenigen Händen konzentrierten Landbesitzes dar. Der Großteil aller landwirtschaftlich genutzten Flächen ist heute weiterhin in der Hand von Nachkommen der weißen Siedler.²⁰

¹⁶ <https://www.das-parlament.de/2019/52-1/kultur-und-bildung/blick-der-afd-auf-kolonialzeit>

¹⁷ Sudholt, Gert: Die Legende vom Völkermord. Skizzen zur südwestafrikanischen Geschichte. In: Deutsche Geschichte 1/2022, S. 24-37.

¹⁸ Roewer, Helmut: Frühstück im Cafe Anton. In: »Compact«, März 2023, S.42-44. compact-online.de/die-schlacht-am-waterberg-ein-deutsches-verbrechen/?mc_cid=cfa2610b23&mc_eid=204ddeaa91

¹⁹ Reichel, Werner: Deutschlands koloniales Erbe in Afrika. In Namibia sind die deutsche Kultur und Sprache bis heute lebendig. In: Zur Zeit, 49/2024, 7-13. Dezember 2024, 28. Jg. S. 29 f.

²⁰ Lucius, Robert von: Tiefe Spuren. Namibia: Der deutsche Einfluss ist auch heute noch überall spürbar. In: Das Parlament, Nr. 2-3/2020, S. 13.

»Nation Europa« und das »Hilfskomitee Südliches Afrika e.V.« (HSA)

1976 wurde das zwischenzeitlich inaktive »Hilfskomitee Südliches Afrika e.V.« (HSA; Sitz: Coburg) zur »Verteidigung des Lebens- und Heimatrechtes der Weißen im südlichen Afrika« und zur publizistischen Unterstützung gegründet. Regelmäßig wurden von dem Verein Gemeinschaftsreisen zu Gleichgesinnten angeboten, »Südafrika-Seminare« abgehalten, ein deutsch-südafrikanischer Jugendaustausch betrieben und ein Namibia-Postkartenkalender verbreitet. Als »Arbeitsgebiete« wurden Simbabwe, Namibia und Südafrika genannt.

Initialfunke zur Gründung war die Vertreibung deutscher Farmer aus Angola. Laut Satzung bezweckte der Verein »die Förderung von Menschen und ihres Volkstums im südlichen Afrika, insbesondere solcher, die aus politischen oder rassistischen Gründen verfolgt werden, oder die enteignet und vertrieben wurden, sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Vorgänge in diesem Raum«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ordnete das sich als Gegenbewegung zur Anti-Apartheidbewegung verstehende HSA in seinem Gründungsjahr postwendend der Rubrik »Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten« zu. Als maßgeblicher Organisator galt Peter Dehoust, Chefredakteur der 1951 gegründeten »Monatsschrift im Dienste der europäischen Neuordnung« namens »Nation Europa« (NE; Sitz: Coburg). Seinen politischen Werdegang startete der damalige bayrische NPD-Landesfunktionär 1956 als Gründungsmitglied des geschichtsrevisionistischen »Bundes Nationaler Studenten« (BNS). Der BNS war wegen seiner offen propagierten Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut schrittweise in allen Bundesländern, in denen er aktiv war, 1960/1961 verboten worden.

»Nation Europa«, ideen- und strategiepolitisches Blatt von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur, berichtete von Beginn an bis zu seiner Einstellung 2009 über Südwestafrika und Südafrika. Zum Autorenkreis des Blattes gehörten auch Gleichgesinnte vor Ort. Auf den »Leserwünsche«-Seiten der Zeitung konnten die fernen Kameraden für ihre »Gästefarm mit Tradition« in Otjisazu (Januar 2001) für sich werben oder eine Kleinfarm in der Nähe Windhoeks per Anzeige um heimische personelle Unterstützung ersuchen (Februar 1993).

Alljährlich lagen der Zeitschrift »Nation Europa« (ab 1990: »Nation & Europa«) der vom HSA in hoher Auflage verlegte »Historische Namibia-Postkartenkalender« (Titel: »Traumland Südwest«), und HSA-Aufkleber (5 x 5 cm; Motto: »Das Überleben sichern. Deutsche in Südafrika«) bei.

Der Hintergrund des Aufklebers zeigte das Reiterdenkmal für die deutsche Kolonialtruppe vor der Alten Feste in Windhoek. Die 4,50 Meter große Bronzefigur eines reitenden Soldaten der kaiserlichen Schutztruppe – als »Südwestlicher Reiter« bekannt und in Katalogen deutscher Reiseveranstalter ein gerne abgebildetes Motiv – war am 27. Januar 1912, dem Geburtstag des Kaisers, zum ehrenden Andenken an die deutschen militärischen und zivilen Opfer der Herero-/Nama-Aufstände eingeweiht worden. 2010 wurde das Denkmal versetzt und im Dezember 2013 demontiert. »Geschichte entsorgt«, kommentierte die »Junge Freiheit« und notierte: »Die offenbar von höchster Stelle angeordnete Nacht-und-Nebel-Aktion ist der vorläufige Höhepunkt des jahrelangen Gezerres um das Reiterdenkmal, das zum Symbol für eine scharfe geschichtspolitische Kontroverse um Macht und Deutungshoheit und damit für den Umgang Namibias mit seiner Geschichte geworden ist.«²¹

Alljährlich wurden in Coburg »Südafrika-Seminare« abgehalten. Referenten der HSA-Seminare waren vielfach bekannte Rechtsextremisten wie der einstige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert. Deckert bot via NE auch immer wieder selbst von ihm organisierte »RSA/SWA-Namibien-Rundreise[n]« an; so z. B. im Frühjahr 1994.

Zu den Referenten der »Südafrika-Seminare« zählten südafrikanische Rechtsextremisten wie Andries Treurnicht, ein fanatischer Propagandist der Rassentrennung und Vorherrschaft der Weißen, sowie der Apartheid-Chefideologe Carel Boshoff. Aber auch CSU-Prominenz wie die damaligen Bundestagsabgeordneten Otto Regenspürger und Ortwin Lowack gaben sich als Referenten die Ehre. Vielfach gingen bei HSA-Seminaren Grußbotschaften von gleichgesinnten »Prominenten« ein. Grußbotschaftensender war auch Hermann Oberth, der an Hitlers V-2 Projekt mitarbeitete, später zum »Vater der Weltraumfahrt« avancierte und zeitweilig der NPD als Mitglied angehörte.

NSU-Umfeld bei »Südafrika-Seminar«

An Veranstaltungen des HSA nahmen auch mehrere Personen aus dem engsten Umfeld des rechtsterroristischen »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) teil: darunter szeneprominente Neonazis des Thüringer Heimatschutzes (THS), der Keimzelle des NSU, wie Ralf Wohlleben, André Kapke und Tino Brandt. Anzutreffen waren diese beim 22. Südafrika-Seminar, das am 12./13. September 1998

²¹ Tomkyle, Yorck: Geschichte entsorgt. Namibia: Das berühmte Reiterdenkmal in Windhoek wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion demontiert. In: Junge Freiheit, Nr. 3/14 | 10. Januar 2014, S. 9.

in Coburg-Scheuerfeld abgehalten wurde. Referenten waren neben Dehoust und Nordbruch unter anderem Nation-Europa-Autor Karl Spiess (CSU) und Hermann Mietz, Vorsitzender des »Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen – Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V.«

Das NSU-Trio hat Ende der 1990er-Jahre eine Flucht nach Südafrika auf das Anwesen des Rechtsextremisten Nordbruch erwogen, nachdem die Untergetauchten von der Polizei gesucht wurden. Doch am Widerstand von Beate Zschäpe, die die Heimat nicht verlassen wollte, scheiterte dieser Schritt. Die Neonazis entschieden sich stattdessen für einen Unterschlupf in Chemnitz und später in Zwickau.

Neonazi-Schießübungen im HSA-Umfeld

Schießübungen machten Neonazis im Umfeld des NSU-Unterstützers Tino Brandt in Südafrika. So hielt sich im Oktober 1999 anlässlich des 100. Jubiläums des Beginns des Zweiten Burenkrieges eine sechzehnköpfige Neonazi-Gruppe aus mehreren deutschen Städten in Südafrika auf. Die Reisegruppe setzte sich u. a. aus Mitgliedern der NPD, des »Thüringer Heimatschutz« (THS) und dem »Hilfskomitee Südliches Afrika« zusammen, die in Bayern und Thüringen wohnhaft waren. Organisator der Reise war das HSA. Als Reiseleiter fungierte Dehoust. Hauptziel der Besuchergruppe war die Teilnahme an der Gedenkfeier am Voortrekker-Denkmal in Pretoria am 9. Oktober 1999. Auf dem Besuchsprogramm stand auch ein Besuch bei dem Rechtsextremisten Claus Nordbruch. Im Brandschutt des Hauses in der Zwickauer Frühlingsstraße, der letzten Wohnung des »NSU-Trios«, hatten die Ermittler ein Buch von Nordbruch und dessen Visitenkarte gefunden. In einem Interview für eine »Blood & Honour«-Zeitschrift gab Nordbruch im Jahr 2000 kund, dass Gleichgesinnte, »anständig im Sinne deutscher Ethik«, auf seiner Farm arbeiten könnten. Wer durchhalte, werde auch durch Schießübungen entlohnt. Fotos, die die rechtsextreme Monatszeitschrift »Zuerst!« im September 2014 veröffentlichte, zeigen mehrere Personen der Neonazi-Gruppe, darunter Brandt, beim Schießtraining auf dem Schießstand einer burischen Farmerschule in Balmoral, einer weißen Enklave, östlich von Johannesburg.²²

Vor der Abreise der HSA-Kader nach Südafrika hielten diese am 11./12. September 1999 im fränkischen Coburg ihr 23. HSA-Südafrika-Seminar ab. Referenten waren unter anderem die aus Südafrika angereisten Nordbruch und Leon Strydom, Auslandsbeauftragter der apartheidstreuen rechtsextremen südafrikanischen Partei »Herstigte Nasionale Party« (HNP).

HSA und DSAG

In den 1980er-Jahren führte das HSA Seminare gemeinsam mit der unionsnahen Anti-Apartheid-Lobbygruppe »Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft« (DSAG; Sitz: Bonn-Bad Godesberg) durch; z. B. lautete das Thema des gemeinsam abgehaltenen 11. Südafrika-Seminars (1987) »Boykottiert den Boykott«. Die Seminarleitung hatten die HSA-Kader Karl Spiess, zugleich DSAG-Funktionär, und Peter Dehoust inne. Erst als kritische Medien über diese Liaison berichteten, stellte die DSAG gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktionen ein.

Präsident der DSAG war von 1985 bis 1994 Prinz Casimir zu Sayn-Wittgenstein. Sayn-Wittgenstein, langjähriger CDU-Schatzmeister in Hessen, wurde im Jahr 2000 öffentlich nachgewiesen, CDU-Spendengelder in die Schweiz geschafft zu haben und als angebliche Vermächtnisse jüdischer Emigranten in Paraguay zurückgeholt zu haben. Sayn-Wittgenstein amtierte bis 1982 als stellvertretender Vorsitzender der Metallgesellschaft-AG, Frankfurt am Main, einem der wichtigsten Importeure südafrikanischer Produkte in die Bundesrepublik und in die europäischen Nachbarländer.

Als Organ diente der »Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft« das »Südafrika-Journal« (Postfachadresse: Würzburg). Zu den Autoren des Journals zählte auch Spiess. Regelmäßig eingehftet im Journal erschienen die »Namibia-Nachrichten«. 1989 wurde in den »Namibia-Nachrichten« eine Grundsatzklärung für die Erhaltung und Förderung der deutschen Sprache in Namibia veröffentlicht.²³ Während der Kolonialzeit war Deutsch in Südwestafrika die Amtssprache gewesen. Noch vor der Unabhängigkeit Namibias einigten sich die Verfassungsgründer, darunter deutschsprachige Namibier, einstimmig darauf, dass Englisch in Namibia Amtssprache werden sollte.

²² <https://kleineanfragen.de/bundestag/18/2758-suedafrika-reise-von-17-deutschen-neonazis-und-eines-v-mannes-aus-dem-umfeld-des-nsu-im-oktober-1999.txt>

²³ Südafrika Journal, Nr. 15 (November 1989), S. 15.

Deutsche Privatschulen und Burschenschafter, »Heldenfriedhöfe« und ein AfD-Politiker

Das »Hilfskomitee Südliches Afrika« ist seit Jahren inaktiv. Online ist weiterhin deren Homepage mit seit rund zehn Jahren veralteten Texten. Im entsprechenden Vereinsregister ist das HSA laut Abfrage (Februar) nicht mehr vertreten. Letzter HSA-Vorsitzender war Ralph Schroeder, Alter Herr der Burschenschaft Thuringia Braunschweig. Schroeder und seine Ehefrau Ulla starben 2014 bei einem Verkehrsunfall in Namibia.

Ende 2006 hielten sich auf Einladung des Ehepaares Schroeder mehrere Burschenschafter in Namibia auf. Sie überbrachten Spendengelder des HSA für deutsche Privatschulen. Die Privatschulen waren gegründet worden, »nachdem an den alten deutschen Schulen durch Zwangsöffnung für alle Bevölkerungsgruppen der muttersprachliche Unterricht nicht mehr erteilt wurde«, so der Reisebericht der Korporierten in den »Burschenschaftlichen Blättern«.²⁴ Auf dem Programm der Burschenschafter stand auch der Besuch von Soldatenfriedhöfen. Die Besichtigung von »Heldenfriedhöfen« der »deutschen Schutztruppe« ist ein Muss für politisch einschlägige Reisekader und wurde 1997 auch von dem Stuttgarter Bauunternehmer Hans-Ulrich Kopp, einem Alten Herrn der pflichtschlagenden Münchner Burschenschaft Danubia, absolviert.²⁵ Kopp sprach unter anderem auf einer Veranstaltung des »Waffenrings« im Windhoek Sportklub, einem burschenschaftlichen Altherren-Stammtisch. Unter seinem Pseudonym »Friedrich von Lodenitz« berichtete er darüber im »Witikobrief«, dem Sprachrohr des »Witikobundes«, der »nationalen Gesinnungsgemeinschaft der Sudetendeutschen«.

Während der Besuch von Kopp in Namibia nur wenigen Bekannten in der einschlägigen Szene bekannt wurde, lieferte stattdessen ein AfD-Politiker im Sommer 2024 bewusst öffentlichkeitswirksame Schlagzeilen. Mitte Juli 2024 legte der Kölner AfD-Landtagsabgeordnete Sven W. Tritschler in Swakopmund einen Kranz am Grab eines deutschen Kolonialoffiziers nieder und posierte für ein Video auf Instagram. Tritschler löste damit diplomatische Spannungen aus. Der namibische Botschafter in der Bundesrepublik meldete sich beim nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten André Kuper (CDU) und äußerte »erhebliche Kritik« an Tritschlers Kranzniederlegung. Der Politiker gehörte zu einer offiziellen Delegation des Landtags zur kolonialen Aufarbeitung. Er hatte als Teil einer Landtagsdelegation zunächst an einer Kranzniederlegung in Gedenken an den Völkermord an den Herero und Nama teilgenommen. Wenige Tage später posierte Tritschler in der Küstenstadt Swakopmund ausgerechnet vor dem Grab eines solchen Besatzungssoldaten. »Wir haben im Rahmen der offiziellen Delegationsreise gleich zwei Friedhöfe besucht, auf denen Herero und Deutsche bestattet sind. Während man der Herero gedachte, ging man an den Gräbern der Deutschen achtlos vorbei. Das entspricht nicht meinem Verständnis von Versöhnung«, sagte Tritschler der Deutschen Presse-Agentur. Tritschler war bis 2018 Vorsitzender der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative. Seit 2017 sitzt er für die Partei im nordrhein-westfälischen Landtag.²⁶

Während Kopps Namibia-Besuch 1997 sorgte Hans Schumacher, bundesdeutscher Botschafter in Namibia, für Unmut bei Teilen seiner Landsleute. Er hatte an deutschen Privatschulen in Namibia kostenlose Vorführungen von »Schindlers Liste« angeboten und eine Sonderseite mit der Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog zum Auschwitz-Gedenktag veröffentlicht. Daraufhin wurde ihm »undeutsches Verhalten« von ein paar hundert Namibia-Deutschen vorgeworfen.²⁷ Diese Kreise dürften wenige Jahre zuvor auch einen in Windhoek erschienenen NS-apologetischen Nachruf auf den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess bejubelt haben.

Gefechtsfahrer von Generalfeldmarschall Erwin Rommel

Mitglied der Arbeits- und Fördergemeinschaft der Deutschen Schulvereine (AGDS) in Namibia war der 1921 in Südwestafrika als Sohn eines deutschen Marineoffiziers der deutschen Schutztruppe geborene Hellmut von Leipzig. Dieser war 1937 in das Heimatland seiner Vorfahren gegangen und hatte sich der Motorradstaffel der Hitlerjugend angeschlossen. Später meldete er sich als Freiwilliger für das Afrika-Korps und wurde Gefechtsfahrer von Generalfeldmarschall Erwin Rommel, den die NS-Propaganda als »Wüstenfuchs« verherrlichte. Ab 1944 war Leipzig als Leutnant in der Division »Brandenburg«, einer Spezialeinheit des Amtes Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht, im Osten im Einsatz. Im Oktober 1956 kehrte Leipzig nach Südwestafrika zurück. Zuvor war der Ritterkreuzträger als einer der letzten Kriegsgefangenen aus russischer Gefangenschaft entlassen

²⁴ Meyer, Hasko: Thuringia Braunschweig in Südwest. In: Burschenschaftliche Blätter, 1/2007, S. 34 f.

²⁵ Witikobrief, 5/1997, S. 10.

²⁶ <https://www.ksta.de/koeln/koelner-afd-politiker-sorgt-fuer-geschmacklosen-eklat-in-namibia-834388>

²⁷ »Undeutsches Verhalten« in Südwest. In: Focus, 25/1997, S. 264.

worden. Im Jahr 2004 trat der auf seiner Farm »Achalm« bei Otavi wohnhafte Leipzig der 1955 in Köln gegründeten Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR), einem militaristischen Traditionsverband, bei. Leipzig starb im Jahr 2016.²⁸

Nachruf auf Hitler-Stellvertreter

Am 21. August 1987 veröffentlichte die in Windhoek ansässige deutschsprachige »Allgemeine Zeitung« einen Nachruf auf den – wenige Tage zuvor – am 17. August im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau durch Freitod verstorbenen Altnazi Rudolf Hess. Hess war 1933 von Adolf Hitler zu seinem Stellvertreter in der NSDAP-Parteileitung ernannt worden. Gewidmet war die Todesanzeige dem »Märtyrer des Friedens« von »allen volksbewußten Deutschen in Südwestafrika«.²⁹ Im Text heißt es: »Der letzte Repräsentant des besseren Deutschlands, Rudolf Hess, Stellvertreter des Führers des großdeutschen Reiches, verschied unter ‚ungeklärten‘ Umständen nach einer qualvollen 46 Jahre dauernden Isolationsfolter durch die ‚Befreier‘ Deutschlands.« Hess werde »in den Herzen heutiger und kommender Generationen einen Platz haben, als ein Symbol von aufrechter Treue, Opferbereitschaft und Pflichtbewußtsein. War es ein Jesu von Nazareth, der für das Christentum sterben mußte, so ist es Rudolf Hess, der für uns, für Deutschland starb«. Der Nachruf in der Tageszeitung endete mit den Worten: »Sein Tod ist uns Verpflichtung. Denn Deutschland muss leben, auch wenn wir untergehen.« Chefredakteur der »Allgemeinen Zeitung« war der Journalist Hans Feddersen, der später eine eigene Anzeigenzeitung mit dem Titel »Plus« ins Leben rief. Im September 2005 veröffentlichte »Plus« eine Schmähanzeige gegen den Holocaust-Überlebenden und NS-Kriegsverbrecher-Verfolger Simon Wiesenthal. »Mit Freude und Genugtuung nehmen wir den Tod eines großen Scheusals zur Kenntnis« und weiter: »Sein größtes Verbrechen war es, 96 Jahre zu leben!« Unterzeichnet war die Anzeige mit »internationale Aktion wider das Vergessen«. Die »Allgemeine Zeitung« distanzierte sich schärfstens von dem Schmähschreiben.³⁰

Der deutsche Botschafter Wolfgang Massing forderte Feddersen in einem Brief auf, »sich unmissverständlich von dieser Hassenanzeige zu distanzieren«. Sie bringe deutschsprachige Namibier »wieder in den Ruf, zu den ewig Gestrigen zu gehören«. Zuletzt war Feddersen für das Namibia-Büro der deutschen CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung als freier Berater tätig.³¹

Gemeinnütziger »Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen«

Ulla Schroeder, Ehefrau des HSA-Vorsitzenden Ralph Schroeder, war zeitweilig Vorsitzende des »Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen – Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V.« Dem als gemeinnützig beim Finanzamt Hamburg-Nord anerkannten Verein gehörten zeitweilig bis zu 400 Mitglieder in der Bundesrepublik und 250 Mitglieder in Namibia an. Kleine Sektionen existierten in den USA und Südafrika. Aktuell verfügt der Verein nur noch über wenige Aktive in den Regionalgemeinschaften Franken, Rhein-Main, Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg und der Interessengemeinschaft »Bierwater« in Niedersachsen. Gegründet wurde der Verein 1956 als Dachorganisation der nach 1945 wieder entstandenen örtlichen Kameradschaften in der Bundesrepublik und dem ehemaligen Südwestafrika. Die Geschichte des Verbandes geht auf das Jahr 1896 zurück, als in Berlin erstmals ein Verein ehemaliger Kameraden der afrikanischen Schutztruppen gegründet wurde.

Für Verbandstagen des »Traditionsverbandes« wurde unter anderem in »Nation & Europa«, der »Jungen Freiheit«, der »National-Zeitung« und der Zeitschrift »Kameradschaft« der »Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände« geworben. Im Jahr 2003 referierte Claus Nordbruch bei der Verbandstagung des »Traditionsverbandes« über den »Hererokrieg«. Gern gesehen bei Jahrestagungen des »Traditionsverbandes«, die traditionell im niedersächsischen Bad Lauterberg durchgeführt wurden, war zeitlebens Marie Adelheid Prinzessin Reuß zur Lippe, einst Mitarbeiterin des persönlichen Stabes des NS-Reichsbauernführers Darré, Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Hitler-Jugend (HJ), später enge Weggefährtin des Holocaust-Leugners Thies Christophersen. Der 1997 verstorbene Hitler-Verehrer war Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift »Die Bauernschaft«. In der Abonnentenkartei fanden sich Dutzende Personen aus Namibia – unter anderem in Lüderitzbucht, Otavi, Otjiwarongo, Swakopmund und Windhoek.

28 <https://www.welt.de/print-wams/article609680/Rommels-Fahrer-in-Afrika-entdeckt.html> – Das Ritterkreuz, 3/2004, S. 33.

29 Nachruf / Todesanzeige für Rudolf Hess. Allgemeine Zeitung (Namibia) v. 21. August 1987. Dokumentiert, in: blick nach rechts, 20/1987, S. 7.

30 <http://www.az.com.na/index.php?page=news/news.php&identifizier=1079864086&id=12964&sess=df06aca105659068571eefcecb57bcb> <http://www.az.com.na/index.php?page=news/news.php&identifizier=1079863988&id=12920>

31 <https://www.namibiana.de/namibia-information/who-is-who/personen/infos-zur-person/hans-feddersen.html>

Vorstandsmitglied des »Traditionsverbandes« war auch der Münchner Rechtsanwalt Klaus Goebel. Als Jurist stand Goebel, vormals Kuratoriumsmitglied der »Stillen Hilfe«, einer Gefangenenhilfsorganisation für Nazis und NS-Kriegsverbrecher, Angeklagten wie dem vormaligen SS-Rottenführer Ernst Gollak, dem früheren KZ-Aufseher Anton Malloth, dem Holocaust-Leugner Ernst Zündel, dem Schweizer Revisionisten Max Wahl und Ingrid Weckert, einer Vertrauten des damaligen Neonazi-Führers Michael Kühnen, zur Seite.

Wie das HSA unterstützte und förderte der »Traditionsverband« deutsche Privatschulen in Namibia. Stellengesuche für Erzieher und Lehrer schalteten die Privatschulen wie das »Private Deutsche Schülerheim« in Otjiwarongo in den 1990er-Jahren in einschlägigen Zeitschriften wie »Junge Freiheit«, »Nation & Europa« oder in der »Deutschen Rundschau«, dem Organ der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH). Im Sommer 2024 veröffentlichte die rechtsextreme österreichische Monatszeitschrift »Der Eckart« einen Bericht über die »Eindrücke von einer Reise durch Namibia«. Der Autor berichtet darin über seinen Besuch der deutschen Privatschule in Otjiwarongo und gibt kund, dass die deutsche Gemeinschaft in der Region »etwa hundert Familien« umfasse.³²

Ausblick

Vor 121 Jahren begann im heutigen Namibia der Kampf gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Im Jahr 2021 wurde der Völkermord an Herero und Nama von der Bundesregierung offiziell anerkannt. Die »Aufarbeitung« der Kolonialzeit im Rahmen der bundesdeutschen Gedenkpolitik hat viel zu spät erst in den 1980er-Jahren begonnen. Aktuelles Schwerpunktthema ist die Restitution: die Rückgabe geraubter historischer Artefakte und kulturellen Eigentums. Erinnerungspolitik muss sich ebenso mit der Tatsache auseinandersetzen, dass die Verbrechen bereits mit der Enteignung und Ausbeutung, mit alltäglicher Gewalt und Entmenschlichung der indigenen Bevölkerung begonnen haben. Der Raub fremden Landes ging Hand in Hand mit dem Raub von Bodenschätzen.

Die Erinnerung an die deutschen Kolonialverbrechen ist umkämpft. Einigkeit herrscht im demokratischen Parteienspektrum dahingehend, dass eine Aufarbeitung der Kolonialzeit weiter vorangetrieben werden muss. Hierbei muss gewährleistet sein, dass die »Aufarbeitung« des Kolonialismus nicht den Holocaust, das singuläre Menschheitsverbrechen, aus dem Zentrum der bundesdeutschen Erinnerung verdrängen darf. Fakt ist, dass es aufgrund der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der industriell betriebenen Massenvernichtung von Juden eine besondere Verantwortung des Tätervolkes für Israel gibt – auch wenn dies aus postkolonialer Perspektive anders gesehen werden kann.

Uneingeschränkt begrüßenswert ist das Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen hinsichtlich der Umbenennung kolonialer Straßennamen.

Die »pauschalen und undifferenzierten Verdammungsurteile über die Rolle Deutschlands« durch ein Gedenken zu ersetzen, das auch »die zukunftsweisenden Errungenschaften« der Kolonialzeit herausstellt, wie es 2023 in einem Antrag der AfD heißt, ist abzulehnen.³³ Einer geschichtsvergesenen und geschichtsrevisionistischen Erinnerungs- und Gedenkkultur muss entgegengewirkt werden.

Der Prozess der Aufarbeitung ist auch in Namibia nicht abgeschlossen – selbst wenn es mittlerweile mehrere Denkmäler gibt, die an die Opfer der Herero und Nama erinnern. Die namibische Erinnerungslandschaft ist immer noch nicht frei von Kolonialismus und Apartheid. Das deutsche Erbe ist weiterhin präsent und erzählt eben nicht die Geschichte von Leid, Unterdrückung und Völkermord. Es gibt immer noch viele Straßennamen, die an Kolonialisten und Antidemokraten wie den Militärdiktator und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg erinnern. Dieser erinnerungspolitischen Schiefelage muss entgegengetreten werden.

³² Schiszler, Sven: Sommer, Sonne, Sand & Sorgen. Eindrücke von einer Reise durch Namibia. In: Der Eckart, 8/2024, S. 30–32.

³³ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005226.pdf>



Im Gespräch

Restitution der Benin-Bronzen und Aufarbeitung des kolonialen Erbes. Postkolonialismus und Antisemitismus

RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch mit Petra Olschowski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg

Das Gespräch führten unsere Redaktionsmitglieder Anton Maegerle und Wolfgang Zimmermann im Januar im Amtssitz der Ministerin in Stuttgart.

Petra Olschowski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) und Verwaltungsratsvorsitzende des Badischen und des Württembergischen Staatstheaters (im jährlichen Wechsel mit der Stadt Stuttgart). Von Mai 2016 bis September 2022 war sie Staatssekretärin, bevor sie das Ministeramt von Theresia Bauer übernahm.

Die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe in der Bundesrepublik Deutschland ist erst seit wenigen Jahren zum Thema in der Öffentlichkeit geworden. Baden-Württemberg hat sich als Bundesland früh zugunsten einer Aufarbeitung positioniert und nimmt somit eine Vorreiterrolle für alle Bundesländer ein. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg spricht von einem »baden-württembergischen Weg« hinsichtlich der Restitutionsen.

Als Landesregierung waren für uns von Anfang an zwei Dinge wichtig: Wir wollten nicht nur Kulturgüter aus kolonialen Kontexten, die unrechtmäßig nach Deutschland gekommen sind, zurückgeben, sondern auch die Gelegenheit der Rückgabe nutzen, um ein partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen. Also Projekte entwickeln, von denen am Ende beide Seiten profitieren. Und das, würde ich sagen, ist vor allen Dingen der »baden-württembergische Weg«, das von Anfang an immer mit im Blick zu haben und zu einer Grundlage der Rückgabe zu machen.

Außerdem gibt es noch die Namibia-Initiative.

Sie ist bundesweit einmalig. Das heißt, wir treiben den Rückgabeprozess voran, auch ohne eine entsprechende grundlegende Einigung zwischen Namibia und Deutschland. Im Rahmen dieses baden-württembergischen Prozesses haben wir 2019 die Familienbibel und Peitsche des Nama-Anführers Hendrik Witbooi (1834 – 1905) an seinem damaligen Wohnort, nicht in der Hauptstadt >>>



2019 reiste eine Delegation aus Wissenschaft und Politik (Ministerin Petra Olschowski in der Mitte) nach Namibia. Stationen waren Windhoek und Gibeon, der Sitz der Familie Witbooi. Dort fand die Rückgabe-Zeremonie der Witbooi-Bibel und der Peitsche statt.

Windhoek, zurückgegeben. Der heutige namibische Nationalheld Witbooi war ein wichtiger Vertreter des namibischen Widerstands gegen die deutschen Kolonialherren. Wir sind mit Bibel und Peitsche durch das Land gefahren und haben an einzelnen Orten Halt gemacht, die Artefakte ausgepackt und den Menschen gezeigt. Und das ist etwas, was ich wirklich mein Leben lang nicht vergessen werde, weil es so war, als hätten wir den Menschen ihre Geschichte zurückgegeben. Sie standen Schlang, um Bibel und Peitsche sehen zu können, sie haben geweint, gelacht und gesungen. Und daran ist mir auch deutlich geworden, wie eng Geschichte an Objekten hängt. Sie machen den Leuten deutlich, dass es diese Menschen wirklich gegeben hat, dass das, was sie getan haben, wirklich passiert ist und dass es ihre Gegenwart heute beeinflusst hat. In dem Moment, wo sie ein Objekt haben, und sei es eine mit persönlichen Notizen beschriebene Bibel, wird Geschichte greifbar.

Die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, eine starke Stimme, wenn es um die Rückgabe geraubter Kunst aus ehemaligen europäischen Kolonien geht, fordert eine neue Ethik der Beziehungen zu Afrika.

Wir haben die Professorin für Kunstgeschichte an der TU Berlin, Bénédicte Savoy, mehrfach als Referentin nach Baden-Württemberg eingeladen. Sie ist eine kenntnisreiche und fordernde Persönlichkeit, die die Dinge zuspitzt. Ich schätze ihren ganzheitlichen Zugang. Wir stimmen ihrer Forderung zu, die Herkunft von Artefakten aus afrikanischen Ländern transparent zu machen, und der Empfehlung, gestohlene Kunst in die Ursprungsländer zurückzugeben.

Sie waren Teilnehmerin einer Delegation der Bundesregierung bei der Übergabe vor Ort von Benin-Bronzen. Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und die Rückgabe entsprechender Artefakte gerät zunehmend ins Visier rechtsextremer Kreise. Kolonialrevisionistisch wird gegen Reparationsforderungen agitiert.

Gemeinsam mit den Bundesländern, Städten und Museen zeigen wir, dass Deutschland es ernst meint mit der Aufarbeitung seiner dunklen Kolonialgeschichte. Es geht um die Rückgabe von Kulturgut, das gewaltsam entwendet worden ist. Oftmals indem Menschen nicht nur bedroht, sondern ermordet worden sind. Auch menschliche Gebeine müssen wieder den Weg zurück nach Afrika finden. In langen Verhandlungen haben wir uns mit der Regierung von Nigeria dahingehend geeinigt, dass nicht alle Benin-Bronzen zurückgegeben werden, sondern manche als Leihgaben in deutschen Museen bleiben, unter anderem im Stuttgarter Linden-Museum. So ist gewährleistet, dass auch wir in Deutschland weiterhin den Blick in die Vergangenheit werfen können, um zu verstehen, was unsere Rolle war und wie sie die Gegenwart beeinflusst. Das passt natürlich nicht allen.

Die Entscheidung des nigerianischen Staatspräsidenten Muhammadu Buhari, die aus deutschen Museen zurückgegebenen Benin-Bronzen dem Oba (König) des ehemaligen Königreichs Benin und damit einer Privatperson zu übereignen, wird in extrem rechten Kreisen kategorisch abgelehnt.

Die nigerianische Regierung hat sich entschieden, diese Objekte der Person zurückzugeben, die in der Folge des Königshauses steht, also der Familie, denen sie damals gestohlen worden sind. Das kann man unterschiedlich bewerten, aber es ist eine Entscheidung der nigerianischen Regierung, die zu akzeptieren ist. Damit ist im Übrigen auch noch nicht entschieden, dass die Bronzen nicht mehr öffentlich gesehen werden können. Das entscheidet der Oba, wie er die Artefakte präsentiert, und er plant ja den Bau eines Museums. Es ist also eine Entscheidung der Menschen vor Ort und das ist auch richtig so. Für uns gilt, dass man an gestohlenem Eigentum kein Recht erwerben kann. Wer das, wie es die extreme Rechte macht, nicht so sieht, bringt zum Ausdruck, dass man den Nigerianern nicht zutraut, dass sie mit ihrer eigenen Geschichte und ihrer Kunst so umgehen, wie es für sie richtig ist. Mir ist auch nicht bekannt, dass sich Landtagsabgeordnete von rechts, die die Rückgabe von afrikanischem Kulturgut ablehnen, bisher für diese Art von Kultur überhaupt interessiert hätten. Also: Die extreme Rechte stellt sich als Hüter eines kulturellen Schatzes dar, von dem sie bisher kaum Kenntnis genommen hat, ohne sich die Frage nach der historischen Verantwortung zu stellen.

Der völkerrechtlich legitime Verteidigungskrieg von Israel gegen die terroristische Hamas führt hierzu-lande zu antisemitischen Ausschreitungen an manchen Universitäten; Stichwort: Postkolonialismus. Autoritäre Systeme wie Russland üben eine Faszination auf demokratiemüde Menschen aus. Machen sich Verschiebungen in der Kulturpolitik bereits bemerkbar?

Ich persönlich glaube nicht, dass die sehr zugespitzte Darstellung einer Welt allein in eine nördliche und südliche Hemisphäre, und dies verbunden mit einer postkolonialen Debatte, der Komplexität der Situation gerecht wird. Die Linien der Machtverhältnisse sind doch weltweit kreuz und quer zu ziehen. Dazu gehört, dass wir – so meine ich – verstehen müssen, dass wir in Deutschland aus unserem historischen Verständnis heraus möglicherweise anders auf aktuelle Konflikte schauen

und eine andere Verantwortung haben, als jetzt zum Beispiel die Briten, die mit Palästina eine andere Geschichte haben. Jeder kulturelle Bereich, ich will jetzt nicht Nation sagen, trägt seine historischen Vorbedingungen mit. Und dieses Wissen um die Geschichte prägt natürlich auch den Blick auf eine aktuelle Situation. Um es aber klar zu sagen: Für Antisemitismus gibt es keinerlei Begründung. Antisemitismus ist grundsätzlich abzulehnen und zu bekämpfen. Aber eine kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Regierung und wie sie handelt, muss und kann stattfinden – dazu braucht es aus meiner Sicht keinen Überbau einer postkolonialen Debatte.

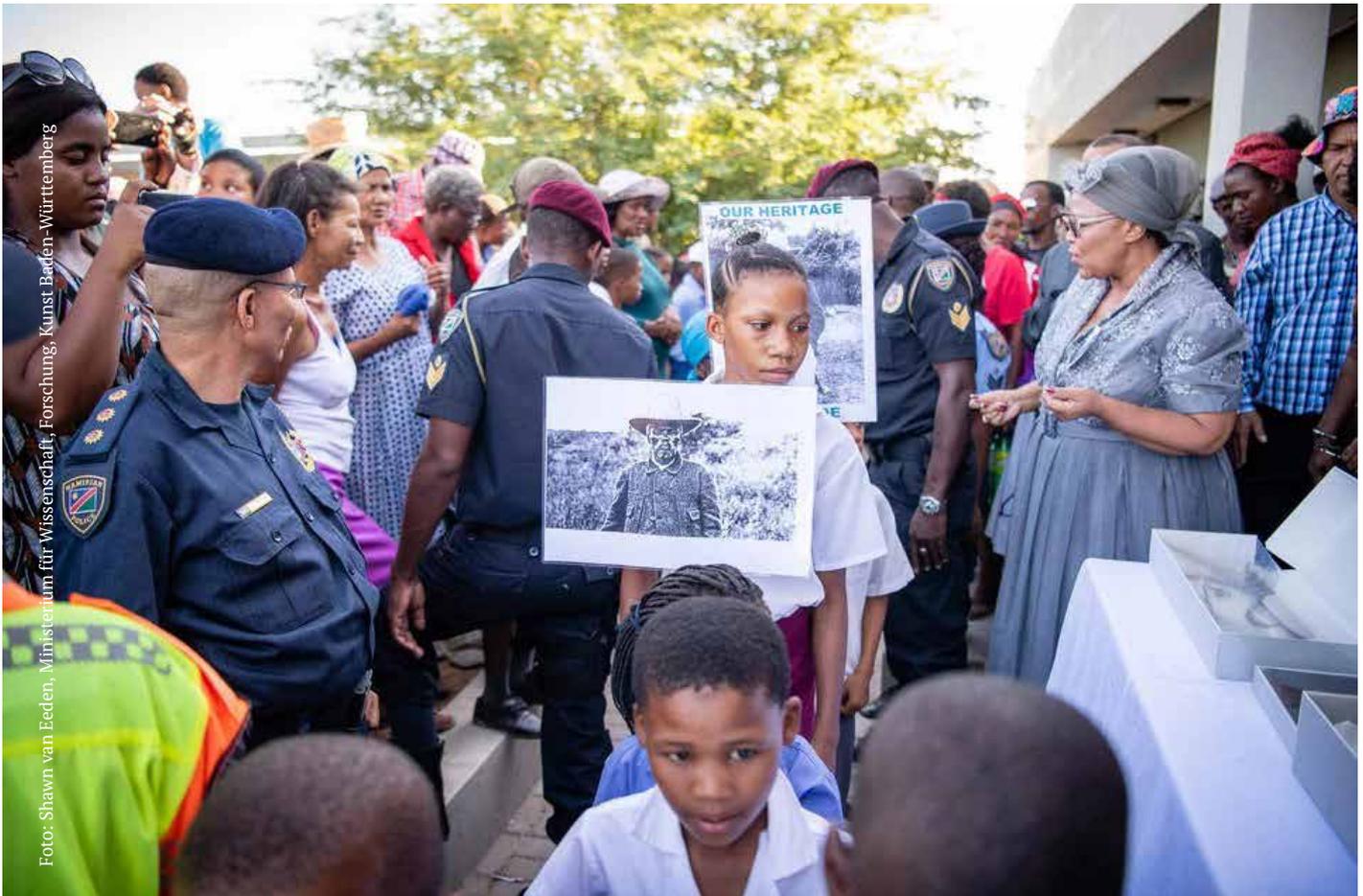


Foto: Shawn van Eeden, Ministerium für Wissenschaft, Kunst Baden-Württemberg

Zug der Bibel und der Peitsche von Windhoek in den Süden Namibias mit Stationen in Rehoboth, Kalkrand und Mariental.

Ist Antisemitismus an Hochschulen – in Berlin zum Beispiel ist dies so – auch analog in Baden-Württemberg ein Thema?

Ich kann für Baden-Württemberg sagen: Der Hauptkern des Antisemitismus liegt nicht in unseren Hochschulen. Und dort, wo wir Konflikte haben, werden sie oft aus der Stadtgesellschaft in die Hochschule getragen und nicht aus der Hochschule in die Stadtgesellschaft. Also wir wissen, dass viele der Gruppen, die aktiv sind, schon lange einen Hintergrund in der Stadtgesellschaft haben – und sie suchen die Hochschulen als Austragungsort, als öffentlichen Raum. Aber das sind nicht in allen Fällen die Studierenden oder schon gar nicht die Lehrenden aus den Hochschulen. Studien belegen, dass der Prozentsatz antisemitischer Haltung an Hochschulen deutlich geringer ist als in der Gesellschaft. Gleichwohl: Antisemitismus muss natürlich auch an Hochschulen bekämpft werden.

Die Aufarbeitung der Shoah und des Kolonialismus können in Deutungskämpfe um das Erinnern münden.

In Deutschland, zumindest in weiten Teilen der Gesellschaft, ist die Einmaligkeit der Shoah und des Holocaust unumstritten. Das ist auch richtig so. Aber es ist gleichzeitig notwendig zu sehen, dass es Wege gibt, die dahin geführt haben. Es gibt anderes Unheil, das davor geschehen ist. Und man darf aus meiner Sicht den Holocaust nicht als eine Wand sehen, die den Blick versperrt für das

Davor, sondern es muss in sich als schrecklichstes, dramatisches Ereignis stehen, und trotzdem müssen wir in der Lage sein, das zu bewerten, was davor passiert ist. Und was ja in vielfacher Hinsicht, man sieht es bei Namibia ganz besonders, auch Grundlagen gelegt hat dafür, wie bestimmte Mechanismen funktionieren, um Zerstörung, um massenhaften Tod herbeizuführen. Auch die Abwertung von Menschen, ob sie jetzt einer bestimmten Herkunft sind oder einer bestimmten Religion, ist im Grundsatz her vergleichbar. Deswegen würde ich immer betonen und sagen, dass die Größenordnung und Grausamkeit der Shoah einmalig ist. Aber auch einmalige Vorgänge haben Vorzeichen, haben Vorbedingungen und kommen aus einer bestimmten Situation heraus. Deswegen halte ich auch jetzt die Frage in der aktuellen Debatte, welches Leid höher wiegt, für eine eigentlich nicht beantwortbare. Denn: Leid kann man nicht gegen Leid aufrechnen.

War die Kolonialzeit ein Wegbereiter der Shoah?

In Teilen würde ich das so sagen. Zumindest in der Art und Weise, wie sie dann umgesetzt wurde. Die ersten Konzentrationslager in Namibia hatten in ihrer Funktionsweise Instrumentarien geschärft, die den massenhaften Tod von Menschen nachher sozusagen auf den Weg brachten, indem man schon gewusst hat, wie man das macht. Und ich würde auch sagen, da muss sich die Wissenschaft große Vorwürfe machen lassen: Dieses Bewerten von Menschen, indem man ihre Schädel und Gliedmaßen vermisst und so weiter, um daraus Schlüsse zu ziehen über ihren Wert – das hat eine Grundlage dafür gelegt, Menschen in dieser Dimension abzuwerten, wie es dann vor allem, aber nicht nur jüdischen Bürgerinnen und Bürgern passiert ist. Es ist unsere Aufgabe heute, dass so etwas nie wieder passiert.

Im Gespräch

Grundlage für eine dauerhafte Aussöhnung zwischen Namibia und der Bundesrepublik Deutschland

RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch mit Ruprecht Polenz über die Verhandlungen mit Namibia, über die Chancen einer Versöhnung und die Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft

Das Interview führte unser Redaktionsmitglied Wolfgang Zimmermann.

Der CDU-Politiker Ruprecht Polenz war von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Seit 4. November 2015 ist er offizieller Vertreter der Bundesregierung im Dialog um den Völkermord an den Herero und Nama mit Namibia.

Es hat sehr lange gedauert, bis die Bundesrepublik Deutschland die kolonialen Kriegsverbrechen an den Herero und Nama als »Völkermord« bezeichnet hat. Letztlich bildete die Bundestagsdebatte um den Genozid des Osmanischen Reichs an den Armeniern dafür den Anstoß: Wer von einem Genozid an den Armeniern spreche, der müsse auch die Verbrechen des deutschen Militärs in Deutsch-Südwestafrika in den Jahren 1904 bis 1908 als »Völkermord« bezeichnen, so argumentierte Bundestagspräsident Norbert Lammert im Jahr 2015. Warum tut sich die Bundesrepublik bis in die jüngste Vergangenheit hinein so schwer mit seiner Verantwortung für die eigene Kolonialgeschichte?

Da ist Deutschland ja nicht alleine. Wir haben bei allen früheren Kolonialmächten das Problem, dass dieses Thema lange liegen geblieben ist. Deutschland ist eigentlich das erste Land, das diese Frage in den Verhandlungen mit Namibia so entschlossen angepackt hat. Das vielleicht als Vorbemerkung. Ich habe mich natürlich auch gefragt, warum haben die Verhandlungen, die ich führen durfte, so spät begonnen. Ich glaube, man muss fairerweise berücksichtigen, bis 1989 war Namibia südafrikanische Kolonie und das Apartheid-Regime herrschte. Da konnte man im Grunde diese ganzen Prozesse, über die wir jetzt gleich sprechen, nicht starten. Danach war Deutschland wahrscheinlich in seiner Aufmerksamkeit sehr stark auf die gleichzeitige Wiedervereinigung fokussiert. Aber ich gebe Ihnen recht, man hätte deutlich eher mit den Verhandlungen anfangen sollen. Ich habe sie dann 2015 von der politischen Seite her begonnen zu führen.

Die Schwierigkeit mit dem Begriff Völkermord hing, so glaube ich, an einer juristischen Einschätzung, die uns dann auch in den Verhandlungen immer wieder Probleme gemacht hat. Die Position des Auswärtigen Amtes war: Der Tatbestand des Völkermords ist durch die Konvention der UN 1948 rechtlich definiert worden. Wenn man diesen Rechtsbegriff gebrauchte, schaffe man möglicherweise neue Rechtstatsbestände. Und das wollte die Bundesregierung nicht, da die Konvention keine rückwirkende Geltung besitze. Wir haben uns dann in den Verhandlungen darauf verständigt, den Begriff zu verwenden. Allerdings mit einem Hinweis darauf, dass er vom Tatbestand her verwendet wird, aber nicht als spezieller juristischer Begriff.

Sie haben die Verhandlungen mit Namibia auf deutscher Seite geleitet. Was waren die Leitlinien bei den Gesprächen?

Ziel des Abkommens war von Anfang an, die Grundlage für eine dauerhafte Aussöhnung zwischen Namibia und Deutschland zu legen – auf der Basis dessen, dass wir gemeinsam wissen, wie wir mit dieser Vergangenheit umgehen wollen und dass wir so zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur kommen wollen. Für Namibia legt dieses Abkommen die Grundlagen dafür, dass die Lebenschancen



Foto: Privat

der heute lebenden Herero und Nama verbessert werden. Für Deutschland besteht der Gewinn darin, dass ein Prozess in Gang gesetzt werden kann, der die Schuld der Vergangenheit natürlich nicht ungeschehen macht, der aber einen angemessenen Umgang mit dieser Schuld schafft.

Sie haben die finanzielle Seite der Vereinbarung angesprochen. Aber natürlich lässt sich mit Zahlungen, auch wenn sie großzügig sind, keine Versöhnung erreichen. Da würde ich gerne nochmal nachfragen: Was braucht es neben dem Finanztransfer und der klaren Bezeichnung der Verbrechen als Genozid noch für die Versöhnung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Namibia, zwischen Deutschland sowie den Herero und Nama?

Sie haben völlig recht, das Abkommen selber, wenn es dann auch von den Regierungen unterschrieben ist, heißt nicht, jetzt sind wir versöhnt, sondern bedeutet, wir haben jetzt gemeinsam Voraussetzungen geschaffen, Prozesse in Gang gesetzt, von denen wir hoffen, dass sie am Ende zu einer Versöhnung führen. Wir haben übrigens auch keinen Anspruch darauf, dass das gelingt. Wir können uns nur anstrengen. Da gehört natürlich dann auch die Bitte um Entschuldigung dazu, über die wir auch gesprochen haben und uns auf ein Prozedere verständigt haben. Zur wirklichen Versöhnung gehören viele Begegnungen zwischen Menschen aus Namibia und aus Deutschland. Es gehört ein Interesse an den jeweils anderen dazu – auch beispielsweise durch ein Gedenken im öffentlichen Raum, verstärkt auch in Deutschland. Es ist ja schon so, dass es in Deutschland einige Städte gibt, die an diesen Völkermord erinnern, aber die wenigsten davon sind in einer Weise angemessen. Wir haben deshalb für diesen Prozess, der in der Breite der Gesellschaft hoffentlich läuft oder laufen wird, eine Stiftung vorgeschlagen, die quasi als Motor für das Entstehen einer gemeinsamen Erinnerungskultur wirken soll, die sich dann auch um Jugendaustausch, Forschungsprojekte, Schulbuchprojekte etc. kümmern kann. Sie haben gefragt, was muss eigentlich geschehen, also viele solche Sachen, wie Sie (Red.: das Landesarchiv Baden-Württemberg und die National Archives of Namibia) schon machen – und dies auf ganz unterschiedlichen Gebieten.

Wir müssen hier das Rad nicht neu erfinden, denn im Grunde hat Deutschland ja nach dem Zweiten Weltkrieg auf diesem Gebiet Erfahrungen gesammelt. Und wenn man unter diese Erfahrungen einen Strich macht, dann waren die Wege, die man gegangen ist mit Israel, mit Frankreich, dann später auch mit Polen, mit Norwegen, mit den Niederlanden, erfolgreich.

Ich finde Ihren Hinweis, dass man auf Versöhnung keinen Anspruch hat, weil das letztlich die Entscheidung derer ist, die Unrecht erlitten haben, eine wichtige Grundhaltung, die erst Versöhnung möglich macht.

Ja, natürlich. Sie haben nach der langen Zeit gefragt, die es gedauert hat bis zum Abschluss der Verhandlungen. Ich bin das auch vom Bundestag immer mal wieder gefragt worden, wenn ich den Ausschüssen berichtet habe. Da habe ich gesagt, ja, klar, wir könnten auch schneller, aber in Namibia braucht es Zeit. Und wir können ja nicht jetzt gegenüber unseren namibischen Gesprächspartnern sagen, also wir wollen uns jetzt versöhnen, jetzt macht mal Tempo. Das geht nicht. Es braucht die Zeit, die die namibische Seite sich nehmen wollte und genommen hat. Und ich bin froh, dass es dann 2021, jedenfalls was die eigentlichen Verhandlungen anging, zu einem Abschluss gekommen ist, den beide Seiten paraphiert haben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die direkten Verhandlungen mit den Vertretern der Herero und Nama zurückgewiesen. Die Regierungspartei SWAPO wird von der Bevölkerungsmehrheit der Owambo dominiert. Welches sind die Argumente für die deutsche Position, nur mit der Regierung zu verhandeln?

Das sind zunächst einmal die Argumente der namibischen Regierung gewesen, die die Verhandlungen auf Regierungsebene führen wollte. Und den Standpunkt eingenommen hat, wir sind demokratisch legitimiert. Wir repräsentieren alle Namibierinnen und Namibier. Natürlich hatte die deutsche Seite immer ein Interesse daran, dass die betroffenen Communities möglichst intensiv in die Verhandlungen einbezogen sind. Aber wir konnten der namibischen Regierung natürlich nicht vorschreiben, wie sie ihre Delegation zusammensetzt und wie die Verhandlungen aufgesetzt werden. Direkte Verhandlungen mit den Vertretern von Herero und Nama unter Ausklammerung der Regierung hätten diese massiv brüskiert. Die zweite Schwierigkeit wäre gewesen, dass entgegen manchem Blick von außen Herero und Nama durchaus nicht so einig sind, wie es erforderlich wäre, um eine gemeinsame, von allen akzeptierte Verhandlungsdelegation zusammenzubekommen. Auch aus dem Grund war klar, wir können nur mit der Regierung verhandeln, und die namibische Regierung muss selber sehen, wie sie Herero und Nama einbezieht. Und das hat sie auch intensiv getan. In der namibischen Delegation und allen Vorbereitungsgremien waren immer Vertreter der Herero und Nama dabei.

Wir haben bei der Joint Declaration Wert darauf gelegt, dass bei der Umsetzung der Dinge, die

wir vereinbart haben, von der Planung bis sozusagen in den Betrieb, die örtlichen Communities ein ganz starkes Mitbestimmungsrecht haben. Das ist der eine Punkt. Und der zweite, wir haben auch nicht ein Abkommen gemacht, so nach dem Motto, wenn das unterschrieben ist, überweist Deutschland Geld und die ganze Umsetzung liegt alleine bei der namibischen Regierung, sondern Deutschland wird auch bei der Umsetzung mit dabei sein, mit einer eigens dafür geschaffenen Organisation, um sicherzustellen, dass eben auch Herero und Nama beteiligt sind, dass das, was für sie bestimmt ist, auch bei ihnen ankommt.

Welches Format, welchen diplomatischen Charakter hatten denn die Verhandlungen?

Wir haben nicht außergerichtliche Vergleichsverhandlungen geführt, in dem Sinne, dass es bei den Gesprächen um eine Rechtsfrage geht und wenn wir uns nicht einigen, landet das irgendwie bei Gerichten, die dann entscheiden. Denn es ist keine Rechtsfrage, sondern es ist eine politisch-moralische Frage. So haben wir es gesehen und so sehen wir das. Deshalb tauchen in dieser Joint Declaration auch keine Rechtsbegriffe im engeren Sinne auf. Das war auch immer ein bisschen ein kontroverser Punkt. Aber es ist eben keine Rechtsfrage, weil es keine rechtliche Grundlage gibt, die zu der Zeit gegolten hätte, nach der man das heute verhandeln könnte. Das ist schon ein sehr wichtiger Punkt. Ja. Und eine zweite Sache würde ich auch noch gerne ergänzen: Es war auch nicht einfach – das war vielleicht die Anfangsfrage –, das damalige Geschehen so zusammenzufassen, dass beide Seiten sagen, ja, so war es und dafür will Deutschland jetzt um Entschuldigung bitten. Denn der Blick auf die Verbrechen ist natürlich von der Seite der Nachfahren, der Opfer, noch mal ein anderer als der aus Deutschland, wo viele sagen, das ist so lange her, was haben wir damit eigentlich noch zu tun.

Wir haben jetzt schon viel über das Abkommen gesprochen. Natürlich war auch die Höhe der Zahlungen von bundesdeutscher Seite immer ein Punkt der Kritik. Können Sie schon sagen, welches Volumen der Vertrag haben wird, was die Bundesrepublik hier zur Verfügung stellt?

Ja, es geht um einen Gesamtbetrag in Höhe von einer Milliarde und 50 Millionen Euro über 30 Jahre verteilt. Wobei diese 30-Jahres-Frist jetzt nicht bedeutet, dass man jedes Jahr nur exakt einen 30-Jahres-Betrag ausgeben kann. Aber es ist in etwa der Zeithorizont skizziert und es ist auch so, dass man nach den 30 Jahren Bilanz ziehen und schauen wird, ob damit das erreicht worden ist, was wir, Stand heute, gerne erreicht hätten. Und ob es dann gegebenenfalls auch noch weitere Gespräche geben könnte. Das war ein Punkt, der Namibia besonders wichtig war. Und jetzt ist die Frage, wie kommt man auf die Summe? Wir haben darüber nachgedacht, was kann heute getan werden, um die noch vorhandenen Wunden zu heilen? So sind wir eben auf diese Projekte gekommen, die im Übrigen auch in die grundsätzliche namibische Konzeption, wie sich das Land entwickeln soll, reinpassen. Wir haben dann zweitens überlegt, wie viel kann Namibia denn in einem Jahr, in zwei Jahren, in drei Jahren umsetzen. Als Erfahrungswert haben wir die Mittel der bisherigen Entwicklungshilfe angesehen. Dann sind wir eben in etwa auf die Beträge gekommen, die jedes Jahr umgesetzt werden können, wie das jetzt in dem Abkommen vorgesehen ist. Wir haben nicht den Gedanken verfolgt, wie viel Geld ist ein Menschenleben wert, weil Menschenleben unbezahlbar sind. Und ein solcher Weg nur in die Irre führt. Es gab in der namibischen Öffentlichkeit schon diese Ausgangsüberlegung, also was ist damals an Schaden entstanden? Und was würde das jetzt sozusagen über die Jahre hochgerechnet bedeuten? Ich denke, dass diese Überlegung grundsätzlich in die falsche Richtung geht. Und wir haben uns dann gemeinsam auf diesen anderen Ansatz verständigen können.

Vielleicht die letzte Frage, wie geht es weiter? Sie als erfahrener Außenpolitiker, was wären die nächsten Schritte bis zur Unterzeichnung und danach?

Es ist jetzt alles nahezu unterschriftsreif. Die Frage hängt jetzt an der namibischen Regierung. Es sind gerade Wahlen gewesen. Und ob und wann die namibische Regierung sagt, wir unterschreiben, das liegt bei ihr. Ich hoffe, das könnte nächste Woche, könnte nächsten Monat sein. Ich hoffe, dass es wenigstens in diesem Jahr der Fall ist. Ich kann es aber nicht genau sagen. Ich habe mich bei zeitlichen Prognosen in der Hoffnung, es ginge schneller, schon öfter vertan. Deshalb bin ich da ein bisschen vorsichtig. Aber es ist klar: Von der deutschen Seite aus kann die Unterschrift jederzeit erfolgen.

Und der nächste Schritt wäre ein Besuch des Bundespräsidenten?

In der Joint Declaration ist auch vorgesehen, was im Hinblick auf die Versöhnungsprozesse die nächsten Schritte sind. Es ist vorgesehen, dass sich Deutschland offiziell und von hoher Stelle, da ist natürlich der Bundespräsident gemeint, in Namibia für diese Verbrechen entschuldigt, also Moment, sich nicht entschuldigt, sondern um Entschuldigung bittet. Das ist ganz wichtig, denn man kann sich nicht selber entschuldigen, man kann nur darum bitten. Und da Frank-Walter Steinmeier ja damals als Außenminister diesen ganzen Prozess angestoßen hat – er hatte mich ja gefragt, ob ich die Verhandlungen führen wolle – wird er das auch gerne machen. Ich gehe auch davon aus, dass der Deutsche Bundestag sich in einer parallelen Resolution zu den Verbrechen äußern wird. Und das wären sozusagen die protokollarisch offiziellen Schritte. Und parallel dazu muss es dann sehr schnell an die Umsetzung gehen. Je eher, ich sage jetzt mal, ein Berufsausbildungszentrum gebaut wird, umso schneller kommen junge Namibierinnen und Namibier zu einer qualifizierten Berufsausbildung, von der sie dann ihr Leben lang profitieren.

Ich finde die Quintessenz des Vertragswerks kommt in seinem Titel sehr gut zum Ausdruck.

Die Überschrift des Dokuments lautet: »Joint Declaration by the Federal Republic of Germany and the Republic of Namibia – United in remembrance of our colonial past, united in our will to reconcile, united in our vision of the future.« In den Schlagworten kommt der gedankliche Dreischritt zum Ausdruck. Wenn man um Entschuldigung bitten will, muss klar sein, wofür man um Entschuldigung bittet (»remembrance of our colonial past«). Derjenige, den man um Entschuldigung bittet, möchte wissen, ist das nur so ein Lippenbekenntnis oder ist es der anderen Seite ernst (»our will to reconcile«). Und das hängt drittens davon ab, was daraus folgen soll (»our vision of the future«). Dieser Dreischritt ist im Grunde die gedankliche Grundlage für das Dokument.



Aus dem Ländle **Großdemonstration der Karlsruher Zivilgesellschaft gegen neonazistische Provokation**

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Die neonazistischen Splitterparteien »Die Rechte« und NPD hatten am 9. November(!) zu einem Aufmarsch im Karlsruher Stadtteil Durlach aufgerufen. Unter dem Motto »Deutschland einig Vaterland! Gemeinsam für eine deutsche Zukunft!« fanden sich ca. zwei Dutzend Personen aus dem zersplitterten neonazistischen Spektrum aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ein.

Das Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts sah in dem Aufmarsch der Ewiggestrigen »eine Provokation sondergleichen« und organisierte eine Gegendemonstration. Dem Aufruf »Nazi-Aufmarsch am Tag der Reichspogromnacht verhindern!« folgten über 60 Organisationen, darunter Omas gegen Rechts, Naturfreunde und die Parteien Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt.

Das Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts ist ein Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppen in Karlsruhe, die sich im Rahmen ihrer professionellen oder ehrenamtlichen Tätigkeit gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren.

Um die 2.000 Bürgerinnen und Bürger setzten am 86. Jahrestag der Reichspogromnacht in Karlsruhe-Durlach ein starkes Zeichen für Demokratie und gegen Hass. Aufgrund des im Voraus angekündigten massiven Gegenprotestes konnten die Neonazis ihre geplante Demonstrationsroute nur in einem weniger als 500 Meter langen Straßenabschnitt fern der Durlacher Altstadt und quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchführen. Nach kaum einer Stunde war der braune Spuk vorbei.

Dieter Bürk, Vorsitzender des DGB Karlsruhe, betonte nach dem erfolgreichen Gegenprotest: »Das war die richtige Antwort der Karlsruherinnen und Karlsruher auf diese widerliche Provokation rechter Splittergruppen.« Am 9. November 1938 hatten die Nationalsozialisten dazu aufgerufen, jüdische Geschäfte und Synagogen zu zerstören. Der Tag markiert den Beginn der nationalsozialistischen Zerstörung jüdischen Lebens. Mit der Reichspogromnacht erreichte die Judenverfolgung eine neue Dimension, die in der industriell betriebenen Massenvernichtung von Menschen jüdischen Glaubens in Auschwitz gipfelte. Dass heute, und nach dem 7. Oktober 2023 ganz besonders, die Zahl von antisemitischen Straftaten in Deutschland, in Europa und weltweit wieder zunimmt, ist so erschreckend wie alarmierend.

Redner der Neonazi-Mini-Demo waren Florian Grabowski (Die Rechte, Landesverband Südwest), Jan Jaeschke (NPD, Landesverband Baden-Württemberg) und Christian Worch (Die Rechte, Bundesverband).

Grabowski fungiert als stellvertretender Bundesvorsitzender von Die Rechte. Er zeichnete ehemals für die Internetseite der »Nationalen Sozialisten aus Mainz-Bingen-Kreuznach« verantwortlich und war später Funktionär der neonazistischen »Neue Stärke Partei«.

Worch ist Bundesvorsitzender der 2012 von ehemaligen Mitgliedern der Deutschen Volksunion (DVU) gegründeten Kleinstpartei Die Rechte. Ihren Namen und ihre Symbolik wählte Die Rechte bewusst in Anlehnung an Die Linke. Worch, der Gründer der Partei Die Rechte, entstammt der bundesdeutschen Neonazi-Szene, die sich in Reaktion auf die Vereinsverbote der 1990er-Jahre dezentral in lokalen Kameradschaften organisierte. Der einschlägig mehrfach rechtskräftig verurteilte Neonazi ist knasterfahren.

Jaeschke twitterte noch während seiner Kundgebung: »Allein gegen die Mafia! Wir stehen mit 15 Nationalen gegen das undemokratische Karlsruhe der Antifaschisten. Für eine deutsche Zukunft!« Der in Nordbaden wohnhafte Jaeschke gilt in rechtsextremen Kreisen als Sektierer. Im Juni 2023 vollzog die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD), die älteste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik, einen Namenswechsel in »Die Heimat«. Doch inzwischen gibt es wieder eine NPD auf Bundesebene wie auch einen baden-württembergischen NPD-Landesverband. Der ehemalige NPD-Kreisverband Rhein-Neckar um Jaeschke, zugleich Vorsitzender des NPD-Landesverbands in Baden-Württemberg, trug den Namenswechsel nicht mit. Anfang März 2024 wurde in Baden-Württemberg dann auf einem Landesparteitag ein neuer NPD-Landesverband gegründet. Jaeschke wurde auch zu dessen Vorsitzenden gewählt.

Die Abschlusskundgebung endete mit dem Abspielen aller drei Strophen der Nationalhymne. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 wurde in Deutschland die erste Strophe des Deutschlandliedes mit dem Horst-Wessel-Lied kombiniert. Das Kampflied der SA-Braunhemden war die Parteihymne der NSDAP. Die erste Strophe, die einst den Wunsch nach einem geeinten Deutschland verkörperte, war nun mit dem Größenwahn der Nazis verbunden und entwickelte sich zum kriegerischen Schlachtlied.

Spuren der Vergangenheit: Umstrittenes Denkmal der 35. Infanterie-Division der Wehrmacht in Karlsruhe

Von Paul Mai, studentischer Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus



Im Zentrum Karlsruhes, in der Nähe des Mühlburger Tors, erinnert ein monumentaler Sarkophag an gefallene Wehrmachtssoldaten. Die als Opfer stilisierten Kämpfer waren an verschiedenen Kriegsverbrechen beteiligt, wie eine Ausarbeitung des Historikers Christian Gerlach aus dem Jahr 1998 nachweist.¹ Spätestens als die Fraktion Die Linke im Karlsruher Gemeinderat 2014 die Entfernung des Denkmals beantragte, wurde das Monument zu einem Politikum. Zur Aufarbeitung der Geschichte der 35. Infanterie-Division veranstaltete die Stadt Karlsruhe daher im gleichen Jahr ein Symposium unter dem Titel: »Der Zweite Weltkrieg – Last oder Chance der Erinnerung? Widerspruch gegen das Ehrenmal«. Das Ergebnis war ein Kompromiss: Der Sarkophag sollte erhalten bleiben, jedoch mit einem Kommentar in Form einer daneben platzierten Informationsstele zur Beteiligung dieser Wehrmachtseinheit an Kriegsverbrechen. Heute ist das Denkmal mit Antifa-Graffiti geschmückt. Widerstand und Kommentierung lassen erahnen, dass die Symbolkraft dieses Ortes nach wie vor besteht.

Die Verbrechen der 35. Division

Über die schweren Verbrechen der Karlsruher Infanterie-Division konnte die Öffentlichkeit inzwischen aufgeklärt werden. In den Jahren 1941 und 1944 misshandelten die Soldaten Zivilisten und Kriegsgefangene psychisch, körperlich und sexuell. Außerdem belegen Quellen das Niederbrennen von Häusern und somit die bewusste Zerstörung von Lebensgrundlagen.

Wie die wissenschaftliche Untersuchung des Historikers René Rohrkamp zeigt,² waren die Karlsruher Soldaten zudem an einem der schwersten Verbrechen der Wehrmacht überhaupt beteiligt. Rund 45.000 »arbeitsunfähige« Zivilisten wurden bei Rückzug der Division nahe des weißrussischen Dorfes Osaritschi in menschenunwürdige Lager verschleppt. Die Deportation kostete rund 9.000 Menschen das Leben. Der Geschichtswissenschaftler analysiert, dass in der Nachkriegszeit kaum einer der Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurde. Die Existenz des Denkmals ist somit ein Indiz dafür, dass neben juristischen auch politische und gesellschaftliche Konsequenzen

¹ Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1998.

² Siehe René Rohrkamp, Osaritschi 1944 – Die Beteiligung der 35. Infanterie-Division an einem Kriegsverbrechen gegen Zivilisten, in: Der Zweite Weltkrieg – Last oder Chance der Erinnerung? Widerspruch gegen das Ehrenmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe; Publikation zum Symposium am 6. November 2014, S. 15-27.

für die Beteiligten ausgeblieben sind. Die Verdrängung der nationalsozialistischen Verbrechen ermöglichte die Errichtung eines »Ehrenmals« für die »Gefallenen« mitten in der Stadt – und war somit ein von den Interessen der Mittäter getriebener Vorgang.

Ein hochpolitisches Denkmal entsteht

Diese Interessen wurden im »Kameradendienst der 35. Infanterie Division e. V.«, eine Art Alumni-Verband von und für Divisionsmitglieder, gebündelt. Wie der Karlsruher Stadtarchivar Jürgen Schuhladen-Krämer herausfand, war Dr. Eberhard Knittel, der spätere Vorsitzende dieses Vereins, Initiator des Denkmals. Knittel wandte sich 1952 an den Karlsruher Oberbürgermeister Günther Klotz, der die Idee des Baus eines Denkmals für die gefallenen Karlsruher Soldaten unterstützte. Auch im Gemeinderat waren Gedenken und Verbrechen keine Diskussionsgegenstände. Der Stadthistoriker Schuhladen-Krämer bezeichnet diese Tatsache als den steingewordenen Umgang mit der NS-Geschichte der Wehrmacht in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland. Sie reiht sich in die damals vorherrschende Täter-Opfer-Umkehr in Bezug auf Wehrmachtssoldaten ein.

Im Rahmen des Karlsruher Symposiums stellte die damalige Leiterin des Denkmalamts, Ute Fahrbach-Dreher, klar, dass erinnerungspolitisch ein standardisierter Soldatenmythos weitergeschrieben wurde. Die Abläufe rund um die Errichtung des Denkmals machen deutlich, wie die Erinnerungskultur im militärischen Kontext tatsächlich gestaltet wurde. Dies zeigt auch die Aktivität des »Kameradendienstes der 35. Infanterie-Division e. V.«, der eine Publikation über die Geschichte der Division herausgab, in der der »Opfertod« der »Kameraden« glorifiziert wurde und damit Täter zu Opfern gemacht wurden. Von Reue und Einsicht keine Spur. Die Berichte gibt es noch heute, in verschiedenen Neuauflagen in gekürzter Form, unkommentiert zu kaufen.

Das »Gefallenenehrenmal« wurde nach Unterstützung von Stadtverwaltung, Politik und Bundeswehr am 30. Mai 1964 bei der dritten Wiedersehensfeier der Kameradschaft der 35. Infanterie-Division eingeweiht. Die Veranstaltung organisierten die ehemaligen Mitglieder der Division. Geladene Ehrengäste der Zeremonie waren unter anderem der damalige Karlsruher Erste Bürgermeister Emil Gutenkunst sowie Landtagspräsident Franz Gurk.

Die offizielle Vereinsstruktur der Kameradschaft sowie die Kontakte in der Stadtverwaltung unterstreichen die Integrationsfähigkeit der »alten Kameraden«. Dadurch kommt ihr eine Scharnierfunktion zur NS-Zeit zu, wie Jürgen Schuhladen-Krämer anmerkt. Dies zeigt sich auch in der Person des Vorsitzenden der Kameradschaft Eberhard Knittel, der im Dachverband der Kameradenwerke gut vernetzt war und sich an der Herausgabe der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift »Alte Kameraden« beteiligte. Trotz dieser Aktivitäten wurde ihm im Jahr 1959 das Bundesverdienstkreuz für seine Tätigkeiten als Verleger überreicht.

Neue Sicht auf Kriegsschuld

Bis zum Jahr 2014 waren die Verbrechen der Soldaten kaum Thema in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Karlsruher Denkmal. Dann, 50 Jahre nach seiner Aufstellung, änderte sich dies: Die Gemeinderatsfraktion Die Linke forderte die Entfernung des Sarkophags. Nachdem ein Symposium Klarheit über die Beteiligung der Infanterie-Division an Kriegsverbrechen gebracht hatte, positionierte sich die Stadt Karlsruhe neu – ein Abriss des Denkmals wurde jedoch abgelehnt: »§ 2 des Denkmalschutzgesetzes Baden-Württemberg bestimmt den Erhalt von Denkmälern. [...] die Stadt Karlsruhe [...] ermöglicht jedoch durch die Aufstellung einer kommentierenden Informationsstele eine kritische Auseinandersetzung mit dem Denkmal und der Geschichte der Wehrmachtseinheit, für die es einstmals aufgestellt wurde.«³ Auf der Stele heißt es: »Die Stadt Karlsruhe lehnt das darin zum Ausdruck kommende Leugnen der Verantwortung ebenso ab wie den militaristischen Geist.«

Das Denkmal bleibt umstritten: Es ist seit längerer Zeit mit einem großflächigen Antifa-Graffiti versehen, das nach Rücksprache mit dem Landesamt für Denkmalpflege entfernt werden soll. Weitere Aktionen politischer Gruppierungen – von rechts sowie von links – sind der Stadt Karlsruhe jedoch nicht bekannt: Das Denkmal steht zur Zeit kaum im Fokus politischer Aktivitäten. Nur noch gelegentlich versuchen lokale Vereine, es in Erinnerung zu rufen. So legen der »Badische Verein der Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner e. V.« sowie der »Traditionsverein 1. Badisches Leibgrenadier-Regiment Nr. 109« seit 2010 anlässlich des Volkstrauertages einen Kranz nieder – der Versuch, eine lange unterbrochene Tradition neu zu beleben. Ein Kontrapunkt zur Erinnerungspolitik der Stadt, wie die Pressestelle verrät.

³ Mail der Stadt Karlsruhe auf eine Anfrage der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus vom 24. Oktober 2024.

Quellen:

Ein fragwürdiges Ehrenmal, von Jürgen Schuhladen-Krämer: <https://stadtgeschichte.karlsruhe.de/stadtarchiv/blick-in-die-geschichte/ausgaben/blick-105/ehrenmal>

<https://stadtlexikon.karlsruhe.de/index.php/De:Lexikon:bio-1304>

Der Zweite Weltkrieg – Last oder Chance der Erinnerung? Widerspruch gegen das Ehrenmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe; Publikation zum Symposium am 6. November 2014 in der Erinnerungsstätte Ständehaus, hrsg. v. Stadtarchiv Karlsruhe durch Ernst Otto Bräunche und Jürgen Schuhladen-Krämer, Karlsruhe 2015.

Die 35. Infanterie-Division im 2. Weltkrieg 1939-1945- Die Geschichte einer einsatzbereiten, standfesten und anspruchslosen bad.-württ. Infanterie-Division. Zusammengestellt und bearbeitet von Hans Baumann«; Verlag G.Braun GmbH; Karlsruhe 1964. S.20 ff.

<https://stadtgeschichte.karlsruhe.de/erinnerungskultur/erinnerungskultur-im-oeffentlichen-raum/karlsruher-stelen/stele-35-infanterie-division>

Inland

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Er gibt mit Hendrik Hansen das »Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung« heraus. Zuletzt erschien von ihm das Buch »Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten«, Bonn 2022.

Warum ist Antonio Gramsci auch ein Klassiker für die Neue Rechte? Gründe für das alte und neue Interesse

Von Armin Pfahl-Traughber

Antonio Gramsci (1891–1937) gilt bereits seit den 1980er-Jahren als politischer Klassiker für die Neue Rechte. Bei deren Deutung ging es aber nie darum, an den Marxisten inhaltlich anzuknüpfen. Die Aufmerksamkeit für einen der Gründer der Kommunistischen Partei Italiens bezog sich lediglich auf dessen strategische Vorstellungen. Denn bei seinen politischen Erörterungen reflektierte Gramsci darüber, wie man um der eigenen Machterlangung willen einen politischen Umsturz vorantreiben könnte. Er konstatierte: Ein krisenanfälliger Kapitalismus führe nicht direkt zu einer politischen Revolution, ein derart platter Determinismus sei eine unrealistische Wunschvorstellung. Daher lehnte Gramsci eine ökonomiezentrierte Haltung ab, um politische und soziale Faktoren für die konkrete Rahmensituation stärker zu gewichten (vgl. Barfuss/Jehle 2014; Becker u. a. 2013). Genau diese Betrachtungen sind für die Neue Rechte relevant, wobei eine ältere und neuere Berufung auf dessen strategische Vorstellungen idealtypisch unterschieden werden kann.

Alain de Benoist (vgl. Pfahl-Traughber 2022: 58 f.) darf hier als »Entdecker« von Gramsci gelten, artikulierte doch der geistige Gründungsvater der französischen Neuen Rechten mit ihm sein strategisches Selbstverständnis. Eine Essaysammlung aus den 1980er-Jahren wurde gar mit »Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite« überschrieben. Darin bekundete Benoist: »Alle großen Revolutionen der Geschichte haben nichts anderes getan, als eine Entwicklung in die Tat umzusetzen, die sich zuvor schon unterschwellig in den Geistern vollzogen hatte. Man kann keinen Lenin haben, bevor man einen Marx hatte.« Und weiter hieß es: »Um die politische Mehrheit auf Dauer zu erringen, muß man zunächst die ideologische Mehrheit erringen, denn erst, wenn sie für Werte gewonnen ist, die von ihren eigenen Werten verschieden sind, wird die bestehende Gesellschaft in ihren Grundfesten zu wanken und ihre effektive Macht abzubreckeln beginnen« (Benoist 2017: 38, 75). Unter Berufung auf Gramsci wurde hier für eine »Kulturrevolution von rechts« plädiert.

Fortan bezogen sich immer wieder Akteure der Neuen Rechten, womit ein lockerer Intellektuellenkreis mit einer an der Konservativen Revolution orientierten ideologischen Prägung gemeint ist, auf eine solche Rezeption derartiger Strategien. Auch Aktivisten mit dieser Orientierung zählten dazu, wofür als Beispiel hier Martin Sellner gelten kann. Er ist die bedeutendste Figur der »Identitären Bewegung« im deutschsprachigen Raum. In einem Buch, das mit »Regime Change von rechts« einen vielsagenden Titel trägt, bezog er sich ebenfalls auf Gramsci: Dieser »erkannte, daß neben der ‚Politischen Gesellschaft‘, den juristischen, politischen, polizeilichen und militärischen Institutionen, vor allem die metapolitische ‚Zivilgesellschaft‘, sprich: die ideologischen, religiösen und kulturellen Institutionen und Kräfte entscheidend für den Machterhalt sind«. Es entspreche auch der Analyse der Neuen Rechten nach Sellner, »daß die Kontrolle der Meinungsklimaanlage entscheidend für die Kontrolle über den Staat ist« (Sellner 2023: 42 f.).

Dieser Bezug auf Gramsci bedeutet indessen nicht, dass dessen Auffassungen in seinen Schriften breiter wahrgenommen wurden. Offen bekannte etwa der Chefredakteur der »Jungen Freiheit« Dieter Stein einmal: Zwar gebe es eine Berufung auf Gramsci zur »Kulturrevolution«-Strategie, es könne aber nicht von einer näheren Auseinandersetzung mit seinen Texten ausgegangen werden. Stein nahm an, dass sich niemand, weder in der »Jungen Freiheit« noch anderswo, mit dieser Idee je tiefschürfender beschäftigt habe (vgl. Stein 2005: 67). Dieser Auffassung kann mit Ausnahmen durchaus zugestimmt werden, wofür zwei Argumente bzw. Beobachtungen sprechen: Der Blick in die jeweiligen Fußnoten verrät, dass Gramsci meist nicht über dessen Schriften wahrgenommen wurde. Und dann fand derartige Agieren auch unabhängig von einer Deutung von Gramsci in einschlägigen Publikationen inhaltliche Unterstützung. Dafür steht etwa die Berufung auf das Konzept »Metapolitik«, hier bezogen auf »die kulturelle Macht des Staates« (vgl. Waldstein 2000: 37).

Es gibt aber auch die gemeinte Ausnahme, hier ist damit Benedikt Kaiser gemeint. Er arbeitet gegenwärtig für einen AfD-Bundestagsabgeordneten und war zuvor Redakteur bei der »Sezession«. Dem »Institut für Staatspolitik« fühlt Kaiser sich weiterhin verpflichtet, wirkt er doch fortgesetzt für diesen politischen Komplex. Er nahm auch mit »Warum die AfD Gramsci lesen muss« einen Podcast auf (vgl. Kaiser 2024), und in einer Aufsatzsammlung ist dieser der meistzitierte Theoretiker (vgl. Kaiser 2023). Kaiser stammt aus dem Neonazismus, entwickelte sich dann aber hin zur Neuen Rechten (vgl. Pfahl-Traughber 2022: 64–66). Dort hat er sich auf eine mit der Formulierung »Lernen von links« benennbare »Produktpiraterie« spezialisiert. Anders formuliert: Aus der Beobachtung der politischen Linken werden Übernahmen abgeleitet, sollen doch daraus nicht nur für die Neue Rechte jeweils Problemstellungen und Strategien übernommen werden. Das bloße Kopieren und Übertragen mag nicht originell sein, Erfolg im politischen Wirken ist ihm aber wichtiger.

Angesichts dieser Ausrichtung des Denkens kommt man dann schnell zu Gramsci, wobei lediglich die genauen politischen Akteure von Kaiser für seine rechtsextremistische Rezeption ersetzt werden. Er stellt auf die gleiche Ausgangssituation ab: Eine Partei beabsichtigt den politischen Umbruch und verfügt über ein organisatorisches Vorfeld. Wie müssten die jeweiligen Akteure interagieren, um das angestrebte Ziel zu erreichen? Mit Gramsci geht Kaiser auf nötige Kooperationen, Organisationsformen und Strategien ein. Er blickt so zunächst auf die Bewegungsform und damit die »Motoren« des neueren Rechtsextremismus, also auf Kundgebungen, Netzwerke, Redetätigkeiten, Verlage und Vernetzungsplattformen. Bedeutsam sei ein »Mosaik«, worüber es bezogen auf eine Partei zu einer partiellen Verzahnung komme. Es dürfe kein Ausspielen von Praxis und Theorie geben, Letztere sei für die Politik die »elementare Startrampe«. Es gelte, eigene gesellschaftliche und kulturelle Blöcke gegen gegnerische Blöcke zu bilden (vgl. Kaiser 2023: 13, 15).

Eine Aversion gegenüber Intellektuellen kritisiert Kaiser ebenso wie eine gegenüber den Massen bestehende Überheblichkeit. Die Erstgenannten müssten einerseits gegen einen »Partei«-Fanatismus eintreten, andererseits eine Staats- und Weltauffassung liefern. Die Intellektuellen sollten sich aktiv einbringen in die politische Tätigkeit, etwa als Ideenvermittler und Inspiratoren im Meinungsstreit oder als aktive Organisatoren und nicht nur als weltabgewandte Weise. Ein zwischen Intellektuellen und Masse bestehendes Spannungsverhältnis solle so überwunden werden. Es reiche nicht aus, nur ablehnende und negative Botschaften zu vermitteln. Auch positive Botschaften gelte es, ins Volk zu tragen. Die Intellektuellen sollten solche politisch nachvollziehbar und weltanschaulich stringent entwickeln (vgl. Kaiser 2023: 16, 18 f.). Bei all dem laute das Motto: »mit Theorie und Praxis in Bewegung« (Kaiser 2023: 19), jeweils durchgängig in den Ausführungen bezogen auf Gramscis organisatorische und strategische Reflexionen aus längst vergangenen Zeiten.

Diese neue Berufung auf ihn bezieht demnach politische Deutungen ein, welche das Interagieren von Partei und Vorfeld thematisieren. Wie Benoist abstrahiert Kaiser von den inhaltlichen Prägungen. Es muss noch einmal folgende Feststellung in Wiederholung vorgetragen werden: Die Berufung ist rein instrumentell, es gibt kaum politische Gemeinsamkeiten. Lediglich eine identische Ausgangssituation besteht: Eine Bewegung mit einer Partei will den Umsturz. Wie sollen sich die einzelnen Akteure in dem Bedingungsgefüge positionieren, damit das durch unterschiedliche Organisationsformen angestrebte Ziel erreicht werden kann? Dazu hatte Gramsci in den »Gefängnisheften« verklausuliert viele Überlegungen angestellt. Abstrahiert man von den inhaltlichen Besonderheiten, etwa das kulturelle Niveau des Proletariats anzuheben, so können daraus strategische Optionen entwickelt werden. Genau dies ist die Lehre der Neuen Rechten, woraus aber auch für die Demokratieverteidigung wiederum Lehren gezogen werden können.

Literatur:

Barfuss, Thomas / Jehle, Peter: Antonio Gramsci zur Einführung, Hamburg 2014.

Becker, Lia u.a. (Hrsg.): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg 2013.

Benoist, Alain de: Kulturrevolution von rechts (1985), Dresden 2017.

Kaiser, Benedikt: Die Konvergenz der Krisen. Theorie und Praxis in Bewegung (2017-2023), Dresden 2023.

Kaiser, Benedikt: Warum die AfD Gramsci lesen muss«. Von rechts gesehen. Folge 90 (2024), <https://www.youtube.com/watch?v=9FQeN7Z35Mo> Z

Pfahl-Traughber, Armin: Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten, Bonn 2022.

Sellner, Martin: Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023.

Stein, Dieter: Phantom »Neue Rechte«. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Mißbrauch durch den Verfassungsschutz, Berlin 2005.

Waldstein, Thor von: Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion, Schnellroda 2015.

Fast Food oder faschistisches Symbol? Diese Codes und Emojis nutzen Rechtsextreme auf Social Media

Von Julia Weller

Julia Weller war bis 2021 Redakteurin bei den Badischen Neuesten Nachrichten und arbeitet seitdem als freie Journalistin in Karlsruhe. Außerdem ist sie Dozentin am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und lehrt dort im Bereich Wissenschaftskommunikation.

Rechtsextreme nutzen soziale Netzwerke zur Mobilisierung, verfolgen aber teils unterschiedliche Strategien. Warum manche eher verdeckt kommunizieren und andere ganz offen den »netten Nazi von nebenan« spielen – und wieso Pizza-Emoji und Victory-Geste nicht immer so harmlos sind, wie sie scheinen.

Welche Rolle spielen soziale Medien für rechtsextreme Akteur*innen?

Soziale Medien sind aus der politischen Kommunikation längst nicht mehr wegzudenken. Laut Reuters Institute Digital News Report 2023 konsumieren mehr als 60 Prozent der Deutschen regelmäßig Nachrichten im Internet. Rund ein Drittel kommt auf Social Media mit Nachrichten in Kontakt, für 14 Prozent der deutschen Internetnutzer*innen sind soziale Netze sogar die Hauptinformationsquelle.¹

Wenig überraschend also, dass Akteur*innen aus dem gesamten politischen Spektrum soziale Medien als Kommunikationskanal nutzen. Una Titz von der Amadeu Antonio Stiftung bezeichnet Social Media als »große Chance für abtrünnige antidemokratische Kräfte, um an den demokratischen Diskurs anzudocken mit dem Ziel, die Grenzen des Sagbaren zu dehnen«.

Titz hat für die Amadeu Antonio Stiftung bereits in verschiedenen Monitoring-Projekten gearbeitet und dabei unter anderem die rechtsextreme Phänomenologie auf TikTok untersucht. Aktuell leitet sie das Projekt faktenstark,² das Nutzer*innen fit für den Umgang mit Desinformationen machen soll.

»Rechtsextreme möchten jedes kommunikative Mittel ausschachten«, erklärt Titz, die mit ihren Kolleg*innen eine zunehmende Professionalisierung im Auftreten antidemokratischer Akteur*innen beobachtet. »Sie wissen um verschiedene Formate, sie wissen um die passende Ansprache für verschiedene Zielgruppen auf den unterschiedlichen Plattformen«, erklärt Titz. In rechten Kreisen gibt es längst eigene Social-Media-Expert*innen wie beispielsweise Erik Ahrens, zeitweilig Social Media Berater des AfD-Politikers Maximilian Krahe und Teilnehmer des Potsdamer Treffens im November 2023.³ Bei einer Sommerakademie des inzwischen aufgelösten »Instituts für Staatspolitik« hatte Ahrens das Potenzial von TikTok mit dem des Radios im Jahr 1923 verglichen.⁴

Welche Plattformen werden genutzt?

Rechtsextreme Inhalte sind sowohl auf gängigen sozialen Medien wie Facebook, Instagram, TikTok oder YouTube zu finden als auch auf sogenannten Alt-tech-Plattformen wie beispielsweise Telegram, Odysee, BitChute oder Signal.

Die größeren sozialen Medien waren seit 2021 zunehmend bemüht, rechtsextreme Inhalte einzuschränken. Damals sind viele Anhänger von Donald Trump über Social Media zum Angriff auf das Kapitol mobilisiert worden. Die Unternehmen Meta (Facebook und Instagram), Google (YouTube) und X reagierten zunächst mit schärferen Restriktionen rechtswidriger Inhalte. Das hat sich jedoch geändert.

»Leider sprechen wir mittlerweile von einem großen Turn, bei dem Leute, die von den Plattformen gestoßen worden waren, wieder zurückkehren«, so Una Titz. Das liege einerseits an der Übernahme von Twitter (heute X) durch Elon Musk. Andererseits könnten auch auf anderen Plattformen wieder regelmäßig Infiltrationsversuche beobachtet werden – der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner beispielsweise hat kürzlich auf TikTok seinen fünften Account eröffnet. Die Strategie sei: immer wieder neue Accounts starten und diese so lange bespielen, bis sie geschlossen werden.

Wie kommunizieren Rechtsextreme auf Social Media?

Alt-tech-Plattformen sind meist dezentral aufgebaut, wodurch sie mehr Anonymität bieten und rechtswidrige Inhalte schwieriger zu löschen sind. Dementsprechend ist die Kommunikation auf

1 Behre, Julia; Hölig, Sascha; Möller, Judith (2023): Reuters Institute Digital News Report 2023 – Ergebnisse für Deutschland. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut, Juni 2023 (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 67), <https://leibniz-hbi.de/hbi-publications/reuters-institute-digital-news-report-2023/>

2 <https://faktenstark.de/>

3 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-04/erik-ahrens-afd-rechtsextremismus-geheimtreffen-potsdam>

4 https://www.youtube.com/watch?v=kDv5ZL_nptQ

diesen Plattformen häufig offensiv rechtsextrem. Auf Telegram sprechen Rechtsextreme vor allem Personen an, die bereits ideologisiert sind.⁵

Anders sieht das in den bekannteren sozialen Medien aus: Auf Instagram, TikTok und Co kommunizieren Rechte oft subtiler. Und das hat verschiedene Gründe.

Erstens dienen die großen Plattformen, auf denen die breite Bevölkerung aktiv ist, als eine Art Visitenkarte. »Soziale Netze sind für Rechte essenziell, um antidemokratische Diskurse zu popularisieren und massenwirksam zu streuen,« erläutert Una Titz. »Rechtsextreme haben verstanden, dass sie sich plattformkonform verhalten müssen.« Das heißt: Extremist*innen nutzen vermeintlich harmlose Codes anstelle von offensiv menschenfeindlicher Sprache und Ästhetik, um nicht gesperrt oder von Algorithmen in ihrer Reichweite eingeschränkt zu werden. Als Folge von solchem »Algo-Speak« werden seichtere Themen in Form von gut teilbaren Bildern oder Videos in den sozialen Netzen hochgespült und erreichen eine größere Zielgruppe.

Zweitens ist es fester Bestandteil rechtsextremer Kommunikation, mit Codes und Chiffren für die »In-Group« zu arbeiten – also mit Umschreibungen oder Andeutungen, die nur Mitglieder der eigenen Nische verstehen und die strafrechtlich schwieriger zu verfolgen sind. In der Antisemitismusforschung wird dafür der Begriff »Umwegkommunikation« verwendet. Man spricht auch von »Dog Whistles« – also von kommunikativen »Hundepfeifen«, deren Signale von der eigenen Zielgruppe mit der beabsichtigten Aussage verstanden werden, für Außenstehende aber unverdächtig erscheinen.

Welche Beispiele für sprachliche »Dog Whistles« gibt es? Welche Codes und Hashtags werden genutzt?

In antisemitischen Aussagen finden sich oft bestimmte Begriffe, die sich als »Dog Whistles« etabliert haben, z. B. »Globalisten«, »Kulturmarxisten« oder »Frankfurter Schule« als Bezeichnung für Jüdinnen und Juden.

»Ein anderes Beispiel aus der Hassrede ist der Begriff ‚Goldstücke‘ für Flüchtlinge«, erklärt Titz. Die Verwendung als »Dog Whistle« geht zurück auf ein Zitat von SPD-Politiker Martin Schulz aus dem Wahlkampf 2016, das verfremdet wurde und nun entgegen seiner ursprünglichen Aussage genutzt wird.

Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke ist kürzlich zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er eine verbotene SA-Parole auf einer Kundgebung verwendet hatte. Auch bestimmte Buchstaben- oder Zahlenkombinationen stellen gängige »Dog Whistles« dar, z. B. die »88« für die Buchstaben »HH« und damit für den verbotenen Hitler-Gruß oder »444« für »DDD« und damit für »Deutschland den Deutschen«.

Hashtags unter Beiträgen von Rechtsextremen sind oft auf den ersten Blick nicht verdächtig, z. B. werden oft die Begriffe #deutschland oder #heimat verwendet. Hashtags wie #patriot oder #tradition können aber ebenfalls eine Form der Umwegkommunikation darstellen, wenn eigentlich antidemokratische Einstellungen gemeint sind.

Emojis, Videos, Sticker ... : Welche bildlichen Beispiele für rechtsextreme Kommunikation gibt es?

Die Besonderheit sozialer Medien wie TikTok, YouTube oder Instagram ist ihre Multimodalität – also die Möglichkeit der Verknüpfung von Text, Audio, Video und Bild. Ein Beitrag kann textlich unauffällig sein, aber auf der Tonspur extremistisch werden, wenn er zum Beispiel mit einem verbotenen Lied aus der NS-Zeit oder mit Rechtsrock unterlegt wird. Oder in der Videobeschreibung finden sich plakative Emojis oder fragwürdige Hashtags. »Bei audiovisuellen Medien wie TikTok reden wir oft von einer Doppel- oder Dreifach-Chiffrierung«, so Titz.

Ähnlich wie bei den sprachlichen »Dog Whistles« gibt es auch gängige Ikonografien, also bildliche Darstellungen, die in Form von Emojis oder Stickern in Beiträgen von Rechtsextremen vorkommen. »Ganz plakativ sind zum Beispiel Wölfe, Adler oder Pickelhauben, die quasi schon einen Appell darstellen«, sagt Una Titz. Weitere verbreitete Emojis sind:

 Blaues Herz: Erkennungszeichen für die AfD, die Junge Alternative und andere Organisationen der rechtsextremen Szene.

 Schwarz-weiß-rote Herzen, Kreise, Rauten oder Fahnen: Mit Symbolen in diesen Farben spielen Rechte auf die Flagge des deutschen Kaiserreichs oder die Blutfahne (Hakenkreuzflagge) an.

⁵ <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/541511/tiktok-und-rechtsextremismus/#node-content-title-5>

⚡/ ⚡⚡ Ein oder zwei Blitze: Die einfache Sigrune war das Zeichen des Deutschen Jungvolks in der Hitler-Jugend, die doppelte Sigrune war das Zeichen der SS.

🚩 Schwarze Fahne: kann verschiedene politische Bedeutungen haben, wird häufig im neurechten/neonazistischen Spektrum genutzt. Ursprünglich ein anarchistisches Symbol.

✖ Kreuz: kann genutzt werden, um ein Hakenkreuz anzudeuten; außerdem Anspielung auf »Tag X« denkbar.

👉 Winkende Person: kann als Hitlergruß gedeutet werden.

👉 Victory- oder Peace-Geste: wird in queerfeindlichen Kontexten für die Behauptung genutzt, es gebe nur zwei Geschlechter.

⚔️/🔥 Waffen und Flammen: kriegerische Symbole, auch häufig als Anspielung auf die Germanen.

🔨/⚔️ Hammer und Schwert: u. a. Gaufeldzeichen der Hitler-Jugend.

⚙️ Zahnrad: Symbol der Deutschen Arbeitsfront.

🔱 Runen, germanische/keltische Zeichen: z. B. Keltenkreuz, schwarze Sonne, Odal-Rune; Nutzung z.T. strafbar.

👊 Wut-Symbol: kommt aus dem Anime-/Manga-Bereich, Anspielung auf »Wutbürger« denkbar.

🐭/🐏/🐷/🐀 Mäuse, Schafe, Schweine, Ratten und andere Tiere: abwertende Symbolik für Menschen, die als »Schlafschafe« bezeichnet oder aus rassistischen und anderen menschenfeindlichen Motiven abgewertet werden sollen.

🧛 Vampir: antisemitisches Symbol für Jüdinnen und Juden.

🖋️ Kugelschreiber: Symbol für die Holocaust-Leugnung, geht zurück auf eine Verschwörungstheorie, wonach die Tagebücher von Anne Frank gefälscht seien.

🍕 Pizza: Anspielung auf die Pizzagate-Verschwörungstheorie aus dem US-Präsidentenwahlkampf 2016, wonach Hillary Clinton in einen Kinderpornoring in einer Pizzeria verwickelt sei.

»Gnome/Gartenzwerge«: Gnomecore ist ein rechtsextremer TikTok-Trend, bei dem Gartenzwerge als antisemitische Chiffre dienen, z. B. verbunden mit den Worten »millions wear the hats« oder »millions must die« als Aufruf zur Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden.

Das Investigativ-Netzwerk Correctiv hat 2020 eine aufschlussreiche Datenerhebung und -auswertung zu Hashtags, Emojis und Codes der rechten Szene auf Instagram durchgeführt.

Warum zeigen sich manche Akteur*innen ganz offen rechts?

Ein Video von Feiernenden, die auf Sylt menschenfeindliche Verse singen, schreckte im Mai 2024 viele Menschen auf – es ist aber kein Einzelfall. Einige, vor allem jüngere, Aktivist*innen machen in sozialen Netzwerken keinen Hehl aus ihrer extremistischen Einstellung und präsentieren sich offensiv als rechtsextrem. Una Titz spricht bei dieser Art der Kommunikation von »Foghorns« bzw. »Nebelhörnern«. Solche Accounts wollen den »netten Nazi von nebenan« zeigen, der »die Meinung des kleinen Mannes« vertrete – in der Hoffnung, den Geschmack der Mitte zu treffen und dadurch über den eigenen Dunstkreis hinaus zu wirken.

Viele Personen aus der Identitären Bewegung (IB) oder der Jungen Alternative (JA) zeigen sich etwa auf Instagram plakativ in Kleidungsstücken rechtsextremer Labels, mit Sturmhauben (Balaclavas) oder umgeben von militärisch anmutenden Emojis und Symbolen. Sie zielen auf den Effekt von parasozialen Beziehungen ab, wollen ihre Follower:innen also wie klassische Influencer*innen emotional an sich binden. Dazu geben sie sich sehr offen und gewähren auch Blicke hinter die Kulissen, ob beim Friseurbesuch, beim Shoppen oder im Beziehungsleben.

Die einen nennen es Faktencheck, die anderen Zensur

Jüngst hat Meta-Chef Mark Zuckerberg – zu dessen Unternehmen unter anderem die Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram gehören – angekündigt, Faktenchecks durch unabhängige externe Dienstleister in den USA abzuschaffen. Im Auftrag von Meta haben diese bis dato die Kanäle nach Posts durchforstet und Falschinformationen, Verschwörungstheorien oder auch menschenverachtende Meinungsäußerungen aufgespürt. In Zukunft will Zuckerberg dies der Community überlassen. Mit sogenannten »Community Notes« können Nutzerinnen und Nutzer einen Post markieren, wenn er beispielsweise Falschinformationen enthält. Sobald eine gewisse Menge an Markierungen zusammengekommen ist, soll dies neben dem Post angezeigt werden. Dieses »Free Speech«-Modell in Kombination mit den »Community Notes« als Korrektiv verfolgt auch Elon Musk auf seiner Plattform X. Gut zu funktionieren scheint das nicht. Zunehmend verabschieden sich Nutzerinnen und Nutzer, weil Hass und Hetze sich dort breitmachen.

Zuckerberg begründet seinen Schritt, die Kontrollen zurückzufahren, unter anderem damit, dass die Einschränkungen nicht mehr im Einklang mit der öffentlichen Meinung besonders im Hinblick auf die Themen Migration und Geschlechter stünden. Mit seinem Vorstoß prallt Zuckerberg mit EU-Recht zusammen. Ein Streit zwischen dem Konzern Meta und der EU bahnt sich bereits an, jener mit Elon Musk ist bereits im Gange und wird sich auf politischer Ebene mit dem aktuellen US-Präsidenten Donald Trump weiter zuspitzen.



Peace-Zeichen oder politische Parole? Mit dieser Geste untermalen queerfeindliche Akteur*innen ihre Behauptung, dass es »nur zwei« Geschlechter gebe. Hier auf dem Instagram-Kanal von Miró Wolsfeld alias Unblogd. Screenshot <https://www.instagram.com/p/CwZ2a2UNeg1/> (Eingesehen am 14.01.2024)

Antisemitismus

Antisemitismus modern definieren?

IHRA, JDA und bedauerliche wissenschaftliche Grabenkämpfe

Von Olaf Glöckner

Dr. Olaf Glöckner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien / Universität Potsdam. Seine Forschungsschwerpunkte sind jüdische Migration, Community Building, Jewish-Muslim Relations sowie moderner Antisemitismus und seine Bekämpfung.

Erneut geht ein Gespenst um in Europa: Es ist das fortwährende Gespenst des Antisemitismus, und es ist auch nicht wirklich neu. Judenfeindschaft besitzt eine lange Tradition auf dem »Alten Kontinent«. Kritische Geister gehen sogar so weit zu behaupten, sie sei inhärenter Bestandteil der (für lange Zeit christlich dominierten) europäischen Kultur. Ausgelöst unter anderem durch Fragen aus der Holocaustforschung, geht man/frau seit den 1980er-Jahren dem Phänomen auch in Deutschland wissenschaftlich nach. Dabei ist der Erwartungsdruck hoch, zumal auch hierzulande verhärtete antisemitische Einstellungen die NS-Diktatur »überdauert« haben und modernere Formen von Judenfeindschaft an Raum gewinnen. Inzwischen spielen auch linker (»anti-imperialistischer«), islamistischer und Israel-bezogener Antisemitismus eine bedeutende Rolle. Inhaltliche Überschneidungen sind anzutreffen, müssen sich aber nicht zwangsläufig ergeben.

Wie bekommt die heutige Antisemitismusforschung nun alte und neue, rechte wie linke, religiöse wie säkulare Ausformungen von Judenfeindschaft in ein verständliches gemeinsames Raster? Systematisches Erkennen benötigt belastbare, plausible Definitionen. Doch was ist das Genuine, das ganz Spezifische am Antisemitismus? Und was unterscheidet ihn deutlich etwa von anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (wie beispielsweise Rassismus, Homophobie oder Islamfeindschaft)?

Definitorische Versuche der letzten Jahrzehnte haben viel Interessantes auf den Schirm gebracht. Kurz-prägnante Bestimmungen stehen da neben sehr detaillierten Phänomen-Beschreibungen, und alle können auf ihre Weise hilfreich sein. So schrieb der Soziologe Werner Bergmann schon vor 20 Jahren vom Antisemitismus als einer »antimodernen Weltanschauung, die in der Existenz der Juden die Ursache aller Probleme sieht«. ¹ Und bereits in den 1980er-Jahren schrieb die amerikanisch-jüdische Genozid-Forscherin Helen Fein von einer »anhaltenden latenten Struktur feindlicher Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv, die sich in Individuen als Einstellungen und in der Kultur als Mythos, Ideologie, Folklore und Bildsprache sowie in Handlungen manifestieren – soziale oder rechtliche Diskriminierung, politische Mobilisierung gegen Juden und kollektive oder staatliche Gewalt, was dazu führt und/oder dazu bestimmt ist, Juden als Juden zu distanzieren, zu verdrängen oder zu zerstören«. ²

Im deutschsprachigen wie auch generell westlichen Raum finden heute zwei Antisemitismus-Definitionen besondere Beachtung, die in erkennbarer Weise – wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln – besonders auf den seit Jahren stark gewachsenen Israel-bezogenen Antisemitismus fokussieren. Hier dürfte einer der Gründe dafür liegen, weshalb sie als »stark politisiert« wahrgenommen und in ihrer Allgemeingültigkeit kritisch hinterfragt, zugleich aber auch in gewisser Konkurrenz wahrgenommen werden.

An eine ursprünglich von der »Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« (EUMC) entwickelten Arbeitsdefinition hat 2016 die Organisation »International Holocaust Remembrance Alliance« (IHRA) ³ mit ihrer weltweit vielbeachteten Definition zum Antisemitismus angeknüpft. Aus der Sicht von IHRA kennzeichnet Antisemitismus »eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.« ⁴

Auf den ersten Blick erscheint die IHRA-Definition »hyperkomplex« und wenig eingängig. Allerdings enthält sie neben den theoretischen Annäherungen auch elf konkrete und moderne Fallbeispiele, sieben davon beschreiben Antisemitismus gegen Israel.

1 Werner Bergmann, BpB-Dossier „Was heißt Antisemitismus?“ <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37945/was-heitst-antisemitismus/?p=all> (Eingesehen am 10. Januar 2025)

2 Fein, Helen (1987): Dimensions of Antisemitism. Attitudes, Collective Accusations and Actions, in: Fein, Helen et al. (ed.): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism. Current Research on Antisemitism, vol. 1, Berlin / New York, S. 67. Deutsche Übersetzung von Werner Bergmann: Was heißt Antisemitismus? Bundeszentrale für politische Bildung, 2006.

3 IHRA ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 westlichen Staaten. Neben fast allen europäischen Staaten sind auch Argentinien, Australien, Kanada, die USA und Israel vertreten.

4 Der volle Text der IHRA-Definition von Antisemitismus online hier: <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism> (Eingesehen am 8. Januar 2025)

Wie Dutzende andere Länder auch, hat die Bundesregierung die IHRA-Definition im September 2017 als Arbeitsdefinition zum Kampf gegen Antisemitismus offiziell anerkannt. »On the ground«, im gesellschaftlichen Alltag in Deutschland erhält die IHRA-Definition tatsächlich viel Wertschätzung für ihre Praktikabilität, nicht zuletzt für die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus« (RIAS). Nahezu in jedem Bundesland arbeitet heute eine Zweigniederlassung von RIAS. Deren Mitarbeiter*innen müssen häufig ad hoc entscheiden, ob gemeldete Zwischenfälle tatsächlich als antisemitisch zu dokumentieren sind – oder eben nicht. Für die konkrete Erkennung und Erfassung der Fälle in Deutschland und anderen europäischen Ländern gilt die IHRA-Arbeitsdefinition als sehr hilfreich.⁵

Inzwischen hat die IHRA-Definition aber auch eine Reihe von Kritiker*innen auf den Plan gerufen. So gingen im Frühjahr 2021 zunächst rund 20 Antisemitismus-Forscher*innen aus verschiedenen Ländern mit der sogenannten »Jerusalem Erklärung« (»Jerusalem Declaration on Antisemitism«) an die Öffentlichkeit. Ihr Erklärungsansatz lautet schlicht und einfach, Antisemitismus sei »[...] Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische)«.⁶

Eine offensichtliche Motivation für die JDA-Verfasser*innen war und ist ihre zumindest punktuelle Unzufriedenheit mit der IHRA-Definition. Manche von ihnen unterstellen der IHRA-Definition, dass in ihrem Raster der Unterschied zwischen antisemitischen Darstellungen und einer allgemeinpolitischen, durchaus legitimen Kritik am Staat Israel – und damit auch seiner Palästinenser-Politik – rasch verschwimme. Mit anderen Worten: Die IHRA-Definition könne als Hebel verwendet werden, um unliebsame Kritik am Staat Israel per se als Antisemitismus zu disqualifizieren.

Zweifellos haben sich die Verfasser der JDA-Definition umfassend Gedanken um die Grauzone zwischen legitimer Israel-Kritik und antisemitischen Unterstellungen gemacht. In einer eigenen Präambel erklären sie ausführlich ihr Anliegen – einschließlich der von ihnen eruierten Unterschiede und Reibungsflächen zur IHRA-Definition. Und neben der bereits zitierten, äußerst komprimiert gehaltenen Antisemitismus-Definition enthält die JDA auch 15 Leitlinien bzw. Bezugspunkte, inbegriffen je fünf Beispiele, was eindeutig antisemitisch und was »nicht per se antisemitisch« sei. Unklar ist bei alledem geblieben, inwiefern sich die JDA als Alternative, oder »nur« als Ergänzung bzw. partielles Korrektiv zur IHRA-Definition verstehen will.

Unbesehen vieler aufgeschlossener Reaktionen in den Medien weltweit hat auch die JDA-Definition von Anfang an viel Kritik geerntet. Die heftigste Kritik, teils auch offene Empörung – selbst unter Fachleuten – löste etwa Leitlinie/Punkt 14 (im Abschnitt »C: Israel und Palästina. Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind«) aus. Hier wird den Leser*innen erklärt:

»Boycott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.«

Formal gesehen, und auch im Sinne legitimer gesellschaftlicher Protestformen mögen sich die Verfasser*innen der JDA auf sicherem Boden bewegen. Doch Insider wissen: Die Formulierung impliziert nahezu automatisch eine Verbindung zu der 2005 entstandenen, gleichnamigen transnationalen BDS-Bewegung (»Boycott, Divestment, and Sanctions«), welche den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will. Offiziell deklariertes Ziel von BDS ist die Erreichung einer Zweistaatenlösung (Israel und Palästina) und die Rückkehr sämtlicher palästinensischer Kriegsflüchtlinge in ihre Heimatorte. Zur Geschichte und Gegenwart der BDS-Bewegung gehört aber ebenso, dass führende Vertreter offen das Existenzrecht Israels bestreiten und sich die Beseitigung des jüdischen Staates zum Ziel setzen. Deutschland, Österreich und Tschechien haben die BDS-Kampagne als antisemitisch eingestuft, und das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Bewegung als »extremistischen Verdachtsfall«.

Für Unruhe und Missverständnisse hat auch Leitlinie/Punkt 13 im selben JDA-Abschnitt C geführt. Hier insistieren die Verfasser*innen darauf, dass kritische Vergleiche der Geschichte Israels »mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch« seien. Oberflächlich besehen, mögen die Verfasser auch hier Recht behalten können. Doch in Anbetracht zunehmender, oft haarsträubend-dilettantischer »Vergleiche« der zionistischen Bewegung vor 1948 mit der Macht- und Geopolitik einstiger kolonialer Großmächte wie Großbritannien, Frankreich (und Deutschland) stellt sich gleichwohl die Frage, ab welchem Moment »Kolonialismus«-Vorwürfe im öffentlichen Raum ins Antisemitische abdriften.

⁵ Handbook for the practical use of the IHRA working definition of antisemitism, 2021. Online unter: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d3006107-519b-11eb-b59f-01aa75ed71a1/language-en> (Eingesehen am 8. Januar 2025)

⁶ Der komplette Text der Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) in deutscher Sprache online hier: <https://www.jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/JDA-German.pdf> (Eingesehen am 8. Januar 2025)

Festzuhalten bleibt, dass sowohl an der IHRA-Definition zum Antisemitismus wie auch an der Jerusalemer Erklärung (JDA) zahlreiche kompetente und engagierte Forscher*innen mitgearbeitet haben, dabei sowohl mit jüdischem wie auch mit nichtjüdischem Hintergrund.

Obwohl beide Definitionen in der Fachwelt wie auch in der politischen Arena häufig zitiert und diskutiert werden, sind die gegenseitigen Bemühungen, sich im Sinne einer optimalen Ergänzung und sinnvollen Bündelung auszutauschen, eher bescheiden geblieben. Im Gegenteil: Mancherorts und zu unterschiedlichsten Anlässen sprechen sich die jeweiligen Verfasser*innen/Unterstützer*innen von IHRA und JDA gegenseitig schlichtweg die Kompetenz ab oder polemisieren sogar offen gegeneinander. Die dabei entstandenen Gräben sind umso bedauerlicher, zumal gebündelte Kompetenz im Kampf gegen einen spürbar wachsenden Antisemitismus nun noch dringlicher wird als etwa vor dem 7. Oktober 2023.

Rezension



Karsten Schubert: Lob der Identitätspolitik

München (Verlag C.H. Beck) 2024 (223 S.)

Rezensiert von Gebhard Schultz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Rechts-extremismus

Über Identitätspolitik regen sich ja zurzeit eigentlich fast alle auf. Die Kritik kommt von rechts, aus der Mitte und auch von links. Bei manchen Einwüfen hat man den Eindruck, dass sich die Kritiker mit dem Gegenstand ihres Unmuts nie weiter beschäftigt haben, sondern sich einfach nur aufregen wollen. Andererseits gab es nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 etliche Protestbekundungen aus dem identitätspolitischen bzw. postkolonialen Spektrum, die selbst bei wohlwollenden Zeitgenossen für heftige Kritik sorgten. Und wer die Hamas für eine antikoloniale Befreiungsbewegung hält und »Queers for Palestine« für einen passenden Demonstrationseruf, muss sich nicht wundern, dass diese Kritik auch grundsätzlich ausfällt.¹ Ist also die Identitätspolitik noch zu retten?

Ausgerechnet in dieser Zeit ein Buch mit dem Titel »Lob der Identitätspolitik« vorzulegen, ist schon mutig. Der Philosoph Karsten Schubert (Humboldt-Universität zu Berlin) geht das Thema sachlich und gründlich an. Identitätspolitik definiert er als »politische Praxis marginalisierter Gruppen, die sich in Bezug auf eine kollektive Identität gegen ihre Benachteiligung durch Strukturen, Kulturen und Normen der Mehrheitsgesellschaft wehren« (S. 21). Schubert ist überzeugt davon, dass Identitätspolitik für die »Demokratisierung der Demokratie« unabdingbar ist (S. 8). Es gehe darum, die universalistischen Werte der Demokratie mit stärkerem Nachdruck zu verfolgen. Dazu sei es erforderlich, »aus universalistischen Gründen in einem bestimmten Sinne anti-universalistisch« zu handeln (S. 37).

Der traditionelle Universalismus verspreche Gleichheit und Gerechtigkeit. Tatsächlich handele es sich aber oft »um die Perspektive derjenigen [...], die bereits Macht und Privilegien haben (S. 136)«. Demgegenüber fordert der Autor: »Demokratische Politik sollte von den Rändern ausgehen, von der Vielfalt der partikularen Perspektiven derer, die ausgeschlossen sind, und nicht von der falschen Universalität privilegierter Personen (S. 82).«

Derartige Sichtweisen stoßen verständlicherweise auf Widerspruch – nicht zuletzt bei den Privilegierten. Karsten Schubert befasst sich in seinem Buch auch ausführlich mit Einwänden und Argumentationsstrategien gegen die Identitätspolitik, z. B. mit den Debatten um »Political Correctness« und »Cancel Culture«. Unter anderem arbeitet er heraus, dass es recht einfach ist, Änderungen von existierenden Normen als Freiheitseinschränkungen darzustellen. Die einschränkenden Wirkungen von etablierten Normen werden hingegen oft übersehen (S. 55, 73). »Zum Beispiel wird Sprache durch gender-sensible Formen nicht *mehr* [Hervorhebung im Original] gegendert; sondern die nicht-gender-sensiblen Formen sind selbst gegendert, weil sie männliche Formen verallgemeinern (S. 76).«

Der Autor gesteht zu, dass auch in der Identitätspolitik Fehler gemacht werden. Sein Buch ist mit Sicherheit nicht als Blankoscheck für alle möglichen Absurditäten zu verstehen, die unter dem Label Identitätspolitik verbreitet werden. Zu Schuberts Konzept der demokratischen Identitätspolitik gehört unabdingbar die »reflexive Selbstkritik«. Angesichts der starrsinnigen Vehemenz, mit der nach dem 7. Oktober das brutalste antisemitische Massaker nach dem Zweiten Weltkrieg gerechtfertigt wurde, bleiben hier beim Rezensenten allerdings erhebliche Zweifel.

Fazit: Karsten Schuberts Plädoyer für eine demokratische Identitätspolitik fällt überzeugend aus. Wer sich in die philosophischen Grundlagen der Identitätspolitik hineindenken möchte und sich fundiert mit den wichtigsten Gegenargumenten auseinandersetzen will, ist hier bestens bedient. Ein wichtiges Buch also – und doch kann man die Frage stellen, für wen es eigentlich geschrieben wurde. Das Buch dürfte nämlich für die meisten Menschen, die den philosophischen Jargon nicht beherrschen, sprachlich kaum zugänglich sein.

¹ Ein Beispiel: Vojin Saša Vukadinović (Hrsg.): Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik, Berlin (Querverlag) 2024. Wer sich an dem zuweilen polemischen Tonfall stört, möge sich die Fußnoten anschauen, in denen eine Vielzahl von »pro-palästinensischen« Stellungnahmen – auch aus dem akademischen Bereich – aufgelistet sind. Es gibt guten Grund zur Polemik.

Chronik

Bundesweit:

Neuer Lagebericht zu Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat am 1. Juli 2024 den dritten Lagebericht zu Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden veröffentlicht. Der Bericht, der auch die Bereiche »Reichsbürger«/»Selbstverwalter« sowie »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« beinhaltet, umfasst den Zeitraum vom 1. Juli 2021 bis zum 31. Dezember 2022. 739 Fälle in Bund und Ländern wurden untersucht. Bei 364 Beschäftigten bestehen konkrete Anhaltspunkte für Verstöße gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Davon entfallen auf die Bundessicherheitsbehörden 175, auf die Landessicherheitsbehörden 189 Fälle. Mit 79,4 Prozent weist der weit überwiegende Teil Bezüge zum Rechtsextremismus auf, 10,7 Prozent zur Reichsbürger- und Selbstverwalter-Szene, 4,9 Prozent zur »Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates«. Die häufigsten extremistischen Aktivitäten waren extremistische Äußerungen in Chats und auf Social-Media-Plattformen, politisch motivierte Beleidigungen sowie Kontakte zu oder Mitgliedschaften in extremistischen Organisationen und Parteien oder deren Unterstützung. In wenigen Fällen wurden gewaltorientierte Handlungen festgestellt. Mit dem neuen Disziplinarrecht des Bundes, das seit dem 1. April 2024 in Kraft ist, sind deutlich schnellere Disziplinarverfahren in Bundesbehörden möglich. Zu den Bundessicherheitsbehörden zählen neben dem BfV die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, die Bundestagspolizei, der Zoll, der Bundesnachrichtendienst und die Bundeswehr mit zusammen 384.100 Beschäftigten. Auf der Ebene der Sicherheitsbehörden der Länder kommen rund 306.000 weitere Beschäftigte hinzu.

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2024-07-lagebericht-rechtsextremisten-in-sicherheitsbehoerden.html> / eingesehen am 2. Juli 2024

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/07/lagebericht-rex.html> / eingesehen am 2. Juli 2024

Großbritannien:

Wahlerfolg von »Reform UK«

In Großbritannien wurde am 4. Juli ein neues Unterhaus gewählt. Die bis dahin regierenden Tories wurden abgewählt und die oppositionelle Labour-Party wieder an die Macht gebracht. Von den Verlusten der Konservativen hat die rechtspopulistische Partei Reform UK unter Führung des Brexit-Verfechters Nigel Farage profitiert. Reform UK erzielte 14,3 Prozent (fünf Parlamentssitze) und damit einen Zuwachs von 12,3 Prozentpunkten. Farage zieht bei seinem achten Anlauf in das britische Parlament ein. Zentrale Forderungen von Reform UK im Wahlkampf waren unter anderem »keine Immigration mehr ins Vereinigte Königreich, mit Ausnahme von besonders qualifizierten Personen« und »Rückführung von Migranten, die in kleinen Booten den Ärmelkanal überquert haben, nach Frankreich«. Reform UK entstand aus der 2019 gegründeten Brexit-Partei.

Eigenrecherche DokRex

<https://politpro.eu/de/grossbritannien/wahl/479/parlamentswahl-grossbritannien-2024/> / eingesehen am 20. Juli 2024

Baden-Württemberg:

DokRex-Veranstaltung mit Philipp Peyman Engel

Auf Einladung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) sprach am 5. Juli Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen, im Generallandesarchiv Karlsruhe mit dem Journalisten Christoph Mestmacher (ARD-Hauptstadtstudio) über jüdisches Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Vor rund 200 Zuhörerinnen und Zuhörern führte Engel aus, dass es hierzulande nur noch ganz wenige Räume gebe, die frei von Antisemitismus seien. Die Bundesrepublik Deutschland sei kein sicherer Ort mehr für Juden.

Engel, Sohn einer geflüchteten persischen Jüdin und eines deutschen Vaters, der im Ruhrgebiet aufwuchs, hinterfragte die Mehrheitsgesellschaft und Medienlandschaft sowie deren Einstellung zum Judentum und zu Israel vor und nach dem antisemitischen Massaker vom 7. Oktober 2023. Er schilderte ein Deutschland, in dem Antisemitismus nach dem Hamas-Terroranschlag auf Israel allgegenwärtig sei. Der Zustand der jüdischen Gemeinschaft in einer Gesellschaft gelte zu Recht oft als Indikator dafür, wie gut oder schlecht es um die Demokratie einer Gesellschaft stehe, so Engel. »Und der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland geht es nicht gut. Ganz und gar nicht.«

Als Folge des »dunkelsten Tages« in der Geschichte des jüdischen Volkes seit der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus breche nun offen aus, was längst vorhanden war: Juden Hass durch

Rechtsextremisten, Muslime und die postkoloniale Linke. Teile der alten, der antiimperialistischen wie der neuen postkolonialen Linken unterschieden sich in ihrem Antisemitismus, den sie sich nicht eingestehen wollen, nicht mehr von jenen Muslimen, die Juden ganz offen hassen, weil sie Juden sind, konstatierte der Ricarda-Huch-Literaturpreisträger. Der Journalist wurde vom Medium Magazin als Chefredakteur des Jahres 2023 ausgezeichnet – auch wegen der Berichterstattung seiner Zeitung über den 7. Oktober und dessen Folgen.

Engel betonte, dass die deutsche Haltung dem Judentum gegenüber verlogen sei. Die Deutschen hätten nach Krieg und Shoah nur gelernt, »die Klappe zu halten«. Die seit Jahrzehnten »viel zitierte Wiedergutwerdung« entlarvte er als eine »deutsche Lebenslüge«: Einerseits würden Politik und Öffentlichkeit nicht müde, jüdisches Leben hierzulande und dem Staat Israel eine Unterstützung bis hinauf zur Staatsräson zuteilwerden zu lassen, aber gleichzeitig seien Judenhass und antisemitische Vernichtungsfantasien en vogue – nicht nur bei Neonazi-Demonstrationen auf der Straße, sondern inmitten der Hochschulen. Es sei erschreckend, wenn an Universitäten Israel- und Judenhasser den Campus stürmen, zur Auslöschung Israels aufrufen und eine neue Terrorwelle gegen Juden fordern.

Die Jüdische Allgemeine wird vom Zentralrat der Juden in Deutschland herausgegeben und knüpft an die Tradition der 1837 gegründeten Allgemeinen Zeitung des Judenthums an.

Eigenbericht DokRex

Bundesweit:
Männerpartei AfD

Anfang Juli lag der Frauenanteil der 46.995 Mitglieder umfassenden AfD bei rund 21 Prozent. Beim AfD-Bundesparteitag, der Ende Juni in Essen stattfand, wurde nur eine Frau, Alice Weidel, in das 14-köpfige Führungsgremium gewählt.

Rechter Männerbund, in: Der Spiegel, 29/2024, S. 9

Frankreich:
Niederlage und Erfolg zugleich für den »Rassemblement National«

Der rechtsextreme Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen konnte im zweiten Wahlgang der französischen Parlamentswahlen am 7. Juli 2024 88 Wahlkreise gewinnen und somit insgesamt 125 Mandate in der Nationalversammlung erzielen (143 Mandate inklusive Verbündete). Der RN wird die drittstärkste Fraktion bilden. Im Hinblick auf das Ergebnis der Parlamentswahlen nach Stimmenteil fällt das Ergebnis zugunsten des RN (32,05 Prozent; 25,68 Prozent für das linke Wahlbündnis Nouveau Front populaire – Neue Volksbewegung NFP) aus, was jedoch aufgrund des zur Anwendung kommenden Mehrheitswahlrechts irrelevant ist. Dieses führt oftmals zu einer Stichwahl in den Wahlkreisen, bei der schließlich nur die Stimmen des Gewinners gezählt werden. Ungeachtet des verpassten Wahlsiegs war es für den RN dennoch das beste Ergebnis seit dem Bestehen. Bei ihrem bislang größten Erfolg hatte die Partei es im Jahr 2022 auf 89 Sitze gebracht.

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-07/parlamentswahl-frankreich-zweiter-wahlgang-live> / eingesehen am 12. Juli 2024

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1477582/umfrage/ergebnis-der-parlamentswahlen-in-frankreich-2024/> / eingesehen am 12. Juli 2024

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1477596/umfrage/ergebnis-der-parlamentswahlen-in-frankreich-nach-mandaten-2024/> / eingesehen am 12. Juli 2024

Bundesweit:
Erich Mühsam – vor 90 Jahren ermordet

Als einer der eindringlichsten und frühesten Warner vor dem Nationalsozialismus wurde der anarchistische deutsche Schriftsteller, Publizist und Antimilitarist Erich Mühsam am 28. Februar 1933 verhaftet und 14 Monate lang Folter und Misshandlungen ausgesetzt. Zuletzt war Mühsam ab Januar 1934 im Konzentrationslager Oranienburg inhaftiert. In der Nacht zum 10. Juli 1934 wurde er von der SS ermordet. Seine Unbeugsamkeit wurde zum Symbol des antifaschistischen Widerstands.

<https://erich-muehsam.de/> / eingesehen am 10. Juli 2024

Rita Steininger: Weil ich den Menschen spüre, den ich suche. Zenzl und Erich Mühsam, Bremen (Donat-Verlag) 2024

Bundesweit:
**Ex-Bundesverteidigungsminister
als »COMPACT-TV«-Interview-
partner**

Der Staatsrechtler Rupert Scholz, von 1981 bis 1988 Senator in Berlin, 1988 und 1989 Bundesminister der Verteidigung und von 1990 bis 2002 CDU-MdB, stand COMPACT-TV Rede und Antwort. Interviewt wurde Scholz vom COMPACT-Mitarbeiter Armin-Paul Hampel, von November 2013 bis Januar 2018 Landesvorsitzender der AfD Niedersachsen. Scholz orakelt im Interview über »Meinungsfreiheit«: Diese sei »sozusagen das zentrale Grundrecht der Demokratie. Doch was heute teilweise von maßgebenden Politikern vertreten wird, nämlich dass es auch unterhalb der Grenzen des Strafrechts Grenzen der Meinungsfreiheit gibt, ist verfassungswidrig. Der Präsident des Verfassungsschutzes (Thomas Haldenwang) spricht und agiert verfassungswidrig. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Wenn solche Situationen entstehen und solche Entwicklungen toleriert werden, ist das in der Tat ein möglicher Sargnagel für die Demokratie insgesamt«. Gelobt wird von Scholz dagegen der in extrem rechte Fahrwasser abgedriftete Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen. Dieser habe den »Verfassungsschutz so gesteuert und praktizieren lassen, wie es sich nach dem Gesetz gehört. Sein Nachfolger wirft entsprechende Fragen auf.«

Rede auszugsweise dokumentiert in COMPACT, Juli 2024, S. 19-21

youtube.com/watch?v=40r6bL1pIWU / eingesehen am 10. Juli 2024

Baden-Württemberg:
Neonazi-Konzert verhindert

Die Polizei verhinderte am 13. Juli 2024 einen Auftritt der Neonazi-Musiker »Kavalier« (Dominik Raupbach) und »Prototyp« (Kai Naggert) in einer Gaststätte in Freudenstadt. Die beiden Neonazi-Musiker sind Teil des rechtsextremen Musiklabels »Neuer Deutscher Standard« (kurz »NDS Records«) aus Sachsen. Die Polizei konstatierte, es lagen Hinweise vor, »dass bei der nicht öffentlichen Veranstaltung Straftaten begangen werden können«. Daher sei den Musikern ein »befristetes Betretungs- und Aufenthaltsverbot für den Bereich der Stadt Freudenstadt« ausgehändigt worden.

https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/137462/5825261 / eingesehen am 20. Juli 2024

Österreich / Bundesrepublik:
**Weidel im Interview mit
»Der Eckart«**

Der Eckart, die »Monatszeitschrift für Politik, Volkstum und Kultur« der Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM), veröffentlichte am 25. Juli 2024 ein Interview mit der AfD-Politikerin Alice Weidel. Sie berichtete, ihr Name stamme aus Oberschlesien und ihre Familie väterlicherseits komme aus »Leobschütz«. Weidel fügte hinzu: »Ich habe mich immer geweigert nachzuschauen, wie der polnische Name der Stadt lautet und diese Stadt umzubenennen.« Heute ist Głubczyce, ehemals Leobschütz, eine Stadt mit über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im polnischen Verwaltungsbezirk Opole.

Die ÖLM wurde 1952 als »Gemeinschaft nichtvertriebener Österreicher für die Heimatvertriebenen« gegründet. Neben einer »prononcierten Demokratieskepsis« bescheinigt das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) dem Eckart einen »ausgeprägten Hang zu Verschwörungphantasien, Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsklitterung«. Auch werde regelmäßig der Geburts- oder Todestage von NS-Größen gedacht. Im Eckart publizieren unter anderem Autoren aus dem Umfeld der neurechten Zeitschrift »Sezession« wie Benedikt Kaiser, Erik Lehnert und Caroline Sommerfeld.

Geführt hatte das Interview mit Alice Weidel der Eckart-»Schriftleiter« Konrad Markward Weiß. In der Vergangenheit war Weiß enger Mitarbeiter des FPÖ-Obmanns Heinz-Christian Strache. In der »Sezession« stellte Weiß im Jahr 2018 klar, es sei unbestritten, dass »die Österreicher [...] der deutschen Ethnie angehören«.

https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/november-2024/ehrerung-fuer-rechtsextremen-eckart-im-parlament / eingesehen am 25. November 2024

https://www.stopptdierechten.at/2018/11/02/straches-pressesprecher-und-kubitscheks-netzwerk/#more-12447 / eingesehen am 25. November 2024

dereckart.at/unsere-wichtigste-massnahme-die-wiederherstellung-des-rechts / eingesehen am 31. Juli 2024

Bundesweit:
»COMPACT«-Verbot

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat am 16. Juli den rechtsextremen Verein »COMPACT-Magazin GmbH«, ein multimedial ausgerichtetes Unternehmen mit Sitz in Falkensee (Brandenburg), nebst seiner Teilorganisation »CONSPECT Film GmbH« verboten. Hauptprodukt des Unternehmens ist die seit Dezember 2010 monatlich erscheinende Zeitschrift »COMPACT-Magazin«.

Bei der 2011 beim Amtsgericht Potsdam eingetragenen COMPACT-Magazin GmbH handele es sich um einen »Verein, der sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Er erfüllt daher die Vor-

aussetzungen für ein Vereinsverbot«, so das BMI. Zur Führungsebene von COMPACT gehören laut BMI neben Jürgen Elsässer (Hauptgesellschafter, Geschäftsführer, Chefredakteur der COMPACT-Magazin GmbH, Gesellschafter der CONSPECT Film GmbH) und Paul Klemm (COMPACT-TV-Chef, Gesellschafter der CONSPECT Film GmbH) auch Thorsten Thomsen alias Daniell Pföhringer (»Chef vom Dienst«). Thomsen war bis 2014 Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen. COMPACT-Mitarbeiter Arne Schimmer (alias Sven Reuth) war von 2009 bis 2014 NPD-Abgeordneter im Sächsischen Landtag. Hauptprodukte der COMPACT-Magazin GmbH waren laut BMI die seit Gründung herausgegebene Monatszeitschrift »COMPACT-Magazin für Souveränität« (Auflage nach Eigenangabe: 40.000 Exemplare pro Monat) und das seit September 2021 von Montag bis Freitag erscheinende Online-TV-Format »COMPACT.Der Tag«, welches über den unternehmenseigenen YouTube-Kanal veröffentlicht wird.

Zu den Internetpräsenzen der COMPACT-Magazin GmbH zählten laut BMI unter anderem: YouTube: »@COMPACTTV« (ca. 317.000 Abonnements), Telegram: COMPACT-Magazin (ca. 61.000 Abonnements), X (ehemals Twitter): »@COMPACTMagazin« (ca. 40.000 Abonnements) und TikTok: »compact.magazin« (ca. 47.000 Abonnements).

Die gesamte Zuschauer- bzw. Aufrufzahl der Videos der COMPACT-Magazin GmbH unter Berücksichtigung weiterer Plattformen wie TikTok, Telegram und Twitter lag zuletzt bei einer Million pro Tag, so das BMI. Mit Videos von COMPACT.DerTag werden regelmäßig sechsstellige Aufrufzahlen bis hin zu mehr als 460.000 Klicks pro Video erreicht.

Wesentliche Gründe für das Verbot der durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Organisation sind die Verbreitung von antisemitischen, rassistischen, minderheitenfeindlichen, geschichtsrevisionistischen und verschwörungstheoretischen Inhalten. Verbreitet werde das Bild einer jüdischen Finanzelite, um Hass gegen Jüdinnen und Juden zu schüren. Die COMPACT-Magazin GmbH bediene sich dabei einer Widerstands- und Revolutionsrhetorik und greife auf Stilmittel wie tendenziös-verzerrende Darstellungen zurück, um einen Brückenschlag zwischen ihren Publikationen und Aktivismus auf der Straße herzustellen. Hauptmerkmal von Beiträgen sei die Agitation gegen die Bundesregierung und allgemein das politische System der Bundesrepublik. Darüber hinaus weise die COMPACT-Magazin GmbH Verbindungen zur AfD und zur »Jungen Alternative« (JA) auf. COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer wirke durch seine Tätigkeiten und Verbindungen als zentraler Vernetzungsakteur zwischen der Neuen Rechten und dem rechtsextremen Parteienspektrum.

Nachdem das BMI am 16. Juli 2024 den rechtsextremen Verein COMPACT-Magazin GmbH nebst seiner Teilorganisation CONSPECT Film GmbH verboten hatte, klagten die Betroffenen am 24. Juli 2024 gegen das Verbot und stellten einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ist am 14. August 2024 dem Antrag der COMPACT-Magazin GmbH gefolgt und hat die aufschiebende Wirkung der Klage des Vereins gegen sein Vereinsverbot bis zur Entscheidung in der Hauptsache wiederhergestellt.

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/compact-verbot-bmi-begrueundung-medium-elsaesser-vereinsverbot-pressefreiheit/> / eingesehen am 20. Juli 2024

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_100451832/-compact-magazin-namen-der-mitarbeiter-ungeschwaerzt-veroeffentlicht.html / eingesehen am 20. Juli 2024

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/07/verbot-compact.html> / eingesehen am 30. August 2024

<https://www.bverwg.de/de/pm/2024/39> / eingesehen am 30. August 2024

Baden-Württemberg: Neonazi-Konzert verboten

Am 20. Juli verhinderte die Polizei ein Konzert mit den Szene-Bands »Kategorie C« und »Heureka«. Das Konzert sollte im Treffpunkt des MC Underground Chapter Nomad in Bopfingen (Ostalbkreis) stattfinden. Der Treff der lokalen Rockergruppe des österreichischen Motorradclubs liegt im Industriegebiet der Kleinstadt. Die Polizei kontrollierte etwa 50 Neonazis aus verschiedenen Bundesländern und stellte fünf Straftaten fest (vier Mal Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen, ein Mal Verstoß gegen das Waffengesetz). Gegen die Bands sprach die Polizei ein Auftritts- und Aufenthaltsverbot aus. Zur Begründung hieß es: »Aufgrund der polizeilichen Erkenntnisse musste davon ausgegangen werden, dass es im Zuge der Veranstaltung zu Straftaten kommen könnte.« Nach dem Verbot sprach der Präsident des Chapters Nomad über die geplante Veranstaltung. Ein Bekannter habe erzählt, ein anderer Bekannter wolle seine Geburtstagsparty feiern und suche eine Location. Beide seien keine Mitglieder des Motorradclubs. Der Präsident resümierte: »Ich glaube, ich wurde getäuscht.«

https://www.zvw.de/mehr-nachrichten/ostalbkreis/polizei-stoppt-rechtsrock-konzert-in-bopfingen-diese-bands-sollten-auftreten_arid-844129 / eingesehen am 26. Juli 2024

https://www.zvw.de/stuttgart-region/rechtsrock-razzia-in-bopfingen-biker-club-pr%C3%A4sident-sagt-er-wurde-get%C3%A4uscht_arid-845419 / eingesehen am 26. Juli 2024

Berlin / Bundesrepublik:
Vor 80 Jahren: Attentat auf Hitler

Vor 80 Jahren scheiterte der Umsturzversuch gegen Adolf Hitler, ausgeübt von einer Gruppe um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Henning von Tresckow. Bis heute ist der 20. Juli im Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft für die deutsche Erinnerungskultur von zentraler Bedeutung. Der entscheidende Tag war gut vorbereitet: Vier Seiten umfasste der grundsätzliche Ablaufplan für den militärischen Staatsstreich gegen Hitler und das NS-Regime, den die Widerständler im Sommer 1943 unter dem Deckmantel des Unternehmens »Walküre« gegen innere Unruhen vorbereitet hatten. Am 20. Juli 1944 war es soweit.

Wenige Stunden nach dem Anschlag im Führerhauptquartier Wolfsschanze bei Rastenburg wandte sich Adolf Hitler direkt an das deutsche Volk und erklärte: »Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser Offiziere« habe ein Komplott geschmiedet, um ihn zu beseitigen. Hitler prägte damit das Bild des 20. Juli 1944 über den Krieg hinaus. Denn: Tatsächlich hatten rund 200 Widerstandskämpfer und -kämpferinnen auf das Attentat und den Staatsstreich hingearbeitet und eben nicht nur ein kleiner Kreis von Militärs. Zu ihrem Netzwerk gehörten letztlich mehrere Tausend Menschen. Es waren nicht nur Offiziere, die den Umsturzversuch wagten. Attentat und Putsch sollten die Militärs durchführen, anschließend sollte aber eine zivile Regierung die Macht übernehmen. Als Reichskanzler war der Nationalkonservative Carl Friedrich Goerdeler vorgesehen, als sein Stellvertreter der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner. Der sozialdemokratische Widerstandskämpfer Julius Leber sollte Innenminister werden.

Kulturstaatsministerin Claudia Roth führte anlässlich des 80. Jahrestages des Umsturzversuches aus: »Der 20. Juli steht symbolisch für all die Menschen, die im Großen wie im Kleinen Widerstand gegen das verbrecherische NS-System geleistet haben und sich für Recht und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Frieden eingesetzt haben. Ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit gelten unsere Hochachtung und unser tiefster Respekt. An diesem Tag gedenken wir derer, die – wie sonst nur sehr wenige in dieser Zeit – ‚Nein‘ sagten zum Terror und Menschenhass der Nationalsozialisten. Die bewaffnet gegen den Nationalsozialismus kämpften, heimlich Flugblätter verteilten, Verfolgten halfen und versteckten und damit Menschenleben retteten. Sie haben damit gezeigt, dass Widerstand auch unter dem menschenverachtenden Terrorregime der Nationalsozialisten möglich war. Sie alle haben dafür ihre Freiheit gefährdet, ihr Leben riskiert und in vielen Fällen verloren.«

Eigenrecherche DokRex

Ruth Hoffmann: Nicht nur Stauffenberg. Rund 200 Widerstandskämpfer haben auf den Umsturz hingearbeitet, in: GEO, August 2024, S. 124–138

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/80-jahrestag-des-umsturzversuches-gegen-hitler-roth-gedenken-an-den-mutigen-widerstand-verpflichtet-uns-heute--2299990> / eingesehen am 22. Juli 2024

Österreich:
**»Identitäre« veranstalteten
»Remigrations«-Demonstration**

Am 20. Juli 2024 veranstaltete die rechtsextreme »Identitäre Bewegung Österreich« eine Demonstration in Wien. Im Mittelpunkt der Kundgebung, die das Motto »Defend Europe« trug, stand die Forderung nach »Remigration«. »Remigration« ist eine Tarnvokabel der extremen Rechten, um die Forderung nach millionenfacher Vertreibung eingewanderter Menschen zu verschleiern. An der Demonstration nahmen etwa 300 bis 400 Rechtsextreme teil. Unter den Teilnehmenden waren vor allem Identitäre und Neonazis aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz. Außerdem kamen Burschenschafter sowie Mitglieder der »Jungen Alternative« und der »Freiheitlichen Jugend«, der beiden Jugendorganisationen von AfD und FPÖ. Mit Regenschirmen bewaffnet, behinderten zahlreiche Teilnehmende die Arbeit der Presse. Martin Sellner, Gründer und Kopf der Identitären Bewegung Österreich, sagte in seiner Rede: »Tout pour la France, tutto per l'Italia, tudo para Portugal, alles für Österreich und 99,999 Prozent für Deutschland« – offenbar eine Anspielung auf die Verurteilung des Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, weil er die illegale SA-Parole »Alles für Deutschland« benutzt hatte.

<https://www.derstandard.de/story/3000000229206/massive-proteste-gegen-demo-der-identitaeren-in-wien> / eingesehen am 22. Juli 2024

heimatkurier.at/aktivismus/starkes-zeichen-500-patrioten-ziehen-erfolgreich-fuer-remigration-durch-wien / eingesehen am 22. Juli 2024

Schleswig-Holstein:
**AfD veranstaltete
 »Tag des Vorfelds«**

»Liebe Gäste, am Samstag, den 20.07.24 haben wir im ganzen Restaurant eine geschlossene Gesellschaft« – kündigte die Taverna Dionysos in Neumünster an. Die AfD Schleswig-Holstein hielt einen »Tag des Vorfelds« in dem griechischen Restaurant ab. Das »Vorfeld« meint das aktive Netzwerk rechter bis rechtsextremer Vereine und Verlage, die im »Vorfeld« der Partei versuchen, die Positionen der AfD in die Bevölkerung zu tragen. Das Netzwerk strebt an, diese Positionen – z.B. die Forderung nach »Remigration« – zu normalisieren. Etwa 120 Menschen nahmen an dem Netzwerktreffen der extremen Rechten teil. Neben AfD-Funktionären sprach der fraktionslose Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich aus Nordrhein-Westfalen. In seiner Rede forderte der aus der AfD ausgeschlossene Helferich, wie das rechtsextreme Magazin »Freilich« aus Österreich berichtete, die »steuerfreie Büro-pauschale« dürfe nicht in eine »zweite Rolex«, sondern müsse in das Vorfeld investiert werden. Bereits in seinen »10 Thesen zum Vorfeld« schrieb Helferich: »Jetzt ist die Zeit, dem vopolitischen Raum etwas zurückzugeben.« Der Autor und Vordenker der Neuen Rechten Benedikt Kaiser, seit 2023 Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl aus Thüringen, erklärte in seiner Rede, die »langjährige Kärnerarbeit« habe die AfD-Wahlerfolge ermöglicht. Weitere Redner waren Philip Stein, Betreiber von »Ein Prozent« und »Jungeuropa Verlag«, und Oliver Hilburger, Chef der Pseudo-Gewerkschaft »Zentrum« und ehemaliger Musiker der Neonazi-Band »Noie Werte« aus Baden-Württemberg. Vereine und Verlage, z.B. die beiden Magazine Freilich und »Info-Direkt«, waren mit Infoständen vertreten.

<https://www.rnd.de/politik/neumuenster-afd-schleswig-holstein-trifft-sich-mit-rechtsextremisten-3RAMZ7VEMBBDPJ2VYEGNRBL6A4.html> / eingesehen am 25. Juli 2024

<afd-sh.de/2024/07/24/tag-des-vorfelds-ein-voller-erfolg/> / eingesehen am 25. Juli 2024

<freilich-magazin.com/gesellschaft/tag-des-vorfelds-afd-empfaengt-patriotische-zivilgesellschaft/> / eingesehen am 25. Juli 2024

Sachsen:
**Landratsrücktritt nach
 rechtsextremen Bedrohungen**

Der erst 2022 gewählte Landrat des Kreises Mittelsachsen, der Parteilose und vormalige Sozialdemokrat Dirk Neubauer, tritt zurück. Neubauer war der einzige Landrat in Sachsen, der nicht der CDU angehört. In einer persönlichen Erklärung auf seinen Social-Media-Kanälen begründete Neubauer den Schritt am 23. Juli mit persönlichen Anfeindungen und fehlenden Durchsetzungsmöglichkeiten. Die Amtszeit wäre noch bis 2029 gelaufen. Seine Kandidatur war von SPD, Linke und Grünen unterstützt worden. Jetzt wirft er resigniert hin und erklärt: Er sei »seit Monaten konfrontiert mit einer persönlichen diffusen Bedrohungslage aus rechter Ecke, hauptsächlich Freie Sachsen und ähnliche«. Bei den »Freien Sachsen«, die erst vor wenigen Wochen bei der Kommunalwahl in Sachsen flächendeckende Erfolge einfuhren, bestreitet man diese Darstellung nicht, macht aber geltend, dass Neubauer gegen seine Neutralitätspflicht als Landrat verstoßen habe, indem er sich an den sogenannten »Brandmauer«-Demos »gegen Rechts« beteiligt habe. Hierauf, teilte die »offizielle Facebookseite der Partei und Sammlungsbewegung Die Heimat in Sachsen« mit, »organisierten wir Protestkorsos nach Hohenfichte, um Neubauer in seinem Wohnumfeld an seine gesetzlichen Pflichten zu erinnern. Offenbar hat dieser Protest Wirkung gezeigt, und Neubauer hat erkannt, daß er als Landrat für Mittelsachsen nicht mehr tragbar ist«. Die Freien Sachsen sehen sich nun durch Neubauers Rücktritt bestärkt: »Protest auf der Straße wirkt sehr wohl und manchmal sogar besser als parlamentarische Initiativen.« Nach dem Umzug von Neubauer riefen Rechtsextremisten dazu auf, die neue Wohnanschrift herauszufinden. Hass und Hetze, sagt der Landrat, richteten sich nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen Familie und Freunde. Der Landrat aus Mittelsachsen ist nicht der Einzige, der hinwirft. Die Bürgermeisterin von Arnsdorf (Sachsen) und der Ortsbürgermeister von Tröglitz (Sachsen-Anhalt) traten schon vor vielen Jahren zurück, weil sie über lange Zeit bedroht wurden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby aus Halle und Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas, Christdemokratin aus dem sächsischen Vogtland, haben gerade angekündigt, nicht wieder zu kandidieren. Auch sie sind seit Jahren im Visier von Rechtsextremisten.

<https://taz.de/Anfeindungen-gegen-Kommunalpolitiker!/6023656/> / eingesehen am 28. Juli 2024

<zuerst.de/2024/07/26/nach-protesten-der-freien-sachsen-landrat-wirft-hin/> / eingesehen am 28. Juli 2024

facebook.com/sachsenheimat/?locale=de_DE / eingesehen am 2. August 2024

Schweiz:

20. »Anti-Zensur-Konferenz«

Am 27. Juli 2024 fand die 20. Anti-Zensur-Konferenz im digitalen Raum (»Webcamstadion«) statt. Der Schweizer Verschwörungsideologe und Laienprediger Ivo Sasek, Gründer der »Organischen Christus-Generation« und der »Anti-Zensur-Koalition«, moderierte die Online-Veranstaltung. Die Organische Christus-Generation (OCG) gilt als »Sekte im fundamentalistisch-christlichen Milieu mit Sympathien für Adolf Hitler«. Die Anti-Zensur-Koalition (AZK) reicht »als Forum für Esoterik und Verschwörungstheorien bis hin zu Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus und Holocaust-Leugnung« (BT-Drs.19/19856). Die AZK war – nach Eigenangaben – »international verbunden in 63 Ländern« und »mit Simultanübersetzung in 11 Sprachen« verfügbar. Angekündigt wurden »Giganten der Wahrheit«. So sprachen neben Sasek, der über »Auswege aus der großen Verschwörung« referierte, Stefan Magnet (»AUF1«, Österreich), Tilman Knechtel (»ExpressZeitung«, Schweiz), Michael Ballweg (»Querdenken 711 – Stuttgart«) und der britische Verschwörungsideologe David Icke. Letzterer sprach über die »Aufdeckung der Welt-Tyrannie und ihrer Kriegsstrategie«. Im Fokus mehrerer Vorträge standen antisemitisch chiffrierte Verschwörungsmymen. Magnet beklagte, »die Globalisten« strebten eine »neue Weltordnung« und »absolute Gleichschaltung weltweit« an. Icke machte Stimmung gegen eine »globale Sekte« und behauptete, wir lebten in einer »zentral diktierten Dystopie«. Knechtel, Autor des Buches »Die Rothschilds. Eine Familie beherrscht die Welt«, polemisierte gegen »globale Strippenzieher wie Rothschild und Rockefeller«.

<https://www.3sat.de/gesellschaft/reporter/radikale-christen--die-sekte-von-ivo-sasek-22-100.html> / eingesehen am 30. September 2024

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/198/1919856.pdf> / eingesehen am 30. September 2024

anti-zensur.info/azk20/ / eingesehen am 30. Juli 2024

Bundesweit:

Martin Sellners »Lesereise«

Vom 27. Juli bis 4. August machte Martin Sellner, Gründer und Kopf der rechtsextremen »Identitären Bewegung Österreich«, eine »Lesereise« mit dem Buch »Remigration. Ein Vorschlag«. Das Buch erschien 2024 im »Antaios Verlag« des rechtsextremen Publizisten Götz Kubitschek.

27. Juli: Die erste Station sollte das private Rittergut des rechtsextremen »COMPACT«-Mitarbeiters André Poggenburg, vormals AfD-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt, in Stößen (Burgenlandkreis) sein. Die Lesung sollte im Rahmen eines COMPACT-Festes stattfinden. Mit dem COMPACT-Verbot fiel die Lesung aus. Stattdessen hielt Sellner auf einer Demonstration in Gera (Thüringen) eine Rede.

29. Juli: Sellner plante eine Lesung in Marburg (Hessen). Da mehrere Tausend Menschen gegen den Auftritt des Rechtsextremisten protestierten, wurde die Lesung nach Gladenbach (Hessen) in eine private Räumlichkeit verlegt.

1. August: Als dritte Station wurde Saarbrücken (Saarland) angekündigt. Nachdem Sellner dem Protest, an dem 100 Menschen in der Innenstadt teilnahmen, einen Besuch abstattete, fand die Lesung in Perl (Saarland) statt, ebenfalls in einer privaten Räumlichkeit.

3. August: Dann wollte Sellner in Pforzheim (Baden-Württemberg) vortragen. Ursprünglich war der »Raum Calw« beworben worden. Letztendlich wurde die Lesung in einem Gasthof in Neulingen (Baden-Württemberg) durchgeführt. Als sein Vortrag begann, kamen Polizisten in den Saal. Ein Polizist übergab Sellner ein Aufenthaltsverbot für die Gemeinde Neulingen. Daraufhin verließ Sellner die Gemeinde. Später dramatisierte er im Netz, ein »Rollkommando« habe den Gasthof »gestürmt«.

Der rechtsextreme »Heimatkurier« aus Österreich kommentierte: »Die Maßnahmen gegen Sellner sind ausschließlich politisch motiviert und entbehren jeder Rechtsgrundlage. Ideologisch fanatisierte Schreibtischtäter haben den Rechtsstaat gekapert und wenden ihn gegen ihre politischen Gegner.« Dann zitierte der Heimatkurier aus der Verfügung: »Beim Durchführen Ihrer Lesung in Neulingen ist [...] wie ebenfalls beschrieben damit zu rechnen, dass Sie Straftaten wie bspw. Volksverhetzung begehen.« Die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum schrieb über das Aufenthaltsverbot: »Besser als alle Worte dieser Welt kann man der Öffentlichkeit nicht zeigen, welchen autoritären Weg Deutschland unter dieser Regierung eingeschlagen hat. Und sie tun es skrupellos, ohne Scham und ohne rot zu werden.« Sie hoffe, er werde »gestärkt aus diesem Angriff hervorgehen«.

4. August: Die fünfte Station sollte Passau (Bayern) sein. Allerdings ließ Sellner den Vortrag nach der Erfahrung in Neulingen ausfallen. Eine »weitere Lesungssprengung« hätte »keinen symbolischen Mehrwert« gehabt, schrieb er später. Daher habe er entschieden, lieber einen Aperol-Spritz-Stand auf einer Passauer Donauinsel aufzubauen. Die Polizei erteilte ihm ein Aufenthaltsverbot. Damit war die Lesereise beendet.

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/protest-in-marburg-gegen-rechtsextremist-martin-sellner--ermittlungen-nach-nazi-aussage-v16,sellner-lesung-marburg-100.html> / eingesehen am 19. August 2024

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/protest-gegen-rechtsextremist-martin-sellner-pforzheim-calw-100.html> / eingesehen am 19. August 2024

https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/demonstration_gegen_lesung_des_oesterreichischen_rechtsextremisten_martin_sellner_im_saarland_geplant_100.html / eingesehen am 19. August 2024

<https://www.pnp.de/lokales/stadt-passau/protestmarsch-gegen-rechtsextremismus-16720748/> / eingesehen am 19. August 2024 [kostenpflichtig]

heimatkurier.at/rechte-akteure/repression-gegen-martin-sellner-platzverweis-bei-buchvorlesung?bclid=IwY2xjawEhRfRleHRuA2FlbQIxMAABHbfN7z4wJkoFSnoXPcfG64TnRAH2uIi6idOuQYJTEweQcmha1SgkNFmgsg_aem_QaY2CJ0mxRE5cemwuDj0TA / eingesehen am 19. August 2024

sezession.de/69244/bewegungsmelder-tagebuch/ / eingesehen am 19. August 2024

Telegram-Kanal »Klartext von Dr. Christina Baum MdB« / eingesehen am 19. August 2024

Thüringen:
**»Kompetenzteam Freies
 Deutschland« aufgedeckt**

Der MDR Thüringen berichtete am 30. Juli 2024, im Frühjahr 2019 sei ein Kompetenzteam Freies Deutschland (KTFD) gegründet worden. Einer der Gründer soll Heinrich XIII. Prinz Reuß gewesen sein. Das gehe laut MDR aus Behördenunterlagen zur »Patriotischen Union« hervor. Das erste Treffen soll am 1. April 2019 auf dem Anwesen des Frankfurter Immobilienunternehmers Reuß in Bad Lobenstein (Thüringen) stattgefunden haben. Im Rahmen des Treffens seien die »vorübergehende Einsetzung des Kaisers« und die »diplomatische Kontaktaufnahme mit den Alliierten« diskutiert worden. Wer Mitglied des KTFD werden wollte, habe eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben müssen. Der MDR Thüringen schrieb, sie wirke »wie eine Blaupause« für die Verschwiegenheitserklärungen der Patriotischen Union. Mehr als 30 Erklärungen seien im Kontext der KTFD gefunden worden. Eine Erklärung habe Frank Haußner aus Zeulenroda (Thüringen) am 13. April 2019 unterzeichnet. Haußner ist »Reichsbürger« und seit Langem in der extremen Rechten Ostthüringens aktiv. Er gilt als Kopf der rechtsextremen Netzwerke »Freies Thüringen« und »Patrioten Ostthüringen« und pflegt engen Kontakt zum Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke. Nach der Großsrazzia vom 7. Dezember 2022 gegen die Patriotische Union sagte er auf einer Demonstration, die Verhafteten handelten »in der Sorge um die Zukunft unseres Volkes« und seien »politische Gefangene einer links-grünen Parteiendiktatur«.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/reuss-reichsbuerger-verschwuerung-geheime-gruppe-100.html> / eingesehen am 10. August 2024

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-08/reichsbuerger-bjoern-hoecke-afd-frank-haussner/> / eingesehen am 10. August 2024

Bundesweit:
**Mehr als 1.000 Fahndungen gegen
 Neonazis und »Reichsbürger«**

Auf eine Kleine Anfrage teilte die Bundesregierung mit Schreiben vom 31. Juli 2024 mit, es lägen »799 Fahndungen aufgrund von Haftbefehlen im Phänomenbereich PMK -rechts- vor« (Stichtag: 28. März 2024). PMK steht für Politisch Motivierte Kriminalität und liegt im Bereich des Polizeilichen Staatsschutzes. 153 Personen würden mit einem offenen Haftbefehl, der auf einem Delikt der PMK -rechts- beruht, gesucht. Auf eine weitere Kleine Anfrage teilte die Regierung mit Schreiben vom 31. Juli 2024 mit, es liefen »231 Fahndungen« gegen 182 Personen der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter (Stichtag: 28. März 2024). 23 der 182 Personen würden der PMK -rechts- zugeordnet. Die übrigen 159 Personen würden in die Kategorie PMK -sonstige Zuordnung- fallen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Entwicklung der Zahl per Haftbefehl gesuchter Neonazis (Frühjahr 2024), BT-Drs. 20/12428 vom 31. Juli 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012428.pdf> / eingesehen am 10. August 2024

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Entwicklung der Zahl per Haftbefehl gesuchter Personen im Bereich »Politisch motivierte Kriminalität« mit dem Hinweis »Reichsbürger/ Selbstverwalter« (Frühjahr 2024), BT-Drs. 20/12431 vom 31. Juli 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012431.pdf> drucksache 20/12431 / eingesehen am 10. August 2024

Chronik

August 2024

Bundesweit:

BKA zählt 74 rechtsextreme »Gefährder«

Eine Sprecherin des Bundeskriminalamtes (BKA) sagte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, man zähle derzeit 74 rechtsextreme »Gefährder« in der Bundesrepublik (Stand: 1. August 2024). »Gefährdern« wird zugetraut, schwere Gewalttaten wie Terroranschläge zu verüben. »Gefährder«, die weder im Gefängnis noch im Ausland sind, stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

<https://www.rnd.de/politik/terrorgefahr-zahl-der-islamistischen-gefaehrder-in-deutschland-sinkt-IMUPLG5JLZCYFFLWN2EKT4WUGM.html> / eingesehen am 10. August 2024

Polen / Europa:

2. August: Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma

Am 2. August 2024 wurde der 80. Jahrestag mit den letzten Überlebenden des Holocaust mit einem zentralen internationalen Gedenken zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma am Ort dieses Menschheitsverbrechens begangen.

Vor 80 Jahren, am 2. August 1944, wurden die noch verbliebenen 4.300 Sinti und Roma im deutschen NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der SS ermordet. In Erinnerung an alle 500.000 Angehörigen der Minderheit, die im NS-besetzten Europa getötet wurden, erklärte das Europäische Parlament 2015 dieses Datum zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma. Die SS hatte bereits am 16. Mai 1944 versucht, den Lagerabschnitt B II e aufzulösen und Tausende Angehörige der Minderheit in den Gaskammern zu ermorden. Diese Vernichtungsaktion wurde wegen des erbitterten Widerstands der Sinti und Roma abgebrochen – wohl auch, um zu verhindern, dass die Gegenwehr auf andere Lagerabschnitte übergreift.

»Auschwitz steht für das größte Verbrechen, das Menschen Menschen jemals angetan haben. Es steht für den Zivilisationsbruch, der von Deutschland ausging. Für den Willen, das europäische Judentum zu vernichten. Für den Völkermord an den Sinti und Roma. Hier in Auschwitz endete der Rassenwahn der Nationalsozialisten in der grausamen Auslöschung von Menschenleben«, sagte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in ihrer Rede. Bas ist die erste Spitzenvertreterin des Bundestags, die in das ehemalige NS-Konzentrations- und Vernichtungslager reiste. Sinti und Roma wurden im Nationalsozialismus systematisch verfolgt, 500.000 von ihnen ermordet. Bas erinnerte daran, dass das Leid der Sinti und Roma mit dem Ende des Nationalsozialismus nicht endete: »Der Rassismus verschwand nicht einfach aus den Köpfen. Das Leid der Sinti und Roma wurde nach dem Krieg nicht anerkannt. Gerichte verweigerten den Überlebenden Entschädigungen. Schlimmer noch: Sie machten die Opfer für ihre Verfolgung selbst verantwortlich. Der Völkermord an den Sinti und Roma wurde verschwiegen und verleugnet, kaum ein Täter zur Rechenschaft gezogen.«

Die Gedenkveranstaltung wurde live über die Website <https://www.roma-sinti-holocaust-memorial-day.eu> gestreamt. Das Video ist dort dauerhaft mit einem breiten Informationsangebot (DE/EN/PL/Romanes) zum Holocaust an der Minderheit verfügbar.

<https://dokuzentrum.sintiundroma.de/europaischer-holocaustgedenktag-fur-sinti-und-roma-2024/> / eingesehen am 8. August 2024

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/holocaustgedenken-sinti-roma-100.html> / eingesehen am 8. August 2024

Berlin / Bundesrepublik:

Querdenken-Demonstration

Vier Jahre nach der ersten großen Demonstration der »Querdenken«-Bewegung in Berlin zogen am 3. August erneut mehrere Tausend Demonstranten durch die Hauptstadt. Teilnehmende der von »Querdenken 711« organisierten Veranstaltung »für Frieden und Freiheit« schwenkten Fahnen mit der Friedenstaube. Andere forderten auf Transparenten eine »Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen«, »Konsequenzen für die Verantwortlichen« sowie einen Austritt aus der NATO. Teilnehmende hielten Schilder mit Botschaften wie »Impfverbrecher in den Knast« und »Handschellen für die Verantwortlichen des Gen-Experiments«. Auf Plakaten der Partei »dieBasis«, die als parteipolitischer Arm der Querdenken-Bewegung gilt, war unter anderem »friedensfähig statt kriegstüchtig« zu lesen, eine Erwiderung auf die Aussage von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), die Bundesrepublik müsse bis 2029 kriegstüchtig sein. Anmelder der Demonstration war Querdenken-Initiator Michael Ballweg. Vorab hatte Ballweg in einem Interview mit der »Jungen Freiheit« beklagt, wir lebten in einer »Demokratiesimulation«. Dem Protestmarsch gegen die Politik der Bundesregierung

schlossen sich bis zu 12.000 Menschen an. Die AfD war mit einer Lkw-Bühne und einem Infozelt präsent. Auf der Bühne von Querdenken standen die beiden Musiker Björn Banane (Björn Winter) und Kilez More (Kevin Mohr) aus dem verschwörungsideologischen Milieu. Zuletzt war Björn Banane im Kontext der »Volksfeste« des rechtsextremen »COMPACT«-Magazins aufgefallen. Stephanie Elsässer, Moderatorin von COMPACT-TV, sollte eine Rede halten. Doch ihr Auftritt platzte. Nach der Versammlung behauptete Jürgen Elsässer, Chefredakteur des Magazins, in den sozialen Netzwerken: »Aus Angst vor dem polizeilichen Abbruch der Veranstaltung sagte Ballweg die Rede meiner Frau kurzfristig ab.«

Bei einer Demonstration der Querdenker am 2. August 2020 in Berlin hatten nach Angaben der Polizei rund 20.000 Teilnehmer gegen die damaligen Corona-Maßnahmen protestiert. Mit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 hatte sich die Querdenken-Bewegung von Stuttgart aus in vielen bundesdeutschen Städten formiert. Die Anhänger demonstrierten immer wieder öffentlich gegen die politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus.

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/08/querdenker-demonstration-berlin.html> / eingesehen am 12. August 2024

<https://www.facebook.com/juedischesforum/videos/2268289450192385/> / eingesehen am 12. August 2024
[youtube.com/watch?v=jPX_P6aL9T0](https://www.youtube.com/watch?v=jPX_P6aL9T0) / eingesehen am 12. August 2024

[youtube.com/watch?v=fyACpIzPLu0](https://www.youtube.com/watch?v=fyACpIzPLu0) / eingesehen am 12. August 2024

Nordrhein-Westfalen: **AfD-Landtagsabgeordneter und Hochstapler?**

Am 3. August 2024 berichtete die Rheinische Post, Klaus Esser – AfD-Landtagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Düren II / Euskirchen II – habe »große Teile seines Lebenslaufes gefälscht«. Er habe gegenüber seiner Partei angegeben, Jurist zu sein. In Bewerbungsunterlagen habe er geschrieben, einen Master-Abschluss und ein erstes Staatsexamen absolviert zu haben. Jedoch konnten seine Angaben, wie die Rheinische Post prüfte, nicht verifiziert werden. Der AfD-Politiker bestritt die Vorwürfe und behauptete, der Lebenslauf sei »von destruktiven Personen aus dem Inneren« gefälscht worden. Er klagte: »Ich soll politisch und existenziell vernichtet werden, unser erfolgreicher Landesverband soll destabilisiert werden.« Die Staatsanwaltschaft Aachen nahm Ermittlungen wegen des Verdachts auf Urkundenfälschung und Anstellungsbetrugs auf. Seine Ämter im Fraktions- und Parteivorstand legte Esser nieder, aber sein Landtagsmandat und sein Amt im Kreisverband behielt der AfD-Politiker.

https://rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-afd-politiker-klaus-esser-vorwurfe-wegen-faelschung-seines-lebenslaufes_aid-116602593 / eingesehen am 8. August 2024 [kostenpflichtig]

https://rp-online.de/nrw/landespolitik/klaus-esser-afd-abgeordneter-in-nrw-tritt-von-aemtern-zurueck_aid-117456387 / eingesehen am 8. August 2024

Großbritannien: **Rechtsextreme Randalere**

In Großbritannien haben sich Anfang August die Proteste rechtsextremer Gruppen von Neonazi-Extremisten bis zu Fußball-Hooligans zu gewaltsamen Ausschreitungen in zahlreichen Städten ausgeweitet; unter anderem in Darlington, Leeds, Liverpool, Manchester, Middlesbrough, Plymouth, Sunderland Bristol und Belfast (Nordirland). Migranten wurden bedroht, Moscheen angegriffen, Polizeibeamte mit Ziegelsteinen beworfen. Im mittellenglischen Rotherham warfen maskierte Demonstranten die Fensterscheiben eines Hotels ein. Rund 240 Asylsuchende aus Kriegsgebieten hielten sich in dem Low-Budget-Hotel auf. Sie mussten evakuiert werden. In Tamworth nahe der Stadt Birmingham griff Polizeiangaben zufolge »eine große Gruppe« Randalierer ein weiteres Hotel an, das Asylbewerbern als Unterkunft diente. Den Angaben zufolge verwendeten sie Wurfgeschosse, schlugen Fensterscheiben ein und legten Feuer. Fensterscheiben eines Hotels im nordostenglischen Hull, in dem Asylbewerber untergebracht sind, wurden eingeworfen. Bei allen Übergriffen wurden gezielt Polizistinnen und Polizisten angegriffen. Premierminister Keir Starmer sprach von »rechtsradikalem Rowdytum«. Hintergrund der Gewaltausbrüche ist der Messerangriff eines 17-Jährigen in der nahe bei Liverpool gelegenen Küstenstadt Southport, bei dem am 29. Juli drei Mädchen unter zehn Jahren getötet und acht weitere Mädchen sowie zwei Erwachsene verletzt wurden. Dabei drang der Täter in ein Gebäude ein, in dem gerade ein Ferientanzkurs für Kinder zur Musik von US-Star Taylor Swift stattfand. Der Täter ist in Großbritannien geboren worden. Seine Eltern stammen aus Ruanda. Zu den Protestveranstaltungen aufgerufen hatte unter anderem der Gründer der rechtsextremen Anti-Islam-Truppe »English Defence League« (EDL) mit Verbindungen in die Hooligan-Szene, Stephen Yaxley-Lennon (Szene-Name Tommy Robinson).

Die Neonazi-Kleinpartei »Der III. Weg« kommentierte die rassistischen Ausschreitungen wie folgt: »Niemand darf der weiße Kulturkontinent Europa sich raumfremden Ausländern unterwerfen, ihre artfremden Religionen, Sitten und Bräuche akzeptieren und sich von ihnen zur Beute machen lassen. Dieselbe Situation wie in England kann jeden Tag auch in Deutschland eintreten, dessen sollten wir uns alle bewusst sein. Deshalb bietet unsere parteieigene Arbeitsgemeinschaft ‚Körper & Geist‘ regelmäßig Selbstverteidigungskurse an, in denen man lernt, wie man sich in Gefahrensituationen am besten verhält und sich und seine Liebsten verteidigen kann.«

Eigenrecherche DokRex

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/150-festnahmen-rechte-krawalle-in-grossbritannien-halten-an,UKXy96A> / eingesehen am 8. August 2024

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rechtsextremismus-in-grossbritannien-proteste-in-britischen-staedten-nach-bluttat.d4fff59b-ad06-481b-844c-b79e539868da.html> / eingesehen am 8. August 2024

[der-dritte-weg.info/2024/08/englands-volkszorn-erwacht-afrikanischer-messermoerder-toetet-drei-kinder-bei-tanzkurs/](https://www.der-dritte-weg.info/2024/08/englands-volkszorn-erwacht-afrikanischer-messermoerder-toetet-drei-kinder-bei-tanzkurs/) / eingesehen am 8. August 2024

Sachsen:
**Neonazi-Kleinpartei besetzt
Vize-Bürgermeisterposten**

Die Neonazi-Kleinpartei »Freie Sachsen« stellt künftig in der 4.000 Einwohner zählenden Gemeinde Lunzenau (Landkreis Mittelsachsen) einen der beiden Stellvertreter des Bürgermeisters. Die Stadträtin Anne Liebing wurde bei der konstituierenden Sitzung des Gremiums – mit Stimmen der »Freien Wähler« – zur 2. Stellvertreterin gewählt. »Ich habe das anzuerkennen«, erklärte Bürgermeister Ronny Hofmann (CDU) und verwies auf seine Neutralitätspflicht. Der Erfolg in Lunzenau, so die Freien Sachsen, die sich neuerdings als »Graswurzelbewegung« definieren, »läßt auf weitere Erfolge hoffen, denn unsere Bewegung hat gerade erst begonnen, ihren Einfluß auf der kommunalen Ebene auszubauen – mit über 100 Mandaten, die bei der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 erzielt werden konnten«. Das rechtsextreme Magazin »Zuerst!« schrieb, in der Partei »ist der Jubel groß«. Liebings Wahl sei eine »Sensation«. Bei der Stadtratswahl hatten die Freien Sachsen nach CDU (45,7 Prozent) und Freien Wählern (37,4 Prozent) mit 17 Prozent die drittmeisten Stimmen erhalten.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.saechsische.de/sachsen/freiberg/rechtsextreme-freie-sachsen-holen-vize-buergermeisterposten-6030743.html> / eingesehen am 9. August 2024

<https://www.n-tv.de/regionales/sachsen/Rechtsextreme-Freie-Sachsen-holen-Vize-Buergermeisterposten-article25142673.html> / eingesehen am 9. August 2024

[zuerst.de/2024/08/09/freie-sachsen-stellen-erstmalig-vizebuergermeisterin/](https://www.zuerst.de/2024/08/09/freie-sachsen-stellen-erstmalig-vizebuergermeisterin/) / eingesehen am 9. August 2024

[freie-sachsen.info/2024/spektakulaerer-erfolg-freie-sachsen-stellen-vizebuergermeister-in-lunzenau/](https://www.freie-sachsen.info/2024/spektakulaerer-erfolg-freie-sachsen-stellen-vizebuergermeister-in-lunzenau/) / eingesehen am 9. August 2024

Thüringen:
**AfD-Stadtrat wurde Vorsitzender
des Plenums**

Am 7. August wurde Andreas Leupold, Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Nordhausen (Thüringen), zum Vorsitzenden des Stadtrats in Nordhausen gewählt. Die AfD-Fraktion ist mit 13 Mitgliedern die stärkste Fraktion im Stadtrat. Im zweiten Wahlgang wurde Leupold mit 16 Stimmen gewählt. Die Kandidatin der CDU, die mit acht Mitgliedern die zweitstärkste Fraktion ist, erhielt 15 Stimmen.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/nord-thueringen/nordhausen/stadtrat-afd-vorsitz-leupold-100.html> / eingesehen am 8. August 2024

<https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/nordhausen/article406971438/ueberraschung-in-nordhausen-mehrheit-des-stadtrates-waehlt-einen-afd-mann-zu-ihrem-neuen-vorsitzenden.html> / eingesehen am 8. August 2024

Sachsen:
**Ermittlungen gegen Polizeilehrer
wegen Rassismusverdachts**

Die Hochschule der Sächsischen Polizei gab am 7. August bekannt, man habe ein Disziplinarverfahren gegen einen Lehrer der Polizeifachschule Chemnitz (Sachsen) eingeleitet. Wiederholt soll der Lehrer wegen Rassismus und Sexismus aufgefallen sein. Bedienstete der Fachschule sollen die Vorfälle gemeldet haben. Der Lehrer ist nicht mehr tätig. Ermittlungen laufen.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/chemnitz-stollberg/polizei-fachschule-rassismus-verdacht-lehrer-100.html> / eingesehen am 10. August 2024

Brandenburg:
**Auto des Antisemitismus-
 beauftragten mit Hakenkreuzen
 beschmiert**

In Templin (Landkreis Uckermark) beschmierten Unbekannte am 8. August 2024 das Privatauto von Andreas Büttner (Die Linke), der im Juni 2024 das Amt des Antisemitismusbeauftragten in Brandenburg übernommen hatte, mit Hakenkreuzen und anderen rechtsextremen Symbolen. Auf das Auto-
 dach wurde ein durchkreuzter Davidstern in den Lack gekratzt. Das neue Amt wurde auf Beschluss
 des Landesparlaments vom November 2023 geschaffen. Aufgabe der unabhängigen Stelle ist die Be-
 kämpfung antisemitischer Haltungen und Äußerungen jeglicher Form sowie die Beratung hiervon
 betroffener Menschen. Das Amt wurde bei der Präsidentin des Landtages eingerichtet.

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/08/antisemitismus-beauftragter-andreas-buettner-auto-hakenkreuze.html> / eingesehen am 10. August 2024

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/anschlag-auf-auto-von-antisemitismusbeauftragtem/> /
 eingesehen am 10. August 2024

Bayern:
Hasskriminalität 2023

Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten der Hasskriminalität hat im Jahr 2023 in Bayern
 einem Lagebild des Bayerischen Landeskriminalamts zufolge deutlich zugenommen. »Wir werden
 gemeinsam den Kampf gegen Hasskriminalität erheblich verstärken«, kündigte deshalb Bayerns
 Innenminister Joachim Herrmann am 8. August bei der Vorstellung der Statistik an. Im Kampf gegen
 antisemitische Straftaten hat die Justiz bereits seit Oktober 2021 einen Zentralen Antisemitismus-
 beauftragten in der bei der Generalstaatsanwaltschaft München befindlichen Zentralstelle zur
 Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) angesiedelt, der die nachdrückliche und
 konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten durch alle bayerischen Staatsanwaltschaften
 koordiniert. Justizminister Georg Eisenreich führte aus: »Deutschland und die Welt erleben nach
 dem 7. Oktober 2023 die schlimmste Welle von Antisemitismus seit dem Ende des Zweiten Welt-
 krieges. Judenhass gibt es an den Rändern, in der Mitte der Gesellschaft und unter Zuwanderern.
 Der Rechtsstaat muss klare Grenzen setzen und Jüdinnen und Juden schützen.«

Hasskriminalität ist laut Herrmann eine besonders verwerfliche Form von Straftaten und auch
 bundesweit immer mehr auf dem Vormarsch. Darunter fallen solche Taten, die etwa wegen der
 Nationalität, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder des Geschlechts der
 Opfer begangen werden. Laut Lagebild ist die Gesamtzahl der unter Hasskriminalität gefassten
 Straftaten in Bayern von 2019 bis 2023 um rund 84 Prozent gestiegen (2019: 1.016; 2023: 1.867).
 »Bei der Motivlage zeigt sich bei der Hasskriminalität größtenteils eine rechte Motivation«, erläu-
 terte Herrmann. »1.283 Fälle und damit mehr als zwei Drittel der Gesamtdelikte fielen 2023 unter
 diesen Phänomenbereich.« Die antisemitischen Straftaten erreichten im Fünfjahresvergleich mit
 insgesamt 589 Delikten in 2023 einen Höchstwert und hatten sich seit 2019 (310) fast verdoppelt.
 »Der Anstieg liegt im Wesentlichen im furchtbaren Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel
 am 7. Oktober 2023 begründet«, so der Innenminister.

<https://www.innenministerium.bayern.de/med/aktuell/archiv/2024/240808hasskriminalitaet/> /
 eingesehen am 9. August 2024

Bayern:
**AfD-Landtagsabgeordneter
 bot auf Schloss**

Der Bayerische Rundfunk berichtete am 9. August 2024, Franz Schmid – AfD-Landtagsabgeordneter
 und Vorsitzender der »Jungen Alternative« in Bayern – habe auf Schloss Mattsies in Tussenhausen
 (Landkreis Unterallgäu) geboten, um ein »patriotisches Zentrum« zu errichten. Es solle Wohnungen
 haben. Auch Treffen und Veranstaltungen sollen stattfinden. Vorbild sei das »Castell Aurora« nahe
 Linz (Österreich), das eine Immobilie der rechtsextremen »Identitären Bewegung« ist. Der Betrieb
 Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) will das Schloss Mattsies, das eine Nutzfläche von 7.556 Quadrat-
 metern besitzt und »in einem sehr stark sanierungsbedürftigen Zustand« ist, verkaufen. Schmid
 sagte, er habe »nicht mehr als 100.000 Euro« geboten. Wenig später, am 23. August 2024, soll er
 ein »Nachgebot im sechsstelligen Bereich« abgegeben haben. Bis die Entscheidung fällt, wer das
 Schloss Mattsies erhält, wird einige Zeit vergehen.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/schloss-mattsies-fuer-die-afd-jugend-der-plan-der-jungen-alternative,UJvg57y> / eingesehen am 30. August 2024

<https://www.merkur.de/bayern/schwaben/mindelheim-kurier/schloss-mattsies-afd-schmid-nachgebot-patriotisches-zentrum-auswahl-verkauf-prozess-dauern-imby-93264696.html> /
 eingesehen am 30. August 2024

<https://www.sueddeutsche.de/bayern/afd-franz-schmid-schloss-patriotisches-zentrum-kauf-gescheitert-tussenhausen-lux.DiTrz3K7EXqkFg7YL3A2eT> / eingesehen am 30. August 2024

<https://www.sueddeutsche.de/bayern/allgaeu-afd-franz-schmid-schloss-mattsies-lux.>
 Fge2AXVJLR6Ps6DBLSrZEj / eingesehen am 30. August 2024

Sachsen-Anhalt:
**Ehemaliger HDJ-Führungskader
 wurde Ortsbürgermeister
 in Roßlau**

Am 9. August 2024 wurde Laurens Nothdurft, AfD-Mitglied und Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, zum Ortsbürgermeister von Roßlau gewählt. In dem Stadtteil von Dessau leben rund 1.000 Menschen. Nothdurft gewann mit sechs zu drei Stimmen gegen den ehemaligen Oberbürgermeister von Dessau-Roßlau. Zwei Stimmen waren ungültig. Bei der Kommunalwahl vom 9. Juni 2024 hatte Nothdurft für die »Bürgerliste Roßlau« kandidiert. Die Liste wurde stärkste Fraktion im Ortschaftsrat.

Nothdurft blickt auf eine einschlägige Vergangenheit in der Neonazi-Szene zurück: Er war von 1999 bis 2007 stellvertretender Bundesführer der rechtsextremen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ), die im März 2009 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten wurde. Hier ein Auszug aus dem Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2002: Die 1990 gegründete HDJ will erreichen, dass »wir uns selbstbewußt und unverkrampft der eigenen Vergangenheit stellen‘. Hinter dieser Aussage verbirgt sich eine völkische und nationalistische Ideologie, die sich von derjenigen der verbotenen ‚Wiking-Jugend‘ (WJ) wenig unterscheidet.« Weiter heißt es: »Insbesondere im Bereich der Bundesführung ist die HDJ personell eng mit rechtsextremistischen Organisationen wie der NPD [...] verquickt. Nach dem Unfalltod des Vorsitzenden Alexander Scholz am 6. Februar wurde der Verband zeitweilig von dem in Brandenburg gemeldeten NPD-Aktivisten Laurens Nothdurft geleitet.«

In der Ausgabe 1/2004 der NS-apanogetischen »Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht« berichtete Nothdurft über die 27. Gästewoche (Oktober 2003) des rechtsextremen »Freundeskreises Ulrich von Hutten« und der rechtsextremen »Deutschen Kulturgemeinschaft Österreich«. Zu den Referenten der Gästewoche (etwa ein Viertel der Vortragenden gehörte der 1994 verbotenen »Wiking-Jugend« an) zählte auch der einstige SS-Untersturmführer der »Leibstandarte Adolf Hitler«, Herbert Schweiger, und die einstige BDM-»Gauunterführerin« Lisbeth Grolitsch, so der Verfassungsschutzbericht des Bundes 2003. Beide Vereine vertreten rassistische Thesen und verbreiten Äußerungen, in denen das NS-Regime verharmlost und die Bundesrepublik verunglimpft wird. Laut Nothdurft waren die Teilnehmer der Veranstaltung aus »nahezu dem gesamten deutschen Volksraum« angereist. Besonders angetan war Nothdurft von der Rede von Grolitsch: »Bereits im Rahmen der Eröffnungsansprache umriß Lisbeth Grolitsch maßgebende Grundlagen eines sich von den Fesseln des US-Liberalismus befreienden, aufwärts strebenden Europa. Die Völker Europas müssen sich darüber bewußt werden, daß Europa als Heimat des nordischen Leistungsmenschen und als Wiege der Hochkultur Ausgangspunkt für Ordnung und Weltkulturleistung war und ist. So waren es Abkömmlinge der sogenannten Nordvölker, die – sozusagen als Dünger – auf der ganzen Welt Schübe der Kulturschöpfung bewirkten und ermöglichten.« Vater von Laurens Nothdurft ist Joachim Nothdurft, einst DSU-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt, Ansprechpartner der rechtsextremen »Deutschen Aufbau-Organisation« (DAO) für Sachsen-Anhalt (2001) und des Förderkreises der rechtsextremen »Deutschland-Bewegung« (1999/2000).

Die HDJ steht seit Langem auf der »Unvereinbarkeitsliste« der AfD. Die Liste besagt: Wer Mitglied einer Organisation war oder ist, die auf der Liste steht, kann formell nicht in die Partei aufgenommen werden. Nichtsdestotrotz ist Nothdurft in der AfD. Nach der Wahl Nothdurfts resümierte das Projekt GegenPart aus Dessau-Roßlau, das Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus anbietet, auf seiner Webseite: »Die Normalisierung der extremen Rechten in Dessau-Roßlau ist abgeschlossen.«

Eigenrecherche DokRex

<https://www.mz.de/panorama/rechtsextreme-ortsvorsteher-kritik-an-normalisierung-3879272/>
 eingesehen am 11. Juli 2024

<https://projektgegenpart.de/ehemaliger-hdj-fuehrungskader-zum-ortsbuergemeister-in-rosslau-gewaehlt/>
 eingesehen am 11. Juli 2024

Bayern:
**AfD-Landtagsabgeordneter
 eröffnet Wahlkreisbüro**

Am 10. August 2024 eröffnete der AfD-Landtagsabgeordnete Rene Dierkes ein Wahlkreisbüro im Münchner Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach. Es sind die ersten Räume der Partei in der bayerischen Landeshauptstadt. Dierkes schrieb via X, die Eröffnungsfeier sei ein »voller Erfolg« gewesen. Etwa 60 Menschen hätten teilgenommen. Dierkes hatte am 11. Juni 2024 in den sozialen Netzwerken angekündigt: »Ich habe Büroräumlichkeiten für mich als MdL sowie für die Partei angemietet. Dort können künftig auch Veranstaltungen stattfinden, was vor allem deshalb ein Vorteil ist, weil sich

Gastwirte häufig von der Antifa einschüchtern lassen. Einen Garten gibt es auch.« Im Jahr 2020 war Dierkes Unterzeichner des Anti-Meuthen-Appells »Aufforderung zum Rücktritt vom Amt des Bundessprechers«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-afd-pfanzeltplatz-perlach-rene-dierkes-lux>.
GkoVba1HzbHbjtvi5a2CWq / eingesehen am 12. August 2024

Nordrhein-Westfalen:
**»Tag der Heimatreue«
des »III. Weges«**

Am 10. August 2024 fand der 6. Tag der Heimatreue der Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg in ihrer Immobilie in Hilchenbach (Kreis Siegen-Wittgenstein) statt. Eigenangaben zufolge nahmen mehr als 200 Neonazis an der Veranstaltung teil. »Besonders die Überfremdung unserer Heimat und das damit einhergehende Verschwinden unseres Volkes und unserer Kultur stellen uns vor eine große Herausforderung. Deshalb ist es auch so wichtig, seiner Heimat die Treue zu halten und für ihren Erhalt zu kämpfen«, so die Neonazis. Im Rahmen des Tages der Heimatreue fand ein Dreikampf der »AG Körper & Geist« statt. Abends traten die Neonazi-Bands »Ewige Eiche«, »Odessa« und »Thematik 25« auf.

https://www.rhein-zeitung.de/region/aus-den-lokalredaktionen/kreis-altenkirchen_artikel,-demos-gegen-den-dritten-weg-in-hilchenbach-bleibt-alles-friedlich-_arid,2681531.html / eingesehen am 23. August 2024

[der-dritte-weg.info/2024/08/das-war-der-tag-der-heimatreue-im-jahr-2024/](https://www.der-dritte-weg.info/2024/08/das-war-der-tag-der-heimatreue-im-jahr-2024/) / eingesehen am 23. August 2024

Sachsen:
**Neonazi-Protest
gegen Bautzener CSD**

Knapp 700 Neonazis protestierten am 10. August unter dem Motto »Gegen Genderpropaganda und Identitätsverweigerung« gegen den 2. Christopher Street Day (CSD) in Bautzen. Die meisten Neonazis waren Jugendliche und junge Erwachsene. An dem CSD nahmen mehr als 1.000 Menschen teil. Die CSD-Veranstalter hatten ihre Aftershow-Party aus Sicherheitsgründen abgesagt.

Mobilisiert hatten die »Freien Sachsen« und die »Jungen Nationalisten«. »Sachsens Jugend hat genug von dem woken Irrsinn der LGBTQ-Propaganda«, schrieben die Freien Sachsen in ihrem Telegram-Kanal. »Die nächste Generation in der Oberlausitz ist patriotisch und kennt nur zwei Geschlechter!« Entsprechend lautete das Motto des Neonazi-Protests: »Gegen Gender-Propaganda und Identitätsverwirrung!«

Die »Elbland-Revolte«, ein Ableger der Jungen Nationalisten, trug ein Banner mit der Aufschrift »Weiß, Normal, Hetero«. Auf einem Banner stand »Es gibt viele Psychische Probleme, aber nur 2 Geschlechter!« Nach Angaben der Polizei wurden 14 Strafverfahren eingeleitet, sieben Ordnungswidrigkeiten festgestellt und 16 Platzverweise erteilt. Die Polizei beschlagnahmte Handschuhe mit Protektoren, Sturmhauben und Spraydosen. Außerdem wurde ein Shirt sichergestellt.

Sascha Krolzig, Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift »N.S. Heute«, jubilierte über das »Wunder von Bautzen« und zeigte sich über den Aufmarsch gegen »LGBT-Propaganda und Gender-Spinnerei« sichtlich erfreut: »Der 10. August in Bautzen macht gleich aus mehreren Gründen Mut: Zum einen zeigt es, dass eine stetig wachsende Zahl junger Deutscher keine Lust auf linksgrüne Regenbogen-Propaganda hat und dass sich die LGBTQ-Sekte ihre Kriegsflagge sonst wo hinstecken kann.« Der Neonazi weiter: »Doch vor allem zeigt es: Die nationale Jugend hat wieder Bock, auf die Straße zu gehen und für ihre Überzeugung Gesicht zu zeigen!« Krolzig abschließend: »In diesem Sinne gibt das kleine Wunder von Bautzen dem organisierten Nationalismus in Deutschland hoffentlich Motivation, wieder öfter eigene Versammlungen durchzuführen.«

In der Tat sei die Mobilisierung gegen CSD-Veranstaltungen »in diesem Umfang ein neues Phänomen, das im gesamten Bundesgebiet auftritt«, erklärt Janek Treiber, Politikwissenschaftler an der TU Dresden. Gerade in Ostdeutschland seien die Teilnehmerzahlen der Proteste besonders groß, während die CSD-Paraden für die rechte Szene »eine neue Hauptgegnerrolle einnehmen«. Eine neue Generation von Neonazis, die hauptsächlich via Social Media angesprochen werde, begreife gewaltbereite Demonstrationen gegen die CSDs als Erlebnis und ver helfe zuletzt eher schwächeren Organisationen wie den Jungen Nationalisten zu neuer Bedeutung. Dass ausgerechnet das Phänomen Christopher Street Day im Fokus der Rechten steht, erklärt Treiber damit, dass sich diese als Protestobjekt in der analogen Welt anbieten, »die eine links-progressive Idee repräsentieren«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.endstation-rechts.de/news/extreme-rechte-will-csds-zurueckdraengen/> / eingesehen am 15. August 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/bautzen-hoyerswerda-kamenz/csd-gender-rechtsextremismus-demo-polizei-100.html> / eingesehen am 15. August 2024

<https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-08/christopher-street-day-bautzen-protest-reportage> / eingesehen am 15. August 2024 [kostenpflichtig]

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-11/queerfeindlichkeit-rechtsextremismus-christopher-street-day-neonazis-sachsen> / eingesehen am 29. November 2024

Sascha Krolzig: Eine Jugend rebelliert. Deutschlandweite Proteste gegen CSD-Propaganda, in: N.S. heute November / Dezember 2024, S. 5–8

Sascha Krolzig: Editorial, in: N.S. Heute, September / Oktober 2024, S. 2

Türkei:
18-Jähriger verübte rechts-terroristischen Anschlag

Am 12. August 2024 verübte der 18-jährige Arda Küçükyetim einen rechtsterroristischen Anschlag im Umfeld einer Moschee in Eskişehir. Der Rechtsterrorist, der eine Kamera an seiner Brust angebracht hatte, streamte die Tat in den sozialen Netzwerken. Vor der Tat stellte Küçükyetim ein 21-seitiges Pamphlet ins Internet. Auf der ersten Seite des türkischsprachigen Textes ist eine doppelte Sigrune der SS abgebildet. Es folgen antisemitische, rassistische und misogynie Inhalte. Im Pamphlet verehrt Küçükyetim die Rechtsterroristen vergangener Anschläge. Er nennt Anders Breivik und Brenton Tarrant, die Massaker mit 77 Toten in Norwegen (2011) und 51 Toten in Neuseeland (2019) anrichteten, »moderne Heilige«. Stephan Balliet, der 2019 versuchte, ein Massaker in einer Synagoge in Halle/Saale (Sachsen-Anhalt) zu verüben, glorifiziert Küçükyetim zum »Helden«.

<https://www.bbc.com/news/articles/c24p7mgs2d6o> / eingesehen am 15. August 2024

<https://www.rnd.de/politik/messerangriff-in-der-tuerkei-rechtsterrorist-bezieht-sich-direkt-auf-halle-attentaeter-17MM2QKWBFEJDL5QT5FRYZAYCU.html> / eingesehen am 15. August 2024

Sachsen:
»Deutsche Stimme« veranstaltete »Sommerfest«

Am 17. August 2024 lud die »Deutsche Stimme« (DS), das Sprachrohr der Partei »Die Heimat«, gemeinsam mit Die Heimat und »Freie Sachsen« zum »Sommerfest« nach Riesa (Sachsen) ein. Das Fest machte die enge personelle Verzahnung zwischen den beiden neonazistischen Parteien deutlich. So übernahm Ines Schreiber, die Ehefrau des DS-Geschäftsführers Peter Schreiber, die Begrüßung. Im Programm wurde sie als »HEIMAT-Aktivistin und Kandidatin der FREIEN SACHSEN zur Landtagswahl« vorgestellt. Nach der Begrüßung sprach ihr Ehemann Peter Schreiber. Auch er ist in beiden Parteien unterwegs. Mit Andreas Hofmann (»DJ Happy Vibes«, Freie Sachsen) und dem Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke (Die Heimat) waren beide Parteien an der musikalischen Umrahmung beteiligt.

An dem »Sommerfest« nahmen mehr als 100 Menschen teil. Zahlreiche Teilnehmer trugen Szenekleidung und entsprechende Tätowierungen wie »The White Race« und »White Lives Matter«. Ein Teilnehmer trug ein Shirt mit der Aufschrift »Division Sachsen« und andeuteten SS-Runen. Vor laufender Kamera bedrohte der Neonazi Christian Klar (»Aufbruch Gera«), der als Redner auftrat, einen Journalisten mit dem Tod: »Der Tag wird kommen, der dauert nicht mehr lange. Dann hängen solche wie du an der Laterne hier vorne.« Journalisten kritisierten, dass die Polizei – trotz derartiger Bedrohungen – nicht eingriff. Im Rahmen des »Sommerfestes« wurde, wie die DS in ihrer Ankündigung schrieb, ein »Programm für Groß & Klein« angeboten. »Hüpfburgen, Spiel- und Bastelstraße, Kinderschminken, Tombola, Info- und Verkaufsstände u.v.m.« So waren etliche Kinder unter den Teilnehmern. Es ist ein Ziel derartiger Veranstaltungen, Kinder an die Ideologie der Neonazi-Szene heranzuführen.

<https://recherche-nord.com/gallery/2024.08.17.R.html> / eingesehen am 25. August 2024

<https://www.youtube.com/watch?v=6xvQeYaTeE4> / eingesehen am 25. August 2024

Rheinland-Pfalz:
Neonazis gedachten »Führer«-Stellvertreter

Am 37. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, der mit 93 Jahren im Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau durch Suizid starb, mobilisierten »Die Rechte« und die noch über »Landesverbände« in Baden-Württemberg, Hamburg und dem Saarland verfügende NPD nach Ingelheim (Landkreis Mainz-Bingen). Das Motto der Demonstration vom 17. August 2024 lautete »Mord verjährt nicht –

Gebt die Akten frei!« Bis heute wird in der Neonazi-Szene der Mythos verbreitet, Heß sei im Gefängnis ermordet worden. Die Rechte erklärte im Aufruf, die Demonstration sei »als parteiübergreifende Versammlung angemeldet«. Es sei »jeder aufrechte Deutsche« eingeladen, seinen Protest auf die Straße zu tragen. Vor Ort seien »nur Reichsfahnen (Schwarz, Weiß, Rot) erwünscht«. An der Versammlung nahmen 34 Neonazis mit einigen schwarz-weiß-roten Fahnen teil. Die NPD Baden-Württemberg schrieb via Telegram, man habe »beachtliches Aufsehen und Interesse« erzeugt. Im Rahmen der Demonstration sprachen Anmelder Florian Grabowski und Holger Niemann (beide Die Rechte) sowie Lennart Schwarzbach und Jan Jaeschke (beide NPD). In der Abschlussrede erzählte Christian Worch (Die Rechte), »seit 51 Jahren bestimmt Rudolf Heß mein politisches Leben«. Seine Großmutter sei »glühende Verehrerin« des Hitler-Stellvertreters gewesen. 1973 habe er mit 17 Jahren die Großmutter nach Bonn begleitet, um eine Versammlung für Heß zu besuchen. Das sei seine erste Demonstration gewesen. Abschließend behauptete Worch, Heß sei »das letzte Opfer des Zweiten Weltkrieges« gewesen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/kreis-mainz-bingen/ingelheim/good-vibrations-gegen-marschierende-neonazis-3889765> / eingesehen am 20. August 2024

<https://www.flickr.com/photos/kaischwerdt/albums/72177720319603736/> / eingesehen am 20. August 2024

Sachsen:
**Neonazi-Protest gegen
Leipziger CSD**

Am 17. August 2024 fand der Christopher Street Day (CSD) mit über 20.000 Menschen in Leipzig statt. Nachdem anreisende Neonazis mit aggressivem Verhalten in Erscheinung getreten waren, wurden sie am Hauptbahnhof abgefangen und in einen abgesicherten Bereich der Bahnhofshalle geführt. Laut Polizei seien die Neonazis als Versammlung aufgetreten. Der Anmelder löste die Versammlung nach mehreren Verstößen und einem Gespräch mit der Polizei auf. Aufgrund des militanten Verhaltens entschied die Polizei, die rund 400 Neonazis einzukesseln, zu durchsuchen und zu identifizieren. Die Kontrollen dauerten zwei Stunden. Währenddessen war die Stimmung angeheizt. Teilnehmende skandierten rechtsextreme Parolen, schwenkten schwarz-weiß-rote Fahnen, zeigten Banner mit Aufschriften wie »Es gibt nur zwei Geschlechter« und »Härtere Strafen für Kinderschänder«. Unter den 400 Festgesetzten waren 160 Jugendliche und vier Kinder. Die Polizei erteilte Aufenthaltsverbote für das Stadtzentrum und leitete mehr als 40 Strafanzeigen wegen Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz ein. Sie stellte 80 Ordnungswidrigkeiten fest, vor allem wegen des Mitführens von Vermummungsmaterial.

Der CSD Leipzig fordert ein Ende von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Hass auf queere Menschen. Aus diesem Grund steht der CSD Leipzig »gegen den aktuellen Rechtsruck in der Gesellschaft« ein. Dieser »Rechtsruck« gehe von Parteien wie der AfD oder dem »III. Weg« aus. Auf der Straße schlage er sich bei Demonstrationen wie denen von »Pegida« und der »Identitären Bewegung« oder bei Protesten gegen die Unterkünfte von Geflüchteten nieder. O-Ton CSD Leipzig: »Zeitschriften, wie das verschwörungstheoretische Compact-Magazin oder der Antaios Verlag, befeuern rechte Ideologien weiter. Dabei verbreiten sie bewusst Lügen und Halbwahrheiten, die von den anderen gerne aufgenommen und weiter verbreitet werden. Aber auch in der Mitte der Gesellschaft wird der Ton rauer und Rechtspopulist:innen wird immer häufiger ein Forum geboten. Das gilt leider auch für unsere Community.« Dieser Entwicklung wollen sich die Aktiven des CSD Leipzig »überall entgegenstellen«. Der CSD Leipzig steht »für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine freie Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität frei leben können«, so die Selbstdarstellung.

Eigenrecherche DokRex

<https://democ.de/artikel/neonazis-mobilisieren-gegen-csd-in-leipzig/> / eingesehen am 19. August 2024

<https://www.lvz.de/lokales/leipzig/20-000-teilnehmer-beim-csd-in-leipzig-polizei-haelt-neonazis-im-bahnhof-fest-M5PZXVKVEVEXLLUXDC2O5QW2VE.html> / eingesehen am 19. August 2024

<https://csd-leipzig.de/> / eingesehen am 2. Januar 2025

Thüringen:
**Filmkunstkollektiv veröffentlichte
Höcke-Porträt**

Das 2021 gegründete »Filmkunstkollektiv« (Sitz: Dresden), ein eingetragener Verein aus den Reihen der rechtsextremen »Identitären Bewegung«, zeigte seinen Film »Der lange Anlauf« über den AfD-Politiker Björn Höcke am 22. August 2024 in Räumen des Thüringer Landtags. Erstmals wurde der Film einer Öffentlichkeit präsentiert. Dann wurde der Film ins Internet gestellt.

»Für seine politischen Gegner ist er der Teufel in Person – für seine Anhänger Retter und Heilsbringer«, schreibt der Verein über den Film. Gleichzeitig wurde geschwärmt, man habe das »unfassbare Privileg« und die »Ehre« gehabt, »den wichtigsten deutschen Politiker« zu begleiten. Mehr noch: »Ehrenmann« Höcke sei »der mit Abstand anständigste und grundsätzlichste Mensch, den wir kennenlernen [...] durften«. Maßgeblich produzierte Simon Kaupert, Vorsitzender des Filmkunstkollektivs, den knapp 100-minütigen Film. Nach Angaben des Vereins sollen »insgesamt 13 Produktionsassistenten« beteiligt und »über 90 Drehtage« nötig gewesen sein. Im Film kommen mit Götz Kubitschek (Verlag Antaios, »Sezession«) und Benedikt Kaiser (Sezession, seit 2023: Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl) scene-einflussreiche Protagonisten der »Neuen Rechten« zu Wort. Von der AfD Thüringen sprechen Stefan Möller, Daniel Haseloff und Robert Teske. Letzterer, seit 2019 der Büroleiter von Höcke, sagt: »Er ist der einzige Politiker in der Partei, für den ich aus Überzeugung arbeiten kann.« Der Film zeigt Aufnahmen diverser Veranstaltungen – vom AfD-Bundesparteitag in Magdeburg (August 2023) über Bürgerdialog, Fraktionssitzung, Wahlkampfauftakt bis zum AfD-Bundesparteitag in Essen (Juni 2024). In den Film fließen immer wieder pathetische Szenen ein: Höcke, der Holz hackt, ein Pferd mit Heu füttert, durch Gewässer wadet, im Halbdunkel seines Büros schreibt und nachdenkt. Annie H., ein langjähriges Mitglied der Identitären Bewegung, fertigte ein Ölgemälde des Thüringer AfD-Politikers an. In der extremen Rechten wurde der Film regelrecht glorifiziert. Beispielsweise urteilte der »Heimatkurier«, er sei ein »Meilenstein der Gegenkultur« und ein »Meisterwerk der Filmgeschichte«. Dem Vorstand des »Filmkunstkollektivs« gehört auch der »COMPACT-TV«-Moderator Paul Klemm an.

Eigenrecherche DokRex

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/10/10/rechtsextreme-drehen-imagefilm-ueber-bjoern-hoecke/> / eingesehen am 11. Oktober 2024

filmkunstkollektiv.de/project/1 / eingesehen am 11. Oktober 2024

heimatkurier.at/rechte-akteure/filmpremiere-der-lange-anlauf/ / eingesehen am 25. August 2024

**Niedersachsen:
Neonazi-Konzert verhindert**

Die Neonazi-Musiker »Kavalier« (Dominik Raupbach) und »Prototyp« (Kai Naggert) planten für den 24. August 2024 einen Auftritt im Schützenhaus in Oetzen (Landkreis Uelzen). Nachdem die Polizei das Konzert in Oetzen untersagte, wichen die rechtsextremen Musiker auf den Parkplatz eines ehemaligen Krankenhauses in Bad Bevensen aus. Sie nutzten einen Pkw-Anhänger als Bühne. Die Polizei löste die Zusammenkunft auf.

<https://www.recherche-nord.com/gallery/2024.08.24.O.html> / eingesehen am 30. August 2024

<https://www.youtube.com/watch?v=OVBoYdKwTfY> / eingesehen am 30. August 2024

**Sachsen-Anhalt:
Neonazi-Protest gegen
Magdeburger CSD**

Etwa 250 Neonazis protestierten am 24. August gegen den Christopher Street Day (CSD) in Magdeburg. Die meisten Neonazis waren Jugendliche und junge Erwachsene. Anwesend waren Mitglieder der Gruppierungen »Jung und Stark« sowie »Deutsche Jugend voran«. Auch Mitglieder des »III. Weges« waren vor Ort. Teilnehmer trugen eine Reichskriegsflagge. Am CSD nahmen rund 2.500 Menschen teil. Laut Volksstimme waren »kleinere verbale Auseinandersetzungen« zwischen CSD und Neonazi-Protest zu verzeichnen.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/magdeburg/magdeburg/csd-demo-queer-102.html> / eingesehen am 26. August 2024

<https://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/csd-demo-queer-csd-magdeburg-2024-rechte-proteste-video-3904116> / eingesehen am 26. August 2024

**Sachsen:
Neonazi-Protest gegen
Zwickauer CSD**

Etwa 150 Neonazis, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, protestierten am 31. August 2024 gegen den Christopher Street Day (CSD) in Zwickau. »Der III. Weg« hatte unter dem Motto »Homo-Propaganda stoppen!« mobilisiert. Es hieß, die »Homo- und Genderpropaganda« führe »einen Krieg gegen die natürliche Familie europäischer Herkunft«. Teilnehmende trugen ein Banner mit der Aufschrift »Deutsche Jugend voran!«. Eine Gruppe trug T-Shirts der »Vogtland Revolte«.

<https://www.zeit.de/news/2024-08/31/csd-in-zwickau-verlaeuft-stoerungsfrei-trotz-rechter-proteste/> / eingesehen am 31. August 2024

Bayern:
**»Reichsbürger«-Versammlung
 in München**

Am 31. August 2024 fand eine »Reichsbürger«-Versammlung mit dem Titel »Das Große Treffen der 25+1 Bundesstaaten« in München statt. Etwa 500 Menschen nahmen an der Kundgebung teil. Mit den Fahnen der ehemaligen Bundesstaaten des Kaiserreichs und einer Menge schwarz-weiß-roter Fahnen zogen die Protestierenden durch die Stadt. Der Aufmarsch war, nach Magdeburg (19. August 2023), Dresden (28. Oktober 2023) und Gera (6. April 2024), das erste große Treffen der »25+1 Bundesstaaten« in Westdeutschland. »Reichsbürger« kamen in Reden und Live-Schalten zu Wort. Stolz behauptete Matthes Haug in seiner Rede, er habe alle 57 Prozesse gegen Behörden gewonnen. In seinem Buch »Das Deutsche Reich 1871 bis heute« vertritt der baden-württembergische »Reichsbürger« Haug die These, die Bundesrepublik existiere nicht, es gelte in Deutschland Besatzungsrecht. Haug hatte Kontakte zu dem mutmaßlichen Rechtsterroristen Heinrich XIII. Prinz Reuß. Reuß und anderen Beschuldigten wird vorgeworfen, einen Putsch geplant zu haben, nebst Aufbau einer »neuen deutschen Armee«. Aus Spanien wurde Friedemann Mack, Anhänger der »QAnon«-Ideologie, zugeschaltet. Eine Auswanderin berichtete, man habe eine deutsche Gemeinschaft in Ungarn gebildet.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/reichsbuerger-demonstrieren-in-muenchen-gegendemo-des-dgb,UN0yVXt> / eingesehen am 31. August 2024

Rheinland-Pfalz:
**Rechtsextremes Magazin
 interviewt AfD-Europa-
 abgeordneten**

In der Ausgabe vom August/September 2024 veröffentlichte das rechtsextreme Monatsmagazin »Zuerst!« ein Interview mit Alexander Jungbluth aus Würselen (Rheinland-Pfalz). Der AfD-Politiker wurde 2024 auf Listenplatz 5 ins Europäische Parlament gewählt. Im Gespräch stellte Jungbluth klar: »Ich bin ein Befürworter des Dexit.« Der »Dexit« meint, in Anlehnung an den »Brexit« in Großbritannien, den Austritt aus der EU. Er präziserte: Die EU sei reformunfähig, daher »ist die Forderung nach einem Dexit folgerichtig«. Jungbluth will ein »Europa der Vaterländer«. Um den europäischen Kontinent zur »Festung« zu machen, seien die »Errichtung wirksamer physischer Barrieren«, eine »moderne technische Überwachung« und der »Einsatz von Grenzschutzpersonal« nötig. Jungbluth gehört der pflichtschlagenden »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn« an.

Eigenrecherche DokRex

Zuerst!, August/September 2024, S. 12-21

Brandenburg / Sachsen / Thüringen:
**Rechtsextremes Magazin
 interviewt AfD-Spitzen-
 kandidaten**

Das rechtsextreme Monatsmagazin »Zuerst!« veröffentlichte in seiner Ausgabe vom August/September 2024 eine Interviewreihe mit den AfD-Spitzenkandidaten der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Entsprechend titelte das Magazin in Anspielung auf einen bekannten Western: »Die glorreichen Drei«. Der Untertitel lautete: »Berndt, Höcke, Urban: Wie die AfD im Herbst den Osten aufmischen will«. Der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban rückte die Bundesrepublik in DDR-Nähe: »Wir sind im Osten sehr stark, weil die Menschen hier politisch genauer hinschauen. Sie haben aus ihren Erfahrungen im SED-Regime gelernt, was eine gelenkte Presse ist, was ein Einparteiensystem ist. Sie haben schon einmal erlebt, wie ihre demokratischen Rechte eingeschränkt wurden, bis hin zur Repression durch einen Inlandsgeheimdienst.« Auf die Frage, was im Falle eines AfD-Wahlerfolges passieren werde, antwortete der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke: »Auf jeden Fall dürften die Empörungs- und Schlägertruppen der staatlich organisierten Zivilgesellschaft wieder vor dem Landtag erscheinen.« Er fürchtete eine »Art Belagerungszustand« sowie eine »extreme Propagandaoffensive vonseiten des polit-medialen Establishments«. Der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende Hans-Christoph Berndt sprach über die Brandmauer gegen die AfD und prognostizierte: »Kommunal wird die Mauer in den kommenden Jahren an immer mehr Orten fallen und auf Landesebene in spätestens fünf Jahren. Dann kann es allerdings sein, dass wir sogar absolute Mehrheiten haben und die Altparteien einfach links liegenlassen.«

Zuerst!, August/September 2024, S. 12-21

Chronik

September 2024

Sachsen / Thüringen:
Landtagswahlen

Am 1. September waren 3,18 Millionen Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Sachsen zur Wahl des 8. Sächsischen Landtags aufgerufen. 74,4 Prozent machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Stärkste Fraktion wurde die CDU mit 31,9 Prozent, ihrem historisch schlechtesten Ergebnis in Sachsen, gefolgt von der AfD mit 30,6 Prozent, die sich um 3,1 Punkte steigerte. Die AfD bleibt damit zweitstärkste Kraft. Die Zahl ihrer gewonnenen Direktmandate verdoppelte die AfD auf 28, wovon das Gros auf Wahlkreise im ländlichen Raum fällt. Die rechtsextremen »Freien Sachsen« errangen landesweit 2,2 Prozent.

Mit 32,8 Prozent wurde die AfD bei der Landtagswahl in Thüringen am 1. September, bei einer Wahlbeteiligung von 73,6 Prozent, erstmals stärkste Kraft bei einer Landtagswahl. Die CDU erzielte 23,6 Prozent.

https://www.landtag.sachsen.de/download/publikationen/SLT_ZS_LK_5_24_WEB.pdf/
eingesehen am 12. Oktober 2024

<https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2024&zeigeErg=Land/>
eingesehen am 12. Oktober 2024

Sachsen:
AfD-Oberbürgermeisterkandidat und »Reichsbürger«

Am 1. September 2024 fand eine Oberbürgermeisterwahl in Weißwasser (Niederschlesische Lausitz), gelegen an der deutsch-polnischen Grenze, statt. Nach MDR-Recherchen stand mit David Kreiselmeier ein AfD-Kandidat und Anhänger des »Königreichs Deutschland« (KRD) zur Wahl. Im Mai 2022 soll Kreiselmeier eine Bewerbung an das KRD geschickt und geschrieben haben, er verfolge das KRD »seit einigen Jahren« und »mit großem Interesse«. Er soll angegeben haben, »ein Teil dieses Staates werden zu wollen«. Laut MDR soll Kreiselmeier auf einer internen Mitgliederliste von 2022 gestanden haben. Der AfD-Kandidat widersprach, KRD-Mitglied zu sein. Allerdings räumte er ein, Kontakt zum fiktiven Staat zu haben. David Kreiselmeier holte 30,0 Prozent im ersten und 19,9 Prozent im zweiten Wahlgang vom 29. September 2024. Mit 42,8 Prozent gewann die SPD-Politikerin Katja Dietrich die Wahl.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/afd-kandidat-reichsbuerger-wahl-buergermeister-100.html> / eingesehen am 20. August 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/ob-wahl-oberbuergermeister-ergebnis-100.html> / eingesehen am 30. September 2024

Sachsen:
»COMPACT«-Redakteur mit Vortrag in »Identitären«-Zentrum

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht das Verbot des rechtsextremen COMPACT-Magazins ausgesetzt hatte, kündigte das »Zentrum Chemnitz«, eine Immobilie der rechtsextremen »Identitären Bewegung« am Stadtrand der ehemaligen Karl-Marx-Stadt, für den 6. September 2024 einen »Stammtisch« mit dem COMPACT-TV-Moderator Paul Klemm an. Klemm sprach laut Einladung über die »strategische Bedeutung des Compact-Comeback«.

[x. com/ZentrumChemnitz/status/1833898850182123726/](https://www.zentrumchemnitz.de/status/1833898850182123726/) / eingesehen am 12. September 2024

Baden-Württemberg:
Neonazi-Protest gegen Albstädter CSD

Am 7. September 2024 protestierten 70 Neonazis unter dem Motto »Nein zum Genderwahn – Kinder und Zukunft schützen« gegen den 1. Christopher Street Day (CSD) in Albstadt (Zollernalbkreis). Zum Protest hatten die Neonazi-Partei »Die Heimat« (ehemals NPD) und die »Zollern-Jugend Aktiv« (»Du bist Schüler/Student oä. im Zollernalbkreis? Du suchst ein Umfeld Abseits des politisch-korrekten Alltags? Dann schreib uns einfach an«) mobilisiert. Gegen verummte Neonazis leitete die Polizei mehrere Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ein.

Nicolas Brickenstein, AfD-Stadtrat in Ulm, vormalig Aktivist der »Identitären Bewegung«, hat am Rande der CSD-Parade zum Christopher Street Day am 14. September Flugblätter verteilt. Die Parade in Ulm sei ein »Aufmarsch psychisch verwirrter Menschen« und sollte verboten werden, so der Text des Flugblattes.

Eigenrecherche DokRex

https://www.queer.de/detail.php?article_id=50879 / eingesehen am 10. September 2024

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/csd-albstadt-mit-rechter-gegendemo-und-antifa-verummte-polizei-100.html> / eingesehen am 10. September 2024

<https://www.schwaebische.de/regional/ulm-alb-donau/ulm/stadt-ulm-geht-gegen-afd-flyer-gegen-queere-vor-news-csd-2944754> / eingesehen am 3. Oktober 2024

Ulrike Schleicher: Stadt mahnt AfD-Stadtrat ab, in: Südwest Presse vom 30. September 2024

[instagram.com/zollernjugendaktiv/?hl=de](https://www.instagram.com/zollernjugendaktiv/?hl=de) / eingesehen am 10. September 2024

Sachsen:
**Neonazi-Protest gegen
Freiberger CSD**

Etwa 200 Neonazis, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, protestierten am 7. September 2024 gegen den 1. Christopher Street Day (CSD) in Freiberg, gelegen zwischen Dresden und Chemnitz. Das Motto lautete: »Es gibt nur zwei Geschlechter – Schluss mit dem Gendern«. Mobilisiert hatte die Neonazi-Partei »Freie Sachsen«. Teilnehmende trugen ein Banner mit der Aufschrift »SCHULDIG! an Volks- und Vaterlandsverrat«. Das Banner zeigte die Bundespolitiker Frank-Walter Steinmeier, Angela Merkel, Olaf Scholz und andere in schwarz-weiß-gestreifter Sträflingskleidung. Die Polizei stellte im Zuge des Protests mehrere Straftaten und Ordnungswidrigkeiten fest.

https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2024_109301.htm / eingesehen am 10. September 2024

https://www.queer.de/detail.php?article_id=50879 / eingesehen am 10. September 2024

<https://recherche-nord.com/gallery/2024.09.07.F.html> / eingesehen am 10. September 2024

Sachsen:
**Neonazi-Protest gegen
Döbelner CSD**

Am 21. September 2024 fand der 3. Christopher Street Day (CSD) in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) statt. Rund 650 Menschen besuchten den CSD. Gegen die Veranstaltung hatten die »Freien Sachsen« und »Jungen Nationalisten« mobilisiert. Etwa 200 Neonazis kamen. Die meisten von ihnen waren Jugendliche und junge Erwachsene. Einzelne trugen Fahnen jener Organisationen und schwarz-weiß-rote Fahnen. Mehrere Aufmarschierende riefen Parolen wie »Ganz Deutschland hasst den CSD«. Der Neonazi-Musiker »Kavalier« (Dominik Raupbach) spielte im Rahmen des Neonazi-Protests einige Lieder.

Zwei 37-Jährige sollen Buttersäure am Vorabend des CSD in Döbeln verteilt haben, um Menschen von der CSD-Teilnahme abzuhalten. Einer der Tatverdächtigen soll Stefan T., ein Döbelner Stadtrat der Freien Sachsen, sein. Das Landeskriminalamt Sachsen durchsuchte am 2. Oktober 2024 mehrere Wohnungen in Döbeln, Erlau und Jahnatal.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/doebeln-rochlitz/csd-kundgebung-freie-sachsen-buttersaeure-102.html> / eingesehen am 23. September 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/doebeln-rochlitz/buttersaeure-anschlag-csd-razzia-rechtsextreme-100.html> / eingesehen am 3. Oktober 2024

Bayern:
**5. Bundesparteitag von
»dieBasis«**

Vom 25. bis 27. September fand der 5. Ordentliche Bundesparteitag der im Juli 2020 im hessischen Kirchheim gegründeten »Basisdemokratischen Partei Deutschland«, kurz dieBasis, im oberfränkischen Hirschaid statt. Die 18.658 Mitglieder zählende Partei (Stand 10.10.2024) verfügt in allen 16 Bundesländern über Landesverbände. Eigenangaben zufolge ist die Hälfte der Mitglieder zwischen 41 und 60 Jahre alt; das jüngste Mitglied ist 16 Jahre, das älteste Mitglied 100 Jahre. Der Frauenanteil liegt bei 49,25 Prozent. Der Landesverband Baden-Württemberg war der erste, der an Landtagswahlen teilnahm. Bei der Landtagswahl im März 2021 erzielte dieBasis aus dem Stand heraus knapp unter ein Prozent, 0,99795 %, der Stimmen. Es fehlten nur wenige Stimmen für die Parteienfinanzierung.

[diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2024/10/DieBasis-Chronik-20241013-1.pdf](https://www.diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2024/10/DieBasis-Chronik-20241013-1.pdf) / eingesehen am 15. Oktober 2024

Sachsen / Polen:
**Neonazi-Protest gegen
Görlitzer CSD**

Am 28. September 2024 fand der 3. Christopher Street Day (CSD) mit 700 Menschen in Görlitz und Zgorzelec, der auf der östlichen Seite der Neiße gelegenen polnischen Schwesterstadt, statt. In Social-Media-Kanälen hatten deutsche und polnische Neonazis gegen den CSD mobilisiert. Etwa 460 Neonazis gingen unter dem Motto »Heimat und Tradition bewahren – Kinder schützen vor dem Gender-Wahn« auf die Straße. Die meisten Neonazis waren Jugendliche und junge Erwachsene. Einzelne schwenkten Fahnen der »Jungen Nationalisten« und trugen ein Transparent jener Neonazi-Organisation mit der Aufschrift »Das System ist am Ende! Wir sind die Wende!«. Mehrere Demonstrierende skandierten »HIV, hilf uns doch, Schwule gibt es immer noch« und die NSDAP-Parole »Deutschland erwache«. Die Polizei stellte sieben Verstöße gegen das Versammlungsgesetz,

zwei Verstöße wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen sowie zwei Volksverhetzungen fest. Sie nahm Ermittlungen gegen sieben Personen auf.

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/homophober-aufmarsch-in-goerlitz-polizei-ermittelt-gegen-sieben-rechtsextremisten-a-a833dc98-d143-4917-a024-0232dd9b3614> / eingesehen am 4. Oktober 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/csd-zgorzelec-sicherheit-gegendemo-polizei-100.html> / eingesehen am 4. Oktober 2024

https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/gesellschaft/id_100499318/csd-in-goerlitz-rechte-rufen-nsdap-parole-bei-anti-csd-protest.html / eingesehen am 4. Oktober 2024

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-10/christopher-street-day-csd-goerlitz-rechtsextreme-aufmarsch-volksverhetzung-ermittlungen> / eingesehen am 4. Oktober 2024

Österreich:

Rechtsruck in der Alpenrepublik

Die FPÖ ist erstmals stärkste politische Kraft in Österreich. Bei der 28. Nationalratswahl am 29. September erreichte die FPÖ mit 28,85 Prozent (plus 12,68 Punkte) ihr historisch bestes Ergebnis. Die konservative ÖVP kam auf 26,27 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,7 Prozent.

<https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/Wahl-2024-Endergebnis-liegt-vor/> / eingesehen am 5. Oktober 2024

https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2024/Bundeswahlvorschlag_FPOE.aspx / eingesehen am 5. Oktober 2024

Bundesrepublik / Tschechien /
Ungarn / Polen / Schweiz:

Treffen der »Jungen Alternative«

Ende September hat der Landesverband Sachsen der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative zu einem Vernetzungstreffen in der tschechischen Hauptstadt Prag geladen. Vor Ort waren Gleichgesinnte aus Ungarn (»Mi Hazánk Mozgalom«), Polen (»Konfederacja«), Tschechien (SPD) und der Schweiz (»Junge SVP«). Der Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen, Lennard Scharpe, kündigte weitere Vernetzungstreffen der jungen Rechten an. Der Austausch in Prag sei »gut und motivierend« gewesen. Bei der Veranstaltung war auch Irmhild Boßdorf, AfD-MdEP, zugegen.

<https://www.nzz.ch/schweiz/junge-svp-und-junge-afd-ein-rechtes-wochenende-in-prag-ld.1861916> / eingesehen am 15. Dezember 2024

<https://www.20min.ch/story/prag-vertreter-der-jungen-svp-an-rechtsextremem-treffen-103240355> / eingesehen am 15. Dezember 2024

Chronik

Oktober 2024

Baden-Württemberg: Michael Ballweg vor Gericht

Vor der Wirtschaftskammer des Landgerichts Stuttgart begann am 2. Oktober der Prozess gegen den Querdenken-Initiator Michael Ballweg. Ihm wird versuchte und vollendete Steuerhinterziehung sowie versuchter Betrug in 9.450 Fällen vorgeworfen. Mehr als 30 Verhandlungstage sind angesetzt. Vor Beginn des Prozesses gab Ballweg dem Verschwörungsmythen verbreitenden Kopp Verlag in Rottenburg/Neckar ein Exklusiv-Interview. Ballweg äußerte, er werde »mit einem gut vorbereiteten Anwaltsteam dorthin gehen«. Teil des »Anwaltsteams« ist Ballwegs mehrjähriger Weggefährte Ralf Ludwig. Gemeinsam hatten sie das Buch »Richtigstellung!«, das auch vom Kopp Verlag vertrieben wird, veröffentlicht. Es trägt den Untertitel »Es war noch nie falsch, quer zu denken!«.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/prozess-gegen-michael-ballweg-querdenken-stuttgart-gestartet-100.html> / eingesehen am 3. Oktober 2024

[youtube.com/watch?v=OiFBg9GRubo](https://www.youtube.com/watch?v=OiFBg9GRubo) / eingesehen am 3. Oktober 2024

[youtube.com/watch?v=bgxZZ2t8D3Q](https://www.youtube.com/watch?v=bgxZZ2t8D3Q) / eingesehen am 3. Oktober 2024

Baden-Württemberg: Nominierungsparteitag der AfD in Ulm

Die ersten vier Plätze auf der AfD-Liste für die Bundestagswahl gingen beim Nominierungsparteitag der Partei in Ulm am ersten Oktober-Wochenende an Alice Weidel, Markus Frohnmaier, Martin Hess und Marc Bernhard. Die Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel (vormals AfD Landesvorsitzender Baden-Württemberg), Jürgen Braun und Christina Baum unterlagen im Kampf um aussichtsreiche Listenplätze. Chancenlos blieben zwei Bewerbungen des Ex-AfD-Landtagsabgeordneten und Ex-Parteimitglieds Heinrich Fiechtner. Aktuell sitzen zehn Abgeordnete der AfD Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/afd-parteitag-entscheidung-landesliste-100.html> / eingesehen am 6. Oktober 2024

<https://www.staatsanzeiger.de/nachrichten/politik-und-verwaltung/alice-weidel-mit-klarer-mehrheit-als-spitzenkandidatin-gewaehlt/> / eingesehen am 6. Oktober 2024

<https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/afd-parteitag-in-ulm-sieg-fuer-alice-weidel-kritiker-werden-abgewatscht;art417930,12197437> / eingesehen am 6. Oktober 2024

Baden-Württemberg: AfD-MdB verlässt die Partei

Nachdem der baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel, verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion, im Rahmen der Aufstellungsversammlung zur Bundestagswahl 2025 die Abstimmung um den baden-württembergischen Listenplatz 5 verloren hat, kündigte er an, die AfD verlassen zu wollen. Die Aufstellungsversammlung fand am 5./6. Oktober 2024 in der Donauhalle in Ulm (Baden-Württemberg) statt. »Mir reicht es, ich bin glücklich, all das hinter mir lassen zu können«, erklärte der langjährige Gegner von AfD-Chefin Alice Weidel. »Die AfD verkauft sich als Partei, die die Demokratie achtet, aber da habe ich ganz andere Erfahrungen gemacht.« Nach der Ankündigung leitete der AfD-Landesvorstand Baden-Württemberg ein Parteiausschlussverfahren gegen Spaniel ein. Es hieß, er habe Ambitionen, eine neue Partei zu gründen. Am 15. Oktober 2024 schrieb Spaniel in den sozialen Netzwerken, »heute« habe er »den Austritt aus der AfD und auch aus der AfD-Bundestagsfraktion vollzogen«.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/dirk-spaniel-afd-politiker-und-gegner-von-alice-weidel-tritt-aus-partei-aus-mir-reicht-es-a-22c0f15a-68e7-4455-acf3-df80a7eb454a/> / eingesehen am 9. Oktober 2024

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-dirk-spaniel-verlaesst-partei-und-bundestagsfraktion-aufgrund-undemokratischer-verhaeltnisse-a-967ac3ee-82a3-41f6-9b2b-11e1a6106774/> / eingesehen am 17. Oktober 2024

Sachsen-Anhalt: Stolpersteine herausgerissen und entwendet

In der Nacht vom 6. zum 7. Oktober wurden in Zeitz (Burgenlandkreis) zehn Stolpersteine herausgerissen und entwendet. Am 28. November sind die kleinen Bronze-Platten bei einer Gedenkzeremonie ersetzt worden. Dafür waren zehntausende Euro an Spenden zusammengekommen. Der Staatsschutz ermittelt in dem Fall noch immer. In Sachsen-Anhalt waren zuletzt in mehreren

Orten Stolpersteine gestohlen oder herausgerissen worden, so auch in Halle und Oschersleben. Stolpersteine erinnern an die meist jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Der Kölner Künstler Gunter Demnig stellt die Steine her und setzt sie seit 1996 an Orten, an denen NS-Opfer zuletzt wohnten oder wirkten, mit deren Namen und Lebensdaten ins Straßenpflaster ein. Oft geht es um ganze Familien. In 1.265 Kommunen der Bundesrepublik Deutschland und in 21 Ländern Europas wurden bereits Stolpersteine verlegt. Weltweit wurden bislang etwa 112.000 Stolpersteine verlegt und rund 900 gestohlen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.zeitz.de/Kurzmen%C3%BC/Startseite/Erinnerung-an-j%C3%BCdische-Opfer-mutwillig-zerst%C3%B6rt-10-Stolpersteine-herausgerissen-und-entwendet.php?object=tx,3429.53001.1&NavID=3429.229.1> / eingesehen am 9. Oktober 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/burgenland/stolpersteine-zeitz-verlegt-100.html> / eingesehen am 28. November 2024

Sachsen-Anhalt:
**5. Jahrestag des
Anschlags in Halle**

Am 9. Oktober 2019, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, hatte der bewaffnete Rechts-extremist Stephan Balliet versucht, die Synagoge von Halle zu stürmen und ein Massaker anzurichten. Als ihm das nicht gelang, ermordete er nahe der Synagoge zwei Menschen. Balliet hat seine Taten gestreamt und Beschreibungen der Waffe und des Sprengstoffs gegeben. In seinem Auto wurden vier Kilo Sprengstoff in zahlreichen Sprengvorrichtungen sichergestellt. Balliet wurde im Dezember 2020 zu lebenslanger Haft und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/neuer-prozess-balliet-geiselnahme/>
eingesehen am 9. Oktober 2024

Baden-Württemberg:
**Rechtsextremes »Zentrum« zu
Gast bei der AfD im Landtag**

Knapp zwei Dutzend Personen des rechtsextremen »Zentrums«, vormals »Zentrum Automobil«, besuchten auf Einladung des Calwer AfD-Landtagsabgeordneten Miguel Klauß am 10. Oktober den Landtag von Baden-Württemberg. Empfangen wurden sie zunächst vom Schorndorfer AfD-Gemeinderat Stephan Schwarz, der für den Landtagsabgeordneten Klauß arbeitet. Unter den Gästen waren der Zentrum-Vorsitzende und -Gründer Oliver Hilburger sowie der 2. stellvertretende Vorsitzende des eingetragenen Stuttgarter Vereins Christian Schickart. Der seit 2010 amtierende Mercedes-Benz-Betriebsrat Hilburger gehörte bis 2008 als Bassist und Gitarrist der Neonazi-Band »Noie Werte« an, die zum Netzwerk der inzwischen verbotenen neonazistischen Skinhead-Organisation »Blood & Honour« zählte. Bereits im Mai dieses Jahres fand im Rahmen eines Besuches des 2009 gegründeten Zentrums ein Abgeordnetengespräch im Friedrich-Ebert-Saal des Landtags mit den beiden AfD-Abgeordneten Klauß und Hansjürgen Goßner statt. Auch damals kümmerte sich Klauß' Mitarbeiter Stephan Schwarz um die rund 20 Gäste. Hilburger nahm während der Corona-Pandemie ab April 2020 regelmäßig an Veranstaltungen der Pandemieugner-Szene teil.

Eigenrecherche DokRex

Israel:
**Antisemitismus- und Holocaust-
forscher Yehuda Bauer gestorben**

Die International Holocaust Remembrance Alliance (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken; IHRA) gab am 18. Oktober 2024 den Tod des Antisemitismus- und Holocaustforschers Yehuda Bauer bekannt. Er starb mit 98 Jahren in Jerusalem. Ziel der IHRA ist es, die Aufklärung, Erforschung und Erinnerung des Holocausts weltweit zu fördern. Bauer, der am 6. April 1926 als Martin Bauer in Prag geboren wurde, verließ seine Heimatstadt am 14. März 1939, einen Tag vor dem Einmarsch deutscher Truppen in die tschechoslowakische Hauptstadt. Über Polen und Rumänien floh er mit seiner Familie nach Palästina; dort nahm er den Vornamen Yehuda an. Die Familie lebte in Haifa. Bauer studierte Geschichte an der Universität Cardiff in Wales und lehrte seit 1960 an der Hebräischen Universität Jerusalem in Israel. Von 1996 bis 2000 war er der Leiter des International Centre for Holocaust Studies in Yad Vashem (Jerusalem). 1998 war er an der Gründung der IHRA in Stockholm beteiligt. In demselben Jahr hielt er die Hauptrede anlässlich des Holocaust-Gedenktages im Deutschen Bundestag. In der Rede sagte er: »Das Fürchterlichste an der Shoah ist eben nicht, dass die Nazis unmenschlich waren. Das Fürchterlichste ist, dass sie menschlich waren – wie Sie und ich.« In einem Nachruf, der in der Jüdischen Allgemeinen erschien, schrieb eine Wegbegleiterin: »Mit Yehuda Bauer hat die Welt einen großen Lehrmeister verloren. Einen, der unsere Generation geprägt hat, der einen klaren moralischen Kompass hatte, der Mentor und Freund war. Vor allem war er aber, wie man im Jiddischen so schön sagt – ein ‚Mentsch‘.«

<https://www.spiegel.de/kultur/holocaust-historiker-yehuda-bauer-ist-tot-a-65aae8cb-333f-4eb3-b183-5a85aca9cfee> / eingesehen am 21. Oktober 2024

<https://taz.de/Nachruf-auf-Yehuda-Bauer/!6041214/> / eingesehen am 21. Oktober 2024

<https://holocaustremembrance.com/news/in-memoriam-professor-yehuda-bauer/> / eingesehen am 21. Oktober 2024

<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/mentor-und-mentsch/> / eingesehen am 21. Oktober 2024

Sachsen:
Aus für Pegida

Am 20. Oktober lud das im Herbst 2014 gegründete Anti-Islam-Bündnis »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) am Dresdner Neumarkt zur letzten Veranstaltung. Anlass war das zehnjährige Bestehen. Gekommen waren rund 1.000 Anhänger; zeitweilig nahmen an den Montags-Demonstrationen bis zu 20.000 Demonstrierende teil. Redner der letzten Veranstaltung waren Hans-Christoph Berndt, AfD-Fraktionsvorsitzender Brandenburg, Oliver Kirchner, AfD-Fraktionsvorsitzender Landtag Sachsen-Anhalt, und Heinz-Christian Strache, bis zum Ibiza-Skandal österreichischer Vizekanzler. Lutz Bachmann, Gründer und bislang einer der führenden Köpfe der ausländerfeindlichen Pegida-Bewegung, kündigte »neue Formate« an. 2021 hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen die Bewegung als verfassungswidrig eingestuft mit der Begründung, sie habe zuletzt eine »immer stärkere rechtsextremistische Ausrichtung« entwickelt.

https://www.youtube.com/watch?v=JasGGls4n_g / eingesehen am 30. Oktober 2024

Manes Weisskircher: Ist das Abendland gerettet? In Dresden fand zum letzten Mal ein PEGIDA-Spaziergang statt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Oktober 2024, S. 12

Hessen:
Mordfantasien gegen Grüne

Am 22. Oktober fand in Mörfelden (Kreis Groß-Gerau) die traditionelle Verbrennung einer »Kerwebopp« – eine Puppe, die zuvor am Kerbebaum baumelte – öffentlich statt. Bei dem größten Volksfest in Mörfelden wird die Puppe ohne jede Aufschrift verbrannt. In diesem Jahr lief das Fest aus dem Ruder. Noch am Tag zuvor hatte der Rathauschef persönlich mit einer Farbdose in der Hand auf dem Podest eines Kranwagens gestanden und ließ sich zu der Puppe in die Höhe fahren – begleitet von Pfiffen, Gejohle und Beleidigungen. Der Grund für diese Aktion: Die veranstaltenden »Kerweborsche« hatten der Puppe ein T-Shirt mit der Aufschrift »Bündnis 90/Die Grünen« angezogen. Diesen Schriftzug wollte der Bürgermeister Thomas Winkler (Grüne) noch vor der öffentlichen Verbrennung mit Farbe unkenntlich machen. Ein Video, das in den Sozialen Netzwerken kursiert, zeigt das Aufhängen der Puppe – eine Person ruft dabei: »Sollen sie hängen, die Penner«, womit offenbar die Grünen gemeint sind. Die Grünen haben deswegen Anzeige gegen Unbekannt erstattet; die Person ist im Video zu hören, aber nicht zu sehen. Das Landeskriminalamt hat im vergangenen Jahr rund 200 Angriffe auf hessische Politiker registriert. In den meisten Fällen handelte sich um Beleidigungen, Nötigungen und Bedrohungen, am häufigsten traf es die Grünen (86 Mal).

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/staatsschutz-ermittelt-nach-kerb-eklat-in-moerfelden-v7,kerwebopp-moerfelden-100.html> / eingesehen am 23. Oktober 2024

Hans Dieter Erlenbach: Hetze gegen Grüne auf der Kerb. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Oktober 2024, S. 8

Österreich:
**Burschenschaftlicher
Nationalratspräsident**

Erstmals steht mit Walter Rosenkranz ein Politiker der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) dem Nationalrat der Alpenrepublik vor. Rosenkranz bekleidet nun nach dem Bundespräsidenten das zweithöchste Amt im Staat. Der FPÖ-Spitzenpolitiker pflegt seit Jahrzehnten Kontakte ins extrem rechte Spektrum.

Der Parlamentspräsident wird für fünf Jahre gewählt und kann nicht abgesetzt werden. Er leitet die Geschäfte des Nationalrates und legt die Sitzungstermine fest. 100 der 183 Abgeordneten stimmten am 24. November in geheimer Wahl für den 62-jährigen Juristen Walter Rosenkranz. Die FPÖ verfügt über 57 Mandate – selbst wenn die Parlamentarier seiner Partei geschlossen für Rosenkranz stimmten, muss er Unterstützung aus anderen Fraktionen gehabt haben.

Die neurechte Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« freut sich über die »historische Wahl«, während die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Wien davor warnte, Rosenkranz dieses Amt zu überlassen. Die IKG kritisierte die Nähe von Rosenkranz zu deutschnationalen Verbindungen und warf ihm vor, NS-Verbrechen zu verharmlosen. »Wird ein Mitglied deutschnationaler Verbindungen

dieser Verantwortung gerecht? Jemand, der Nazi-Verbrecher als burschenschaftliche ‚Leistungsträger‘ verharmlost und geradezu huldigt?«, so die IKG.

Auch für das Mauthausen-Komitee (MKÖ) ist Rosenkranz als »rechtsextremer Burschenschafter« untragbar. Rosenkranz ist »Alter Herr« der pflichtschlagenden »Wiener akademischen Burschenschaft Libertas«, die der völkischen »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« in der »Deutschen Burschenschaft« (DB) angehört. Noch 1967 hieß es in der offiziellen Libertas-Festschrift, die Entnazifizierung und die Absage an die NS-Ideologie nach 1945 seien ein »Kampf gegen das Deutschtum überhaupt« gewesen. Aktuell beklagt die deutschnational ausgerichtete Libertas das »Dogma der politischen Korrektheit, die weitgehende Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung, das bewusste Ignorieren vitaler Interessen unseres Volkes und die zwanghafte Gleichmacherei und Primitivisierung durch flächendeckende Reduzierung des Niveaus«. Rosenkranz schlug als Aktiver acht Mensuren in seiner Burschenschaft. »Die der Mensur zugrunde liegenden Prinzipien der Ritterlichkeit und der Wehrhaftigkeit« haben nach Ansicht der Wiener akademischen Burschenschaft Libertas »auch in der Gegenwart eine hohe Bedeutung«. Die 1860 gegründete Libertas, heute die älteste noch bestehende Burschenschaft Österreichs, führte 1878 den »Arierparagrafen« ein, der die Aufnahme von Juden verbot. Man müsse dies aus der Zeit heraus verstehen, schrieb Rosenkranz 2012 im Burschenschafter-Jubiläumsband von Martin Graf (»aB! Olympia«), der studentische Antisemitismus sei dadurch entstanden, »dass überdurchschnittlich viele Juden Hörer an den Universitäten waren.«

Die Libertas verlieh 2008 dem neonazistischen »Bund Freier Jugend« (BFJ), der Jugendorganisation der NS-apologetischen »Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik« (AFP), den »Carl-von-Hochenegg-Preis«. Dieser Förderpreis wird »für herausragende Taten im Sinne des national-freihheitlichen Gedankens« vergeben. Preisträger ist unter anderem die damalige Schülerzeitung »Blaue Narzisse« (Chemnitz). In der Begründung der Preisverleihung an den BFJ heißt es: »Durch seine von der Bevölkerung stark wahrgenommenen Kundgebungen und Veranstaltungen beanspruchte der BFJ in mutiger Weise ein Feld, das sonst quasi ausschließlich der Linken vorbehalten ist; der BFJ sieht sich für seine volkstreuen Aktivitäten stärkster staatlicher Repression ausgesetzt.« Zum Zeitpunkt der Preisvergabe waren mehrere BFJ-Aktivisten wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung vorbestraft, andere standen wegen des Verdachts vor Gericht, die »Wiedererrichtung der Hitler-Jugend« angestrebt zu haben. In einem Gutachten über die AFP und den BFJ kam der Verfassungsrechtler Heinz Mayer 2005 zu dem Befund, mit der »Verherrlichung nationalsozialistischer Ideen«, der »zynischen Leugnung von nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen« und einer »hetzerischen Sprache, die sich in aggressivem Ton gegen Ausländer, Juden und Volksfremde« richte, sowie mit einer Darstellung der Deutschen als »Opfer« werde in den Publikationen des BFJ »massiv« gegen das Verbotsgesetz verstoßen.

Die politische Karriere von Rosenkranz begann 1988 als Mitglied des Gemeinderates Krems an der Donau. Das Amt übte er bis 2017 aus. Im Jahr 2008 wurde der Politiker als Landesspitzenkandidat der FPÖ Niederösterreich in den Nationalrat gewählt, dem er bis 2019 angehörte, teilweise als FPÖ-Fraktionschef. Zudem war er von 2013 bis 2019 Landesparteiobmann der FPÖ Niederösterreich.

Rosenkranz war Gelegenheitsautor der rechtsextremen Monatszeitschrift »Aula«. Das Blatt, in dem regelmäßig auch bundesdeutsche Rechtsextremisten mit Beiträgen vertreten waren, prägte die rechtsextreme Szene und verbreitete antisemitische und rassistische Inhalte.

Im Juni 2015 hielt Rosenkranz die »Feuerrede« bei der traditionellen »Sonnenwendfeier« der rechtsextremen »Österreichischen Landsmannschaft« (ÖLM) gemeinsam mit dem »Wiener Korporationsring« (WKR).

Im Juli 2022 wurde Rosenkranz von der FPÖ als Kandidat für die österreichische Bundespräsidentenwahl 2022 nominiert. Damals gab er kund, unter seiner Präsidentschaft werde auf der Hofburg keine Regenbogenfahne mehr wehen. Rosenkranz erreichte 17,7 Prozent der Stimmen und damit den zweiten Rang hinter dem wiedergewählten Amtsinhaber Alexander Van der Bellen. Im Rahmen seiner Bundespräsidentenwahlkandidatur wurde Rosenkranz vom NPD-Sprachrohr »Deutsche Stimme« (DS) als »der bessere Präsident« gelobt. In einem Interview mit der extrem rechten Wochenpostille »Zur Zeit« (ZZ) äußerte der Politiker damals, Aufgabe des Bundespräsidenten sei es, sich in Brüssel »für eine Ende der Sanktionspolitik« gegenüber Russland einzusetzen. Die Sanktionen seien »nichts anderes als ein Wirtschaftskrieg«. Als inhaltliche Kernpunkte seiner Agenda für die Bundespräsidentenwahl führte Rosenkranz in der extrem rechten Monatszeitschrift »Zuerst!« aus: »Holen wir unser Österreich zurück!«

Im Juni 2023 war Rosenkranz Ehrengast bei einer »Festkneipe« deutschnationaler Burschenschafter im bayerischen Landtag, wo er »bewegende Worte« (»Burschenschaftliche Blätter«) an die Anwesenden hielt. Der FPÖ-Politiker bezeichnete Burschenschaften als »Vorreiter der Bestrebung nach Patriotismus und Demokratie«. Zu dem burschenschaftlichen Treffen hatten die bayerischen AfD-Landtagsab-

geordneten Ferdinand Mang und Christoph Maier, die beide dem Lager des formal aufgelösten völkischen »Flügels« zugerechnet werden, eingeladen. Unter den ca. 50 Gästen waren auch Mitglieder der rechtsextremen »Identitären Bewegung« (IB) und der Aktivitas der »Burschenschaft Danubia München«, die ebenso dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet wird. Bei der Veranstaltung zeigten Teilnehmer eine als »White Power«-Gruß bekannte Geste. In rechtsextremen Kreisen symbolisiert dieser Gruß die vermeintliche Überlegenheit der weißen »Rasse«.

Eigenrecherche DokRex

Bayern:
**2. »Schwabinger Gespräche«
 der Münchner Burschenschaft
 Danubia**

Die pflichtschlagende »Burschenschaft Danubia München« veranstaltete von 25. bis 27. Oktober die »2. Schwabinger Gespräche«. Diskutiert wurde zum Thema »Politische Arbeit und Repression«. Einführender Redner war der AfD-Landtagsabgeordnete Benjamin Nolte, zugleich Alter Herr der Danubia. Rechtsanwältin und Staatsrechtslehrerin Ulrich Vosgerau, Teilnehmerin des konspirativen »Potsdam-Treffens«, legte das »Zusammenspiel von Parteien, Nachrichtendiensten und der linken Zivilgesellschaft offen, die gemeinsam auf die Errichtung eines totalitären Staates hinwirken«, so eine Szene-Bericht über die »Schwabinger Gespräche« in der extrem rechten österreichischen Zeitschrift »Info-DIREKT« (Linz). Info-DIREKT-Chefredakteur Michael Scharfmüller vermittelte den Anwesenden, »mit welchen subtilen Methoden Medien arbeiten, ohne dass dies den Adressaten bewusst werde. Ebenso wie im Wirtschaftsleben Verkaufserfolge durch suggestive Werbung erzielt werden, versucht auch die woke Ideologie, Meter für Meter die Normalität zurückzudrängen, indem sie Akzeptanz für Absurditäten schafft«. Die abschließende Podiumsdiskussion führten eine »junge Aktivistin« der »Identitären Bewegung« und ein »Alter Herr« der Burschenschaft Danubia.

Eigenrecherche DokRex

<https://x.com/korpokritik/status/1853724327390134479> / eingesehen am 1. Dezember 2024

2. Schwabinger Gespräche. Ein Veranstaltungsbericht aus München, in: Info-DIREKT, 54. Ausgabe, 2024, S. 46

Bundesweit:
**ef-Primitivhetze gegen
 »Omas gegen Rechts«**

Am 1. September erhielten die Omas gegen Rechts (OgR) den »Aachener Friedenspreis«. Die zivilgesellschaftliche, parteiunabhängige Initiative wurde im Januar 2018 gegründet, inspiriert von den österreichischen Omas gegen Rechts. Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nach eigenen Angaben rund 30.000 Mitglieder in mehr als 200 Ortsgruppen.

In der Begründung für den »Aachener Friedenspreis« hieß es, dass die Omas gegen Rechts vor allem durch ihre Demonstrationen gegen Rechtsextremismus aufgefallen seien und sich mit verschiedenen Aktionsformen für Gleichberechtigung sowie Toleranz und gegen Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus einsetzen.

In der Oktober-Ausgabe der rechtslibertären Monatszeitschrift »eigentümlich frei« widmet sich ein Artikel den Omas gegen Rechts. Autor des primitiv hetzerischen Beitrags mit dem Titel »Kultur-marxistische Schein-Großmütter« ist ein Michael Werner. Nach Eigenangaben ist der 1968 geborene Werner ein selbständiger Veranstaltungsfachwirt.

RECHTS.GESCHEHEN dokumentiert Auszüge:

»Die ‚Omas gegen Rechts‘ sind gegen echte Gleichberechtigung, sie stehen für eine totalitäre Intoleranz, sie sind antisemitisch, sie sind frauenfeindlich und offen rassistisch.«

Der Autor berichtet über seinen »Feindkontakt« mit den Omas gegen Rechts. Anfang 2022 nahm er an »zahlreichen Demonstrationen gegen das Corona- und Impf-Regime« teil: »Da standen hass-erfüllte, fanatisierte Hexen am Straßenrand und kreischten die friedlichen Menschen, die für ihre Grundrechte demonstrierten, hysterisch und aggressiv an.«

Werner stellt die Frage: »Sind das wirklich Omas?« »Ich habe da einen Verdacht: Die jungen hässlichen Weiber, die früher bei den Anti-Atomkraft-Demos auf die Schienen vom Castor gemacht haben, um uns vorm Nukleartod zu bewahren, sind inzwischen zu alten hässlichen Weibern mutiert, die hasserfüllten Schwachsinn krakeelen, um uns vor der Wiederauferstehung des Dritten Reiches zu bewahren. Manche Dinge ändern sich halt nie: damals nutzlos, heute nutzlos.«

»Nein, daher bin ich mir sicher: Es sind keine Omas! Vor allem keine liebenden Omas, so wie meine, für die ihre Enkel das Allerliebste und der Mittelpunkt ihrer Welt sind. Es sind herzlose, ideologieverseuchte, in Unwürde gealterte Weibsbilder, die wahrscheinlich gar keine Familien haben, oder nur solche Angehörige, die nichts mehr mit ihnen zu tun haben wollen. Aus Gründen.«

>>>

Eigenrecherche DokRex

<https://www.omas-gegen-rechts.org/ueber-ogr/> / eingesehen am 1. November 2024

<https://www.aachener-friedenspreis.de/> / eingesehen am 1. November 2024

Michael Werner: *Omas gegen Rechts. Kulturmarxistische Schein-Großmütter*, in: *eigentümlich frei*, Oktober 2024, Nr. 246, S. 40–44

Erstveröffentlicht wurde der Artikel am 2. September als Kolumne des Autors auf [Freiheitsfunken.info](https://www.freiheitsfunken.info).

Chronik

November 2024

Mecklenburg-Vorpommern:
**Erneut Brandanschlag auf Bar
der queeren Szene in Rostock**

In der Rostocker Innenstadt ist am Morgen des 3. November ein Brandanschlag auf die Bar »b Sieben« verübt worden. Das »b Sieben« setzt sich offen für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ*) ein und wird nicht nur von diesen über die Grenzen Rostocks hinaus geliebt. Das Feuer richtete einen Schaden von rund 100.000 Euro an. Menschen wurden nicht verletzt. Die Polizei hat Ermittlungen wegen einer schweren Brandstiftung aufgenommen. Über der Bar befinden sich Wohnungen.

Zuletzt hatte es in der Nacht zum 16. September einen Brandanschlag auf die Bar gegeben. Damals hatten Unbekannte versucht, einen Molotow-Cocktail durch ein Fenster im Hinterhof des Lokals zu werfen. Der Angriff scheiterte damals.

Das »b Sieben« ist seit 16 Jahren bekannt dafür, als eigentlich sicherer Ort für die queere Community dazustehen. Nach dem Brandanschlag auf die Bar haben am Abend des 4. November rund 1.500 Demonstranten in Rostock Solidarität mit der Szene gezeigt. Queerfeindliche Straftaten würden in Mecklenburg-Vorpommern generell zunehmen, konstatierte Franko Wegner, Vorstandsmitglied des Rostocker CSD-Vereins, der sich für die Rechte von queeren Menschen einsetzt.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Nach-Brandanschlag-auf-queere-Bar-1500-Rostocker-zeigen-Solidaritaet,brandanschlag604.html> / eingesehen am 5. November 2024

<https://bsieben.jimdofree.com/> / eingesehen am 5. November 2024

<https://www.lsvd.de/de/ct/13119-Pressemitteilung-zum-Brandanschlag-auf-das-b-sieben-in-Rostock/> / eingesehen am 5. November 2024

Baden-Württemberg:
**Fundamentalisten gegen
Opern-Performance**

Aufführungen der Opern-Performance »Sancta« an der Stuttgarter Staatsoper im Herbst haben zu Protesten und zur Skandalisierung geführt. Das dreistündige Spektakel der österreichischen Choreografin Florentina Holzinger wurde zuvor in Schwerin und bei den Wiener Festwochen gezeigt. Dort blieb der Skandal aus. Die Performance basiert auf Paul Hindemiths Oper »Sancta Susanna«, in der eine Nonne ein erotisches Erweckungserlebnis hat und von Kirchenoberen lebendig eingemauert wird. Es geht, so Holzinger, um eine »Reflexion von Menschlichkeit innerhalb patriarchaler Strukturen und um Frauenbilder, die dort seit Jahrhunderten dominieren. Die katholische Kirche steht da pars pro toto: Die Frau ist angeblich von Geburt an mit der Erbsünde belastet. Ihre Sexualität und Körperlichkeit wird ‚verteufelt‘ und muss kontrolliert werden.«

Die Proteste gegen die »blasphemische Aufführung« der Oper »Sancta« wurden maßgeblich von christlichen männlichen Fundamentalisten organisiert. Mathias von Gersdorff von der Aktion »Kinder in Gefahr« der »Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur« (DVCK) berichtete über eine Demonstration am 26. Oktober: »Die Demonstration wurde wenige Tage vor der Aufführung organisiert und vor allem per E-Mail und per Facebook beworben. Mehrere Gebetsgruppen kamen [und] haben sich der Demonstration angeschlossen. Im Höhepunkt haben ca. 100 Personen an der Versammlung teilgenommen.« Gersdorff, Gelegenheitsautor der »Jungen Freiheit«, gilt als Sympathisant aristokratischer Ideen. Er ist Vorsitzender des bundesdeutschen Ablegers der in Brasilien gegründeten Anti-Befreiungstheologiefrent »Tradition, Familie und Privateigentum« (TFP). Motto: »Zur Verteidigung der höchsten Interessen der katholischen Sache und der christlichen Zivilisation«.

Auf der TFP-Homepage ist zu lesen, man habe »den Eindruck, dieses Stück stammt direkt aus der Hölle und wurde vom Teufel selbst inszeniert«. Unter den Protestierenden waren auch Mitglieder

der »Katholischen Jugendbewegung e.V.« der »Priesterbruderschaft St. Pius X.« (beide mit Sitz in Stuttgart). Die erzkonservative Priesterbruderschaft feiert die Messe ausschließlich im überlieferten tridentinischen Ritus und lehnt viele Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) ab.

Eigenrecherche DokRex

»Die Leute hören Frau, live und nackt, schon schrillen die Alarmglocken.«

Spiegel-Gespräch mit Florentina Holzinger, in: *Der Spiegel*, 44/2024, S. 112–114

Lea Krug: »Sancta«-Oper wird zur Zielscheibe der Neuen Rechten,

in: *Stuttgarter Zeitung* vom 2./3. November 2024

<https://www.kjb.digital/rosenkranzgebet-vor-staatsoper/> / eingesehen am 12. November 2024

<https://tfp-deutschland.de/protest-gegen-boesartigen-linksgruenen-angriff-auf-christen-oper-sancta/> / eingesehen am 12. November 2024

https://www.kontextwochenzeitung.de/kultur/718/skandal-hae-skandal-9924.html?pk_kwd=Ausgabe-718/ / eingesehen am 1. Januar 2025

Elektronischer Rundbrief info@aktionkinderengefahr.de vom 29. Oktober 2024

fsspx.de/de/eine-gemeinschaft-katholischer-priester-mit-dem-ziel-heilige-priester-zu-formen-30297/ / eingesehen am 12. November 2024

Bundesweit / Sachsen: Sächsische Separatisten

Am 5. November kam es auf Grundlage von Haftbefehlen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs (BGH) zu Durchsuchungen und Festnahmen, die sich gegen die neonazistische Gruppierung »Sächsische Separatisten« (SS) richteten. Unter den acht Terrorverdächtigen sind drei Mitglieder der sächsischen AfD und deren Nachwuchsorganisation »Junge Alternative« (JA). Ein Foto vom 21. Mai 2022 im sächsischen Grimma zeigt den AfD-Politiker Björn Höcke mit fünf der mutmaßlichen Rechtsterroristen. Die Festnahmen erfolgten an verschiedenen Orten in und um Leipzig, in Dresden, an einem Ort im Landkreis Meißen sowie – im Fall von Jörg S. – im polnischen Zgorzelec. Gleichzeitig wurden richterlich angeordnete Durchsuchungen in rund 20 Objekten durchgeführt.

Zudem wurden Räumlichkeiten von nichttatverdächtigen Personen, darunter solche in Wien und im Bezirk Krems-Land (Österreich), durchsucht. Aus Langenlois im Bezirk Krems-Land kommt die Familie des mutmaßlichen 23-jährigen Rädelführers Jörg S. Dessen Vater Hans Jörg S. gehörte in 1990er-Jahren der neonazistischen »Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition« (VAPO) an und war dort für »wehrsportähnliche Ertüchtigung« zuständig.

Als bekanntester SS-Aktivist gilt der AfD-Lokalpolitiker und JA-Funktionär Kurt Hättasch, der für den AfD-Landtagsabgeordneten Alexander Wiesner arbeitete. Hättasch war AfD-Fraktionschef im Grimmaer Stadtrat und auch im Vorstand des Kreisverbands – und ist seit Ende Oktober 2024 JA-Schatzmeister in Sachsen. Zwei weitere Festgenommene, Kevin Richter und Hans-Georg Pförtsch, waren ebenso Teil des AfD-Kreisverbands. Fotos zeigen Hättasch beim »Institut für Staatspolitik« (IFS) im sachsen-anhaltischen Schnellroda. Die festgenommenen Beschuldigten sind dringend verdächtig, sich in einer inländischen terroristischen Vereinigung mitgliederschaftlich betätigt zu haben (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB), so die Generalbundesanwaltschaft. Demnach gehören die Beschuldigten der spätestens im November 2020 gegründeten Vereinigung »Sächsische Separatisten« an. Hierbei soll es sich um eine aus 15 bis 20 Personen bestehende militante Gruppierung handeln, »deren Ideologie von rassistischen, antisemitischen und in Teilen apokalyptischen Vorstellungen geprägt ist«. Ihre Mitglieder soll eine tiefe Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland verbinden.

Aus Sicht der »Sächsischen Separatisten« steht außer Zweifel, dass die Bundesrepublik vor dem »Kollaps« steht und an einem, wenngleich zeitlich noch unbestimmten, »Tag X« der staatliche und gesellschaftliche Zusammenbruch eintreten wird. Bei dieser Gelegenheit möchte die Gruppierung mit Waffengewalt Gebiete in Sachsen und gegebenenfalls auch in anderen ostdeutschen Ländern erobern, um dort ein am Nationalsozialismus ausgerichtetes Staats- und Gesellschaftswesen zu errichten. Unerwünschte Menschengruppen sollen notfalls durch »ethnische Säuberungen« aus der Gegend entfernt werden.

Seit ihrer Gründung bereitete sich die Vereinigung kontinuierlich auf den aus ihrer Sicht unausweichlichen Systemsturz vor. Dazu absolvierten die Mitglieder – einschließlich aller festgenommenen Beschuldigten – wiederholt paramilitärische Trainings mit Kampfausrüstung. Dabei wurden insbesondere der Häuserkampf, der Umgang mit Schusswaffen, Nacht- und Gewaltmärsche sowie Patrouillengänge eingeübt. Überdies beschaffte sich die Gruppierung militärische Ausrüstungsgegenstände, so etwa Tarnfleckanzüge, Gefechtshelme, Gasmasken und Schutzwesten.

>>>

Für die Festnahmen und Durchsuchungen waren bundesweit über 450 Sicherheitskräfte und Polizeibeamte des Bundeskriminalamts, Spezialkräfte der Bundespolizei und des Landeskriminalamts Sachsen im Einsatz. Die Maßnahmen in Österreich wurden von der dortigen Direktion Staatschutz und Nachrichtendienst umgesetzt, die in Polen von der Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrzne.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/Pressemitteilung-vom-05-11-2024.html> / eingesehen am 10. November 2024

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/saechsische-separatisten-razzia-terrorismus-100.html> / eingesehen am 10. November 2024

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesanwaltschaft-und-saechsische-separatisten-110090637.html> / eingesehen am 10. November 2024

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-partemitglieder-ausgeschlossen-saechsische-separatisten-100.html> / eingesehen am 10. November 2024

[afd.de/afd-bundesvorstand-schliesst-saechsische-separatisten-unverzueglich-aus-partei-aus/](https://www.afd.de/afd-bundesvorstand-schliesst-saechsische-separatisten-unverzueglich-aus-partei-aus/) / eingesehen am 10. November 2024

Baden-Württemberg:
**Verwaltungsgerichtshof:
Verfassungsschutz darf AfD in
Baden-Württemberg beobachten**

Der baden-württembergische Verfassungsschutz darf die AfD einem Urteil zufolge als rechtsextremen Verdachtsfall einstufen und entsprechend beobachten. Der 1. Senat des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) des Landes in Mannheim wies eine Beschwerde der Partei in einem am 6. November veröffentlichten unanfechtbaren Beschluss zurück. Entgegen der Auffassung des Antragstellers sei das Landesverfassungsschutzgesetz auch auf politische Parteien anwendbar. Der besondere Schutz der Parteien durch Art. 21 GG schließe eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht aus. Eine verfassungsschutzrechtliche Beobachtung von Parteien sei auch mit der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit vereinbar. »Die Voraussetzungen für die Einstufung als Verdachtsfall und damit als Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes liegen vor«, erklärte das Gericht. (Az. 1 S 1798/23) Das oberste Verwaltungsgericht Baden-Württembergs verwies auf »tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen«. Dazu gehöre unter anderem das Eintreten von AfD-Parteimitgliedern für einen »ethnischen Volksbegriff«, der an »Merkmale wie Herkunft und Rasse« anknüpfe und eine mit dem Grundgesetz unvereinbare »Ungleichbehandlung« von Menschen bedinge. Die Verwendung von Begriffen wie »großer Volksaustausch« im Zusammenhang mit Migration ziele darauf, »die für die verfassungsmäßige Ordnung elementare Rechtsgleichheit aller Staatsbürger als eine zu überwindende Fehlentwicklung darzustellen«, erklärte das Gericht. Auch gebe es unter anderem »Anhaltspunkte« für eine pauschale Herabwürdigung von Muslimen durch Vertreter der AfD. Dies verletze Betroffene in ihrer Menschenwürde. Die AfD wird in mehreren Ländern und auf Bundesebene vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Landesverfassungsschutzbehörden in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt stufen die Partei mittlerweile als erwiesen rechtsextreme Vereinigung ein.

Der Beschluss vom 6. November 2024 ist unanfechtbar (1 S 1798/23).

<https://verwaltungsgerichtshof-baden-wuerttemberg.justiz-bw.de/pb/,Lde/22558740/> / eingesehen am 8. November 2024

Bundesweit:
**Bundestag stimmt mit
breiter Mehrheit für Antrag
gegen Judenhass**

In ihrem gemeinsamen Antrag »Nie wieder ist jetzt« bekennen sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU dazu, jüdisches Leben in Deutschland besser schützen zu wollen, unter anderem auch durch Strafverschärfungen. Der Bundestag hat am 7. November 2024 den interfraktionellen Antrag für ein entschlossenes Handeln gegen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland gegen die Stimmen der Gruppe BSW und bei Enthaltung der Gruppe Die Linke angenommen. Die Vorlage von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP trägt den Titel »Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken«. Im gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen heißt es: »Mit dem vorliegenden Antrag unterstreichen wir, dass die Bekämpfung des Antisemitismus die gemeinsame Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten darstellt. Deutschland trägt vor dem Hintergrund der Shoah, der Entrechtung und der Ermordung von sechs Millionen europäischer Jüdinnen und Juden, eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir müssen auf Antisemitismus hinweisen, vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten.«

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1028310> / eingesehen am 10. November 2024

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw45-de-juedisches-leben-1027708> / eingesehen am 10. November 2024

Niederlande / Israel / Berlin:
**Antisemitische Ausschreitungen
nach Fußballspielen**

In Amsterdam kam es in der Nacht zum 8. November zu schweren antisemitischen Ausschreitungen. Maccabi Tel Aviv hatte ein Auswärtsspiel im Rahmen der Europa League gegen Ajax Amsterdam bestritten und gewonnen. Etwa 3.000 Fans aus Israel waren in der Stadt. Im Anschluss haben pro-palästinensische Randalierer – nach gegenseitigen Provokationen – gezielt israelische Fans gejagt, verfolgt, tätlich angegriffen, misshandelt und mit Feuerwerkskörpern beschossen. Passanten wurden angeschrien, sie sollten ihren Pass zeigen, um israelische Bürger zu identifizieren und danach zu malträtieren. Nachdem die Stadt eine antiisraelische Demonstration untersagt hatte, hatte ein Netzwerk aus sechs niederländischen Pro-Palästina-Gruppen über Instagram dazu aufgerufen, sich vor dem Spiel zu treffen. Die größte der sechs Gruppen ist die »Palästinensische Gemeinschaft Niederlande« (PGNL), die eng mit der Terrororganisation »Hamas« verflochten ist. »Das sind Bilder des Schreckens«, schrieb der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster. »Die Hatz auf Juden ist wieder ausgebrochen – das waren keine Krawalle unter Fangruppen«, fügte er hinzu. Gerade angesichts des bevorstehenden Jahrestags der Pogromnacht am 9. November sei es ein »Armutzeugnis, dass Juden und Israelis in Westeuropa nicht mehr sicher sein können«. Israels Präsident Izchak Herzog schrieb auf X: »Mit Grauen sehen wir heute Morgen die schockierenden Bilder und Videos, von denen wir seit dem 7. Oktober gehofft haben, sie nie wieder zu sehen: ein antisemitisches Pogrom gegen Fans von Maccabi Tel Aviv und israelische Bürger im Herzen von Amsterdam.« US-Präsident Joe Biden verurteilte die gewalttätigen Attacken gegen israelische Fußballfans in den Niederlanden scharf. »Die antisemitischen Angriffe auf israelische Fußballfans in Amsterdam sind verabscheuungswürdig und erinnern an dunkle Momente in der Geschichte, als Juden verfolgt wurden«, teilte er mit.

Am Vorabend des Fußballspiels in Amsterdam haben in Berlin Spieler und Zuschauer während eines Jugend-Fußballspiels zwischen dem deutsch-jüdischen Sportclub TuS Makkabi Berlin und Schwarz-Weiß Neukölln das jüdische jugendliche Fußballteam antisemitisch beschimpft, bedroht und angegriffen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-11/ausschreitungen-amsterdam-maccabi-tel-aviv-antisemitismus-israel-fussball> / eingesehen am 10. November 2024

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/judische-spieler-beleidigt-bespuckt-und-mit-messern-und-stocken-verfolgt-antisemitische-angriffe-auf-jugendmannschaft-von-makkabi-berlin-12671066.html> / eingesehen am 8. November 2024

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/amsterdam-fussball-israel-102.html> / eingesehen am 9. November 2024

Marlon Saadi u. a.: »Dann brach die Hölle los«. In Amsterdam wurden nach einem Fußballspiel israelische Fans gejagt, in: *Die Zeit*, Nr. 48 vom 14. November 2024, S. 62

Bundesrepublik:
**Vor 85 Jahren: Attentat
von Georg Elser gegen Hitler**

Der schwäbische Schreinereselle Georg Elser hatte es fast geschafft. Nur noch 30 Meter, dann würde er Schweizer Boden erreichen. In diesem Moment erwischte ihn jedoch der deutsche Grenzschützer Waldemar Zipperer. So endete am 8. November 1939 in Konstanz die Flucht des damals 36-jährigen Elser. Elsers Schicksal war damit besiegelt. Am 9. April 1945 wurde er auf Befehl Adolf Hitlers von SS-Oberscharführer Theodor Bongartz im Konzentrationslager Dachau ermordet. Elser war eine herausragende Gestalt des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Wäre alles nach Plan verlaufen, hätte er die Weltgeschichte entscheidend verändert. Millionen Menschen wären nicht umgekommen. Doch Hitler verließ am Abend dieses 8. November den Münchner Bürgerbräukeller um 13 Minuten zu früh, und als Elsers Bombe um 21.20 Uhr explodierte, riss sie acht Menschen in den Tod, nicht aber Hitler. Im Gegensatz zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 wurde Elser in der offiziellen Gedenkkultur der Bundesrepublik bis in die 1990er-Jahre kaum gewürdigt. Mittlerweile erinnern in mehr als 50 Orten der Bundesrepublik Straßen, Plätze und Denkmäler an Elser. Waldemar Zipperer avancierte nach seinem Fang zum Unteroffizier und Offiziersanwärter. Nach 1945 zählte er, der Gründer und Inhaber mehrerer Ford-Vertretungen, zur Lokalprominenz im badischen Offenburg. 1978 wurde Zipperer auf Antrag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. »Badischer Terroristenbekämpfer verstorben«,

meldete das Neonazi-Internetportal Altermedia am 14. Juli 2011 anlässlich des Todes von Zipperer, der friedlich im Alter von 97 Jahren entschlafen war.

Eigenrecherche DokRex

Lesetipp:

Peter Steinbach / Johannes Tuchel: Georg Elser. Der Hitler-Attentäter. Berlin (be.bra Verlag) 2010

Wolfgang Benz: Allein gegen Hitler. Leben und Tat des Johann Georg Elser. München (C. H. Beck) 2023

Akten im Landesarchiv Baden-Württemberg:

Im Staatsarchiv Freiburg gibt es eine Entnazifizierungsakte Waldemar Zipperer. In der nur wenige Seiten umfassenden Akte findet sich kein Hinweis auf die Verhaftung Elasers. Die Akte wird am 7. September 1978 vom Staatsministerium Baden-Württemberg angefordert. Als Grund wird eine geplante Ordensverleihung angegeben. Die Akte wird daraufhin an das Staatsministerium ausgeliehen.

<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=5-369684>

Ebenso sind im Staatsarchiv Freiburg drei Personalakten überliefert. Auch diese Akten sind nicht sehr umfangreich. Lediglich in der Akte P 301/1 Nr. 2342 sind Schriftstücke enthalten, die auf die Verhaftung Elasers hinweisen. Es geht um eine Beförderung und um die Verleihung des »Zollgrenz-Schutzehrenzeichens« für Zipperer als Belohnung für die Festnahme Elasers. Mit Wirkung vom 1.4.1947 wurde Zipperer aus dem Beamtenverhältnis entlassen. <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=5-2002439>

Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart gibt es eine Zeitungsausschnittsammlung zu Waldemar Zipperer.

<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=1-1284137>.

Bundesweit:
Weidel und »COMPACT«

Der Verfassungsschutz mache sich selbst zum »Verfassungsfeind«, falls die Partei vom Inlandsgeheimdienst als gesichert rechtsextrem eingestuft werde, meint die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel in einem Interview mit dem YouTube-Kanal (405.000 Abonnenten) von COMPACT. Das Gespräch führten Paul Klemm, Chef von COMPACT-TV, und Stephanie Elsässer, COMPACT-Redakteurin. Die COMPACT-Magazin GmbH hat ihren Firmensitz von Brandenburg ins sachsen-anhaltinische Stößen, Rittergut Nöbeditz verlegt.

[youtube.com/watch?v=UdCGvxXnFZ4](https://www.youtube.com/watch?v=UdCGvxXnFZ4) / eingesehen am 12. November 2024

Bundesweit:
Aktionstag gegen antisemitische Hasskriminalität im Internet

Mit insgesamt 127 polizeilichen Maßnahmen sind bundesdeutsche Strafverfolgungsbehörden am 12. November an dem durch das Bundeskriminalamt (BKA) initiierten und koordinierten 11. Aktionstag gegen Verfasserinnen und Verfasser von strafbaren Hasspostings im Internet vorgegangen. Dieser hatte den Themenschwerpunkt Antisemitismus. In über 90 Ermittlungsverfahren wurden mehr als 50 Wohnungen durchsucht sowie zahlreiche Beschuldigte vernommen. Die Maßnahmen fanden in allen Bundesländern außer dem Saarland statt. Knapp zwei Drittel der durchgeführten Maßnahmen basierten auf Ermittlungen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts.

Die polizeilich registrierten Fallzahlen von Hasspostings mit antisemitischer Gesinnung sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. So haben sich die Zahlen vom Jahr 2020 (368) bis ins Jahr 2023 (1.671) innerhalb von drei Jahren mehr als vervierfacht.

https://www.bka.de/DE/KontaktAufnahmen/KontaktBesondereThemen/MeldestelleHetzeImInternet/meldestelle_node.html / eingesehen am 14. November 2024

https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2023/Presse2023/231215_Aktionstag_Hasskriminalitaet.html / eingesehen am 14. November 2024

Bundesweit:
Ex-Chef der Deutschen Marine auf Abwegen

Vizeadmiral a. D. Kay-Achim Schönbach, 2021/22 Chef der Deutschen Marine, stand der extrem rechten »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ, Ausgabe November-Dezember) Rede und Antwort. Schönbach beklagt in der Zweimonatszeitschrift, dass die Bundeswehr und damit auch die Deutsche Marine sich in einem »nicht zufriedenstellenden Zustand« befänden. In dieser DMZ-Ausgabe wird »Schwererträger« Erich Walther, ehemals im Rang eines Generalmajors Kommandeur der Fallschirm-Panzerergrenadier-Division 2 »Herman Göring«, porträtiert, für eine Waffen-SS glorifizierende Fachzeitschrift geworben, über den »Feldzug« gegen Polen 1939 berichtet sowie Bücher zum »Ostfeldzug« vorgestellt.

Schönbach wurde auf dem Bundesparteitag von »Bündnis Deutschland« im November 2024 in Eisenach zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 tritt er als Spitzenkandidat seiner Partei an.

Neu im Bundesvorstand von Bündnis Deutschland ist unter anderem der baden-württembergische Ex-AfD-Europaabgeordnete Lars-Patrick Berg. Frischgebackenes Bündnis-Deutschland-Mitglied ist Markus Krall. Der Unternehmensberater gilt als »Crash-Prophet« und Leugner des menschengemachten Klimawandels.

Eigenrecherche DokRex

Interview mit Kay-Achim Schönbach, in: Deutsche Militärzeitschrift, Nr. 162 (2024), S. 30–36

Elektronischer Rundbrief des Bündnis Deutschland vom 18. November 2024

buendnis-deutschland.de/markus-krall-ist-mitglied-bei-buendnis-deutschland/ / eingesehen am 4. September 2024

Bundesweit / Sachsen:
**CDU-Politiker kandidiert
nicht mehr**

Der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz (Wahlkreis Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II), früherer Ostbeauftragter der Bundesregierung, tritt bei der Neuwahl des Bundestages im Februar nicht mehr an. Der AfD-Kritiker begründet dies mit zunehmenden Anfeindungen und dem Schutz seiner Familie. »Ich muss meine Familie und mich körperlich und seelisch schützen«, sagte der 49-Jährige. »Die Angriffe der brutalen Schreihäse sind immer heftiger geworden. Wir haben es als Zivilgesellschaft nicht geschafft, den Abgeordneten den Rücken zu stärken«, beklagte er. Er habe zuletzt Morddrohungen erhalten, sagte Wanderwitz. In einer Mail stand: »Wenn wir dich kriegen. Rübe ab. SS.« In einer anderen wurde gedroht, seine Kinder seien »dran«, sollte ein Ausländer ein Kind vergewaltigen.

Hass und Bedrohungen gehörten zum politischen Klima, seit die AfD in die Parlamente eingezogen sei. Anfang 2022 war auf das Büro des Bundestagsabgeordneten ein Anschlag mit Pyrotechnik verübt worden. Wanderwitz gehört zu den Initiatoren, die ein AfD-Verbotsverfahren befürworten. 113 von 733 Bundestagsabgeordneten haben seinen Vorstoß für ein AfD-Verbot unterzeichnet. In Sachsen stuft der Verfassungsschutz die AfD schon seit drei Jahren als »gesichert rechtsextrem« ein. In Sachsen holte die AfD im September bei der Landtagswahl 31 Prozent der Stimmen, die CDU gewann mit 32 Prozent. Das Onlineportal der rechtsextremen Monatszeitschrift »Zuerst!« bezeichnete Wanderwitz als einen »der unnachgiebigsten AfD-Hasser«, »COMPACT«-Online nannte ihn einen »Hassprediger«. Beim Onlineportal von »Tichys Einblick« war zu lesen: »Mit viel Getöse, Gejammer und einem Verlierer-Image verlässt Angela Merkels Lieblingsabgeordneter aus Sachsen, Marco Wanderwitz, die politische Hauptstadtbühne im Bundestag – er gibt endlich auf.« Der Politiker gehört dem Parlament seit 2002 an, zweimal war er Staatssekretär der Bundesregierung. In der vergangenen Legislaturperiode war er zeitweilig Ostbeauftragter der Bundesregierung.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wanderwitz-bundestag-rueckzug-100.html> / eingesehen am 19. November 2024

tichyseinblick.de/kolumnen/olaf-opitz-klare-kante/gute-nachricht-fuer-sachsen-wie-deutschland-marco-wanderwitz-gibt-auf/ / eingesehen am 23. November 2024

zuerst.de/2024/11/21/musterdemokrat-wanderwitz-afd-muss-verboden-werden-um-ihre-waehler-wieder-zu-erreichen/ / eingesehen am 23. November 2024

compact-online.de/wanderwitz-sein-jammer-abgang/?mc_cid=95091f2df5 / eingesehen am 23. November 2024

Sachsen / Bundesweit:
**»Die Heimat« mit
neuem Vorsitzenden**

Die rechtsextreme Partei Die Heimat (früher NPD) hat auf ihrem 39. Bundesparteitag, abgehalten am 23./24. November im Großraum Zwickau, einen neuen Bundesvorstand gewählt. Der Chefredakteur des Parteiblattes »Deutsche Stimme«, Peter Schreiber, übernahm von dem Saarländer Frank Franz (2014–2024) den Parteivorsitz. Schreiber startete sein politisches Engagement in Hessen bei den Republikanern und der »Republikanischen Jugend« (RJ). Schreibers erster Eintrag in einem Verfassungsschutzbericht des Bundes, dem viele weitere bis heute folgten, datiert von 1999. Demnach rief der damalige hessische RJ-Landesvize Schreiber zur Teilnahme am neonazistischen »Europäischen Kameradschaftsabend« am 28./29. August 1999 im belgischen Diksmuide anlässlich der »Ijzerbedevaart« auf.

>>>

Schreiber charakterisiert die von Mitgliederschwund betroffene Heimat (aktuell weniger als 3.000 Mitglieder) vollmundig als »Sammlungsbewegung, Netzwerkpartei und Anti-Parteien-Partei«. Er hofft, dass sich »politische Lücken für die authentisch-heimatstreuen Kräfte außerhalb der AfD auftun werden«, von der Heimat (»die als einzige bundesweite Struktur dazu in der Lage ist«), gefüllt werden können. In ihren Ämtern bestätigt wurden Ex-MdEP Udo Voigt und der einschlägig vorbestrafte und knasterfahrene Neonazi Thorsten Heise. Ebenfalls als Stellvertreter gewählt wurde Philipp Neumann, szenebekannt als Musiker »Phil von Flak«. Auf dem Parteitag unter dem Motto »Alle(s) für die HEIMAT« wurden außerdem 15 Beisitzer gewählt. Einen Redebeitrag gab es von Michael Brück, ehemals »Die Rechte«, und heute Aktivist der »Freien Sachsen«. Ein Grußwort hielt der ehemalige AfD-Funktionär Hans Weber aus Hessen. Beisitzer im Heimat-Vorstand sind: Klaus Beier (Brandenburg), Claus Cremer (Nordrhein-Westfalen), Andreas Käfer (Berlin), Christian Klar (Thüringen), Stefan Köster (Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Lachmann (Hessen), Ariane Meise (Nordrhein-Westfalen), Karin Mundt (Hamburg), Alexander Neidlein (Thüringen), Mark Proch (Schleswig-Holstein), Sascha Roßmüller (Bayern), Arne Schimmer (Sachsen), Stefan Trautmann (Sachsen) und Sebastian Weigler (Niedersachsen).

Am 23. Januar 2024 hatte das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung verkündet, dass die Partei Die Heimat für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Finanzierung nach § 18 Parteiengesetz (PartG) ausgeschlossen ist. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung hatten im Juli 2019 diesen Ausschluss beantragt. Laut Bundesverfassungsgericht liegen die Voraussetzungen eines Finanzierungsausschlusses gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 1 GG vor.

Eigenrecherche DokRex

die-heimat.de/wo-wir-sind-ist-heimat/ / eingesehen am 29. November 2024

die-heimat.de/interview-mit-peter-schreiber-geht-mir-100-tage-zeit/ / eingesehen am 29. November 2024

**Österreich:
Starke FPÖ-Zugewinne
in der Steiermark**

»Heute haben die Steirerinnen und Steirer Geschichte geschrieben: Erstmals haben sie die FPÖ mit dem historisch besten Ergebnis klar zur stärksten politischen Kraft im Landtag gemacht und damit die freiheitliche Welle der Erneuerung fortgesetzt«, erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl zum Ergebnis der Landtagswahl in der Steiermark am 24. November. Die FPÖ erreichte unter ihrem Spitzenkandidaten Mario Kunasek, 2015 Interviewpartner der extrem rechten »Deutschen Militärschrift« (DMZ), 34,8 Prozent und legte damit um 17,3 Prozentpunkte zu. Nach ihrem Erfolg bei der Landtagswahl entschied sich die FPÖ für die zweitstärkste ÖVP als Koalitionspartner in der neuen Landesregierung. Die SPÖ muss zum ersten Mal in der Steiermark in die Opposition. Damit wird die Steiermark nach Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg bereits das fünfte von neun Bundesländern, das von einer Koalition aus FPÖ und ÖVP regiert wird.

Eigenrecherche DokRex

ots.at/presseaussendung/OTS_20241124_OTS0036/fpoe-kickl-die-steirer-haben-mit-historischem-fpoe-wahlsieg-geschichte-geschrieben / eingesehen am 25. November 2024

Chronik

Dezember 2024

Bundesweit:
**Anfeindungen gegen
 Wissenschaftlerinnen und
 Wissenschaftler nehmen zu**

Morddrohungen per E-Mail und sogar körperliche Angriffe: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden zunehmend angefeindet, wie Zahlen der bundesweit tätigen Hilfseinrichtung Scicomm-Support zeigen. Im Juni 2023 nahm Scicomm-Support die Arbeit auf. Die Einrichtung bietet bei Anfeindungen eine Notrufnummer, strategische, psychologische und juristische Unterstützung. Der Schwerpunkt der Bedrohungsfälle liegt in Berlin und Nordrhein-Westfalen, am meisten betroffen sind Sozial- und Verhaltenswissenschaften sowie die Geisteswissenschaften. Seit Corona sind auch Naturwissenschaftler, Biologen oder Verhaltensforscher im Fokus. 63 Prozent der Beratungsfälle betreffen Frauen.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/drohungen-wissenschaft-100.html> /
 eingesehen am 5. Dezember 2024

Bundesweit:
**Mehrheit der Unternehmen
 erwartet Positionierung von
 Verbänden gegen AfD**

Unternehmen im Osten sehen sich im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen weniger in der Pflicht, sich politisch zu positionieren, zeigt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Dafür wünscht sich auch in Ostdeutschland mehr als die Hälfte der Unternehmen von ihren Interessensvertretern eine klare Haltung gegenüber der AfD – wenn sie denn durch Interessensvertreter wie Verbänden, Innungen und Kammern erfolgt: Es sei deren Aufgabe, gegen die AfD Haltung zu zeigen, sagen knapp 51 Prozent der ostdeutschen Unternehmen. Im Westen unterstützen etwa 58 Prozent der befragten Unternehmen diese Sicht.

Unternehmen und Verbände halten sich üblicherweise mit direkten parteipolitischen Äußerungen und Bewertungen zurück: Das sei nicht unmittelbar ihre Aufgabe, heißt es oft zur Begründung. Im Umgang mit der AfD hat die Wirtschaft lange keine Ausnahme gemacht. Seitdem das »Geheimtreffen« in Potsdam Schlagzeilen machte, hat sich das geändert, zeigt eine neue IW-Studie: Demnach ist etwa jedes zweite deutsche Unternehmen der Ansicht, es sei seine Aufgabe, sich jenseits der Wirtschaftspolitik aktiv politisch zu positionieren. Dem stimmen in Ostdeutschland rund 42 Prozent zu; in Westdeutschland rund 51 Prozent. »Für viele Unternehmen wiegen die Sorgen vor dieser Partei schwerer als das Risiko, sich politisch zu äußern«, sagt IW-Demokratieexperte und Studienautor Matthias Diermeier. »Die Radikalisierung der AfD ist der Grund für das Ende der parteipolitischen Abstinenz von Unternehmen. Denn anders als andere Parteien vergiftet sie die politische Kultur und untergräbt die freiheitlich-demokratische Grundordnung.« Mit ihrer Fundamentalopposition gegen die EU, Zuwanderung und jede Form der Klimapolitik stellt sie ganz nebenbei das deutsche Geschäftsmodell infrage.

Zur Methodik: Für die Studie haben die Wissenschaftler im März und April dieses Jahres rund 900 Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels befragt, darunter waren Geschäftsführer, Vorstände oder Leiter von Strategieabteilungen in Industrieunternehmen oder Unternehmen aus industrienahen Dienstleistungen. Die Befragung wurde zur Hälfte vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) finanziert.

<https://www.iwkoeln.de/studien/knut-bergmann-matthias-diermeier-partecipolitik-unternehmen-und-verbaende-die-cause-afd.html> /
 eingesehen am 6. Dezember 2024

Bundesweit:
**Wegen rechtsextremer Tendenzen:
 62 Soldaten aus Bundeswehr
 entlassen**

Im Jahr 2023 hat die Bundeswehr 62 Personen wegen rechtsextremer Aktivitäten entlassen: 41 Mannschaftsdienstgrade, 11 Unteroffiziere und 10 Offiziere. Weitere 94 Bewerber wurden wegen »Zweifeln an der Verfassungstreue« abgelehnt. In einer Tabelle listet das Verteidigungsministerium zudem 205 Meldungen zu rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Vorfällen auf, die den Dienststellen der Bundeswehr im Jahr 2023 bekannt wurden.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/wegen-rechtsextremer-tendenzen-62-soldaten-aus-bundeswehr-entlassen-12815138.html> /
 eingesehen am 5. Dezember 2024

**Finnland:
Rechtsextremer Fackelmarsch
am Unabhängigkeitstag**

Finnlands Unabhängigkeitstag (»Itsenäisyyspäivä«), 107 Jahre Unabhängigkeit von Russland, ist der Nationalfeiertag des Landes, der jedes Jahr am 6. Dezember begangen wird. Der Unabhängigkeitstag wird auch von Rechtsextremisten gefeiert. Zum »nationalistischen Demonstrationszug« (»Suomi Herää«) fanden sich rund 300 Teilnehmer ein, am folgenden Fackelmarsch nahmen 1.000 Personen teil, so ein Bericht des neonazistischen »III. Weges«. Vor Ort waren unter anderem einschlägige Gruppierungen wie »Soldiers of Odin« und »Active Clubs«. Unter den Demonstranten befand sich auch der Parlamentsabgeordnete Teemu Keskisarja von der Regierungspartei »Die Wahren Finnen«, der zweitstärksten Kraft in Finnlands rechtskonservativer Viererkoalition.

Eigenrecherche DokRex

*der-dritte-weg.info/2024/12/nationalisten-feiern-finnlands-unabhaengigkeitstag/ /
eingesehen am 10. Dezember 2024*

**Österreich:
Vor 40 Jahren: Das weltweit erste
Mahnmal für homosexuelle Opfer
des Nationalsozialismus**

Das weltweit erste Mahnmal für homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus befindet sich in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen in Österreich. Das Denkmal mit der Inschrift »Totgeschlagen – Totgeschwiegen« hat die Form eines Dreiecks und wurde vor 40 Jahren, am 9. Dezember 1984, an der Innenmauer des ehemaligen Konzentrationslagers enthüllt. Die Homosexuelleninitiativen luden damals auch den österreichischen Bundespräsidenten, Vertreter der österreichischen Bundesregierung und der Landesregierungen ein. Aber diese ignorierten die Veranstaltung und glänzten durch Abwesenheit. Die österreichischen Medien erwähnten den Gedenkakt und das Denkmal mit keinem Wort. Die Homosexuelleninitiativen Österreichs und Privatpersonen setzten sich für einen eigenen Gedenkstein ein und übernahmen dafür die Kosten. Der österreichische Staat beteiligte sich nicht daran.

Das KZ Mauthausen war das größte Konzentrationslager auf dem Gebiet Österreichs. Dort haben die Nazis rund 190.000 Menschen aus ganz Europa gewaltsam festgehalten. Von ihnen kamen mehr als 90.000 Personen unter grausamen Umständen ums Leben. Erst 60 Jahre nach Ende des Nazi-Horrors erfolgte im Jahr 2005 in Österreich die offizielle Anerkennung von homosexuellen Personen im Opferfürsorgegesetz. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Betroffenen bereits gestorben.

https://www.queer.de/detail.php?article_id=51845 / eingesehen am 11. Dezember 2024

**Bundesweit:
Starker Anstieg queerfeindlicher
Straftaten**

Die Zahl der Straftaten gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie andere queere Menschen (LSBTIQ*) ist im Jahr 2023 stark gestiegen. Die Behörden erfassten 2023 insgesamt 1.785 Fälle der Hasskriminalität, wie aus einem Lagebild des Bundesinnenministeriums und des Bundeskriminalamts hervorgeht. Das ist ein Anstieg von etwa 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – 2022 wurden 1.188 Fälle registriert. Zu den häufigsten Straftaten gegen LSBTIQ*-Menschen im Jahr 2023 gehörten nach Angaben des Innenministeriums Beleidigungen, Gewalttaten, Volksverhetzungen, Nötigungen und Bedrohungen. Bei den Gewalttaten gab es 212 Opfer, im Jahr 2022 waren es noch 197.

Die Zahl der Straftaten im Bereich »Sexuelle Orientierung« und »Geschlechtsbezogene Diversität« hat sich seit 2010 nahezu verzehnfacht. Die Behörden gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. »Die Zunahme an queerfeindlichen Straftaten in den vergangenen Jahren ist erschreckend«, erklärte Innenministerin Nancy Faeser: »Queerfeindliche Gewalt muss als solche klar benannt und gezielt verfolgt werden.« Der Bericht zeige: »Wir müssen all diejenigen schützen und unterstützen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Hass, Diskriminierung und Gewalt erleben.«

*https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rechtsextremisten-gewaltbereit-queer-szene-csd-102.html /
eingesehen am 14. Dezember 2024*

**Berlin:
Neonazi-Attacke auf
SPD-Wahlkämpfer**

In Berlin-Lichterfelde wurden zwei SPD-Wahlkämpfer am 14. Dezember von vier Neonazis im Alter von 16, 18 und zwei Mal 19 Jahren angegriffen. Gegen Mittag sollen die vier Tatverdächtigen aus Halle angereist sein, um bei einer rechtsextremen Demonstration in körperliche Auseinandersetzungen mit »Linken« einzutreten. Auf dem Vorplatz des Bahnhofs Lichterfelde-Ost sollen sie bereits zufällig auf SPD-Mitglieder an einem Informationsstand getroffen sein. Beim Besteigen eines Busses sollen zwei der Beschuldigten – im Einvernehmen mit den beiden anderen – zunächst die Mützen von zwei SPD-Mitgliedern demonstrativ auf den Boden geworfen, dann beide unter anderem als »linke Zecken« beleidigt und diese körperlich attackiert haben. Beide sollen daraufhin zu

Boden gegangen sein. Auf einen von ihnen sollen die Angreifer weiterhin eingeschlagen und auch mehrfach mit »Springerstiefeln« massiv gegen dessen Kopf und Rumpf getreten haben. Betroffen von dem Angriff war unter anderem die Fraktionsvorsitzende der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf, Carolyn Macmillan. Neben der politisch motivierten Attacke hatten sich die Männer zudem massiv gegen die einschreitenden Polizisten gewehrt. Auch die Polizeibeamten wurden von den Neonazis verletzt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dankte auf der Plattform X den schnell handelnden Beamten und wünschte den Verletzten alles Gute. »Tritte mit Springerstiefeln in den Bauch und ins Gesicht – das ist brutale rechtsextreme Gewalt gegen engagierte Demokraten«, schrieb sie.

Wegen der mutmaßlich politisch rechtmotivierten Attacke auf die SPD-Mitglieder und anschließenden massiven Widerstandshandlungen gegen einschreitende Polizeibedienstete wurden am 27. Dezember Durchsuchungsmaßnahmen gegen die vier jungen Männer sowie gegen nunmehr drei weitere Beschuldigte im Alter von 15, 19, 21 Jahren und eine weitere Beschuldigte im Alter von 16 Jahren umgesetzt. Rund 110 Einsatzkräfte der Polizei Berlin sowie der Polizeien der Länder Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt vollstreckten dabei an zehn Wohnanschriften in Wolfsburg, Aschersleben, Rötha, Halle an der Saale, Schkopau und Leuna insgesamt neun Durchsuchungsbeschlüsse. Die Beschuldigten stehen im Verdacht, Mitglieder der politisch rechtmotivierten Jugendorganisation »Deutsche Jugend zuerst« zu sein. Die Gruppierung soll es sich unter anderem zum Ziel gesetzt haben, bundesweit an politisch rechts ausgerichteten Versammlungen teilzunehmen und dabei auch gewaltsam gegen politische Gegner vorzugehen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-spd-mitglied-mit-springerstiefeln-gegen-kopf-getreten-und-haftbefehle-gegen-vier-mutmassliche-neonazis-beantragt-12877234.html> / eingesehen am 16. Dezember 2024

<https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2024/pressemitteilung.1513467.php> / eingesehen am 16. Dezember 2024

<https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/presse/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1516533.php> / eingesehen am 27. Dezember 2024

**Bundesrepublik / Schweiz:
AfD-Abgeordnete in der
Alpenrepublik**

Am 14. Dezember sollten in Illnau-Effretikon (Kanton Zürich) der AfD-Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp und die Brandenburger AfD-Landtagsabgeordnete Lena Kotré auftreten. Eingeladen hatte sie die rechtsextreme Schweizer Gruppe »Junge Tat«. Als die Gemeinde feststellte, dass der Anlass in einem Gasthaus stattfinden sollte, das der Gemeinde gehört, untersagte sie die Veranstaltung. Die Vorträge der AfD-Politiker haben dennoch stattgefunden, wie Tobias Lingg, Mediensprecher der Jungen Tat, mitteilte. Die Veranstaltung ging in einem städtischen Restaurant Lokal in Kloten vonstatten. Vor Ort waren auch Sympathisanten der in der Bundesrepublik verbotenen Waffen-SS glorifizierenden Neonazi-Gruppierung »Blood & Honour«. Themen der Veranstaltung waren unter anderem Migration und die sogenannte »Remigration«. Am Schließungspunkt der konspirativen Veranstaltung war Lars Brändlin vom AfD KV Lörrach im Einsatz. Einer der Moderatoren der Veranstaltung war Tim Demuth (alias Tim Stauffer), JA-Landesvorstandsmitglied Baden-Württemberg.

Die Junge Tat wird von der Schweizer Bundespolizei Fedpol beobachtet. Sechs Mitglieder wurden unter anderem wegen Rassendiskriminierung verurteilt, da sie laut Staatsanwaltschaft »die Ideologie des Nationalsozialismus verbreiteten und die Menschenwürde von Juden und dunkelhäutigen Menschen krass herabsetzten«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.nzz.ch/schweiz/junge-svp-und-junge-afd-ein-rechtes-wochenende-in-prag-ld.1861916> / eingesehen am 15. Dezember 2024

<https://www.20min.ch/story/illnau-effretikon-zh-junge-tat-wollte-roessli-saal-mieten-stadtpraesident-warf-sie-raus-103240393> / eingesehen am 15. Dezember 2024

<https://www.zuonline.ch/junge-tat-traf-sich-am-schluefweg-in-kloten-nach-rauswurf-in-illnau-226853811058> / eingesehen am 17. Dezember 2024 [kostenpflichtig]

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/12/27/kein-geheimtreffen-gegen-deutschland/> / eingesehen am 31. Dezember 2024

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-correktiv-recherche-potsdam-schweiz-100.html> / eingesehen am 31. Dezember 2024

<https://recherche-nord.com/gallery/2024.12.14.Schweiz.JT.html> / eingesehen am 31. Dezember 2024

<https://recherche-nord.com/gallery/img/gallery/2024.12.14.Schweiz.JT/JT.033.jpg/> / eingesehen am 31. Dezember 2024

<https://recherche-nord.com/gallery/img/gallery/2024.12.14.Schweiz.JT/JT.052.jpg/> / eingesehen am 31. Dezember 2024

Nordrhein-Westfalen / Sachsen:
AfD-MdEP Gastredner bei pflichtschlagender Burschenschaft

Der AfD-Europaabgeordnete Maximilian Krahn war am 17. Dezember Referent bei der pflichtschlagenden »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn«. Krahn sprach über »soziale Medien im Wahlkampf und Europapolitik«. Die 1817 im damaligen Breslau gegründete Burschenschaft setzt »nach dem Verlust unserer ostdeutschen Heimat« seine »politische und erzieherische Tätigkeit« unter dem Wahlspruch »Gott – Ehre – Freiheit – Vaterland« an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn fort. Zu den jüngsten Referenten bei den Raczecks zählt auch der Szene-Rechtsanwalt Björn Clemens, vormals stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner. Clemens war kurzzeitig Wahlverteidiger von André Eminger im NSU-Prozess und Rechtsvertreter des wegen Beihilfe angeklagten Neonazis Markus H. im Prozess zum Mordfall Walter Lübcke.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.ksta.de/region/rhein-sieg-bonn/bonn-bonner-burschenschaft-hofiert-umstrittenen-afd-politiker-923564> / eingesehen am 27. Dezember 2024

<https://www.youtube.com/watch?v=TUIEMzUjjWY> / eingesehen am 27. Dezember 2024

[raczecks.de/](https://www.instagram.com/raczecks_de/) / eingesehen am 27. Dezember 2024

[instagram.com/raczecks_breslau/?hl=de](https://www.instagram.com/raczecks_breslau/?hl=de) / eingesehen am 27. Dezember 2024

Russland / Bundesrepublik:
Alexander Dugin im »COMPACT«-Gespräch mit Ex-AfD-MdB Hansjörg Müller

Alexander (in russischer Schreibweise: Aleksandr) Dugin gilt bei den Nachrichtendiensten der Bundesrepublik als »bekanntester Vertreter der sogenannten ‚Neuen Rechten‘« in Russland. Er sei eine »ideologische Schlüsselfigur«, die dem rechtsextremen Moskauer Think Tank »Katehon« vorsteht. In dieser Eigenschaft, so die Bundesregierung, wird ihm ideologische Beeinflussung bis in die Staatsführung Russlands hinein nachgesagt. Katehon sei gekennzeichnet durch eine antiwestliche und antiliberalistische Grundeinstellung, die zugleich die Ideologie des »Noworossija« (Neurussland) proklamiert. Leitmotive dieser Ideologie sind die Schaffung eines einheitlichen Kulturraums slawisch-orthodoxer Russen sowie eine russische Dominanz über große Teile Europas und Asiens, bilanziert die Bundesregierung. Dugin unterhalte aufgrund der Parallelen zu faschistischen Ideologien gute Beziehungen zu diversen rechtsextremen Gruppierungen, Parteien und Personen in Europa und der Bundesrepublik. »Nein zur westlichen Moderne« sei der »Kern« seiner Philosophie, gibt Dugin im Interview mit dem in Moskau lebenden Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten Hansjörg Müller für das antisemitische und verschwörungsmystische Monatsmagazin COMPACT (Dezember) kund. Dugin träumt von einer »vormodernen und vorwestlichen, vorkapitalistischen Gesellschaft« mit »heiligen Traditionen und Werten«. Der russische Rechtsextremist will zu einem Russland in der Zeit vor Peter dem Großen zurück: »Eine Rückkehr zur russischen Sakralität, zur christlich orthodoxen Sakralität, zur christlich-orthodoxen Tradition, mit all ihren spirituellen und mystischen Inhalten«. Das »heutige Deutschland« betrachtet Dugin als »absoluten Sklaven des Westens«. Stattdessen sei die Idee der Wiedervereinigung von BRD und DDR von Gorbatschow gewesen, die DDR aus der »sowjetischen Kontrolle zu lösen und eine begrenzte Eigenstaatlichkeit wiederherzustellen«. Gleiches habe Gorbatschow auch vom Westen erhofft, was jedoch nie eingetreten sei: »Wir haben also unsere Kontrolle über Ostdeutschland aufgegeben, und der Westen hat die gesamte Kontrolle über die deutsche Elite beibehalten.«

Eigenrecherche DokRex

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001097.pdf> (S. 32 f) / eingesehen am 15. Dezember 2024

»Stalin wollte ein neutrales Europa«. Alexander Dugin im Gespräch mit Hansjörg Müller, in: COMPACT, Dezember 2024, S. 46–50

Baden-Württemberg:
**Ex-AfD-Landtagsabgeordneter
 auf antisemitischen Pfaden**

Wolfgang Gedeon (Jahrgang 1947), Politiker, Autor, Arzt und Philosoph (Reihung laut Gedeon), von April 2013 bis März 2020 AfD-Mitglied und von 2016 bis 2021 Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, hat eine Broschüre mit dem Titel »Grundsätzliches über Antisemitismus und den israelischen Staatsterrorismus. Wie hilfreich ist die ‚Katechismus-Debatte‘ der Soziologen?« (WMG-Verlag, Rielasingen 2024) veröffentlicht. Im Laufe der Jahre ist Gedeon immer wieder mit antisemitischen Ausfällen aufgefallen. In Pamphleten ließ er sich über eine »zionistische Weltverschwörung« aus, verharmloste den Holocaust als »gewisse Schandtät« und bezeichnete Holocaust-Leugner als »Dissidenten«.

In seinem neuesten Machwerk schreibt Gedeon einleitend: »Der israelische Terrorkrieg im Nahen Osten verändert weltweit die Einstellung zu Israel und den Juden. Antisemitismus bzw. das, was die Juden so nennen, nimmt im Zeitraffer zu.« Ausgangspunkt der 25-seitigen Broschüre ist der Aufsatz »Der Katechismus der Deutschen«, den der in den USA lehrende australische Genozidforscher A. Dirk Moses im Mai 2021 veröffentlicht hat. Unter dessen »Ägide«, so Gedeon, »wird das bisher geltende Paradigma der Holocaust-Diskussion grundsätzlich in Frage gestellt. Aus sog. postkolonialer Sicht werden Singularität und Spezifität des Holocaust bestritten und dieser als eines von diversen anderen Verbrechen des Kolonialismus behandelt.« Gedeon macht sich die postkoloniale Sichtweise von Moses immer dann zu eigen, wenn sie ihm zur Untermauerung seiner antisemitischen und rechtsextremen Gedankenwelt passend erscheint. In »Der Katechismus der Deutschen« wendet sich Moses gegen die in der Bundesrepublik Deutschland angeblich kultische Beschäftigung mit dem Holocaust (»Zivilreligion«), die angebliche Abwertung anderer, vor allem kolonialer Großverbrechen und die angeblich reflexartige Unterstützung des Staates Israel. Gedeon führt aus, der »Katechismus« sei für »die Deutschen ein demütigender Gesslerhut und so politisch ein Dreh- und Angelpunkt für die geistige Befreiung«.

Auch in seinen neuesten Ausführungen breitet sich Gedeon über die industrielle Massenvernichtung von Millionen jüdischer Menschen aus: »Gerade beim Thema Holocaust versucht die zionistische Seite, den Deutschen eine ewige Verantwortung für Juden und Israel aufs Auge zu drücken. So ethnisiert man Schuld und biologisiert sie: ‚Tätervolk‘ und ähnliche Hetzbegriffe hören wir immer wieder von Zionisten und anderen antideutschen Rassisten – Volksverhetzung im wahrsten Sinne des Wortes!« Gedeon diffamiert »Holocaust-Gedenken« als »Zivilreligion«; dieser »Erinnerungskult« sei ein »Triumph des Zionismus in Deutschland«. Die Verurteilung von notorischen Holocaust-Leugnern wie Horst Mahler und Ursula Haverbeck beklagt Gedeon als »totalitäre Gesinnungsjustiz«. An anderer Stelle schreibt er: »Den Definitionsterror zionistischer Think Tanks und Lobbyorganisationen verwandelt [...] die deutsche Politik in Justiz- und Polizeiterror, der vor allem über den ‚Volksverhetzungsparagraphen‘ & 130 StGB praktisch ausgeübt wird.« Der Autor behauptet, dass die »sog. Deutsche Erinnerungskultur [...] von Anfang an einseitig und antideutsch« gewesen sei. Diffamierend spricht er von einer »moralisch verwehrlose[n] deutsche[n] Politikerkaste«. Antisemitismusforschung wertet er als »Ideologie« ab und führt aus: »Ein Großteil dieser Antisemitismusforschung« sei »nichts anderes als wissenschaftlich kostümierter zionistischer Lobbyismus«. Verächtlich spricht Gedeon von der »zionismushörigen politischen Klasse Deutschlands«.

Gegen Ende seiner Broschüre stellt Gedeon die Frage nach »Schlussfolgerungen« aus der »Katechismus-Debatte«. Er ruft zur »Dejustitiabilisierung« auf: »Über den Paragraphen 130 StGB wird strafrechtlich in großem Maß Meinungsfreiheit beseitigt und Meinungstotalitarismus praktiziert.« Gedeon wähnt die Bundesrepublik auf dem Weg in eine »totalitäre Demokratie«, einen Staat, »der demokratische Rituale missbraucht, um seinen zionistisch-repressiven Charakter zu verschleiern: demokratisch in der Form, autoritär und totalitär im Inhalt!«

Ein Feindbild von Gedeon scheint auch die heutige katholische Kirche (»Hilfsinstitution der Menschenrechtskommunisten«) zu sein. Diese habe beim Zweiten Vatikanischen Konzil eine »Kernschmelze ihres christlichen Glaubens ausgelöst und damit ihr geistiges Fundament eingerissen«. Gedeon wehklagt: »Die Christen kämpfen jetzt ohne Institution, während der Judentum über das westliche System hochgradig institutionalisiert auftritt.«

Eigenrecherche DokRex

Wolfgang Gedeon: Grundsätzliches über Antisemitismus und den israelischen Staatsterrorismus. Wie hilfreich ist die »Katechismus-Debatte« der Soziologen? Rielasingen (WMG-Verlag) 2024

Sachsen-Anhalt:
Rechtsextremer Attentäter

Sechs Menschen im Alter von neun bis 75 Jahren wurden bei einer rechtsextrem motivierten Amoktat am 20. Dezember (fast zum Jahrestag des Anschlags auf dem Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016) in Magdeburg getötet, bis zu 299 verletzt. Der 50-jährige Taleb Al Abdulmohsen, ein scheinbar gesellschaftlich integrierter Psychiater, Islamkritiker und AfD-Sympathisant, gebürtig in Saudi-Arabien, war mit einem Auto über den Magdeburger Weihnachtsmarkt gerast.

Der Täter hat sich zuvor seit Jahren im Internet rechtsextrem und islamfeindlich geäußert. Al Abdulmohsen hat im Internet Akteure aus dem deutsch- und englischsprachigen rechtsextremen Raum rezipiert und auch eigene antiislamische Ansichten beigesteuert. Er wünschte Angela Merkel den Tod, sympathisierte mit der AfD sowie Elon Musk und drohte im Netz mit einer Gewalttat. »Merkel müsste den Rest ihres Lebens im Gefängnis verbringen als Bestrafung für ihr kriminelles Geheimprojekt, Europa zu islamisieren. Aber wenn die Todesstrafe wieder eingeführt wird, verdient sie es, getötet zu werden«, heißt es in einem Post auf seinem X-Account am 5. Dezember. In mehreren Posts auf X schimpft Al Abdulmohsen über politisch Andersdenkende, schreibt unter anderem, dass sie versuchen würden, Europa zu islamisieren: »Die Politik der offenen Grenzen ist ein krimineller linker Plan.« Zudem teilte er einen Tweet der AfD-Politikerin Alice Weidel mit den Worten, dass die Linken verrückt seien. Der Täter hat zentrale Narrative des Rechtsextremismus verbreitet, wie die Erzählung vom angeblichen großen Austausch, die Überfremdung westlicher Gesellschaften durch den Zuzug von Migranten sowie die Annahme, dass es eine Islamisierung europäischer Gesellschaften gebe, ebenso wie verschiedene verschwörungsideologische Elemente, dass es ein gezieltes staatliches Agieren gebe, ein »Agieren von Akteuren im Hintergrund, die genau das bezwecken, den großen Austausch und die Islamisierung. Und das man sich dagegen zur Wehr setzen sollte«.

Der Rechtsextremismus-Experte Matthias Quent wies in mehreren Interviews zu den Hintergründen der Tat auf den scheidenden FBI-Chef Christopher Wray hin, der im Jahr 2020 den Begriff »Salatbar-Extremismus« geprägt hat. Hierbei bedient sich der Attentäter an einem Büfett aus unterschiedlichen Töpfen. Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch auf das Attentat im Münchner Olympia-Einkaufszentrum. 2016 erschoss ein 18-jähriger antisemitischer Deutsch-Iraner und Höcke-Fan neun Menschen im Olympia-Einkaufszentrum. Alle Getöteten stammten aus Einwandererfamilien.

Wenige Momente nach dem Magdeburger Attentat versuchten Rechtsextremisten bereits, die Tat politisch auszuschlachten und zu nutzen, um die Stimmung durch Falschbehauptungen zu befeuern. Ganz vorne mit dabei: der rechtsextreme Österreicher Martin Sellner, der unter anderem in seinem Telegramkanal zahlreiche Posts zu Magdeburg verfasste, noch bevor überhaupt Informationen von offiziellen Stellen veröffentlicht worden waren.

Der Thüringer AfD-Landessprecher Stefan Möller schrieb auf X: »Klar, die Mainstreammedien bemühen sich natürlich, den Mörder von Magdeburg als AfD-Anhänger darzustellen. Aber wir erinnern uns schon, welche Politiker & Parteien ihn ins Land gelassen haben? Das wird nämlich perfiderweise nicht erwähnt.« Der Blog der neurechten Zeitschrift »Sezession« titelte »Antiislamismus ist auch ein Islamismus«: »Selbst wenn sich Taleb al-Abdulmohsen gegen den Islam wandte und die Islamisierung bekämpfte: er bezog sich dennoch auf beides. Seine Wut kreiste um diese Religion – die Gründe dafür sind nur zweitrangig interessant. Es ist egal, welches Verhältnis die arabischen Migranten zum Islam haben – fanatische Anhänger, Säkuläre oder Gegner – sie bringen ihn mit und ihr Verhältnis zu ihm definiert sie in der Regel. Insofern ist auch Antiislam noch Islam.«

Karl Richter, vormals über Jahrzehnte hinweg einer der einflussreichsten NPD-Kader, gab kund: »Man muß nicht drum herumreden: Natürlich haben Ereignisse wie das von Magdeburg, die als Folge der jahrzehntelangen Flutung unseres Landes mit Fremden zwangsläufig sind, ihren Zweck. Sie heizen die Temperatur im Kessel an und tragen zur Klärung der Dinge bei: Wer Verantwortung trägt und zur Rechenschaft gezogen werden muß.« Der Rechtsextremist weiter: »Die Zeit für parlamentarische Auswege aus der Krise ist ohnehin lange vorüber. Dafür hält jeder neue Tag neue Offenbarungseide des Regimes parat – und die vor uns liegenden Turbulenzen werden unerwartete Chancen eröffnen. Nutzen wir sie!« Das rechtsextreme österreichische Portal »Report24« legte nahe, der Täter könne insgeheim auch ein Islamist sein, der sich bloß als Ex-Muslim tarnt.

Überparteilich organisiert, allerdings getragen von der Partei »Die Heimat« und deren Jugendorganisation »Junge Nationalisten« (JN), fand am 21. Dezember, also einen Tag nach dem Terroranschlag, eine Kundgebung mit anschließendem Trauermarsch unter dem Motto »Gegen den Terror« statt. Auf der Kundgebung sprachen der Heimat-Bundesvorsitzende Peter Schreiber und dessen Stellvertreter Thorsten Heise. Auch die Szene-Aktivistin Sebastian Schmidtke, Sascha Krolzig und Christian Klar hielten Reden. Eröffnet wurde die Kundgebung durch den Neonazi Alexander Deptolla. Vor Ort hatten sich rund 2.100 Personen eingefunden.

3.500 Demonstrierende folgten am 23. Dezember dem Aufruf der AfD. In der Einladung heißt es, die schreckliche Tat zeige auf dramatische Weise die Gefahren der derzeitigen Einwanderungspolitik. Zu den Gastrednern gehörte auch Alice Weidel. Sie führte aus: »Zu wenig steht die Politik an der Seite derer, die unter den Fehlern der Regierenden zu leiden haben.« Weidel weiter: »Wer stellt sicher, dass unsere Behörden Gefährder aus dem Ausland im Visier haben und nicht unbequeme Regierungskritiker von nebenan bespitzeln?« AfD-Generalsekretär Jan Wenzel Schmidt, der ebenfalls als Redner auftrat, bezeichnete den Anschlag als »monströses politisches Versagen«. Der »Massenmörder« habe seine Absichten öffentlich verkündet, dennoch sei sein Asylantrag genehmigt worden. Schuld an dem Anschlag seien nicht die Polizeibeamten, sondern deren Führung, die »ihnen die Hände fesselt und sie alleine lässt«, sagte Schmidt. Während der AfD-Kundgebung waren immer wieder laute »Abschieben«-Sprechchöre zu hören.

Eigenrecherche DokRex

Interview mit Matthias Quent, in: Stern, 2/2025 vom 2. Januar 2025, S. 32–35

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/magdeburg-anschlag-thueringer-verfassungsschutztaeter-rechtsextrem-100.html> / eingesehen am 29. Dezember 2024

<https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/landespolitik/anschlag-weihnachtsmarktalice-weidel-magdeburg-wahlkampf-rechtsextrem-3971832> / eingesehen am 29. Dezember 2024

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/magdeburg-anschlag-102.html> / eingesehen am 29. Dezember 2024

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/magdeburg-attentat-104.html> / eingesehen am 29. Dezember 2024

<https://www.rnd.de/politik/magdeburg-wie-rechte-die-todesfahrt-instrumentalisieren-und-falschmeldungen-verbreiten-ZCTYPL23T5CWZKIV14JKEDEJRI.html> / eingesehen am 29. Dezember 2024

[die-heimat.de/ds-tv-aus-magdeburg-fuer-die-heimat-gegen-den-terror/](https://www.die-heimat.de/ds-tv-aus-magdeburg-fuer-die-heimat-gegen-den-terror/) / eingesehen am 29. Dezember 2024

[facebook.com/heimatpartei/](https://www.facebook.com/heimatpartei/) / eingesehen am 29. Dezember 2024

[pi-news.net/2024/12/magdeburger-rede-von-alice-weidel-im-wortlaut/](https://www.pi-news.net/2024/12/magdeburger-rede-von-alice-weidel-im-wortlaut/) / eingesehen am 29. Dezember 2024

[facebook.com/karl.richter.798/](https://www.facebook.com/karl.richter.798/) / eingesehen am 29. Dezember 2024

[arktosjournal.com/p/magdeburg-what-must-be-said/](https://www.arktosjournal.com/p/magdeburg-what-must-be-said/) / eingesehen am 29. Dezember 2024

Sachsen:

Rechtsextremer Überfall auf Linke

Sieben bis acht maskierte Rechtsextreme haben in der sächsischen Stadt Görlitz in der Nacht zum 22. Dezember eine fünfköpfige Gruppe von Linken mit Pyrotechnik, Flaschen und Tränengas angegriffen. Drei der fünf wurden schließlich zusammengeschlagen und am Boden liegend getreten.

Zu den Angegriffenen zählt auch die Kommunalpolitikerin Samara Schrenk, die dem Kreisvorstand der Görlitzer Linken angehört und das lokale Bündnis »Klare Kante« führt, das Demonstrationen gegen Rechtsextremismus organisiert. Tatverdächtig sind Finley P. (18), der Stützpunktleiter Dresden der »Jungen Nationalisten« (JN/»Elblandrevolte«) der Nachwuchsorganisation der NPD und der Nachfolgepartei »Die Heimat«, fünf weitere Männer (16, 20, 19, 24, 40) und eine Frau (31). Die »Elblandrevolte« mobilisierte unter anderem für Demonstrationen gegen den Christopher Street Day (CSD). Mitglieder der »Elblandrevolte« waren am Überfall auf den SPD-Europa-Politiker Matthias Ecke (41) im Mai 2024 in Dresden beteiligt. Der Politiker wurde beim Aufhängen seiner Wahlplakate angegriffen und schwer verletzt.

Die Inhaftierung von Finley P. kommentierten die JN mit den Worten: »Während der Staat vor multikulturellen Verbrecherbanden [...] kuscht, setzt er auf völlig überzogene Maßnahmen und Repressionen bei jungen, idealistischen Deutschen, die sich den volksfeindlichen Verhältnissen entgegenstellen. Offensichtlich soll hier nach einem aufstrebenden Jahr des Rechtsrucks in der Jugend und des Strukturausbaus unserer JN, als bedeutendster nationaler Jugendorganisation, ein Exempel gegen Finley und das Selbstbewusstsein der Jugend im Allgemeinen statuiert werden. Wir alle kennen die Methoden und das ‚Verhältnis zur Wahrheit‘, mit denen der BRD-Staat und linke Akteure uns bekämpfen und kriminalisieren wollen. Wir lassen dies nicht zu: Solidarität ist unsere Waffe!«

Eigenrecherche DokRex

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/goerlitz-brutaler-angriff-auf-linke-kommunalpolitikerinnen-in-goerlitz-a-68f2c1d5-baa4-41b2-b9f4-4d11c6734017> / eingesehen am 22. Dezember 2024 >>>

<https://www.tag24.de/thema/nazis/nach-angriff-auf-linken-politikerin-chef-der-jungen-nationalisten-droht-u-haft-3346894> / eingesehen am 31. Dezember 2024

<https://www.bild.de/regional/sachsen/razzia-in-sachsen-neonazi-chef-nach-ueberfall-festgenommen-67729e99c059a70650637c6c> / eingesehen am 31. Dezember 2024

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/12/brandenburg-schweiz-lena-kotre-afd-teilnahme-neonazi-treffen.html> / eingesehen am 31. Dezember 2024

[aktion-widerstand.de/allgemein/freiheit-fuer-finley/](https://www.aktion-widerstand.de/allgemein/freiheit-fuer-finley/) / eingesehen am 31. Dezember 2024

Frankreich / Bundesrepublik:
**»Sezession«-Interview
 mit Alain de Benoist**

Auf die Frage: »Leben wir Europäer noch in politischen Systemen, die mit Fug und Recht als ‚Demokratien‘ bezeichnet werden können? Und falls nicht, wo beginnt der Übergang zur Tyrannei?« antwortete der Franzose Alain de Benoist, Theoretiker der »Neuen Rechten«, die anti-egalitär, anti-liberal, anti-kapitalistisch und anti-westlich orientiert ist, in der Dezember-Ausgabe der rechtsintellektuellen Zeitschrift »Sezession« (Chefredakteur Götz Kubitschek): »Ich für meinen Teil würde sagen, dass die Demokratie bereits verschwunden ist. Von ihr sind nur noch formale Verfahren übriggeblieben, die ihr kaum noch entsprechen. [...] Die westlichen liberalen Demokratien haben sich [...] in Finanzoligarchien verwandelt, deren Effizienz in ihrer Fähigkeit liegt, zu versuchen, die Opposition zu entwaffnen.« Benoist, der das jüdisch-christliche Erbe Europas mit seinem individualistischen Menschenbild ablehnt und stattdessen für ein neu-heidnisches Bewusstsein eintritt, beklagt, dass das »Einheitsdenken« zusammen mit dem »Wokismus die politische Korrektheit abgelöst hat«. Das 2003 gegründete zweimonatlich erscheinende Theorieblatt Sezession verfügt über 4.000 Abonnenten. Neben der Printausgabe wird ein Online-Blog betrieben.

Eigenrecherche DokRex

<https://gegneranalyse.de/personen/alain-de-benoist/#kurzuebersicht> / eingesehen am 2. Januar 2025

»Der demokratische Raum ist ohne Grenzen nicht denkbar«. Im Gespräch mit Alain de Benoist. *Sezession*, Nr. 123 vom Dezember 2024, S. 12–15, hier S. 15

Bundesweit:
**Studie: »Ohne Demokratie
 ist alles nichts«**

In der ersten Jahreshälfte 2024 ging ein demokratischer Ruck durch die Bundesrepublik. In Reaktion auf die Enthüllungen über das Potsdamer Geheimgespräch extrem rechter Kreise und die dort diskutierten »Remigrations«-Pläne erlebte das Land die größten pro-demokratischen Proteste seiner Geschichte. Millionen Menschen gingen deutschlandweit auf die Straße. Wer sind die Menschen, die in Ost und West für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus demonstrierten? Was treibt sie um, was motiviert sie und was erwarten sie von Politik und Gesellschaft? Welche Effekte haben die Protestwellen und was nehmen wir daraus mit für die Bildung starker Allianzen für eine plurale Demokratie? Diesen Fragen geht die Studie: »Ohne Demokratie ist alles nichts.‘ Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024« nach. Die Studie wurde vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in zwei Demonstrationsbefragungen in Hamburg und Dresden durchgeführt.

Die Studie konstatiert, das zivilgesellschaftliche Engagement seit Jahresbeginn 2024 habe maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gefahren des Rechtsextremismus in der öffentlichen Debatte sichtbarer wurden. Die Proteste konnten so erfolgreich die Rolle eines demokratischen Takt- und Impulsgebers einnehmen. Die Ergebnisse dieser Studie bestätigen, dass diese Sichtbarkeit und die Möglichkeit, ein symbolisches Zeichen zu setzen, zentrale Anliegen der Protestierenden waren. Auf der anderen Seite hat die Protestwelle auch zu einer Belebung zivilgesellschaftlicher Arbeit in der Bundesrepublik beigetragen.

Studie: »Ohne Demokratie ist alles nichts.« Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/21695.pdf> / eingesehen am 27. Dezember 2024

Institutionen, Parteien, Medien

35. Infanterie-Division ... 37
aB! Olympia ... 74
Active Clubs ... 84
Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrzznego ... 78
AG Körper & Geist ... 63
Ajax Amsterdam ... 79
Aktion »Kinder in Gefahr« ... 76
Allgemeine Zeitung ... 24
Allgemeine Zeitung des Judenthums ... 51
Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn ... 67, 86
Alte Kameraden ... 38
Altermedia ... 80
Alternative für Deutschland (AfD) ... 13, 17, 19, 23, 40, 42, 51, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 65, 67, 68, 70, 71, 74, 75, 77, 78, 80, 81, 83, 85, 86, 87, 88, 89
Amadeo Antonio Stiftung ... 42
Antaios Verlag ... 56, 65, 66
Antisemitismusbeauftragte*r in Brandenburg ... 61
Anti-Zensur-Koalition (AZK) ... 56
Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände ... 24
Arbeits- und Fördergemeinschaft der Deutschen Schulvereine (AGDS) ... 23
AUF1 ... 56
Aufbruch Gera ... 64
Aula ... 74
Auswärtiges Amt (AA) ... 11
Badischer Verein der Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner e. V. ... 38
Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) ... 58, 69
Blaue Narzisse ... 74
Blood & Honour ... 19, 72, 85
Boycott, Divestment, and Sanctions (BDS) ... 47
Brexit-Partei ... 50
b Sieben ... 76
Bundesgerichtshof (BGH) ... 77
Bundeskriminalamt (BKA) ... 58, 78, 80, 84
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) ... 52, 84
Bundespolizei ... 78
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ... 83
Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ... 82
Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ... 68
Bundeswehr ... 83
Bund freier Jugend (Bfj) ... 74
Bund Nationaler Studenten (BNS) ... 21
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 36, 73, 78
Bündnis Deutschland ... 81
Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) ... 78
Bürgerliste Roßlau ... 62
Burschenschaft Danubia München ... 75
Burschenschaftliche Blätter ... 23, 74
Burschenschaftliche Gemeinschaft ... 74
Burschenschaft Thuringia Braunschweig ... 23
Castell Aurora ... 61
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ... 22, 60, 78, 81
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ... 21, 24, 78
COMPACT ... 20, 52, 56, 59, 65, 66, 68, 80, 81, 86
CONSPECT FILM ... 52
Correctiv ... 44
Danubia Burschenschaft ... 23
Der Eckart ... 25, 52
Der III. Weg ... 60, 63, 65, 66, 84
Deutsche Aufbau-Organisation (DAO) ... 62
Deutsche Burschenschaft (DB) ... 74
Deutsche Geschichte (DG) ... 20
Deutsche Jugend voran ... 66
Deutsche Jugend zuerst ... 85
Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich ... 62
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) ... 25
Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) ... 80, 82
Deutsche National-Zeitung ... 24
Deutsche Rundschau ... 25
Deutsche Soziale Union (DSU) ... 62
Deutsche Stimme (DS) ... 64, 74, 81
Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur (DVCK) ... 76
Deutsche Volksunion (DVU) ... 36
Deutschland-Bewegung ... 62
Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG) ... 22
DGB Karlsruhe ... 36
Die Bauernschaft ... 24
Die Heimat ... 64, 68, 81, 88, 89
DIE LINKE ... 36, 37, 61, 78, 89
Die Rechte ... 36, 64, 82
Die Republikaner (REP) ... 86
Direktion Staatschutz und Nachrichtendienst ... 78
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) ... 52
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) ... 50
Druffel & Vowinckel ... 20
Edeka ... 18
Edo Museum of West African Art (EMO-WAA) ... 14
eigentlich frei ... 75
Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler (E. D. K.) ... 18
Ein Prozent ... 55
Elbland-Revolte ... 63, 89
English Defence League (EDL) ... 59
Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) ... 46
Ewige Eiche ... 63
ExpressZeitung ... 56
faktenstark ... 42
Federal Bureau of Investigation (FBI) ... 88
Filmkunstkollektiv ... 65
Finanzamt Hamburg-Nord ... 24
Freie Demokratische Partei (FDP) ... 78
Freie Sachsen ... 55, 60, 63, 64, 68, 69, 82
Freies Thüringen ... 57
Freie Wähler ... 60
Freiheitliche Jugend ... 54
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 20, 54, 70, 73, 74, 82
Freilich ... 55
Freundeskreis Ulrich von Hutten ... 62
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ... 90
GegenPart ... 62
Generalbundesanwaltschaft ... 77
Grabert-Verlag ... 19
Hamas ... 28, 49, 50, 61, 79
Hanns-Seidel-Stiftung ... 24
Heimatkurier ... 56, 66
Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) ... 62
Herstigte Nasionale Party (HNP) ... 22
Hilfskomitee Südliches Afrika e.V. (HSA) ... 21
Hitlerjugend (HJ) ... 23, 24
Hochschule der Sächsischen Polizei ... 60
Humboldt-Universität zu Berlin ... 49
Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht ... 62
Identitäre Bewegung (IB) ... 44, 65, 68, 75
Identitäre Bewegung Österreich ... 54, 56, 61
Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) ... 61
Info-DIREKT ... 55, 75
Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ... 83
Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) ... 90
Institut für Staatspolitik (IfS) ... 42, 77
Interessengemeinschaft Bierwater ... 24
International Centre for Holocaust Studies ... 72
International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) ... 46, 72
Israelitische Kultusgemeinde (IKG) ... 73
Jüdische Allgemeine ... 50
Junge Alternative (JA) ... 23, 44, 53, 54, 61, 70, 77, 85
Junge Freiheit (JF) ... 13, 19, 21, 24, 25, 40, 73, 76
Junge Nationalisten (JN) ... 63, 69, 88, 89
Junge SVP ... 70

- Junge Tat ... 85
 Jungeuropa Verlag ... 55
 Jung und Stark ... 66
 Kameradendienst der 35. Infanterie Division e. V. ... 38
 Kameradschaft ... 24
 Kategorie C ... 53
 Katehon ... 86
 Katholische Jugendbewegung e.V. ... 77
 Kavalier ... 52, 66, 69
 Klare Kante ... 89
 Kommunistische Partei Italiens ... 40
 Kompetenzteam Freies Deutschland (KTFD) ... 57
 Konfederacja ... 70
 Königreich Deutschland (KRD) ... 68
 Konzentrationslager Dachau ... 79
 Konzentrationslager Mauthausen ... 84
 Konzentrationslager Oranienburg ... 51
 Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ... 58
 Kopp Verlag ... 71
 Kulturstiftung des Bundes ... 11
 Kurpfälzisches Museum Heidelberg ... 17
 KZ-Gedenkstätte Mauthausen ... 84
 Landesamt für Denkmalpflege ... 38
 Landeskriminalamt Bayern ... 61
 Landeskriminalamt Sachsen ... 69, 78
 Linden-Museum, Stuttgart ... 13, 28
 Lotto Stiftung ... 11
 Maccabi Tel Aviv ... 79
 Mauthausen-Komitee (MKÖ) ... 74
 MC Underground Chapter Nomad ... 53
 Metallgesellschaft-AG ... 22
 Mi Hazánk Mozgalom ... 70
 Namibia-Nachrichten ... 22
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 19, 21, 36, 62, 64, 88, 89
 Nationale Sozialisten aus Mainz-Bingen-Kreuznach ... 36
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 21, 86
 Nation Europa (NE) ... 21
 Naturfreunde ... 36
 Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts ... 36
 Neuer Deutscher Standard (NDS Records) ... 52
 Neue Stärke Partei (NSP) ... 36
 Noie Werte ... 55, 72
 Nouveau Front populaire (NFP) ... 51
 N.S. Heute ... 63
 Odessa ... 63
 Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) ... 24
 Organische Christus-Generation (OCG) ... 56
 Österreichische Landsmannschaft (ÖLM) ... 52, 74
 Österreichische Volkspartei (ÖVP) ... 70, 82
 Palästinensische Gemeinschaft Niederlande (PGLN) ... 79
 Patrioten Ostthüringen ... 57
 Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) ... 73
 Patriotische Union ... 57
 PEGIDA ... 65
 Perussuomalaiset (PS) Die Wahren Finnen ... 84
 Plus ... 24
 Polizeifachschule ... 60
 Priesterbruderschaft St. Pius X. (FSSPX) ... 77
 Privates Deutsches Schülerheim, Otjiwarongo ... 25
 QAnon ... 67
 Querdenker ... 56, 58, 71
 Rassemblement National (RN) ... 51
 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ... 47
 Reform UK ... 50
 Reichsbürger und Selbstverwalter ... 50, 57, 67, 68
 Report24 ... 88
 Republikanische Jugend (RJ) ... 81
 Restitution Study Group ... 13
 Rittergut Nöbeditz ... 80
 Sächsische Separatisten (SS) ... 77
 Schwarz-Weiß Neukölln ... 79
 Schweizer Bundespolizei Fedpol ... 85
 Scicomm-Support ... 83
 Sezession ... 40, 52, 66, 88, 90
 Siemens Arts Programm ... 11
 Soldiers of Odin ... 84
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ... 36, 55, 78, 84, 89
 Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ... 82
 Stiftung Humboldt Forum ... 9
 Stiftung Preußischer Kulturbesitz ... 14
 Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte ... 25
 Südafrika-Journal ... 22
 Svoboda a přímá demokracie (SPD) ... 70
 SWAPO ... 32
 Technische Universität (TU) Dresden ... 63
 Thematik 25 ... 63
 Thüringer Heimatschutz (THS) ... 21
 Tichys Einblick ... 81
 Tradition, Familie und Privateigentum (TFP) ... 76
 Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen – Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V. ... 22, 24
 Traditionsverein 1. Badisches Leibgrenadier-Regiment Nr. 109 ... 38
 TU Berlin ... 28
 TuS Makkabi Berlin ... 79
 Universität Pretoria ... 19
 Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen ... 73
 Verfassungsschutz Baden-Württemberg ... 78
 Verfassungsschutz Bund (BfV) ... 21, 47, 50, 53, 81
 Verfassungsschutz Thüringen ... 20
 Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg ... 78
 Vlaams Belang ... 19
 Vogtland Revolte ... 66
 Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO) ... 77
 Volt ... 36
 Wiener akademische Burschenschaft Libertas ... 74
 Wiener Korporationsring (WKR) ... 74
 Wiesel/Heureka (Band) ... 53
 Wiking-Jugend (WJ) ... 62
 Witikobrief ... 23
 Witikobund ... 23
 Zentralrat der Juden in Deutschland ... 79
 Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) ... 61
 Zentrum ... 55, 72
 Zentrum Automobil ... 72
 Zentrum Chemnitz ... 68
 Zollern-Jugend Aktiv ... 68
 Zuerst! ... 14, 22, 60, 67, 74, 81
 Zur Zeit (ZZ) ... 20, 74

Orte

- Abuja (AFR-NGA) ... 13
 Albstadt (DEU-BW) ... 68
 Amsterdam (NLD) ... 79
 Arnsdorf (DEU-SN) ... 55
 Aschersleben (DEU-ST) ... 85
 Bad Bevensen (DEU-NI) ... 66
 Baden-Württemberg (DEU-BW) ... 13, 27, 36, 50, 52, 53, 55, 67, 68, 69, 71, 72, 76, 78, 87
 Bad Lauterberg ... 24
 Bad Lobenstein (DEU-TH) ... 57
 Balmoral (ZAF) ... 22
 Bautzen (DEU-SN) ... 63
 Bayern (DEU-BY) ... 22, 61, 62, 67, 69, 75
 Belfast (IRL) ... 59
 Berlin (DEU-BE) ... 9, 13, 54, 58, 79, 83, 84
 Bonn (DEU-NW) ... 22, 86
 Bopfingen (DEU-BW) ... 53
 Brandenburg (DEU-BB) ... 61, 67
 Bundesrepublik Deutschland (DEU) ... 13, 27, 31, 50, 51, 52, 54, 56, 57, 58, 70, 75, 77, 78, 79, 80, 81, 83, 84, 85, 86, 90
 Burundi (AFR) ... 17
 Calw (DEU-BW) ... 56, 72
 Chemnitz (DEU-SN) ... 22, 60
 Coburg (DEU-BY) ... 21, 22
 Darlington (GBR) ... 59
 Dessau (DEU-ST) ... 62
 Diksmuide (BEL) ... 81
 Döbeln (DEU-SN) ... 69
 Dresden (DEU-SN) ... 13, 65, 67, 73, 77, 89, 90
 Düren (DEU-NW) ... 59
 Erlau (DEU-SN) ... 69
 Eskişehir (TUR) ... 64
 Essen (DEU-NW) ... 51, 66
 Euskirchen (DEU-NW) ... 59
 Falkensee (DEU-BB) ... 52
 Finnland (FIN) ... 84
 Frankreich (FRA) ... 51, 90
 Freiberg (DEU-SN) ... 69
 Gera (DEU-TH) ... 56, 67
 Gladenbach (DEU-HE) ... 56
 Głubczyce (POL) ... 52
 Görlitz (DEU-SN) ... 69, 89
 Grimma (DEU-SN) ... 77
 Großbritannien (GBR) ... 18, 50, 59
 Halle an der Saale (DEU-ST) ... 72, 85
 Hamburg (DEU-HH) ... 13, 15, 90
 Hessen (DEU-HE) ... 22, 73
 Hilchenbach (DEU-NW) ... 63
 Hirschaid (DEU-BY) ... 69
 Hohenfichte (DEU-SN) ... 55
 Hull (GBR) ... 59
 Ilnau-Effretikon (CHE) ... 85
 Ingelheim (DEU-RP) ... 64
 Israel (ISR) ... 25, 28, 46, 49, 50, 61, 72, 79, 87
 Jahnatal (DEU-SN) ... 69
 Kamerun (AFR) ... 17
 Karlsruhe (DEU-BW) ... 36, 37
 Kirchheim (DEU-HE) ... 69
 Kloten (CHE) ... 85
 Köln (DEU-NW) ... 13
 Krems (AUT) ... 74, 77
 Leeds (GBR) ... 59
 Leipzig (DEU-SN) ... 13, 65, 77
 Leuna (DEU-ST) ... 85
 Linz (AUT) ... 61
 Liverpool (GBR) ... 59
 Luederitzbucht (AFR-NAM) ... 24
 Lunzenau (DEU-SN) ... 60
 Magdeburg (DEU-ST) ... 66, 67, 88
 Manchester (GBR) ... 59
 Marburg (DEU-HE) ... 56
 Mauthausen (AUT) ... 84
 Mecklenburg-Vorpommern (DEU-MV) ... 76
 Meißen (DEU-SN) ... 77
 Middlesbrough (GBR) ... 59
 Mörfelden (DEU-HE) ... 73
 München (DEU-BY) ... 62, 67
 Namibia (AFR) ... 7, 9, 17, 19, 21, 27
 Neulingen (DEU-BW) ... 56
 Neumünster (DEU-SH) ... 55
 Niederlande (NLD) ... 79
 Niedersachsen (DEU-NI) ... 66
 Nigeria (AFR) ... 13, 28
 Nordhausen (DEU-TH) ... 60
 Nordrhein-Westfalen (DEU-NW) ... 23, 55, 59, 63, 83, 86
 Oetzen (DEU-NI) ... 66
 Offenburg (DEU-BW) ... 79
 Osaritschi (RUS) ... 37
 Oschersleben (DEU-ST) ... 72
 Österreich (AUT) ... 25, 52, 54, 55, 70, 73, 78, 82, 84
 Otavi (AFR-NAM) ... 24
 Otjisazu (AFR-NAM) ... 21
 Otjiwarongo (AFR-NAM) ... 24
 Paraguay (PRY) ... 22
 Passau (DEU-BY) ... 56
 Perl (DEU-SL) ... 56
 Pforzheim (DEU-BW) ... 56
 Plymouth (GBR) ... 59
 Polen (POL) ... 69, 70, 78
 Portugal (PRT) ... 13
 Prag (CZE) ... 70
 Pretoria (ZAF) ... 22
 Rheinland-Pfalz (DEU-RP) ... 36, 64, 67
 Rielasingen (DEU-BW) ... 87
 Riesa (DEU-SN) ... 64
 Rostock (DEU-MV) ... 76
 Rötha (DEU-SN) ... 85
 Rottenburg am Neckar (DEU-BW) ... 71
 Ruanda (AFR) ... 17
 Russland (RUS) ... 74, 84, 86
 Saarbrücken (DEU-SL) ... 56
 Sachsen-Anhalt (DEU-ST) ... 62, 66, 71, 72, 78, 88
 Sachsen (DEU-SN) ... 52, 53, 55, 60, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 73, 77, 78, 81, 86, 89
 Saudi-Arabien (SAU) ... 88
 Schkopau (DEU-ST) ... 85
 Schleswig-Holstein (DEU-SH) ... 55
 Schnellroda (DEU-ST) ... 77
 Schorndorf (DEU-BW) ... 72
 Schweiz (CHE) ... 22, 56, 70, 85
 Schwerin (DEU-MV) ... 76
 Simbabwe (AFR) ... 21
 Southport (GBR) ... 59
 Spanien (ESP) ... 67
 Stößen (DEU-ST) ... 56, 80
 Stuttgart (DEU-BW) ... 13, 19, 23, 28, 76
 Südafrika (ZAF) ... 19, 21, 24
 Sunderland Bristol (GBR) ... 59
 Swakopmund (AFR-NAM) ... 23, 24
 Sylt (DEU-SH) ... 44
 Tamworth (GBR) ... 59
 Tansania (AFR) ... 17
 Templin (DEU-BB) ... 61
 Thüringen (DEU-TH) ... 22, 55, 57, 60, 65, 67, 68, 78
 Togo (AFR) ... 17
 Tröglitz (DEU-SN) ... 55
 Tschechien (CZE) ... 70
 Tübingen (DEU-BW) ... 19
 Türkei (TUR) ... 64
 Tussenhausen (DEU-BY) ... 61
 Ulm (DEU-BW) ... 71
 Ungarn (HUN) ... 67, 70
 United States of America (USA) ... 13, 24
 Vereinigtes Königreich ... 13
 Vogtland (DEU-SN) ... 55
 Wien (AUT) ... 54, 76, 77
 Windhoek (AFR-NAM) ... 7, 10, 21, 24, 28
 Wolfsburg (DEU-NI) ... 85
 Würzburg (DEU-BY) ... 22
 Zeitz (DEU-ST) ... 71
 Zeulenroda (DEU-TH) ... 57
 Zgorzelec (POL) ... 69, 77
 Zwickau (DEU-SN) ... 22, 66, 81

Personen

- Abdulmohsen, Taleb Al ... 88
 Ahrens, Erik ... 42
 Bachmann, Lutz ... 73
 Baerbock, Annalena ... 13
 Balliet, Stephan ... 64, 72
 Ballweg, Michael ... 56, 58, 71
 Balzer, Rainer ... 15
 Banane, Björn / Winter, Björn ... 59
 Bas, Bärbel ... 58
 Bauer, Theresia ... 19
 Bauer, Yehuda ... 72
 Baum, Christina ... 56, 71
 Bebel, August ... 18
 Beckamp, Roger ... 85
 Beier, Klaus ... 82
 Benoist, Alain de ... 40, 90
 Berg, Lars-Patrick ... 81
 Bergmann, Werner ... 46
 Berndt, Hans-Christoph ... 67, 73
 Bernhard, Marc ... 71
 Biden, Joe ... 79
 Bismarck, Otto von ... 17
 Bongartz, Theodor ... 79
 Boshoff, Carel ... 21
 Boßdorf, Irmhild ... 70
 Brändlin, Lars ... 85
 Brandt, Tino ... 21, 22
 Braun, Jürgen ... 71
 Breivik, Anders ... 64
 Brickenstein, Nicolas ... 68
 Brück, Michael ... 82
 Buhari, Muhammadu ... 14, 28
 Bürk, Dieter ... 36
 Büttner, Andreas ... 61
 Christophersen, Thies ... 24
 Clemens, Björn ... 86
 Cremer, Claus ... 82
 Darré, Walther ... 24
 Deckert, Günter ... 21
 Dehoust, Peter ... 21
 Demnig, Gunter ... 72
 Demuth, Tim / Tim Staufer ... 85
 Deptolla, Alexander ... 88
 Dewinter, Filip ... 19
 Diaby, Karamba ... 55
 Dierkes, Rene ... 62
 Diermeier, Matthias ... 83
 Dugin, Alexander (Aleksandr) ... 86
 Ecke, Matthias ... 89
 Eisenreich, Georg ... 61
 Elsässer, Jürgen ... 53, 59
 Elsässer, Stephanie ... 80
 Elser, Georg ... 79
 Eminger, André ... 86
 Engel, Philipp Peyman ... 50, 93
 Esser, Klaus ... 59
 Faeser, Nancy ... 85
 Fahrbach-Dreher, Ute ... 38
 Farage, Nigel ... 50
 Feddersen, Hans ... 24
 Fein, Helen ... 46
 Fiechtner, Heinrich ... 71
 Franz, Frank ... 81
 Frei, Nikolaus ... 11
 Frohnmaier, Markus ... 71
 Gansel, Jürgen ... 19
 Gedeon, Wolfgang ... 19, 87
 Gerlach, Christian ... 37
 Gersdorff, Mathias von ... 76
 Goebel, Klaus ... 25
 Goerdeler, Carl Friedrich ... 54
 Gollak, Ernst ... 25
 Gorbatschow, Michail ... 86
 Goßner, Hansjürgen ... 72
 Grabowski, Florian ... 36, 65
 Graf, Martin ... 74
 Gramsci, Antonio ... 40
 Grolitsch, Lisbeth ... 62
 Gurk, Franz ... 38
 Gutenkunst, Emil ... 38
 Hagemann, Alfred ... 9
 Haldenwang, Thomas ... 52
 Hampel, Armin-Paul ... 52
 Hampel, Armin-Paulus ... 19
 H., Annie ... 66
 Haseloff, Daniel ... 66
 Hättasch, Kurt ... 77
 Haug, Matthes ... 67
 Haußner, Frank ... 57
 Haverbeck, Ursula ... 87
 Heise, Thorsten ... 82, 88
 Helferich, Matthias ... 55
 Herrmann, Joachim ... 61
 Herzog, Izchak ... 79
 Herzog, Roman ... 23
 Hess, Martin ... 71
 Hess, Rudolf ... 23
 Heß, Rudolf ... 64
 Hilburger, Oliver ... 55, 72
 Hindemith, Paul ... 76
 Hindenburg, Paul von ... 25
 Hindundu, Esilon ... 9
 Hitler, Adolf ... 24, 54, 79
 H., Markus ... 86
 Höcke, Björn ... 43, 54, 57, 65, 67, 77, 88
 Hofmann, Andreas (DJ Happy Vibes) ... 64
 Hofmann, Ronny ... 60
 Holzinger, Florentina ... 76
 Icke, David ... 56
 Jaeschke, Jan ... 36, 65
 Jongen, Marc ... 14
 Jungbluth, Alexander ... 67
 Käfer, Andreas ... 82
 Kaiser, Benedikt ... 40, 52, 55, 66
 Kapke, André ... 21
 Kaupert, Simon ... 66
 Keskisarja, Teemu ... 84
 Kickl, Herbert ... 82
 Kirchner, Oliver ... 73
 Kitavi, Natascha ... 11
 Klar, Christian ... 64, 82, 88
 Klauß, Miguel ... 72
 Klemm, Paul ... 53, 66, 68, 80
 Klotz, Günther ... 38
 Knechtel, Tilman ... 56
 Knittel, Eberhard ... 38
 Kopp, Hans-Ulrich ... 23
 Köster, Stefan ... 82
 Kotré, Lena ... 85
 Krah, Maximilian ... 42, 86
 Krall, Markus ... 81
 Kreiselmeier, David ... 68
 Krolzig, Sascha ... 63, 88
 Kubitschek, Götz ... 56, 66, 90
 Küçükyetim, Arda ... 64
 Kühnen, Michael ... 25
 Kunasek, Mario ... 82
 Kuper, André ... 23
 Lachmann, Daniel ... 82
 Lammert, Norbert ... 31
 Leber, Julius ... 54
 Lehnert, Erik ... 52
 Leipzig, Hellmut von ... 23
 Lenin, Wladimir Iljitsch ... 40
 Le Pen, Marine ... 51
 Leupold, Andreas ... 60
 Leuschner, Wilhelm ... 54
 Liebing, Anne ... 60
 Lingg, Tobias ... 85
 Lodenitz, Friedrich von ... 23
 Lowack, Ortwin ... 21
 Lübcke, Walter ... 86
 Ludwig, Ralf ... 71
 Maaßen, Hans-Georg ... 52
 Mack, Friedemann ... 67
 Macmillan, Carolyn ... 85

- Magnet, Stefan ... 56
 Magwas, Yvonne ... 55
 Mahler, Horst ... 87
 Maier, Christoph ... 75
 Malloth, Anton ... 25
 Mang, Ferdinand ... 75
 Marx, Karl ... 40
 Massing, Wolfgang ... 24
 Mayer, Heinz ... 74
 Meise, Ariane ... 82
 Merkel, Angela ... 88
 Mestmacher, Christoph ... 50
 Meuthen, Jörg ... 63
 Meyer, Kim Mira ... 9
 Möller, Stefan ... 66, 88
 Mölzer, Andreas ... 20
 Moosdorf, Matthias ... 14
 More, Kilez / Mohr, Kevin ... 59
 Moses, A. Dirk ... 87
 Mühsam, Erich ... 51
 Müller, Hansjörg ... 86
 Mundt, Karin ... 82
 Musk, Elon ... 42, 45, 88
 Naggert, Kai (Prototyp) ... 52, 66
 Neidlein, Alexander ... 82
 Neubauer, Dirk ... 55
 Neumann, Philipp ... 82
 Niemann, Holger ... 65
 Nolte, Benjamin ... 75
 Nordbruch, Claus ... 19
 Nothdurft, Joachim ... 62
 Nothdurft, Laurens ... 62
 Oberth, Hermann ... 21
 Olschowski, Petra ... 13, 27
 Panitz, Anja ... 11
 P., Finley ... 89
 Pführinger, Daniell ... 53
 Pfürtsch, Hans-Georg ... 77
 Phil von Flak ... 82
 Pistorius, Boris ... 58
 Poggenburg, André ... 56
 Pohl, Jürgen ... 55, 66
 Proch, Mark ... 82
 Quent, Matthias ... 88
 Raupbach, Dominik ... 52, 66, 69
 Regenspurger, Otto ... 21
 Renniecke, Frank ... 64
 Reuß, Heinrich XIII. ... 57, 67
 Reuß zur Lippe, Marie Adelheid ... 24
 Reuth, Sven ... 53
 Richter, Karl ... 88
 Richter, Kevin ... 77
 Roewer, Helmut ... 20
 Rohrkamp, René ... 37
 Rommel, Erwin ... 23
 Rosenkranz, Walter ... 73
 Roßmüller, Sascha ... 82
 Roth, Claudia ... 13, 17, 54
 Sasek, Ivo ... 56
 Savoy, Bénédicte ... 28
 Sayn-Wittgenstein, Casimir zu ... 22
 Scharfmüller, Michael ... 75
 Scharpe, Lennard ... 70
 Schickart, Christian ... 72
 Schimmer, Arne ... 53, 82
 Schmid, Franz ... 61
 Schmidtke, Sebastian ... 88
 Scholz, Alexander ... 62
 Scholz, Rupert ... 52
 Schönbach, Kay-Achim ... 80
 Schreiber, Ines ... 64
 Schreiber, Peter ... 64, 81, 88
 Schrenk, Samara ... 89
 Schroeder, Ralph ... 23, 24
 Schroeder, Ulla ... 23, 24
 Schubert, Karsten ... 49
 Schuhladen-Krämer, Jürgen ... 38
 Schulz, Martin ... 43
 Schumacher, Hans ... 23
 Schuster, Josef ... 79
 Schwarzbach, Lennart ... 65
 Schwarz, Stephan ... 72
 Schweiger, Herbert ... 62
 Sellner, Martin ... 40, 42, 54, 56, 88
 S., Hans Jörg ... 77
 S., Jörg ... 77
 Sommerfeld, Caroline ... 52
 Spaniel, Dirk ... 71
 Späth, Lothar ... 79
 Spiess, Karl ... 22
 Starmer, Keir ... 59
 Stauffenberg, Claus Schenk, Graf von ... 54
 Stein, Dieter ... 40
 Steinmeier, Frank-Walter ... 34
 Stein, Philip ... 55
 Strache, Heinz-Christian ... 73
 Strydom, Leon ... 22
 Sudholt, Gert ... 20
 Sündermann, Helmut ... 20
 Tarrant, Brenton ... 64
 Teske, Robert ... 66
 Thomsen, Thorsten ... 53
 Tim Staufer / Demuth, Tim ... 85
 Titz, Una ... 42
 Trautmann, Stefan ... 82
 Treiber, Jane ... 63
 Tresckow, Henning von ... 54
 Treurnicht, Andries ... 21
 Tritschler, Sven W. ... 23
 Trotha, Lothar von ... 17
 Trump, Donald ... 42
 T., Stefan ... 69
 Urban, Jörg ... 67
 Voigt, Udo ... 82
 Vosgerau, Ulrich ... 75
 Wahl, Max ... 25
 Walther, Erich ... 80
 Wanderwitz, Marco ... 81
 Weber, Hans ... 82
 Weckert, Ingrid ... 25
 Wegner, Franko ... 76
 Weidel, Alice ... 51, 52, 71, 80, 89
 Weigler, Sebastian ... 82
 Weiß, Konrad Markward ... 52
 Wenzel Schmidt, Jan ... 89
 Werner, Michael ... 75
 Wiesenthal, Simon ... 24
 Wiesner, Alexander ... 77
 Winkler, Thomas ... 73
 Witbooi, Hendrik ... 7, 19, 27
 Wohlleben, Ralf ... 21
 Wolf, Alexander ... 15
 Worch, Christian ... 36, 65
 Wray, Christopher ... 88
 Würselen (DEU-RP) ... 67
 Yaxley-Lennon, Stephen / Robinson, Tommy ... 59
 Zipperer, Waldemar ... 79
 Zschäpe, Beate ... 22
 Zuckerberg, Mark ... 45
 Zündel, Ernst ... 25

Erscheinungsdatum: März 2025

Impressum: Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
www.rechts-geschehen.de

Text / Redaktion: Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung: Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden Sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de.

